



Beteiligungen Aachen 2015

Beteiligungsbericht
der Stadt Aachen

www.aachen.de/beteiligungen

stadt aachen



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
----------------------	---

01 Beteiligungen im Überblick

Aufbau des Beteiligungsberichts	6
Erläuterungen zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	7
Beteiligungsstruktur: Übersichten per 31.12.2014.....	9
Beteiligungsstruktur: Übersichten per 31.12.2015.....	12

02 Entsorgung

Zweckverband Entsorgungsregion West	16
AWA Entsorgung GmbH	24
MVA Weisweiler GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	35
AWA Service GmbH	43

03 Energie

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen	51
Stadtwerke Aachen AG	61
Trianel GmbH	78
regio iT aachen gesellschaft für informationstechnologie mbh	83
Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH.....	94
FACTUR Billing Solutions GmbH	100
STAWAG Abwasser GmbH	110
STAWAG Energie GmbH	114
INFRAWEST GmbH	126

04 Verkehr

Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG	139
Aachener Parkhaus GmbH	157
Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH	166
Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH	171
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund	176
Aachener Verkehrsverbund GmbH.....	182

05 Tourismus, Wirtschaft, Wohnen

Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH.....	188
Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Aachen - Heerlen N.V. (G.O.B.-AVANTIS)	203
AVANTIS Services N.V.	206
Kur- und Badegesellschaft mbH	208
gewoge AG	217
Gewerbegrundstücksgesellschaft mbH	229
EUROGRESS AACHEN Betriebs-GmbH	236
Aachener Stadion Beteiligungs GmbH	244

06 Eigenbetriebe

Aachener Stadtbetrieb	252
Gebäudemanagement.....	256
Stadttheater und Musikdirektion.....	265
Eurogress Aachen	269
Volkshochschule	273
Kulturbetrieb	278

Vorwort



Die Stadt Aachen hat wie die meisten Städte und Gemeinden einen großen Teil ihrer vielfältigen Aufgaben selbständigen Unternehmen übertragen, an denen sie als Gesellschafterin in unterschiedlicher Höhe unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht dabei aber nicht die Rechtsform selbst, sondern vielmehr die Frage nach dem effektivsten Instrumentarium zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. So sollen auch die Beteiligungen, Zweckverbände und Eigenbetriebe vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation in der Stadt Aachen ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Mit dem vorliegenden Bericht wird sowohl dem Rat der Stadt und seinen Ausschüssen als auch den Bürgerinnen und Bürgern ein schneller und umfassender Überblick über alle Beteiligungen, Zweckverbände und Eigenbetriebe gemäß § 117 GO NRW ermöglicht. Er soll dabei den Blick auch auf die Entwicklungen in jenen Unternehmen lenken, die im Rahmen eines zu erstellenden Gesamtabschlusses zwar nachrangig behandelt werden, die aber in gesellschaftspolitischer und finanzieller Hinsicht dennoch von Bedeutung für die Stadt Aachen und die Region sind. Zwar ist dieser Bericht naturgemäß retrospektiv und daher nur eingeschränkt für aktuelle Fragestellungen und Planungszwecke geeignet, dennoch erlaubt er einen hilfreichen Einblick in die städtische Beteiligungsstruktur und ihre Entwicklung.

Den Ratsmitgliedern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern steht der Bericht kostenlos – auch unter aachen.de – zur Verfügung.

Marcel Philipp
Oberbürgermeister
der Stadt Aachen

Beteiligungen im Überblick

Aufbau des Beteiligungsberichts

Der vorliegende Bericht enthält wesentliche Angaben über alle per 31.12.2014 bestehenden wichtigen Beteiligungen der Stadt Aachen. Er wurde zum Ende des Jahres auf der Grundlage geprüfter Jahresabschlüsse erstellt. Dabei liefert er gesellschaftsrechtliche und wirtschaftliche Daten der einzelnen Unternehmen und ermöglicht einen schnellen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Unternehmen, die aufgrund der niedrigen Beteiligungsquote nicht detailliert betrachtet werden, können der graphischen Darstellung entnommen werden.

Die Angaben zu den einzelnen Gesellschaften sind wie folgt aufgebaut:

In einer kurzen tabellarischen Übersicht sind allgemeine Angaben zum Unternehmen enthalten. Weiterhin finden sich die Organe des Unternehmens und deren Zusammensetzung im Bericht wieder. Außerdem werden für die Gesellschaften die wirtschaftlichen Verhältnisse aufgeführt, die in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zum Ausdruck kommen. Es folgt die Verbindung zum städtischen Haushalt. Hier wird gezeigt, ob es sich um eine Gesellschaft handelt, die über ihre Dividende Zahlungen an den Haushalt leistet oder ob Zuschüsse oder Verlustausgleichszahlungen von der Stadt zu leisten sind. Abschließend folgen die Lageberichte der Unternehmen. Hierbei liegt ein besonderes Augenmerk auf der Erreichung der öffentlichen Zwecksetzung.

Der Bericht ist in die Kapitel Entsorgung, Versorgung, Verkehr, Tourismus/ Wirtschaft/ Wohnen und Eigenbetriebe unterteilt.

Erläuterungen

zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Gemäß § 264 Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB) hat der Jahresabschluss der Kapitalgesellschaft unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln. Nachstehend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erläutert. Im Zahlenteil der Beteiligungsunternehmen kann es aufgrund der Darstellung in vollen Tausend EUR zu Rundungsfehlern bei der Addition der Einzelbeträge kommen. Die Gesamtsummen geben dann aber wieder die richtigen gerundeten Summen an.

Bilanz

Auf der Aktivseite wird die Verwendung der Eigen- und Fremdmittel gezeigt, während die Passivseite die Mittelherkunft darstellt. Die Verwendung des Vermögens wird in Anlage- und Umlaufvermögen gegliedert, wobei das Anlagevermögen diejenigen Vermögensgegenstände widerspiegelt, die dem Unternehmen langfristig dienen sollen. Das Umlaufvermögen unterliegt einem häufigeren Zu- und Abfluss, da es i.d.R. nur kurzfristig zur Verfügung steht. Rechnungsabgrenzungsposten sind zeitliche Abgrenzungen von Ausgaben (Aktivseite) bzw. Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand bzw. Ertrag für die Zeit nach diesem Tag darstellen.

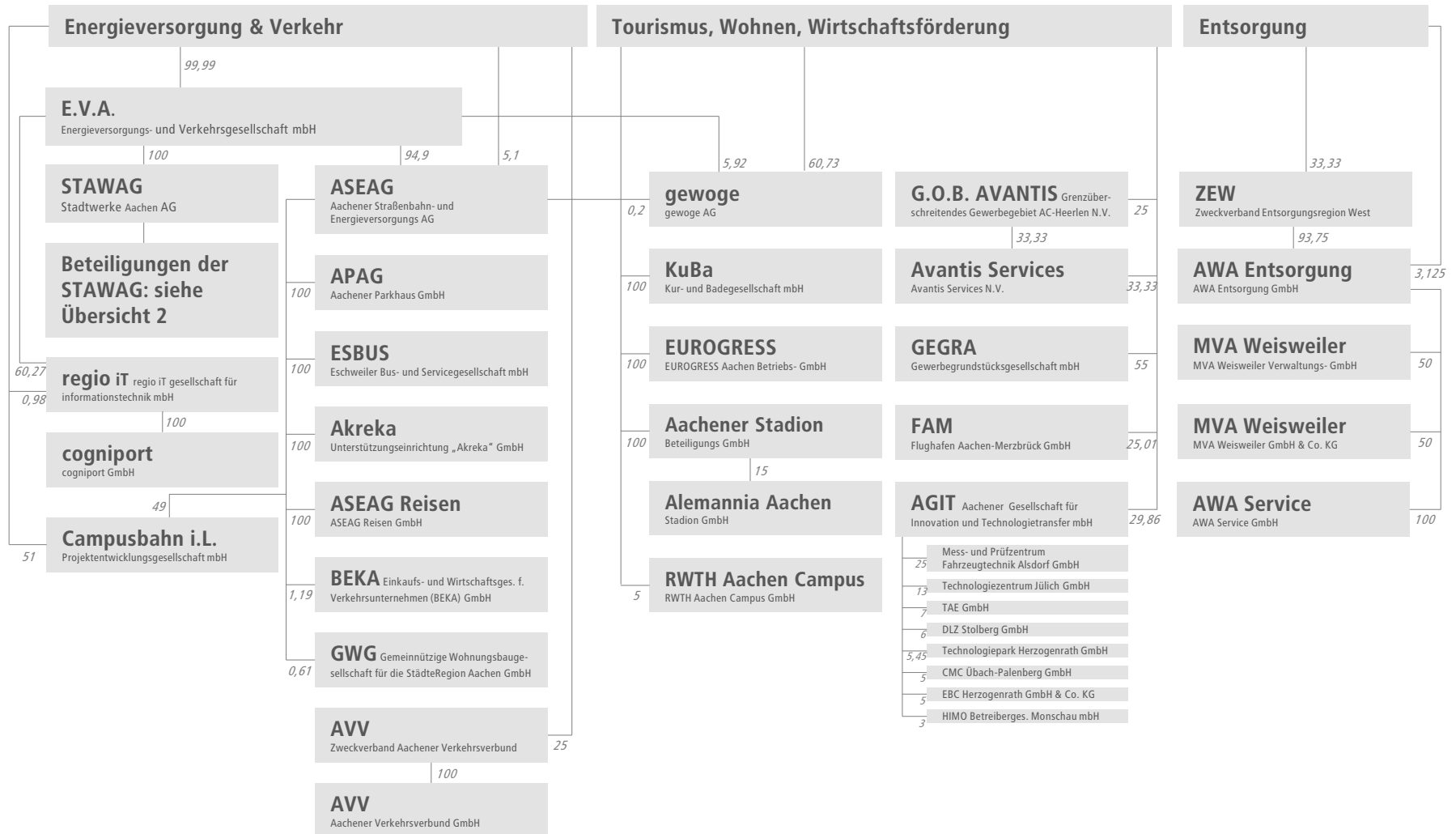
Das auf der Passivseite ausgewiesene Eigenkapital gliedert sich zum einen in die Stammeinlagen sowie ggf. gebildete Rücklagen und zum anderen in sowohl im aktuellen Geschäftsjahr wie auch in Vorjahren erwirtschaftete Gewinne oder Verluste (-Vorträge) der Gesellschaften. Rückstellungen sind für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden. Ungewiss bedeutet hierbei Unsicherheit hinsichtlich der Höhe oder des Zeitpunktes ihres Eintritts. Außerdem sind Rückstellungen zu bilden für im Geschäftsjahr unterlassene Instandhaltungsaufwendungen, die innerhalb der ersten drei Monate des Folgejahres nachgeholt werden. Darüber hinaus sind noch Rückstellungen für Gewährleistungen ohne rechtliche Verpflichtung zulässig (sog. Gewährleistungs-Rückstellungen) und Aufwandsrückstellungen, soweit sie am Abschlussstichtag wahrscheinlich oder sicher sind. In der tabellarischen Darstellung wird weiterhin der prozentuale Anteil der genannten Posten an der Bilanzsumme dargestellt. Ferner enthält die Passivseite die verschiedenen Verbindlichkeitspositionen (Schulden), aus deren Mitteln die Vermögensgegenstände der Aktivseite angeschafft wurden.

Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse sind Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung der für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit der Gesellschaft typischen Erzeugnisse, Waren und Dienstleistungen. Das Betriebsergebnis gibt an, in welchem Maße das Unternehmen auf seinem Leistungs- bzw. Produktionsgebiet erfolgreich ist. Das Ergebnis ist maßgeblich für die Wirtschaftlichkeit der Zweckerfüllung. Ausnahmen gelten für Holdinggesellschaften und Finanzinstitute. Das Finanzergebnis spiegelt das Zins- und Beteiligungsergebnis und das Ergebnis des sonstigen Finanzanlagevermögens des Unternehmens wider. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ist der Saldo aus dem Betriebs- und Finanzergebnis.

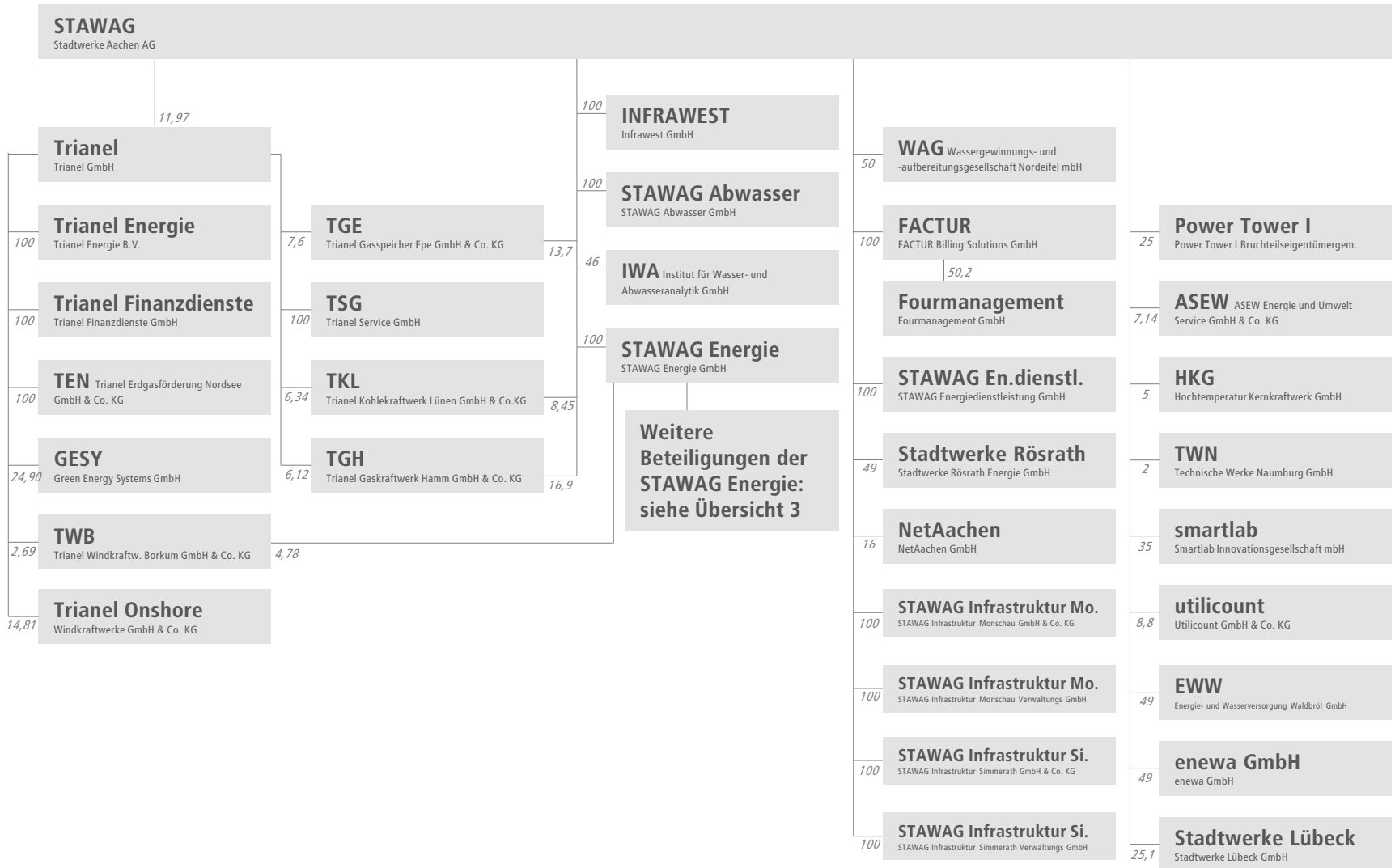
Das außerordentliche Ergebnis zeigt den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen. Diese haben mit der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nichts zu tun und fallen selten an, sind von ungewöhnlicher Art, aber von einiger Bedeutung. Ein Beispiel für außerordentliche Erträge ist der Verkauf einer Beteiligung, bei der sehr hohe Buchgewinne anfallen. Ein außerordentlicher Aufwand kann z.B. das Abbrennen eines Gebäudes sein, das in Millionenhöhe abgeschrieben werden muss. Der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag entspricht dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

Beteiligungen der Stadt Aachen



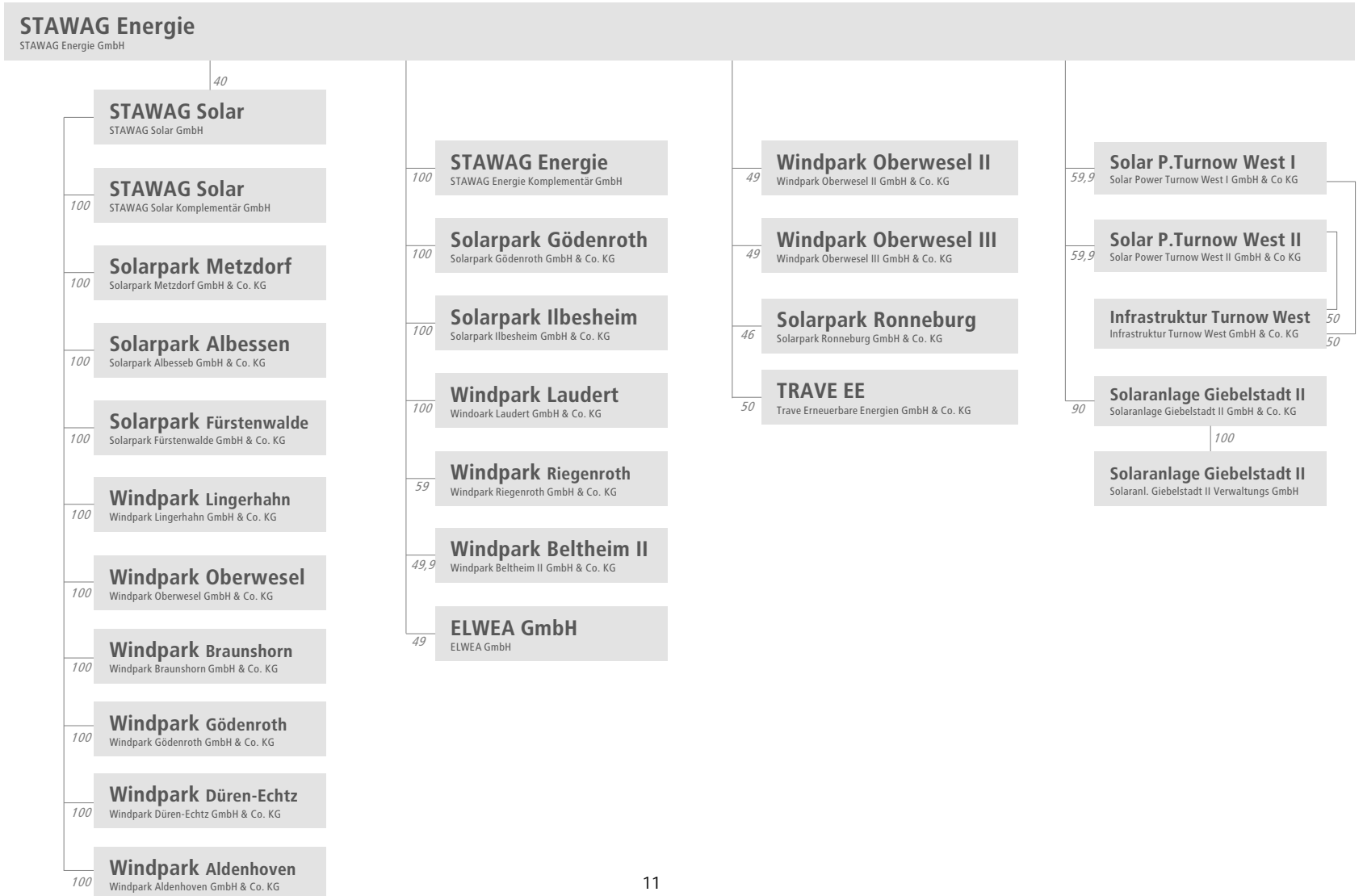
Beteiligungen

der Stadt Aachen: STAWAG-Konzern

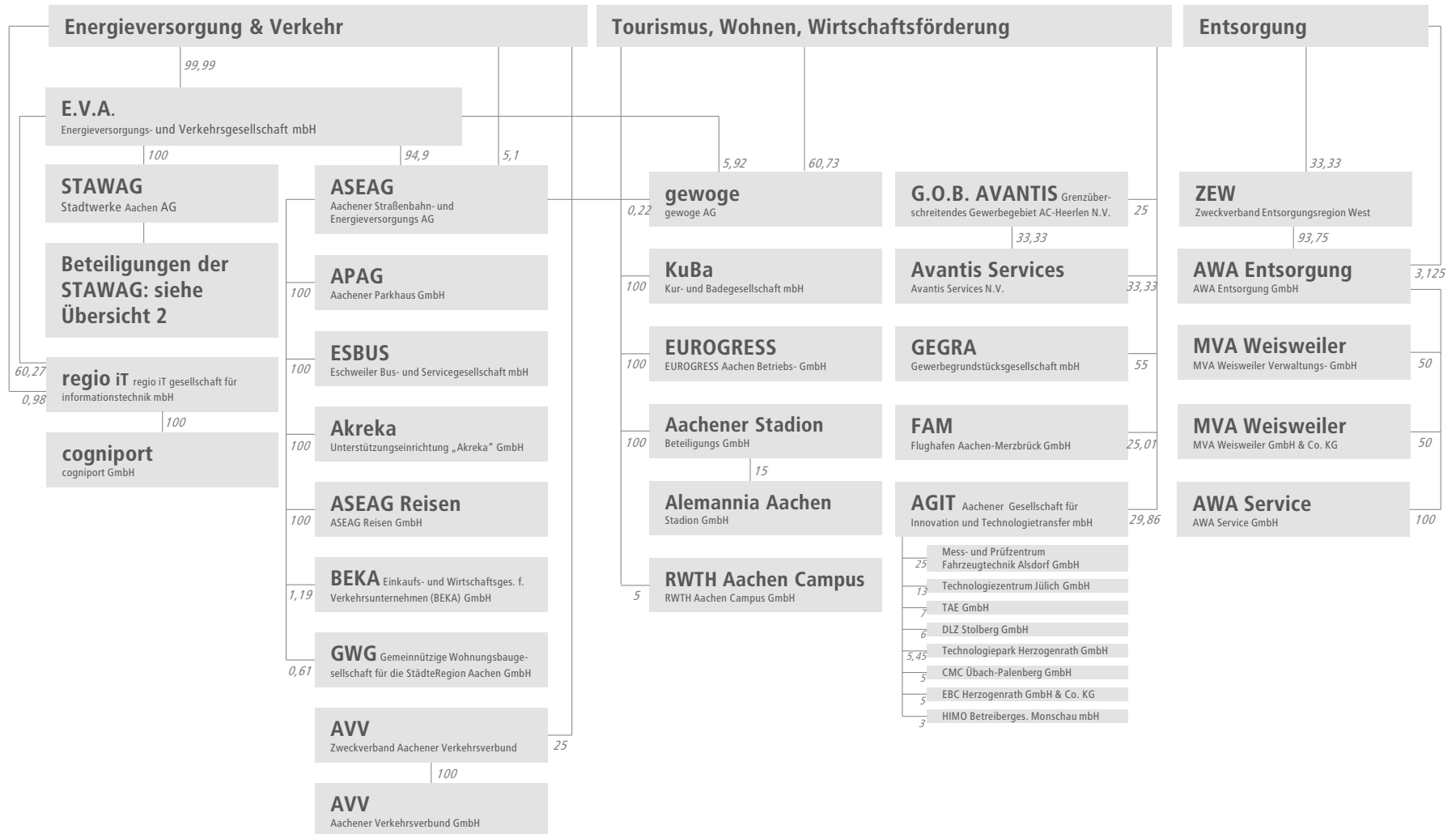


Beteiligungen

der Stadt Aachen im STAWAG-Konzern: STAWAG Energie GmbH

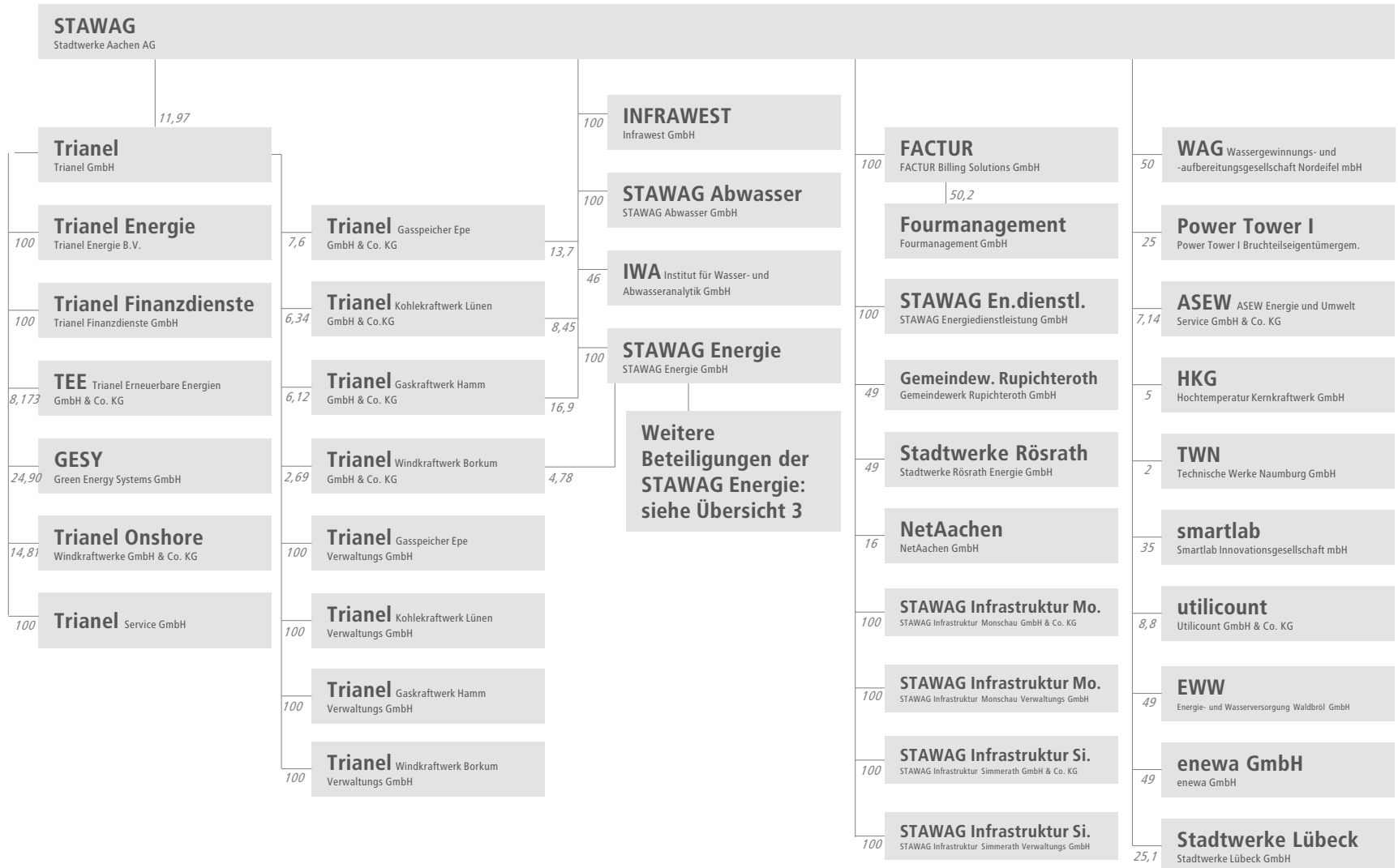


Beteiligungen der Stadt Aachen



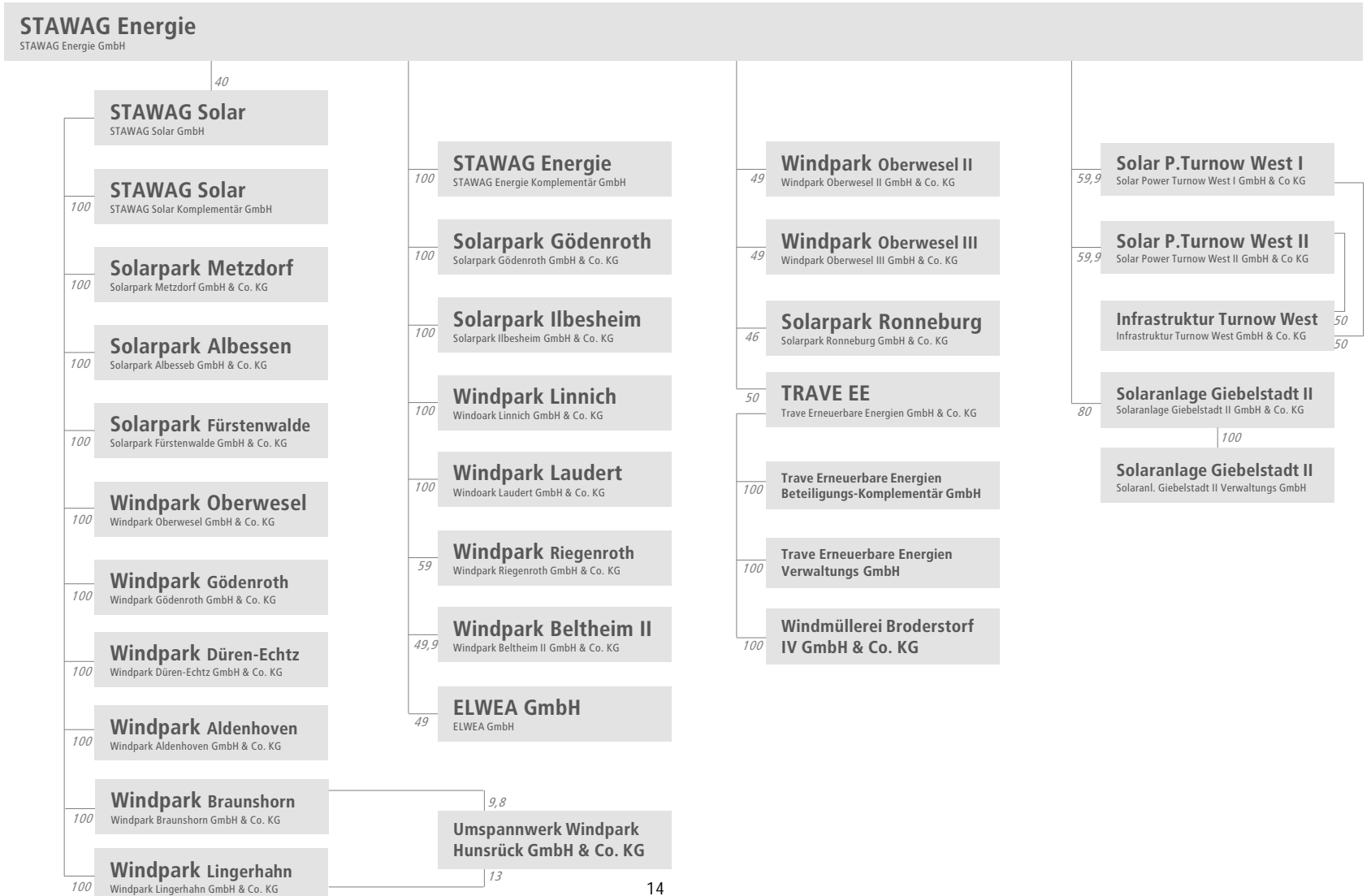
Beteiligungen

der Stadt Aachen: STAWAG-Konzern



Beteiligungen

der Stadt Aachen im STAWAG-Konzern: STAWAG Energie GmbH



Bereich

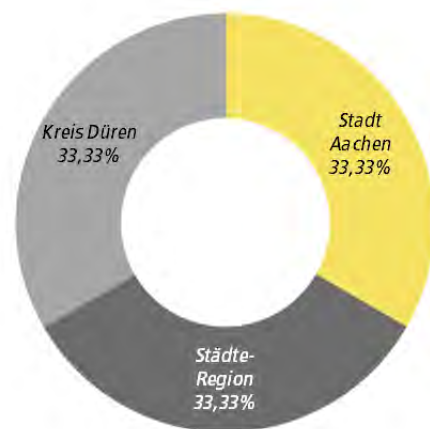
Entsorgung

Zweckverband Entsorgungsregion West Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	Zweckverband Entsorgungsregion West
Sitz	Zum Hagelkreuz 24, 52249 Eschweiler
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsjahr	2003
Verb. vorsteher	Wolfgang Spelthahn
Leiter Verw.	Wilfried Kohl
Gremien	Verbandsversammlung
Stammkapital	25.500,00 EUR
Mitarbeiter	2,65 (Vorjahr 2,65) (Durchschnitt)
Internet	www.zew-entsorgung.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von den Mitgliedern übertragen wurden. Der Zweckverband nimmt insoweit im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gem. §§ 15 Abs. 1 Satz 1, 13 Abs. 1 Satz 1 KrW-/AbfG, § 5 LAbfG wahr. Soweit Aufgaben bei den Verbandsmitgliedern verbleiben, steht ihnen insoweit das Recht und die Pflicht zum Erlass von Satzungen, zur Erhebung von Gebühren sowie zur Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzeptes zu. Der Zweckverband darf Abfälle von außerhalb des Verbandsgebietes zur Beseitigung übernehmen. Er kann dazu öffentlich-rechtliche Vereinbarungen schließen.

Organe des Unternehmens

Verbandsvorsteher: Wolfgang Spelthahn

Verbandsversammlung:

Vorsitzender stv. Vors.	Städteregionsrat Ratsmitglied
Helmut Etschenberg	StädteRegion
Ferdinand Corsten (CDU)	Ratsmitglied
Oliver Bode	Kreis Düren
Ralf Demmer (CDU)	StädteRegion
Hans-Wilhelm Dohmen	StädteRegion
Dr. Thomas Griese	Ratsmitglied
Hendrik Hackmann	StädteRegion
Fabia Kehren (SPD)	Ratsmitglied
Michael Kirsch	StädteRegion
Kristina Klinkenberg	StädteRegion
Daniela Lucke (SPD)	Ratsmitglied
Jochen Luczak (Grüne)	Ratsmitglied
Astrid Natus-Can	Kreis Düren
Jürgen Neesen	StädteRegion
Marcel Philipp (CDU)	Oberbürgermeister

Udo Pütz (Piraten)	Ratsmitglied
Karl Schavier	Kreis Düren
Hans Peter Schmitz	Kreis Düren
Wolfgang Spelthahn	Landrat Kreis Düren
Bruno Voß	Kreis Düren
Otto Zimmermann	StädteRegion

Zusammensetzung der Organe

Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Die Verbandsversammlung nimmt die Aufgaben des Werksausschusses und der Verbandsvorsteher die der Werksleitung entsprechend (§§ 2, 5 EigVO i.V.m. §18 Abs.3 GkG) wahr.

Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandsatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Der Verbandsvorsteher muss Hauptverwaltungsbeamter eines Mitglieds des Zweckverbandes sein. Der Verbandsvorsteher wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Hauptverwaltungsbeamten der Mitglieder des Zweckverbandes wechseln sich als Verbandsvorsteher im 2-Jahres-Rhythmus ab. Die Reihenfolge bestimmt sich nach der alphabetischen Abfolge der Verbandsmitglieder (Städtereion Aachen, Stadt Aachen, Kreis Düren).

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus je sieben stimmberechtigten Vertretern je Verbandsmitglied. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bestellt.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	24	0%	24	0%	24	0%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0%	0	0%	0	0%
II.	Sachanlagen	0	0%	0	0%	0	0%
III.	Finanzanlagen	24	0%	24	0%	24	0%
B.	Umlaufvermögen	7.408	100%	7.635	100%	6.855	100%
I.	Vorräte	0	0%	0	0%	0	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.500	47%	4.256	56%	3.783	55%
III.	Wertpapiere	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	3.908	53%	3.379	44%	3.073	45%
Bilanzsumme Aktiva		7.432		7.659		6.879	
A.	Eigenkapital	26	0%	26	0%	26	0%
I.	Gezeichnetes Kapital	26	0%	26	0%	26	0%
B.	Rückstellungen	724	10%	777	10%	801	12%
C.	Verbindlichkeiten	6.683	90%	6.857	90%	6.052	88%
Bilanzsumme Passiva		7.432		7.659		6.879	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	42.558	41.696	42.197
sonstige betriebliche Erträge	1	7	16
Betriebsleistung	42.559	41.703	42.213
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	42.217	41.382	41.867
Personalaufwand	185	173	196
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	145	124	127
Betriebserfolg	11	23	23
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28	13	17
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	39	36	40
Finanzergebnis	-11	-23	-23
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Der Zweckverband erhebt von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Für die Berechnung der Umlage wird die Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitgliedes zur Zahl der Gesamteinwohner im Verbandsgebiet ins Verhältnis gesetzt. Soweit die Notwendigkeit einer Umlage aus einer Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes resultiert, die dieser lediglich für einzelne Verbandsmitglieder erfüllt, können nur diese hierfür zu einer Umlage herangezogen werden.

Lagebericht

I. Grundlagen des Zweckverbandes

Der ZEW nimmt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger abfallwirtschaftliche und -rechtliche Aufgaben wahr, die ihm ganz oder teilweise im Rahmen seiner Pflichten und Rechte durch seine Verbandsmitglieder StädteRegion Aachen, Kreis Düren und Stadt Aachen übertragen wurden. Der Umfang der übertragenen Aufgaben ergibt sich aus den Anlagen 1 bis 3 der Verbandssatzung des ZEW. Der ZEW nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Seine abfallwirtschaftlichen Aufgaben bestimmen sich ferner nach seiner Abfallsatzung. Der Verband kann sich zur Durchführung von Aufgaben ganz oder teilweise Dritter bedienen. Mit der operativen Aufgabenerledigung, wie dem Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen und Umladestationen, hat er die AWA Entsorgung GmbH beauftragt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Sinne der Regelungen des am 01.06.2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes und den Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie ist der ZEW bestrebt die 5-stufige Abfallhierarchie mit Schwerpunkt auf eine Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen, wie z.B. Elektrokleingeräten, Altkleidern und Bioabfällen auf Grundlage einer strikten getrennten Abfallerfassung umzusetzen.

Die erfolgreiche Planung eines weiteren ELC, dem ELC Rurbenden in Niederzier, Kreis Düren, stellt nur eine von vielen Maßnahmen zur Realisierung des zuvor ausgeführten dar. Das ELC Monschau findet großen Zuspruch in der Bevölkerung.
Ferner wurde das Abfallwirtschaftskonzept des ZEW für den Teilbereich Altkleider fortgeschrieben.

Die Neugestaltung des Abfallwirtschaftsplanes NRW wurde mit einer gemeinsamen Stellungnahme des ZEW und der AWA Entsorgung GmbH zum Entwurf des AWP NRW, Teilplan Siedlungsabfälle im Beteiligungsverfahren unter Einbeziehung der drei Verbandsmitglieder des ZEW und der kreisangehörigen Kommunen vorangetrieben.

Der Marktpreis für gewerbliche Abfälle befindet sich deutschlandweit nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau.

Ferner steht das Ergebnis der Verhandlungen zwischen MVA und RWE sowie AWA Entsorgung GmbH und EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler noch nicht fest.

Solche wie die zuvor genannten Aspekte haben Auswirkungen auf die Mengenentwicklung und Auslastung der MVA sowie die Erlöse für verwertbare Abfälle mit den entsprechenden Folgen für die Abfallgebühren.

2. Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Investitionsplan, dem Stellenplan, dem Finanzplan sowie einer detaillierten Gebührenkalkulation.

Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Im Laufe des Jahres zeichnete sich ab, dass sich die durchschnittlichen Verbrennungskosten auf ein Kostenniveau vergleichbar mit 2013 zubewegen. Der Marktpreis für Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen befindet sich stetig auf niedrigem Niveau.

Der Erwerb des Grundstücks zum Bau eines weiteren ELC im nördlichen Kreis Düren an einem sehr guten Standort im Gewerbegebiet Rurbenden / Niederzier verlief erfolgreich.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Geschäftsjahr vor Buchung der Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen aus Kostenüberdeckungen einen handelsrechtlichen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 34 aufweist. Damit liegt das Geschäftsjahr 2014 insgesamt im Rahmen der kalkulierten Ansätze und hat einen planmäßigen Verlauf genommen.

Personalentwicklung:

Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen des ZEW war im Berichtsjahr weiterhin eine geringfügig Beschäftigte beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren in 2014 insgesamt 2,65 Arbeitnehmer / innen beschäftigt.

Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des zwischen der AWA Entsorgung GmbH und dem ZEW abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages.

3. Lage

a) Ertragslage:

Die Umsatzerlöse im Jahr 2014 lagen mit insgesamt T€ 42.197 um 1,2 % über dem Vorjahresniveau (T€ 41.696). Umsatzzuwächsen aus den Herkunftsbereichen Kreis Düren (T€ 13.202; Vj. T€ 12.785) und StädteRegion Aachen (T€ 14.953; Vj. T€ 14.923) standen Umsatzrückgänge aus der Stadt Aachen (T€ 13.236; Vj. T€ 13.415) gegenüber.

Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Ein Umsatzrückgang lässt dabei nicht zwangsläufig auf eine rückläufige Geschäftsentwicklung schließen, sondern hierin schlagen sich prinzipiell auch Erfolge kostengünstigen Wirtschaftens nieder. Umgekehrt führen gestiegene Entsorgungskosten über entsprechend angepasste Gebühren grundsätzlich zu höheren Umsatzerlösen.

Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korre-

lieren, kann es i.d.R. beim Rohergebnis nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Das Rohergebnis (T€ 346; Vj. T€ 320) deckt die übrigen Verwaltungskosten. Das Geschäftsjahr schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab.

Da der ZEW seine Gebühren auf LSP-Basis kalkuliert, sind die Gewinnmöglichkeiten strukturell sehr begrenzt. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. Vor Zuführung zur Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger wies der ZEW ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 34 aus.

b) Finanzlage:

Die Finanzlage des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) ist weiterhin geordnet.

Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Investitionen getätigt.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt (T€ - 311; Vj. T€ - 548). Insgesamt ergibt sich eine Abnahme des Finanzmittelfonds um T€ 306 (Vj. T€ 529) auf nunmehr T€ 3.073 (Vj. T€ 3.379). Die Verminderung des Finanzmittelbestandes im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der entsprechenden Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

c) Vermögenslage:

Die Aktivitäten des Geschäftsjahres 2014 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres ausreichend gesichert.

Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern / -besitzern zu erhebenden Gebühren einzubeziehen.

Das Anlagevermögen ist von stark untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 1.598; Vj. T€ 1.758), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW weit überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind, und Forderungen gegen Verbandsmitglieder (T€ 1.445; Vj. T€ 1.551). Der Rückgang der liquiden Mittel (T€ 3.073; Vj. T€ 3.379) ist vorwiegend durch die Abnahme von Verbindlichkeiten begründet.

Im Umlaufvermögen ist unter den Sonstigen Vermögensgegenständen eine Position in Höhe von T€ 732 ausgewiesen, deren Sachverhalt in einem Vorgang der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG im Rahmen des Erwerbs der MVA im Jahr 2008 begründet liegt und in dessen Folge auch Auswirkungen auf die Kosten der AWA Entsorgung GmbH sowie des ZEW verbunden sind. Unter Anwendung entgeltrechtlicher Wahlrechte werden diese Kosten rätierlich in die Entgelte der kommenden Jahre eingerechnet, was unter Berücksichtigung der erforderlichen Gesellschafter- und Gremienbeschlüsse zu bilanziellen Konsequenzen führte. Hieraus resultiert auch der Ausweis einer Position in gleicher Höhe unter den Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 4.312; Vj. T€ 5.149) beinhalten einen Betrag von T€ 732 aus dem Vorgang bezüglich der MOENA-Mietnebenkosten.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern ist eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren (T€ 1.707; Vj. T€ 1.703) bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, der aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und seinen Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen.

Der Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital / Anlagevermögen) weist einen Wert von 106 % aus, dagegen ist die Liquidität I. Grades (liquide Mittel / kurzfristiges Fremdkapital) mit 54 % schwach, wird aber dadurch relativiert, dass der weit überwiegende Anteil des kurzfristigen Fremdkapitals aus Verbindlichkeiten gegenüber der AWA Entsorgung GmbH besteht. Zudem weist die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen / kurzfristiges Fremdkapital) mit 109 % einen deutlich besseren Wert auf.

Auch die Eigenkapitalquote (0,37 %) ist auf den ersten Blick sehr schwach, aufgrund der besonderen Bedingungen aber nicht bedrohlich und kann somit akzeptiert werden.

Umweltschutz:

Der ZEW gewährleistet eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung. Im Sinne der Ziele der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist der ZEW hierbei bestrebt die 5-stufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und eine sonstige Verwertung vorrangig vor einer Beseitigung von Abfällen umzusetzen. Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies konsequent und zuverlässig.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die umweltrelevanten Grenzwerte der MVA Weisweiler nach wie vor zuverlässig weit unter den festgesetzten Größenordnungen liegen.

ZEW und AWA Entsorgung GmbH nehmen daher auch in 2014 eine Vorbildfunktion für den Umweltschutz wahr.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, die kommunalen Spitzenverbände und alle sonstigen involvierten Akteure haben kooperativ im Hinblick auf die Neugestaltung des Abfallwirtschaftsplanes NRW zusammengewirkt. ZEW und AWA Entsorgung GmbH haben zum Entwurf des AWP NRW eine gemeinsame Stellungnahme gegenüber der Landesregierung abgegeben. Es bleiben jedoch die endgültige Neufassung des AWP NRW und die damit verbundenen Folgen für den ZEW abzuwarten.

Die Erfassung von Wertstoffen ist mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24.02.2012 in der derzeit geltenden Fassung auf Basis der Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie noch intensiver in den Fokus getreten. Der ZEW nimmt sich dieser Thematik weiterhin intensiv an. Im Jahr 2014 beispielsweise mit der Planung eines weiteren neuen ELC im Kreisgebiet Düren, welches sicherlich, wie das erfolgreich durch die Bürger/-innen angenommene ELC Süd in der StädteRegion Aachen, eine weitere zielführende Maßnahme zur Erfassung und Wiederverwendung /-verwertung von Wertstoffen darstellen wird. Mit der Teilfortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts für den Bereich Altkleider sowie der intensiveren Erfassung von Elektrokleingeräten wird gleichfalls zukünftig ein Beitrag zur Wiederverwendung geleistet.

Abzuwarten bleiben die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen MVA und RWE sowie AWA Entsorgung und EGN zum Weiterbetrieb der MVA über den 30.11.2017 hinaus.

Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2014 betragen T€ 42.197 (Vj. T€ 41.696). Der Wirtschaftsplan 2015 geht von Umsatzerlösen in Höhe von T€ 40.381 aus. Durch die allgemeinen Rahmenbedingungen sowie die Kalkulationsgrundlagen besteht eine starke Korrelation zu den Entsorgungskosten, die damit eine korrespondierende Entwicklung zeigen (T€ 41.686; Vj. T€ 41.207). Der Wirtschaftsplan 2015 weist Entsorgungskosten von T€ 39.800 aus.

Bei weitgehend gleichbleibenden Gebührensätzen unterstellt der Wirtschaftsplan 2015 geringere Entsorgungsmengen gegenüber dem Geschäftsjahr 2014. Hieraus resultieren niedrigere Planumsätze.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht:

Die von der Landesregierung NRW beabsichtigte Neufassung des Abfallwirtschaftsplanes befindet sich in der Beratung und in Detailabstimmungen nachdem alle zu beteiligenden öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und kommunalen Spitzenverbände eine Stellungnahme zum Entwurf des AWP NRW, Teilplan Siedlungsabfälle, abgegeben haben. So hat auch der ZEW gemeinsam mit der AWA Entsorgung GmbH im Beteiligungsverfahren unter Einbeziehung der drei Verbandsmitglieder des ZEW und der kreisangehörigen Kommunen eine Stellungnahme mit einem Katalog von 20 Forderungen erstellt.

Das Land NRW soll in Entsorgungsregionen eingeteilt werden, denen die überlassungspflichtigen Abfälle zugeordnet werden. Hier wird das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen durch den ZEW aufgefordert, bei der Aufteilung des Landes NRW das 4-Regionen-Modell vorzuschlagen, da das bisher angedachte 3-Regionen-Modell zu ungerechten Lösungen führt.

Weitere Forderungen wurden hinsichtlich der sog. gewerblichen Abfälle formuliert. Zum einen sollen alle gewerblichen Abfälle zur Verwertung umfassend statistisch erfasst und in der Landesplanung berücksichtigt werden. Zum anderen wird die Landesregierung aufgefordert, die Verpflichtung von Gewerbebetrieben zur ausreichenden Bereitstellung von Behältervolumen für Abfälle zur Beseitigung im AWP und im Landesabfallgesetz zu berücksichtigen.

Insgesamt ist der Marktpreis für gewerbliche Abfälle deutschlandweit nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. ZEW und AWA fordern ferner in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des AWP NRW dazu auf, dass wieder mit dem Instrument der Zuweisung gearbeitet wird.

In diesem Kontext „Mengenplanung / -auslastung“ wird auch das Ergebnis der Verhandlungen zwischen AWA Entsorgung GmbH und EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler kritisch abzuwarten bleiben. Ähnliches gilt für die Verhandlungsgespräche zwischen der MVA und RWE.

2. Chancenbericht:

Da sich der ZEW aufgrund seines strukturellen Umfelds nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation befindet und nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann, können Chancen im inhaltlichen Sinne der handelsrechtlichen Vorschriften nur bedingt beschrieben werden.

Positive Entwicklungen können sich aus den Sachverhalten, die unter dem Risikobericht beschrieben sind, ergeben. Folgende positive Maßnahmen sind im Geschäftsjahr 2014 eingeleitet worden, aber noch nicht abgeschlossen:

Das am 01.06.2012 in Kraft getretene Kreislaufwirtschaftsgesetz bedingte einige Neuerungen, denen sich der ZEW seit diesem Zeitpunkt noch intensiver gewidmet hat. Im Sinne der entsprechenden Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie ist hier insbesondere die 5-stufige Abfallhierarchie mit Schwerpunkt auf eine Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen, wie z.B. von Bioabfällen auf Grundlage einer strikten und vom ZEW geforderten getrennten Abfallerfassung, hervorzuheben.

Weitere Maßnahmen zwecks Wiederverwendung von Abfällen sind u.a. durch eine Teilfortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts für den Bereich Altkleider realisiert sowie durch eine intensive Erfassung von Elektrokleingeräten geplant.

Im Ergebnis müssen Altkleider ab dem 01.07.2014 getrennt vom Restabfall durch die Städte und Gemeinden oder im Rahmen gemeinnütziger oder gewerblicher Sammlungen erfasst werden. Entsprechende Sammelsysteme im Hol- und / oder Bringsystem müssen in ausreichendem Umfang dem Bürger zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich der zuvor erwähnten Elektrokleinteilerfassung beabsichtigt der ZEW im Rahmen einer vergaberechtskonformen gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung durch Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, die Aufgabe der Sammlung von Elektrokleinteilen bis 50cm Kantenlänge mittels Depotcontainer in manchen Stadt-/Gemeindegebieten zu übernehmen, um den deutlich steigenden Zielmengen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicher-

heit gerecht zu werden. Derzeit stehen ca. 22 kg/E Elektro- und Elektronikgeräte, die in Verkehr gebracht wurden nur einer erfassten Menge von 4 kg/E Altgeräten entgegen.

Die Verbesserung der Wertstoffeffassung durch Errichtung weiterer Entsorgungs- und Logistik-Centren wurde in 2014 erfolgreich fortgesetzt. Mit der konkreten Planung eines weiteren ELC Rurbenden in Niederzier, Kreis Düren, soll eine gesteigerte Erfassung von wiederverwend- und verwertbaren Abfällen -wie bereits erfolgreich mit der Errichtung des neuen ELC Süd in Monschau-Imgenbroich geschehen- erreicht werden.

Bei der Wiederverwendung von Wertstoffen ist auch die Zusammenarbeit des ZEW mit Sozialkaufhäusern zu erwähnen.

3. Gesamtaussage

Durch das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW können bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist.

Es ist jedoch sehr wohl Interesse und Aufgabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben. Der ZEW achtet im Sinne des Gebührenzahlers auf Kostenbewusstsein und trägt durch entsprechende Maßnahmen zur Wirtschaftlichkeit und Gebührenstabilität bei.

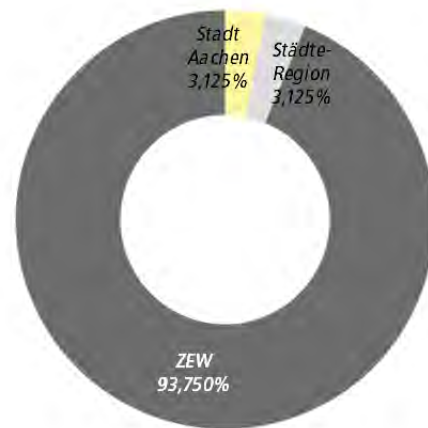
AWA Entsorgung GmbH

Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	AWA Entsorgung GmbH
Sitz	Zum Hagelkreuz 24, 52249 Eschweiler
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1991
Geschäftsführer	Ulrich Koch
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	640.000,00 EUR
Mitarbeiter	85,6 (Vorjahr 78) (Durchschnitt)
Internet	www.awa-gmbh.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Hierzu zählen die Wahrnehmung, Koordination und Durchführung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben. Daneben spielen Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Sortierung, stofflichen Verwertung, thermischen oder sonstigen Behandlungen und Ablagerungen von Siedlungsabfällen sowie Errichtung und Betrieb entsprechender Anlagen eine Rolle.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Ulrich Koch

Aufsichtsrat:

Vorsitzender stv. Vors.	Marcel Philipp Josef-Johann Schmitz Oliver Bode Peter Blum (FDP) Gabriele Bockmühl Ferdinand Corsten (CDU) Ralf Demmer (CDU) Hans-Wilhelm Dohmen Helmut Etschenberg Fabia Kehren (SPD) Michael Kirsch Werner Krickel Oliver Krischer Uwe Friedrich Löhr Daniela Lucke (SPD) Jochen Luczak (Grüne) Astrid Natus-Can Jürgen Neesen Karl Schavier Hans Peter Schmitz Anke Schweda	Oberbürgermeister Kreis Düren StädteRegion Ratsmitglied StädteRegion Ratsmitglied Ratsmitglied Kreis Düren Städteregionsrat Ratsmitglied StädteRegion StädteRegion Kreis Düren StädteRegion Ratsmitglied Ratsmitglied Kreis Düren StädteRegion Kreis Düren Kreis Düren IHK
----------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Wolfgang Spelthahn
Ralf Woelk

Landrat Kreis Düren
DGB

beratend:

Dr. Lothar Barth
Hans Martin Steins
Uwe Zink

Beigeordneter
Kreis Düren
StädteRegion

Weiterhin nimmt ein Vertreter des Betriebsrates mit beratender Stimme an der Sitzung des Aufsichtsrates teil.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Die Zahl der Geschäftsführer richtet sich nach dem Aufgabenumfang der Gesellschaft. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist er stets alleinvertretungsberechtigt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann einer der Geschäftsführer durch Beschluss der Gesellschafterversammlung zum Vorsitzenden bestimmt werden.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 24 stimmberechtigten und vier beratenden Mitgliedern. 21 stimmberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrates und ihre Stellvertreter werden von der Versammlung des Zweckverbands Entsorgungsregion West bestellt und in den Aufsichtsrat entsandt. Drei stimmberechtigte Aufsichtsratsmitglieder und ihre Stellvertreter werden auf Vorschlag der Gesellschafterversammlung durch Mehrheitsbeschluss des Aufsichtsrates bestellt (je ein Mitglied von IHK, DGB, RWTH). Darüber hinaus entsendet jedes Mitglied des ZEW eine fachkundige Person mit beratender Stimme. Weiterhin nimmt ein Vertreter des Betriebsrates mit beratender Stimme an der Sitzung des Aufsichtsrates teil.

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter durch ihre gesetzlichen Vertreter vertreten. Darüber hinaus kann sich jeder Gesellschafter durch rechtsgeschäftliche Vertreter vertreten lassen, sofern es sich hierbei um Angehörige der Verwaltung des vertretenen Gesellschafters handelt. Abweichend hiervon kann die Gesellschafterversammlung weitere Personen als Vertreter oder Beistand in der Gesellschafterversammlung zulassen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	28.628	40%	26.762	36%	26.311	35%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	987	1%	643	1%	369	0%
II.	Sachanlagen	23.996	33%	23.578	32%	23.402	32%
III.	Finanzanlagen	3.646	5%	2.541	3%	2.541	3%
B.	Umlaufvermögen	43.666	60%	46.587	64%	47.815	64%
I.	Vorräte	14	0%	101	0%	91	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.369	31%	26.702	36%	24.055	32%
III.	Wertpapiere	0	0%	3.000	4%	3.000	4%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	21.282	29%	16.784	23%	20.669	28%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	25	0%	9	0%	29	0%
Bilanzsumme Aktiva		72.319		73.358		74.155	
A.	Eigenkapital	5.953	8%	9.823	13%	1.183	2%
I.	Gezeichnetes Kapital	640	1%	640	1%	640	1%
II.	Kapitalrücklage	0	0%	0	0%	0	0%
III.	Gewinnrücklagen	3.000	4%	3.000	4%	3.000	4%
IV.	Gewinn-/ Verlustvortrag	3.298	5%	2.313	3%	6.183	8%
V.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-984		3.870		-8.641	
B.	Rückstellungen	37.976	53%	37.640	51%	47.143	64%
C.	Verbindlichkeiten	27.909	39%	25.446	35%	25.413	34%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	480	1%	448	1%	416	1%
Bilanzsumme Passiva		72.319		73.358		74.155	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	43.336	39.696	46.142
sonstige betriebliche Erträge	5.357	7.968	5.240
Betriebsleistung	48.693	47.664	51.382
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	34.473	34.315	35.917
Personalaufwand	4.709	4.816	5.275
Abschreibungen	1.774	1.794	2.001
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.819	6.651	5.521
Betriebserfolg	2.917	88	2.668
Erträge aus Beteiligungen	728	1.386	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.246	2.032	1.343
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	31	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.325	2.669	1.548
Finanzergebnis	-351	717	-206
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.566	805	2.462
außerordentliche Erträge	0	0	0
außerordentliche Aufwendungen	0	0	11.240
außerordentliches Ergebnis	0	0	-11.240
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.485	-3.171	-219
sonstige Steuern	65	107	82
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-984	3.870	-8.641

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Über die Ergebnisverwendung - d.h. über die Verwendung des Jahresüberschusses zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages oder, soweit einschlägig, über die Verwendung des Bilanzgewinnes - entscheidet die Gesellschafterversammlung nach freiem Ermessen. Die Gesellschafterversammlung kann insbesondere beschließen, dass das Ergebnis ganz oder teilweise in Gewinnrücklagen eingestellt oder auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Soweit die Ergebnisse aus der Wahrnehmung von Aufgaben resultieren, die die Gesellschafter in gleichem Umfang auf die AWA Entsorgung GmbH übertragen haben, erfolgt die Ergebnisverteilung im Verhältnis der Geschäftsanteile zueinander. Im Übrigen erfolgt die Ergebnisverteilung nach dem Ergebnis der jeweiligen von den Gesellschaftern übertragenen Aufgaben.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Die AWA Entsorgung GmbH ist vom Zweckverband Entsorgungsregion West mit der Aufgabewahrnehmung, Koordination und Durchführung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben beauftragt.

Dies umfasst insbesondere die Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Sortierung, stofflichen Verwertung, zu thermischen und sonstigen Behandlungen und Ablagerungen sowie die Errichtung und den Betrieb entsprechender Anlagen.

Die Gesellschaft ist zu 100 % in kommunaler Hand und hat ihre Entgelte nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen zu kalkulieren.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Marktpreis für gewerbliche Abfälle befindet sich deutschlandweit nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau, das meist nicht kostendeckend sein kann. Dies hat Auswirkungen auch auf andere Preiserwartungen der Geschäftspartner/-innen.

2. Geschäftsverlauf

Trotz eines weiterhin schwierigen Marktumfeldes konnte das Geschäftsjahr 2014 im operativen Bereich erfolgreich abgeschlossen werden. Alle wirtschaftlichen, abfallwirtschaftlichen und ökologischen Ziele konnten erreicht und zum Teil übererfüllt werden. Ein deutlich positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit spiegelt das Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wider.

a) Abfallwirtschaftliche Entwicklung und entsorgte Mengen

Die AWA als kommunales Unternehmen sieht sich nicht nur nach dem Landesabfallgesetz zum vorbildlichen ökologischen Verhalten verpflichtet. Dies entspricht auch der inneren Überzeugung von Gremienmitgliedern der Gesellschafter sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft. Es kommt daher für den Geschäftserfolg der AWA Entsorgung GmbH darauf an, dass die Abfallströme, die per Gesetz bzw. Satzung dem ZEW zu überlassen sind, von der beauftragten AWA Entsorgung GmbH ordnungsgemäß behandelt werden. In zunehmendem Maße müssen aber auch Lösungen und Behandlungsmethoden für Stoffe gefunden werden, deren Überlassungspflicht (noch) nicht eindeutig geregelt ist.

Sowohl die Anlieferungen hoheitlicher Abfälle als auch die Anlieferungen aus dem nicht hoheitlichen Bereich liegen über den Planungen. Durch Umplanungen und besondere Beteiligungen boten sich Möglichkeiten des erweiterten Einsatzes von Inertmaterialien. Es ist gelungen, hier erhebliche Mehrmengen zu akquirieren, so dass insbesondere aus diesem Bereich wesentlich positivere Planüberschreitungen erzielt werden konnten.

b) Anlagenbetrieb

MVA Weisweiler

Obwohl es in den Monaten Februar und März leichte Defizite beim Beliefern der MVA Weisweiler gegeben hat, konnte insgesamt das drittbeste Ergebnis erreicht werden. Insgesamt wurden 390.000 Tonnen in der MVA Weisweiler im Geschäftsjahr 2014 thermisch behandelt. Trotz der beiden Revisionen in 2014 war die Nachfrage so groß, dass im September über mehrere Wochen keine Gewerbeabfälle mehr angenommen werden konnten, um der öffentlich-rechtlichen Entsorgungspflicht nachzukommen.

Die Verhandlungen zur Fortsetzung des Betriebsführungs- und Anbindungsvertrages mit der RWE Power AG haben über das ganze Jahr kontinuierlich stattgefunden, um den vom RWE vorgegebenen Abschlussstermin erreichen zu können.

Kontinuierlich wurden auch die Gespräche zwischen den Gesellschaftern fortgeführt, um über den Weiterbetrieb und den Fortbestand der MVA Weisweiler präzise Regelungen zu finden. Trotz der unterschiedlichen Interessen der Gesellschafter konnte in vielen Punkten Einigkeit erzielt werden. Die Gespräche werden in der ersten Hälfte 2015 zu Ende gebracht werden müssen.

Eine Kooperation mit dem Wasserverband Eifel-Rur hat sich aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen und der erst Mitte der 20er Jahre wirksam werdenden gesetzlichen Vorgaben nicht entsprechend realisieren lassen.

Kompostierungsanlagen

Die Biovergärungsanlage in Würselen hat ihren Routinebetrieb erreicht. Die Gasausbeute entspricht noch nicht ganz den Prognosen der Planer. Die Gasnutzungseinheit wurde seitens der AWA Entsorgung GmbH von der STAWAG erworben.

Die Kompostierungsanlagen auf dem ELC Warden und in Aachen-Brand liefen problemlos. Die Planung für die neue Grünschnitt – Kompostierungsanlage am Standort Warden wurde mit den Behörden abgestimmt und kann in 2015 ins Genehmigungsverfahren gehen.

ELC Warden/Deponie Warden

Die Oberflächenabdichtung und ein Teil des Zwischenhorizontes im Bereich der Scheibe 2 konnte fertig gestellt werden.

Der endgültige Aufbau des Zwischenhorizontes und der abschließenden Asphalttschicht wird von technischen Details der Kompostplatz – Gestaltung beeinflusst und kann deshalb erst in 2015 ausgeführt werden.

Die am Standort ELC Warden umgeschlagenen Wertstoffe und Abfallmengen mussten wegen Erreichung der Genehmigungsgrenzen zum Teil an anderen Standorten behandelt werden. Der Wertstoffhof wurde umgestaltet, um den Bedürfnissen der mehr als 70.000 Anlieferer nach einer reibungslosen Abwicklung entsprechen zu können.

Ein Brand im Bereich der mobilen Sperrmüllaufbereitung führte zu einem Großeinsatz der Feuerwehren der Region und zu einem Schaden der weitestgehend von der Versicherung abgedeckt ist. Er bestand im Wesentlichen in einem hohen Aufwand bei der Entsorgung des aufgefangenen Löschwassers.

ELC Süd

Das im Oktober 2013 in Betrieb genommene ELC Süd erfreut sich eines großen Zuspruchs. Die Verfahrensabläufe und die erfassten Stoffströme entsprechen modernen Standards für eine erfolgreiche Wertstofffassung. Die Kooperation mit den Eifeler Christen zur Weiternutzung bzw. Wiederverwendung dafür geeigneter Materialien ist reibungslos.

ELC Rurbenden (ursprünglich ELC Nord)

Für die im Gewerbegebiet Rurbenden erworbenen Hallen und Grundstücke wurde das Genehmigungsverfahren nach Einrichtung des "ELC Rurbenden" vorbereitet. Mit einer Inbetriebnahme wird in der zweiten Jahreshälfte 2015 gerechnet.

ELC Horn

Die durch den Brand im September 2013 verursachten Brandschäden führten zu einer Änderung des Behandlungskonzeptes. Die für das notwendige Genehmigungsverfahren erforderliche Behördenabstimmung war zeitaufwendig und muss hohe Ansprüche an die Brandschutz- und Geruchsaufgaben erfüllen. Das Genehmigungsverfahren kann deshalb formell erst im 2. Quartal 2015 starten. Die Umsetzung der Hallensanierung wird in 2015 starten.

Sickerwasserreinigungs- und Gasnutzungsanlage

Die Gasnutzungsanlage kam durch ständig rückläufige Gasmengen vereinzelt in den Grenzbereich ihrer Funktion. Gleichzeitig musste aber insbesondere der Wärmebedarf des Betriebsgebäudes jederzeit gesichert werden. Über die bereits in 2013 errichtete Mischstrecke zur Zumischung von Netzgas hinaus wurde in 2014 das gemeinsam mit unserem Energieversorger entwickelte Energiekonzept umgesetzt. Dieses besteht aus dem Ersatz des letzten noch vorhandenen Gasmotors aus den Anfängen der Gasnutzungsanlage durch einen neuen, wesentlich effizienteren Motor und einer Zusatzheizung zur Abdeckung von Bedarfsspitzen. Die Umrüstung startete im Herbst 2014 und konnte im 1. Quartal 2015 erfolgreich abgeschlossen werden. Wir erwarten, dass alle drei Maßnahmen noch einige Jahre eine größtmögliche Deponiegasnutzung sicherstellen.

Die Sickerwasserreinigungsanlage läuft in einem stabilen Betriebszustand und konnte sogar mit geringfügigen Ergänzungen zur Vorbehandlung eines großen Teils des Löschwassers aus dem Brandschaden eingesetzt werden.

c) Personalentwicklung

Insgesamt waren 85,6 Personen bezogen auf Vollzeitstellen im Jahr 2014 bei der AWA Entsorgung GmbH tätig. 13 Auszubildende werden bei der AWA Entsorgung GmbH auf ihr Berufsleben vorbereitet. Dies entspricht einer Ausbildungsquote von ca. 13 %.

d) Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2014 konsolidierte sich der Zugriff auf die elektronischen Medienangebote der AWA auf hohem Niveau. Die Nutzung der Abfall-APP nahm stark zu und das Informationsangebot im Internet wurde deutlich häufiger genutzt als im Vorjahr.

Es zeigt sich, dass vor allem jüngere Kunden auf mobile Medien setzen, ältere Bürgerinnen und Bürger telefonieren deutlich häufiger.

Da elektronische Medien ein relativ beschränktes Verfallsdatum besitzen und Wahrnehmungs- und Nutzerverhalten von daher einer beschleunigten Aktualisierung bedürfen, wird für 2015 im neuen Relaunch der Internetseite ein Corporate Design umgesetzt.

Das neue Corporate Design wird schrittweise im Alltagsbetrieb eingeführt.

Der beschränkte Sponsoringetat der AWA wird schwerpunktmäßig anlagennah und sozial verantwortlich verwendet.

3. Lage

a) Ertragslage:

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse entfallen mit etwa € 45,7 Mio. (Vorjahr € 39,2 Mio.) auf Entsorgungsentgelte, die damit um 17 % über dem Vorjahr liegen. Hierbei ist allerdings grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft ihre Entgelte nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen (KAG, LSP u. a.) zu bemessen hat und diese nicht frei kalkulierbar sind.

Die Umsatzerlöse sind somit von der Entwicklung der Entsorgungskosten abhängig, die wesentlich von den Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG beeinflusst werden.

Die übrigen Umsatzerlöse (T€ 486; Vorjahr T€ 509) betreffen Erlöse aus dem Stromverkauf, die in einem hohen Maße aus dem Betrieb des BHKW in Würselen resultieren.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Schrotterlöse aus der Rostascheaufbereitung (T€ 1.867; Vorjahr T€ 2.094), Erlöse aus Geschäftsbesorgungen (T€ 1.416; Vorjahr T€ 1.406) sowie Mieterlöse aus dem Betriebshof RegioEntsorgung (T€ 361; Vorjahr T€ 370).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (€ 35,8 Mio.; Vorjahr € 34,1 Mio.) beinhalten Fremdleistungen für die Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG, für den Betrieb der Kompostplätze Alsdorf-Warden und Würselen sowie Leistungen für den Betrieb der Zentraldeponie Alsdorf-Warden, für die Betriebsführung der Rostascheaufbereitung, Schadstoffsammlung und für Fremdleistungen Abwasserentsorgung Siwa.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere Kosten für Versicherungsbeiträge (T€ 195; Vorjahr T€ 150), Wartung/Instandhaltung (T€ 932; Vorjahr T€ 1.362), Beratungs- und Prüfungskosten (T€ 1.449; Vorjahr T€ 981), Fremdleistungen (T€ 456; Vorjahr T€ 492) und Öffentlichkeitsarbeit (T€ 362; Vorjahr T€ 325) enthalten.

In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von T€ 576 (Vorjahr T€ 570) enthalten.

Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthält neben Darlehenszinsen (T€ 851; Vorjahr T€ 927) auch zinsbasierende Anpassungen aus langfristigen Rückstellungen für Erstattungsver-

pflichtungen aus Entgeltkalkulationen der Vorjahre (T€ 434; Vorjahr T€ 503) und für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen (T€ 335; Vorjahr T€ 213), die mit den Zinserträgen aus der Rückdeckungsversicherung (T€ 77; Vorjahr T€ 64) verrechnet werden.

Außerordentlich belastet wird das Jahresergebnis 2014 durch die wahrscheinliche Inanspruchnahme aus dem Preisanpassungsbegehren, das die Mitgeschafterin in der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG, die EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH am 27. September 2013 gegen die AWA Entsorgung GmbH gerichtet hat. Aufgrund der Entwicklung des Schiedsgerichtsverfahrens im Aufstellungs- und Prüfungszeitraum des vorliegenden Jahresabschlusses besteht die Überzeugung, dass eine Inanspruchnahme aus dem Preisanpassungsbegehren überwiegend wahrscheinlich ist. Dementsprechend wurde eine Rückstellung mit dem voraussichtlichen Betrag der Inanspruchnahme dotiert. Aufgrund der sich abzeichnenden ratiellen Auszahlung über die Jahre 2015 bis 2017 wurde der Barwert mit T€ 11.240 als außerordentlicher Aufwand eingebucht.

Obwohl das Rohergebnis (T€ 15.465; Vorjahr T€ 13.349) um ca. 16 % über dem des Vorjahres liegt, resultiert aus der außerordentlichen Ergebnisbelastung durch das Preisanpassungsbegehren letztlich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 8.640 nach einem Jahresüberschuss im Vorjahr in Höhe von T€ 3.870. Im Vorjahr haben steuerbasierende Sondersachverhalte zu einem ungewöhnlich hohen Jahresüberschuss beigetragen.

b) Vermögenslage:

Die Vermögens- und Finanzlage der AWA Entsorgung GmbH ist trotz des Eigenkapitalverzehr infolge des Jahresfehlbetrages weiterhin geordnet.

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft in Höhe von T€ 74.155 liegt leicht über dem Vorjahreswert (T€ 73.358). Während das Anlagevermögen von T€ 26.762 im Vorjahr auf T€ 26.311 im Berichtsjahr abnahm, stieg das Umlaufvermögen auf T€ 47.815 (Vorjahr T€ 46.587).

c) Finanzlage:

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um T€ 8.640 reduziert. Ursächlich hierfür ist der Jahresfehlbetrag in gleicher Höhe.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 19.394; Vorjahr T€ 21.330) reduzierten sich um die planmäßigen Tilgungen.

Die Rückstellungen (T€ 47.142; Vorjahr T€ 37.641) erhöhten insgesamt um T€ 9.501. Wesentliche Bewegungen ergaben sich aus dem Zugang der Rückstellung für die drohende Inanspruchnahme aus dem Preisanpassungsbegehren EGN in Höhe von T€ 11,4, dem Rückgang der Rückstellungen für Sanierung und Rekultivierung in Höhe von T€ 1.694 sowie aus dem Zugang der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen von T€ 546.

Die Finanzlage stellt sich gemäß DRS 21 (mit angepassten Vergleichszahlen) wie folgt dar:

	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	8.202	1.195
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.530	148
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.787	-2.841
Veränderung des Finanzmittelfonds	3.885	-1.498
Finanzmittelfonds am Anfang des Geschäftsjahres	19.784	21.282
Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	23.669	19.784

Die Eigenkapitalquote sank von 13,4 % auf 1,6 %. Diese ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten relativ gering.

Das Verhältnis von Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital zum Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad II) weist einen Wert von 162 % aus. Das Umlaufvermögen deckt das kurzfristige Fremdkapital mit einem Faktor von 1,5 ab.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltschutz:

Alle vom Aufsichtsrat festgelegten Umweltziele werden – wie in den vergangenen 20 Jahren – vorbildlich umgesetzt. Selbstverständlich ist die Einhaltung aller umweltrelevanten Vorschriften und staatlichen Vorgaben. Vorbildlich niedrig sind die durchschnittlichen Emissionswerte bei der MVA Weisweiler und der Biovergärungsanlage.

Erneut wurde das eingerichtete Qualitäts- und Umweltmanagement zertifiziert. Ebenso wurde die AWA Entsorgung erneut als Entsorgungsfachbetrieb anerkannt.

Das Beteiligungsunternehmen MVA Weisweiler ist seit Anfang 2014 als Entsorgungsfachbetrieb anerkannt.

III. Nachtragsbericht

In Bezug auf das Preisanpassungsbegehren, welches von der Mitgesellschafterin bei der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG, der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, an die AWA Entsorgung GmbH gestellt worden war, unterbreitete das hierfür eingerichtete Schiedsgericht am 9. März 2015 einen Vergleichsvorschlag, der von den beteiligten Parteien einvernehmlich nachverhandelt wurde. Da das Risiko einer Inanspruchnahme aus dem Preisanpassungsbegehren als überwiegend wahrscheinlich zu beurteilen ist, wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 eine Rückstellung in Höhe von (abgezinst) TEUR 11.240 passiviert. Auf die diesbezüglichen Erläuterungen zur Ertragslage (Abschnitt II.3.a) sowie zum Risikobericht (Abschnitt V.2.e) wird hingewiesen.

IV. Prognosebericht

Hinsichtlich der Abfallmengen kann eine gewisse Stagnation im Gesamtaufkommen festgestellt werden. Die Erfassung von Wertstoffen und die Erweiterungen der Wertstoffgruppen hinsichtlich Kleinelektronik und Altkleidern führen zu weiteren Umsätzen, zu stärkerer Bindung von Abfallströmen aus der Region zu einer besser wahrnehmbar präsenten Unternehmen in der Region.

Die zum Teil grundsätzlichen Auseinandersetzungen zur Abgrenzung von kommunaler zu gewerblicher Sammlung sind zeitaufwendig, wegen der Sicherung der Stoffströme aber unumgänglich.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht:

Bedauerlicherweise hat das Aufstellungsverfahren für den neuen Abfallwirtschaftsplan NRW noch nicht alle parlamentarischen Hürden genommen, so dass mit einer Verabschiedung erst in der zweiten Jahreshälfte 2015 zu rechnen ist. Die Einteilung der Regionen im neuen AWP NRW soll sich noch geringfügig geändert haben, sodass möglicherweise ein für die MVA Weisweiler günstigerer Zuschnitt enthalten sein könnte. Durch die Verkürzung der Übergangszeit bis zur Bildung von kommunalen Kooperationen auf maximal ein Jahr könnte der Prozess der Konsolidierung des Einzugsgebiets der MVA Weisweiler beschleunigt werden. Nach wie vor offen ist, ob die Bundesregierung ein Wertstoffgesetz tatsächlich in den parlamentarischen Entscheidungsprozess konkret einbringt oder die am Markt Beteiligten weiterhin gewähren lässt, durch faktisches Handeln die entsprechenden Zuständigkeiten in der Wertstoffsammlung und -aufbereitung zu erringen, ohne dass konkrete Zuständigkeitsregeln und ökologische Verantwortlichkeiten mit eindeutigem Vorhaben aufgestellt werden.

Das am 01.06.2012 in Kraft getretene Kreislaufwirtschaftsgesetz bedingte einige Neuerungen. Insbesondere die neuen Regelungen zu „gewerblichen/gemeinnützigen Sammlungen“, die eine Ausnahme von den bestehenden Überlassungspflichten an die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bei Abfällen zur Verwertung aus privaten Haushalten darstellen, stellen alle am Anzeigungsverfahren einer solchen Sammlung beteiligten Behörden vor eine große Herausforderung hinsichtlich der rechtlichen Beurteilung. Denn die Vielzahl der unbestimmten Rechtsbegriffe unterliegt einem großen Beurteilungs- und Ermessensspielraum.

Solange dem Bundestag keine anderen Regelungen durch die Bundesregierung vorgelegt werden können, hat die Gesellschaft alle Möglichkeiten, sich auch der gewerblichen Wertstoffmengen, ihrer Erfassung und ihrer Verwertung zu widmen und damit in der Region die entsprechenden abfallwirtschaftlichen Positionen vorzunehmen. Die Einrichtung weiterer ELC mit den Schwerpunkten einer konsequenten Wertstofffassung und die Weitergabe der erfassten Wertstoffmengen an mittelständische private Verwerter bzw. Aufbereitungsbetriebe ermöglicht eine ortsnahe und konsequente Erfassung der in der Region anfallenden Wertstoffe. Die Wertstoffmengen aus Haushaltungen und die Wertstoffmengen aus den mittelständischen Produktionsbetrieben stellen einen Stoffstrom dar, der im Rahmen der regionalen Entsorgungskonzepte besondere Aufmerksamkeit genießen wird.

Die Novellierung der Gewerbeabfallverordnung soll die betrieblichen Abfallwirtschaftskonzepte wiederbeleben, so dass den abfallwirtschaftlichen Akteuren – insbesondere im mittelständischen Gewerbe-, Handel- und Dienstleistungsbereich die Wertstoffe und Abfallproblematik noch einmal ins Bewusstsein rücken dürfte. Dadurch erhöhen sich die Möglichkeiten, mit den entsprechenden Abfallentsorgern in geschäftliche Kontakte zu treten und die ortsnahen Entsorgungsangebote zu positionieren.

2. Risikobericht:

a) Abfallmengen und Preisentwicklungen

Es muss damit gerechnet werden, dass sich die einzelnen Stoffströme in den gesamten Abfallmengen verändern und zum Teil sogar geringer werden bzw. sich entsprechende Verschiebungen von beseitigungspflichtigen Abfallmengen zu Wertstoffmengen ergeben können. Die Bemühungen zur Abfallvermeidung und zur Wiederverwertung tragen bei einem Teil der Bevölkerung Früchte, und zwar dahingehend, dass die Wertstoffsammelmöglichkeiten mit größerer Aufmerksamkeit genutzt werden und im Konsumverhalten durchaus auch auf Produkte geachtet wird, deren Verkauf nicht mit Abfall verbunden ist. Auch geht der stärkere Konsum über Internet einher mit steigenden Mengen im Bereich Papier, Pappe und Kartonagen (PPK). Solange aber noch keine gesetzlichen Vorschriften und eine entsprechend konsequente Umsetzung erfolgt bzw. verfolgt wird, ist nicht mit gravierenden Einschnitten der Abfallmengen zu rechnen. Sofern Wertstoffsammlungen mit einem Belohnungsmodus versehen sind, kann die Wertstoffmenge künftig sicherlich steigen und damit die beseitigungspflichtigen Restmüllmengen reduziert werden.

Die Bemühungen der gewerblichen Abfallwirtschaft, den Produktionsresten noch große Mengen aus dem Bereich der überlassungspflichtigen Müllmengen im Bereich Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe zu akquirieren, halten an, und zwar so lange auch erfolgreich, bis die Entsorgungspreise für gewerbliche Abfälle zum Teil unter den Gestehungspreisen der thermischen Behandlung angenommen werden. Hinzu kommen die weiterhin bestehenden Möglichkeiten einer thermischen Behandlung unter deutlich schlechteren umwelttechnischen Randbedingungen als in der Müllverbrennungsanlage in Weisweiler. Dass dabei auch in vermeidbarer Weise weite Strecken zu den Behandlungsanlagen in Kauf genommen werden, wird von Politik und Vollzugsbehörden offensichtlich toleriert.

b) Primärenergieproduktion

Die Energiegewinnung in der Biovergärungsanlage Würselen wird zunehmend attraktiver. Als Mitgesellschafterin der MVA Weisweiler drängt die AWA Entsorgung GmbH auf die künftige Nutzung des MVA-Dampfs für die Fernwärmeversorgung in der Region und unterstützt die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG durch entsprechende Initiativen, die die fortgesetzte Nutzung der bereits vorhandenen Fernwärme-Infrastruktur in der Region sicherstellen soll. Durch die EEG-Verordnung vom August 2014 wurde dem MVA-Dampf der Primärenergiefaktor 0,0 zugeteilt.

Im Gegensatz zu anderen Energiequellen kann damit der zum Teil hohe Anspruch aus Bebauungsplänen, Ausschreibung und energetischen Sanierungsmaßnahmen bestehende Primärenergiefaktor von 0,3-0,4 auf jeden Fall gewährleistet werden. Dadurch ergeben sich Entwicklungschancen und Einnahmemöglichkeiten, die zu Gebührensenkungen führen können. Ob und in welcher Weise sich derartige Maßnahmen realisieren lassen, wird von Vereinbarungen, Verhandlungen und Grundsatzenscheidungen abhängen, die allerspätestens im dritten Quartal 2015 beschlossen sein müssen. Sollten die Aktivitäten zur Dampfvermarktung mittelfristig nicht zum Tragen kommen, so steht zu befürchten, dass die MVA Weisweiler ihre freien Kapazitäten nur schwer vermarkten kann und mögliche Akquisitionen aus dem gewerblichen Bereich unterstützt werden müssen.

c) Landesabfallplan

Sollte der Landesabfallplan in seiner bisher bekannt gewordenen Form nicht umgesetzt werden, so sind für die Entsorgungsregion West ungleichmäßig ausgelastete Verbrennungsanlagen zu befürchten und der Wettbewerb der technisch gleichwertigen Anlagen könnte zu einer Schieflage führen.

d) Risikomanagement

Das Risikomanagementsystem ist fester Bestandteil der betrieblichen Abläufe. Der beauftragte Risikoberater erörtert in monatlichen Telefonkonferenzen mit der Geschäftsführung die Aktualisierung bzw. Anpassung der bekannten und neuen Risiken. Halbjährlich erörtern und analysieren die Berater zusammen mit allen Arbeitsebenen die Risikosituation in den einzelnen Betriebs- und Unternehmensteilen. Dabei werden in die Bewertung die Erkenntnisse der Risikoberater aus der Erfahrung von bundesweit mehr als 50 Betrieben einbezogen, bei denen das beauftragte Beratungsunternehmen ebenfalls mit der Aufstellung des Risikomanagements beauftragt ist. Insoweit fließen in das RMS des Unternehmens sehr viele Erfahrungen aus dem gesamten Bundesgebiet ein.

e) Preisanpassungsbegehren

Im Zusammenhang mit den Anlieferverpflichtungen zur MVA Weisweiler stellte im September 2013 die Mitgesellschafterin der AWA Entsorgung GmbH an der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG, die EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, ein Preisanpassungsbegehren an die AWA Entsorgung GmbH. Im Rahmen dieses Begehrens forderte die EGN durch Preisanpassungen ab dem 01.10.2013 bis zum 30.11.2017 einen Verlustausgleich in Höhe von insgesamt € 65,2 Mio.

Die AWA hat dieses Preisanpassungsbegehren abgelehnt und eine Anwaltskanzlei mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt. Die betreffenden Verträge sehen für diesen Fall ein Schiedsverfahren vor. Nachdem sich das Schiedsgericht konstituiert hat, wurde am 16. April 2014 seitens EGN Schiedsklage eingereicht.

Im Laufe des Jahres 2014 haben die Parteien ihre konträren Auffassungen in einer Vielzahl von Schriftsätzen und Verhandlungen vor dem Schiedsgericht dargelegt. Das Schiedsgericht hat daraufhin am 9. März 2015 einen Vergleichsvorschlag unterbreitet, der von den beteiligten Parteien einvernehmlich nachverhandelt worden ist.

Da das Risiko einer Inanspruchnahme aus dem am 27. September 2013 gestellten Preisanpassungsbegehren als überwiegend wahrscheinlich zu beurteilen ist, enthält der Jahresabschluss der AWA eine Rückstellung, die mit einem Betrag von T€ 11.800 (nach Abzinsung T€ 11.240) zahlbar in drei gleichen Raten bewertet worden ist.

Die massive Ergebnisbelastung aus der Rückstellungsbildung führt zu einer erheblichen Verminderung der Eigenkapitalquote von 13,4 % auf 1,6 %. Das Stammkapital ist aber nicht angegriffen. Die vorgesehene ratierliche Auszahlung der Vergleichssumme in den Jahren 2015, 2016 und 2017 trägt dazu bei, dass die Liquiditätssituation der AWA nicht überstrapaziert wird.

3. Gesamtaussage

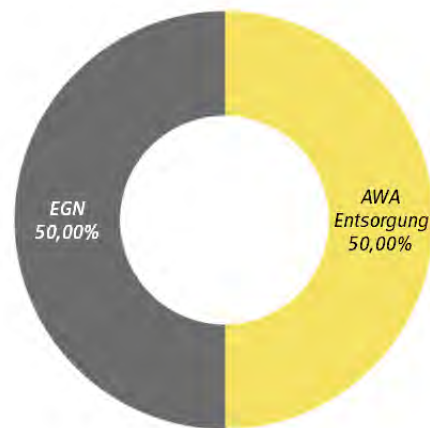
Das Unternehmen befindet sich trotz der absehbaren Belastung aus dem Preisanpassungsbegehren in einer stabilen wirtschaftlichen Lage. Das erfahrene Personal und die intensive Begleitung der mehr als 14 Auszubildenden in allen Bereichen sorgen für eine entsprechende Kontinuität. Die Aufbauorganisation und die guten technischen Kommunikationsmöglichkeiten tragen zu geordneten und effektiven Betriebsabläufen bei. Die AWA Entsorgung GmbH wird als zuverlässiges und faires Unternehmen in der Region als ökologisch vorbildlich und kaufmännisch berechenbar und erfolgreich in der Region Aachen/Düren wahrgenommen.

MVA Weisweiler GmbH & Co. KG Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	MVA Weisweiler GmbH & Co. KG
Sitz	Zum Hagelkreuz 22, 52249 Eschweiler
Rechtsform	GmbH & Co. KG
Gründungsjahr	1997
Geschäftsführer	Ulrich Koch, Andreas Fries
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	12.784.00,00 EUR
Mitarbeiter	12,25 (Vorjahr 11,25) (Durchschnitt)
Internet	www.mva-weisweiler.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Hierzu zählen die Fertigstellung sowie die Betriebsübernahme und der Betrieb der MVA Weisweiler. Zudem der wirtschaftliche und umweltverträgliche Betrieb und die technische Weiterentwicklung der MVA Weisweiler. Zu den Aufgaben gehören alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten, Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Reststoffaufbereitungsanlagen und Deponien [...] und die Beteiligung an anderen Unternehmungen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Ulrich Koch, Andreas Fries

Aufsichtsrat:

Vorsitzender
stv. Vors.

Helmut Etschenberg
Kerstin Abraham
Carsten Liedtke
Willi Bündgens
Marcel Philipp
Ferdinand Corsten (CDU)
Josef Johann Schmitz
Wolfgang Spelthahn
Bernfried Ahle
Michael Depenbrock
Dr. Hermann-Josef Roos
Reinhard Van Vlodrop

Städteregionsrat
Stadtwerke Krefeld AG
Stadtwerke Krefeld AG
StädteRegion
Oberbürgermeister
Ratsmitglied
Kreis Düren
Landrat Kreis Düren
EGN
Stadtwerke Krefeld AG
EGN
EGN

beratend:

Dr. Lothar Barth
Uwe Zink
Stephan Löhmann

Beigeordneter Stadt Aachen
StädteRegion
Stadt Eschweiler

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin berechtigt und verpflichtet.

Gesellschafterversammlung

Die von den beiden Gesellschaftern AWA Entsorgung GmbH und Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH (EGN) zu entsendenden Mitglieder. Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinanderfolgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA und einem von der EGN entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	84.425	82%	69.675	81%	54.877	75%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	16	0%	33	0%	25	0%
II.	Sachanlagen	84.409	82%	69.642	81%	54.852	74%
III.	Finanzanlagen	0	0%	0	0%	0	0%
B.	Umlaufvermögen	17.449	17%	16.300	19%	18.766	25%
I.	Vorräte	160	0%	160	0%	160	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.979	5%	4.567	5%	6.550	9%
III.	Wertpapiere	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	12.310	12%	11.573	13%	12.056	16%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	559	1%	6	0%	7	0%
Bilanzsumme Aktiva		102.433		85.981		73.650	
A.	Eigenkapital	5.000	5%	5.000	6%	4.666	6%
	Kapitalanteile Kommanditisten	12.784		12.784		12.784	
	nicht eingef. ausstehende Einlagen	-7.784		-7.784		-7.784	
	Verlustanteile Kommanditisten	0		0		-334	
B.	Rückstellungen	5.311	5%	3.752	4%	8.103	11%
C.	Verbindlichkeiten	92.122	90%	77.228	90%	60.880	83%
Bilanzsumme Passiva		102.433		85.981		73.650	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	52.541	51.498	52.849
sonstige betriebliche Erträge	298	298	97
Betriebsleistung	52.839	51.796	52.946
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	28.402	26.302	31.992
Personalaufwand	1.027	927	950
Abschreibungen	14.847	14.821	14.820
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.409	2.759	2.685
Betriebserfolg	6.155	6.987	2.499
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	146	20	12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.347	3.539	2.746
Finanzergebnis	-4.200	-3.519	-2.734
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.955	3.467	-235
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	435	627	29
sonstige Steuern	64	70	70
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.456	2.771	-334

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Es besteht keine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der wirtschaftliche und umweltverträgliche Betrieb der MVA Weisweiler und alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten. Dieser Betrieb soll zudem unter wirtschaftlichen Randbedingungen stattfinden, die möglichst niedrige Verbrennungsentgelte verursachen. Außerdem kann das Unternehmen alle mit der thermischen Abfallbehandlung verbundenen Geschäftstätigkeiten übernehmen.

Auf Basis einer Zusammenarbeitsvereinbarung aus dem Jahr 1997 haben sich die Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH gleichberechtigt verpflichtet, jeweils ein Anlieferkontingent in Höhe von 145.000 t/a anzuliefern und stehen im Rahmen einer „Bring or pay“-Regelung dafür auch finanziell in der Pflicht. Die Möglichkeit, die MVA Weisweiler gleichberechtigt in der sogenannten „freien Spitze“ auszulasten, bietet beiden Vertragspartnern eine Chance, die enormen Aufwendungen für die Sicherung der „Pflicht-Müllmengen“ teilweise zu kompensieren.

2. Technische Entwicklung

Die Gesellschaft ist ständig darum bemüht, alle Erkenntnisse aus dem laufenden Betrieb dahingehend zu nutzen, die Reisezeit der einzelnen Linien möglichst lange zu strecken. Je länger sich der Zeitraum zwischen den technisch notwendigen Revisionen entwickelt, umso höher kann sich die sich stetig verbessernde Zeitverfügbarkeit positiv auf das wirtschaftliche Gesamtergebnis auswirken.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen stehen – wie auch alle anderen MVAs im Bundesgebiet – untereinander in Konkurrenz, um die Abfallmengen, die nicht durch Andienungspflichtigen und längerfristige vertragliche Bindungen für bestimmte Müllverbrennungsanlagen für deren Auslastung sicher zur Verfügung stehen. Abfälle aus Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe sind heiß umworben und stehen – zum Teil ohne Vorbehandlung - auch als Brennstoff den Ersatzbrennstoffkraftwerken (EBS) zur Verfügung. Diese Mitverbrennung findet unter technischen Randbedingungen statt, die erheblich niedrigere Produktionskosten als in „klassischen“ Müllverbrennungsanlagen ermöglichen.

Die dringend notwendige Stoffstromkontrolle durch staatliche Behörden findet in NRW nach wie vor nicht wirksam statt. Eine konsequente Stoffstromkontrolle könnte ganz erheblich zu faireren Wettbewerbsbedingungen zwischen den thermischen Behandlungsanlagen beitragen.

Die seit Jahren bundesweit festzustellenden Entsorgungspreise für Abfallmengen aus dem Bereich Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe sind oftmals nicht kostendeckend und müssen quersubventioniert werden. Die damit verbundenen Risiken werden von den Beteiligten dabei in Kauf genommen. Die Wettbewerbsbehörden des Landes NRW, des Bundes und auch der europäischen Gemeinschaft dulden diesen Zustand offensichtlich.

Die Mitverbrennung in Braunkohlekraftwerken hat sich geringfügig verringert.

2. Geschäftsverlauf

Obwohl im Frühjahr 2014 wegen der geplanten Revisionen über mehrere Wochen nur Teillastbetrieb möglich war, ist es in den Folgemonaten gelungen, die Anlage in einem Ausmaß auszulasten, das alle planerischen Erwartungen deutlich überschritten hat. Die hohe technische Verfügbarkeit der Anlage hat es ermöglicht, insgesamt das Planungsziel des Wirtschaftsplans 2014 um mehr als 30.000 t zu überschreiten. Die Anliefermenge im Geschäftsjahr 2014 betrug 388.978 t, insgesamt konnten 390.342 t thermisch behandelt werden.

Die beiden Auslastungspartner EGN und AWA haben ihre Auslastungskontingente zuverlässig beliefert. Bei der Vermarktung der freien Spitze konnten beide Auslastungspartner zu Marktkonditionen noch ganz erhebliche Mengen anliefern. Dabei hat die AWA 49.070 t und die EGN 49.908 t in die freie Spitze geliefert.

Durch die konstruktive Zusammenarbeit der Beteiligten beim Stoffstrommanagement war es möglich, die technisch zur Verfügung gestellte Verbrennungskapazität effektiv zu nutzen. Teilweise musste aufgrund der großen Nachfrage die Anlieferung von Gewerbeabfällen tageweise gesperrt werden, um die Entsorgungsverpflichtung der öffentlich-rechtlichen Abfallmengen vorrangig erfüllen zu können. Auch in der Revisionsphase der Monate Januar bis März 2014 konnte die Müllverbrennungsanlage bis auf wenige Tage mit zwei Linien betrieben werden.

Die Zeitverfügbarkeit lag an allen drei Linien im Mittel bei 93 % und damit insgesamt 2 % über dem Wirtschaftsplanansatz. Dieser Beweis der technischen Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit stellt den zweithöchsten Wert in der Unternehmensgeschichte dar.

Ebenso positiv war die Dampfproduktion im Geschäftsjahr 2014, die mit 1.204.840 t trotz des tageweisen Teillastbetriebs im 1. Quartal noch einmal gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse von 52.849 T€ (Vorjahr 51.498 T€) weisen im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 2,6 % aus.

Der starke Anstieg des Materialaufwand 31.992 T€ (Vorjahr 26.302 T€) resultiert insbesondere aus der Bildung von Rückstellungen für die Revision von zwei Linien im ersten Quartal des Folgejahres, die hier ihren Niederschlag finden.

Die Abschreibungen von 14.820 T€ (Vorjahr 14.821 T€) sind nahezu unverändert und bilden die planmäßigen Abschreibungen ab.

Das extrem niedrige Zinsniveau wirkt sich erheblich im Kapitalanlagebereich aus. Die Zinserträge liegen mit 11 T€ noch unter dem Vorjahresniveau von 20 T€.

Bei den Zinsaufwendungen macht sich die planmäßig zugrundeliegende Finanzierungskonzeption bemerkbar, was zu einem Rückgang von 3.539 T€ im Vorjahr auf 2.746 T€ im Geschäftsjahr geführt hat.

Nach den neuen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften (BilMoG) sind sogenannte Aufwandsrückstellungen nicht mehr zulässig. Da im Rahmen des LSP-basierenden kalkulatorischen Umfelds der MVA KG diesbezügliche Abgrenzungen weiterhin berücksichtigt werden dürfen, wird es künftig handelsrechtlich zu größeren Ergebnisschwankungen kommen.

Durch eine besondere Konstellation kommt es im Geschäftsjahr 2014 zu einem Jahresfehlbetrag von 334 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss: 2.771 T€).

Die Durchschnittsverbrennungskosten bezogen auf die Anlieferungsmenge konnten um 5,64 €/t auf 115,73 €/t gesenkt werden.

b) Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung setzt sich wie folgt zusammen:

		2014 T€	2013 T€
A.	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	17.057	15.885
B.	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-22	-71
C.	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-16.552	-16.552
D.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	+483	-738
E.	Finanzmittelfonds am Jahresanfang	11.573	12.310
F.	Finanzmittelfonds am Jahresende	12.056	11.573

Die Investitionen in Höhe von T€ 22 (Vj. T€ 71) sind von untergeordneter Bedeutung und mit Eigenmitteln finanziert. Die Abflüsse des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit resultieren aus der Darlehenstilgung im Rahmen des Kaufs der Anlage. Die Finanzierungskonzeption ist so angelegt, dass die Nutzungsdauer und die Darlehenslaufzeit weitgehend identisch sind und somit über die Abschreibungen die Tilgungen und Liquidität gesichert sind.

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur der Gesellschaft weist im Wesentlichen langfristiges, überwiegend in Sachanlagen gebundenes Vermögen in Höhe von 55.911 T€ aus. Dies entspricht rund 76 % der Bilanzsumme. Der Anteil des kurzfristig gebundenen Vermögens (im Wesentlichen Forderungen und liquide Mittel) an der Bilanzsumme beträgt rd. 24 %.

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) von 6,3 % (Vj. 5,8 %) hat sich nur unwesentlich verändert. Die Eigenkapitalquote ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zwar sehr niedrig, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten.

Die permanente Optimierung des Anlagenbetriebs führt inzwischen zu Reisezeiten von teilweise mehr als 24 Monaten. Diesem positiven Umstand wurde in den vergangenen Jahren aus Gründen einer sachgerechten periodischen Zuordnung durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen. Die neuen Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes lassen die Bildung sogenannter Aufwandsrückstellungen nicht mehr zu. Die sonstigen Rückstellungen enthalten Aufwendungen für Instandhaltung (6.552 T€, Vj. 2.937 T€).

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse der MVA KG sind weiterhin geordnet. Die Liquidität ist sichergestellt.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

a) Personalentwicklung

Im Jahr 2014 waren bei der MVA Weisweiler 10 MitarbeiterInnen (MA) beschäftigt. Es wurden zusätzlich 2 Aushilfen eingesetzt.

Die kaufmännische Geschäftsbesorgung erfolgt durch die MitarbeiterInnen des Gesellschafters AWA Entsorgung GmbH.

b) Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2014 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Durchschnittsemissionen regelmäßig erheblich unterschritten wurden.

Die folgende Tabelle ist ein hervorragender Beweis der technischen Leistungsfähigkeit der MVA Weisweiler.

Parameter	Tagesmittelgrenzwerte 17. BImSchV	Genehmigter Tagesmittelgrenzwert	Halbstunden-Grenzwerte 17. BImSchV	Durchschnittsmesswerte (als Mittelwert aus 12 Monatsmittelwerten)
Staub	10 mg/m ³	10 mg/m ³	30 mg/ m ³	0,31 mg/m ³
Schwefeldioxid [SO ₂]	50 mg/m ³	20 mg/ m ³	200 mg/ m ³	10,84 mg/m ³
Stickstoffoxid [NO ₂]	200 mg/m ³	100 mg/ m ³	400 mg/ m ³	78,53 mg/m ³
Kohlenmonoxid [CO]	50 mg/m ³	50 mg/m ³	100 mg/ m ³	2,64 mg/m ³
Kohlenstoff ges. [Cges.]	10 mg/m ³	10 mg/m ³	20 mg/ m ³	0,35 mg/m ³
Chlorwasserstoff [HCl]	10 mg/m ³	10 mg/m ³	60 mg/ m ³	4,12 mg/m ³
Quecksilber [Hg]	0,03 mg/ m ³	0,03 mg/ m ³	0,05 mg/ m ³	0,00226 mg/ m ³

Die durchstrukturierten Verfahrensabläufe, die technische Zuverlässigkeit der Anlage und die uneingeschränkt guten Emissionen haben dazu beigetragen, dass der Status des Entsorgungsbetriebs erneut im Dezember 2014 nach einem eingehenden Prüfungsverfahren zuerkannt wurde.

Die monatlichen Durchschnittsmesswerte werden regelmäßig im Internet für jedermann aktualisiert und zugänglich gemacht. Die Überwachungsbehörde wurde über alle relevanten (auch kleineren) Vorfälle im laufenden Betrieb informiert und hat die Anlage in 2014 mehrfach unangemeldet kontrolliert, ohne dass seitens der Behörde Anlass zur Kritik bestand. Die Müllverbrennungsanlage ist in der Region Aachen/Düren/Heinsberg als umwelttechnisch hochleistungsfähig anerkannt. Zahlreiche Besuchergruppen konnten sich von den Umweltschutzmaßnahmen im Rahmen des Besucherservices persönlich informieren. Insgesamt konnten ca. 2.400 Besucher die MVA im Geschäftsjahr besichtigen.

III. Nachtragsbericht

Entsprechende Sachverhalte liegen nicht vor.

IV. Prognosebericht

Die Betriebskosten konnten im Jahr 2014 im Verhältnis zum Vorjahr noch einmal leicht gesenkt werden.

Zwar konnte sich dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der MVA Weisweiler im Vergleich zu anderen Müllverbrennungsanlagen leicht verbessern, andererseits sind aber die zuvor beschriebenen Preisgestaltungsmöglichkeiten anderer Müllverbrennungsanlagen nach wie vor ein kaufmännisches Ärgernis und wettbewerbsverzerrend.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im Jahr 2015 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Freie Spitze – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit – möglichst intensiv auszulasten. Es ist auch für 2015 zu erwarten, dass die Hausmüllmenge leicht zurückgehen wird. Beide Auslastungspartner bemühen sich im Rahmen ihrer Aktivitäten, der MVA Weisweiler möglichst niederkalorischen Müll zuzuführen.

Der Wirtschaftsplan für 2015 geht von einer Verbrennungsleistung von ca. 360.000 t aus.

Durch die sich stetig verbessernde Kooperation mit anderen Anlagenbetreibergesellschaften und durch den offenen und konstruktiven Erfahrungsaustausch der Handelnden untereinander fließen die entsprechenden Erkenntnisse aus anderen Anlagen unmittelbar in das Tagesgeschäft ein. Die enge Zusammenarbeit mit den „Kollegenanlagen“ hat die positive Konsequenz, dass seitens der Aufsichtsbehörden erkennbar mit gleichen Maßstäben und vergleichbaren Randbedingungen agiert wird.

Die MVA Weisweiler erfüllt den gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten.

Es ist damit zu rechnen, dass sich die Geschäftsentwicklung auch in 2015 stabil entwickelt.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Das Geschäftsjahr 2014 war geprägt durch Verhandlungen mit der RWE Power AG hinsichtlich der Fortsetzung des Anbindungs- und Betriebsführungsvertrags sowie der Dampfvergütungsvereinbarung. Basierend auf den in den Vorjahren erarbeiteten Erkenntnissen, unter welchen finanziellen Randbedingungen ein vollständiger Eigenbetrieb der MVA Weisweiler überhaupt erfolgen kann, wurden in den streitigen Verhandlungen mit RWE noch Verbesserungen erzielt. Das Angebot der RWE Power AG hat die Erkenntnisse aus dem technisch losgelösten Eigenbetrieb der MVA Weisweiler berücksichtigt.

Zum Zeitpunkt der Abfassung des Lageberichts sind die Verhandlungen mit RWE Power AG noch nicht abgeschlossen. Zahlreiche Grundsatzprobleme sind zwischen den Beteiligten noch nicht geklärt. Festzuhalten bleibt, dass die MVA KG die Planungen zum Eigenbetrieb wieder aufnehmen kann und dass sich die Realisierungsphase deutlich verkürzen lässt.

Der von den Vertretern der RWE Power AG erwartete Entscheidungszeitraum zur Fortsetzung der Verträge konnte nicht eingehalten werden. Insofern die MVA KG eine Fortsetzung des Vertragswerks mit der RWE Power AG nicht wünscht, ist eine Kündigung bis zum 31.12.2015 auszusprechen. Diese Entscheidung wird sorgfältig vorbereitet. Dabei wird ganz besonderer Wert auf eine realistische Bewertung der Zukunftsaussichten des wirtschaftlichen Betriebs der MVA gelegt. Dabei waren die auch schon im Geschäftsjahr 2013 gestellten Grundsatzfragen einer Teilreduzierung der Verbrennungskapazität, der vollständigen Stilllegung der Anlage und des Fortbetriebs der Anlage in der derzeitigen Form regelmäßig Gegenstand einer situationsangepassten Prüfung.

Insbesondere die Situation einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde intensiv analysiert und bewertet. Solange die Erkenntnisse aus dem von der NRW Landesregierung aufgestellten Abfallwirtschaftsplan noch nicht veröffentlicht sind, muss weiter abgewartet werden, ob sich durch die Bildung von Entsorgungsregionen die Auslastung der MVA Weisweiler langfristig verbessert.

Die Risiken der Gesellschaft im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur werden regelmäßig erfasst und vierteljährlich mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.

2. Chancenbericht

Die Ende Mai 2012 aufgenommenen Arbeiten an der Neuaufstellung des Landesabfallplans haben in diesem Geschäftsjahr noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt. Es zeichnet sich ab, dass das NRW-Umweltministerium die Bildung von Entsorgungsregionen nach wie vor favorisiert, um eine gleichmäßige Auslastung der vorhandenen Abfallbehandlungsanlagen zu gewährleisten ohne dabei die Möglichkeit eines abfallwirtschaftlichen Wettbewerbs für entsorgungspflichtige Gebietskörperschaften zu verhindern. Im Gegenteil: die Müllverbrennungsanlagen und andere Abfallbehandlungsanlagen sollen untereinander im Rahmen von Ausschreibungen kostengünstige

Angebote machen, ohne dass dabei vom NRW-Umweltministerium bedacht wird, dass Wettbewerbspreise, die die Gestehungskosten nicht decken, in der Regel quersubventioniert werden müssen. Es bleibt abzuwarten, zu welchen konkreten Vorstellungen und Vorschlägen das NRW-Landeskabinett im Frühjahr 2015 kommt. Mit der parlamentarischen Behandlung und Verkündung des Entwurfs des AWP ist vor der Sommerpause 2015 zu rechnen. Ob und wie es zu den vom NRW-Umweltministerium gewünschten Anlagenstilllegungen kommt, bleibt abzuwarten.

Angesichts der extrem guten Auslastung aller Müllverbrennungsanlagen in NRW im Geschäftsjahr 2014 bleibt es nicht nachvollziehbar, warum die NRW-Landesregierung offensichtlich bei der Kapazitätsbemessung nicht die Stoffströme mitberücksichtigen wird, die aus Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe entstammen und sich im Rahmen der thermischen Vorbehandlungspflicht schwerpunktmäßig auf EBS-Kraftwerke konzentrieren bzw. aus den zu entsorgenden Materialien Sekundärbrennstoffe (SBS) produzieren lassen. Die Konkurrenz zwischen klassischen Müllverbrennungsanlagen wie der MVA Weisweiler und den thermischen Behandlungsanlagen wie EBS-Kraftwerken und der Mitverbrennung in Zementwerken oder Braun- und Steinkohlekraftwerken bleibt nach wie vor ein ökologisches Ärgernis und eine Wettbewerbsverzerrung, die einen Fortbestand der MVA Weisweiler nur dann ermöglicht, wenn auf der Einnahmenseite erhebliche Verbesserungen erzielt werden können.

Seit August 2014 verhandeln die MVA KG und die Stadtwerke Aachen über die Nutzung des Dampfes aus der Müllverbrennungsanlage zur Beschickung des Fernwärmenetzes im Stadtgebiet Aachen. Hintergrund sind die durch die EEG-Verordnung entstandenen Perspektiven, dass der Dampf aus Müllverbrennungsanlagen einen besonders guten Primärenergiefaktor hat, der vorrangig bei neuen Bauvorhaben und auch bei der energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden zum Einsatz kommen soll. Hier sind für die Gesellschaft enorme finanzielle Einnahmemöglichkeiten gegeben, sofern es zu einer harmonischen Geschäftsbeziehung zwischen RWE Power AG, MVA KG und STAWAG sowie anderen Energieversorgungsunternehmen in der Region kommt. Dieses regionale Energiekonzept wird zwischen den Beteiligten intensiv verhandelt und wird das Geschäftsjahr 2015 prägen sowie Anlass zu wesentlichen Weichenstellungen in der Geschäftspolitik der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG auslösen. Die Ausrichtung der MVA KG zum Energiebelieferungsunternehmen eröffnet ökologisch und ökonomisch reizvolle Perspektiven. Die Energieproduktion bei einer voll ausgelasteten MVA Weisweiler reicht aus, um nicht nur das (in der Erweiterung befindliche) Fernwärmenetz im Stadtgebiet Aachen sondern auch in den umliegenden Ortschaften der MVA Weisweiler betriebssicher zu beschicken.

Der langfristige Fortbestand der MVA Weisweiler hat einen besonderen Wert für die energetische Infrastruktur im Gebiet des ZEW und darüber hinaus.

3. Gesamtaussage

Für das Geschäftsjahr 2014 kann unter kaufmännischen Gesichtspunkten eine sehr zufriedenstellende Entwicklung festgestellt werden. Die Mengen- und Kostensituation hat zu wirtschaftlich sehr guten Ergebnissen geführt. Der Wirtschaftsplan 2015 unterstellt daher eine stabile Mengensituation und sieht weitere Kostenreduzierungen vor.

Im Laufe des Wirtschaftsjahres 2015 werden grundlegende Entscheidungen zum Fortbestand des Vertragsverhältnisses zwischen MVA KG und RWE Power AG erfolgen. Die strategische Ausrichtung des Unternehmens kann sich je nach Ergebnis dieser Verhandlungen kurzfristig und wesentlich ändern.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft bedient sich keiner Finanzinstrumente sowie anderer Termingeschäfte, Optionen und Derivate.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft hat keine weiteren Standorte oder Niederlassungen.

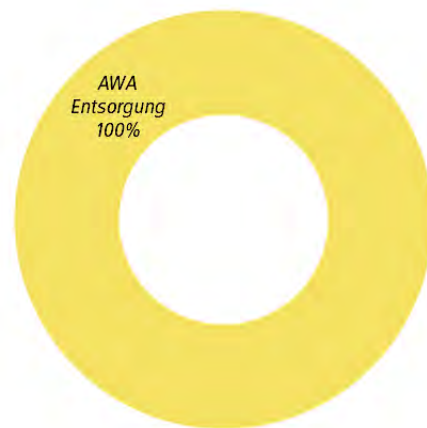
AWA Service GmbH

Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	AWA Service GmbH
Sitz	Zum Hagelkreuz 24, 52249 Eschweiler
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	2004
Geschäftsführer	Ulrich Reuter Karl Rambadt
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	25.000,00 EUR
Mitarbeiter	46,25 (Vorjahr 39,25) (Durchschnitt)

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen, einschließlich Errichtung, Erwerb und Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen. Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gesellschaftsgegenstand zu fördern. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich mit Zustimmung der Gesellschafter an anderen Gesellschaften zu beteiligen. Die Gesellschaft darf Grundstücke erwerben sowie eigenen und fremden Grundbesitz verwalten und verwerten.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Ulrich Reuter, Karl Rambadt

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Die Zahl der Geschäftsführer richtet sich nach dem Aufgabenumfang der Gesellschaft. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist er stets alleinvertretungsberechtigt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter durch ihre gesetzlichen Vertreter vertreten. Darüber hinaus kann sich jeder Gesellschafter durch rechtsgeschäftliche Vertreter vertreten lassen. Abweichend hiervon kann die Gesellschafterversammlung weitere Personen als Vertreter oder Beistand in der Gesellschafterversammlung zulassen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2012		2013		2014	
A. Anlagevermögen	1.425	52%	1.819	38%	1.743	47%
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0%	0	0%	0	0%
II. Sachanlagen	1.424	52%	1.819	38%	1.743	47%
B. Umlaufvermögen	1.314	48%	2.942	62%	1.985	53%
I. Vorräte	10	0%	8	0%	8	0%
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	704	26%	466	10%	533	14%
III. Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	600	22%	2.468	52%	1.443	39%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	14	1%	14	0%	5	0%
Bilanzsumme Aktiva	2.753		4.775		3.732	
A. Eigenkapital	371	13%	2.097	44%	2.180	58%
I. Gezeichnetes Kapital	25	1%	25	1%	25	1%
II. Gewinn-/ Verlustvortrag	299	11%	346	7%	2.072	56%
III. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	48	2%	1.725	36%	84	2%
B. Rückstellungen	124	5%	176	4%	209	6%
C. Verbindlichkeiten	2.257	82%	1.618	34%	581	16%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	140	3%	39	1%
E. Passive latente Steuern	0	0%	744	16%	724	19%
Bilanzsumme Passiva	2.753		4.775		3.732	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	6.529	6.923	8.250
sonstige betriebliche Erträge	737	817	780
Betriebsleistung	7.266	7.740	9.030
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	3.516	3.899	5.048
Personalaufwand	1.493	1.610	1.748
Abschreibungen	474	401	481
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.648	1.667	1.536
Betriebserfolg	134	163	218
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	37	24	0
Finanzergebnis	-35	-23	2
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	100	140	219
außerordentliche Erträge	747	4.222	101
außerordentliche Aufwendungen	747	1.822	167
außerordentliches Ergebnis	0	2.400	-66
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16	774	26
sonstige Steuern	36	40	44
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	48	1.725	84

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum städtischen Haushalt.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Die AWA Service GmbH wurde durch notarielle Urkunde vom 19. Juli 2004 gegründet und am 20. September 2004 unter der HR B 12652 in das Handelsregister Aachen eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Eschweiler. Wesentliche Bereiche der kaufmännischen und technischen Verwaltung werden im Rahmen einer Geschäftsbesorgung von der Muttergesellschaft erledigt.

Die AWA Service GmbH hat die Aufgabe, als 100 %-ige Tochtergesellschaft der AWA Entsorgung GmbH abfallwirtschaftliche Dienstleistungen im Auftrage des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) und der AWA Entsorgung GmbH zu erbringen. Die Beauftragung der AWA Service GmbH durch die AWA Entsorgung GmbH erfolgte aufgrund eines umfangreichen Vertragswerkes, das am 18. Februar 2005 unterzeichnet wurde. Die AWA Entsorgung GmbH ist wiederum durch ein umfangreiches Vertragswerk durch den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) beauftragt worden.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen hinsichtlich der Neugestaltung des Abfallwirtschaftsplanes NRW sowie die Sammlung von Abfällen zur Verwertung aus privaten Haushaltungen, die grundsätzlich einer Überlassungspflicht an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger unterliegen, durch gewerbliche bzw. gemeinnützige Sammler gemäß den neuen Regelungen des am 1. Juni 2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes stellen sich nach wie vor als kritisch dar.

2. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf 2014 hat grundsätzlich unsere positiven Erwartungen erfüllt und sich im Rahmen der kontinuierlichen Entwicklung des Geschäftsbetriebes in den zurückliegenden Jahren bewegt.

Insgesamt ist die AWA Service GmbH auf folgenden Gebieten tätig:

- Betrieb des ELC Horm mit Abfallumladung, Sortierung, Zwischenlagerung und Annahmestellen,
- Durchführung der mobilen Schadstoffsammlung im ZEW-Gebiet,
- Betrieb einer Schadstoffannahmestelle für das ZEW-Gebiet in Aachen,
- Betriebsführung im ELC Warden,
- Betriebsführung des in 2013 neu hinzu gekommenen ELC Süd in Monschau,
- Umschlag und Vermarktung des von Kommunen im ZEW-Gebiet gesammelten Altpapiers,
- Verwertung des von Kommunen im ZEW-Gebiet eingesammelten Altholzes einschließlich Sortierung und Aufbereitung,
- innerbetriebliche Transporte.

Zu einzelnen Tätigkeitsbereichen können folgende detaillierte Erläuterungen gegeben werden:

a) ELC Horm

Das ELC Horm wurde in 2014 trotz erheblicher Durchsatzsteigerungen (siehe 2d und 2e) praktisch ohne Beeinträchtigungen betrieben, obwohl die Sanierung des beim Großbrand 2012 vollständig zerstörten Hallenteils noch nicht ausgeführt wurde. Lediglich eine Abfallzwischenlagerung war nur eingeschränkt möglich. Diese erleichtert vereinzelt auftretende, eingeschränkte Betriebsfunktionen der MVA Weisweiler, z.B. bei Revisionen. Ihr Fehlen führt aber zu keinen grundlegenden Beeinträchtigungen. Grund für die Verzögerung waren schwierige Behördenabstimmungen, insbesondere im Zusammenhang mit Regelungen zum Brandschutz. Weitere Mengensteigerungen erfordern aber einen erhöhten Platzbedarf. Deshalb wird das Genehmigungsverfahren nunmehr in 2015 zügig vorangetrieben.

Das kurz vor dem Brandschaden eingebaute „Paperspike-System“ zur optimierten Papieraufbereitung wurde in 2014 mit gutem Ergebnis immer dann eingesetzt, wenn die Marktpreissituation eine Aufbereitung zuließ. Insgesamt wurden ca. 4.100 t aufbereitet.

b) Mobile Schadstoffsammlung

Das in 2012 grundlegend neu strukturierte Sammelsystem mit ortsübergreifenden Strukturen und die festen Annahmestellen in Aachen – zunächst am Standort Lilienthalstraße und dann am Standort Kellershaustraße – und am ELC Warden wurden erfolgreich betrieben.

c) Entsorgungs- und Logistikzentren

Entsprechend der Ankündigung im Lagebericht 2013 wurde ein Standort für ein neues ELC im Nordkreis Düren gefunden. Die Bezeichnung ist ELC Rurbenden. Es liegt im Gewerbegebiet Huchem-Stammeln der Gemeinde Niederzier. Auf einem ca. 6.000 m² großen Gelände mit 1.800 m² aufstehender Halle werden Abfälle und Wertstoffe aus Privathaushalten und Gewerbebetrieben angenommen. Die Genehmigungsplanung wurde in 2014 vorbereitet und Anfang 2015 fertiggestellt.

d) Verwertungsmenge

Die Verwertungsmengen im ELC Horm sind um ca. 15.800 t auf nunmehr ca. 46.000 t in 2014 angewachsen. Diese sehr große Steigerung resultiert hauptsächlich aus ca. 7.400 t/a neuen Papieranlieferungen aus der Stadt Düren und ca. 8.100 t/a zusätzlichem Grün- und Bioabfall. Diese Steigerung ist allerdings „nur“ vegetationsbedingt.

Die verwertete Papiermenge am Standort Warden blieb mit ca. 26.300 t auf dem Vorjahresstand. In 2015 wird durch das Hinzukommen der Stadt Jülich in Warden eine weitere Steigerung eintreten.

d) Entsorgungsmengen

Die Durchsatzleistung im ELC Horm hat sich in 2014 gegenüber dem Vorjahr um ca. 13.700 t auf ca. 66.000 t erhöht. Damit wurde die ursprüngliche Durchsatzleistung vor dem Brand überschritten.

e) Transportleistungen

In 2014 wurden mit den Abroll - LKWs 843 Materialtransporte zwischen eigenen Anlagen aber auch zu Fremdentsorgern durchgeführt. Hinzu kommt der Transport der MVA - Rostasche (ca. 100.000 t/a) zur AWA - Aufbereitungsanlage am Standort Neulohn - Fronhoven.

3. Lage

a) Ertragslage

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse (insgesamt T€ 8.250; Vj. T€ 6.916) betreffen in weit überwiegenden Anteilen Erlöse aus den Beauftragungen seitens der Gesellschafterin AWA Entsorgung GmbH. Zu den Umsatzerlösen zählen insbesondere Erlöse aus der Annahme von Altpapier (T€ 3.946; Vj. T€ 3.287), Erlöse aus Abfallaufbereitung (T€ 1.053; Vj. T€ 832), Transporterlöse (T€ 924, Vj. T€ 688) sowie Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen (T€ 1.057; Vj. T€ 1.064) und Betriebsführung (T€ 567; Vj. T€ 428).

Einen wesentlichen Posten in den sonstigen betrieblichen Erträgen (insgesamt T€ 780; Vj. T€ 817) stellen die Erträge aus dem Verkauf von Kraftstoffen dar (T€ 568; Vj. T€ 574), die sich aus der Mitnutzung der Tankstelle von Dritten ergeben. In weiteren Positionen sind unter anderem Schrotterlöse (T€ 111; Vj. T€ 128) und Mieterlöse (T€ 44; Vj. T€ 42) ausgewiesen.

Unter den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren sind mit T€ 510 insbesondere die Bezugskosten für Kraftstoffe enthalten, die zum Weiterverkauf bestimmt sind. Eine hiermit zusammenhängende Ausweisänderung im Vergleich zum Vorjahr ist im Anhang erläutert.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten im Wesentlichen Vergütungen an Dritte für Altpapier und Elektroschrott (T€ 3.316; Vj. T€ 2.791), Fremdleistungen für Transporte (T€ 655; Vj. T€ 551) und Geschäftsbesorgungsleistungen der AWA Entsorgung GmbH (T€ 410; Vj. T€ 409). Bei den Kosten für Altpapiervergütung ist zu berücksichtigen, dass in diesem Kontext auch entsprechende Erlöse erzielt werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten insbesondere Kfz-Kosten (T€ 399; Vj. T€ 849), Miet- und Leasingaufwand (T€ 381; Vj. T€ 280), Wartungs- und Instandhaltungsaufwand (T€ 238; Vj. T€ 173) und Aufwand für Versicherungsbeiträge (T€ 105; Vj. T€ 85).

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 84 (Vj. T€ 1.725) ab. Sondervorgänge haben im Vorjahr zu einem außergewöhnlich hohen Jahresergebnis beigetragen.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist als stabil zu bezeichnen. Die notwendige Liquidität wird durch die Muttergesellschaft garantiert (vgl. Kapitel c. Vermögenslage).

Zur weiteren Beurteilung der Finanzlage wurde die nachfolgende Kapitalflussrechnung erstellt:

	2014 T€	2013 T€
A. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	- 588	3.891
B. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 437	- 901
C. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	- 1.122
D. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	- 1.025	1.868
E. Finanzmittelfonds am Jahresanfang	2.468	600
F. Finanzmittelbestand am Jahresende	1.443	2.468

Die im Vergleich zum Vorjahr wesentliche Veränderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit resultiert insbesondere aus dem Rückgang des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr, der Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sowie aus Sondervorgängen (Einmaleffekte) im Vorjahr im Rahmen von Zuflüssen im Zusammenhang mit dem Großbrand in Horm im Jahr 2012.

Durch die vollständige Tilgung des Gesellschafterdarlehens im Vorjahr sind im Geschäftsjahr keine betreffenden Positionen beim Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit mehr enthalten.

Insgesamt beträgt der Finanzmittelfonds Ende des Jahres T€ 1.443 (Vj. T€ 2.468).

c) Vermögenslage

Das langfristige Vermögen der Gesellschaft wird durch das Anlagevermögen repräsentiert, das 47 % des Gesamtvermögens umfasst.

Das kurzfristige Vermögen (T€ 1.985) übersteigt das kurzfristige Fremdkapital (T€ 789) und deckt sogar die weiteren passivierten Abgrenzungsposten ab.

Das Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr um T€ 1.043 auf nunmehr T€ 3.732 reduziert. Ursächlich hierfür ist vorwiegend die Abnahme der liquiden Mittel.

Grundsätzlich ist die Liquidität der Gesellschaft durch die Einräumung von vertraglich geregelten Gesellschafterdarlehen gewährleistet. Der Darlehensvertrag beinhaltet Regelungen für ein Investitionsdarlehen sowie für ein Liquiditätsdarlehen zur Finanzierung des laufenden Geschäftsverkehrs. Außerordentliche Zuflüsse im Vorjahr haben die Gesellschaft in die Lage versetzt, zumindest vorübergehend das Gesellschafterdarlehen vollständig zu tilgen. Auch im Geschäftsjahr war die Inanspruchnahme von Darlehen nicht erforderlich.

4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Verhältnis von Eigenkapital zum Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad I) weist einen Wert über 100 % aus. Auch das Umlaufvermögen deckt das kurzfristige Fremdkapital mit einem Wert von über 100 % ab.

Beide Werte erreichen damit vollständig die betriebswirtschaftlich empfohlene Maßgabe einer fristenkongruenten Finanzierung, sodass aus diesem Zusammenhang kein Risiko abzuleiten ist.

Den überwiegenden Anteil der abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen erbringt die Gesellschaft gegenüber der AWA Entsorgung GmbH. Die Abrechnungsmodalitäten auf LSP-Basis für diesen Geschäftsbereich legen fest, dass die Gesellschaft die anfallenden auftragsbezogenen Kosten zuzüglich eines Wagnis- bzw. Gewinnzuschlags von 1 % vergütet bekommt, so dass in diesem Bereich prinzipiell keine Verluste auftreten können.

Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte im Berichtsjahr 2014 durchschnittlich 46,25 Arbeitnehmer. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr (39,25) erfolgte zwar plangerecht, jedoch blieben wegen der nach wie vor bestehenden Betriebseinschränkungen 7 Stellen unbesetzt, wodurch der Personalaufwand erheblich unter dem Planansatz lag. Zur Überbrückung wurden teilweise Zeitarbeitskräfte eingesetzt.

Die Realisierung geplanter Projekte im Folgejahr sowie der nunmehr tatsächlich vorgesehene Aufbau des ELC Horm wird planmäßig die Einstellung weiterer Mitarbeiter – verbunden mit dem Wegfall von Zeitarbeitskräften – erforderlich machen. Auch im Bereich des Fuhrparks sollen bisher ausgelagerte Dienstleistungen durch eigenes Personal erbracht werden.

Umweltschutzmaßnahmen

Die notwendigen Vorkehrungen zur Vermeidung von Umweltbelastungen werden mit höchster Priorität getroffen. Alle festgelegten Umweltziele werden – wie in den vergangenen 10 Jahren – vorbildlich umgesetzt. Selbstverständlich ist die Einhaltung aller umweltrelevanten Vorschriften und staatlichen Vorgaben. Es erfolgen regelmäßige Kontrollen interner und externer Beauftragter. In ihren Jahresberichten schreibt die Umweltbeauftragte regelmäßig, dass es keine besonderen Vorkommnisse und deshalb auch keine zusätzlichen Maßnahmen gegeben hat. Eine Umweltinspek-

tionsprüfung der Bezirksregierung Köln am Standort Horm im Frühjahr 2014 verlief ohne Beanstandungen.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag liegen nicht vor.

IV. Prognosebericht

Die Gesellschaft stellt jährlich Wirtschaftspläne auf, die die Plangrößen und Entwicklung detailliert darstellen (Gewinn- und Verlustrechnung, Kostenübersicht, Erlösplanung, Stellenplan, Investitionsplan, Finanzplan, Mittelfristplanung).

Für das laufende Geschäftsjahr 2015 ergibt sich aufgrund des Wirtschaftsplanes eine positive Entwicklung mit Ausweitung der Marktanteile.

Ein Schwerpunkt ergibt sich durch die verstärkte kommunale Papieranlieferung der Städte und Gemeinden im Einzugsgebiet des ZEW. Hiermit verbunden ist eine kontinuierliche Aufbereitung der „Hormer“ Mengen mit dem in 2012 installierten „Paperspike“. Durch die verstärkte Aufstellung von dezentralen Sammelcontainern für Alttextilien und Elektronik-Kleinteile sowie durch ein verstärktes Endkundengeschäft bei öffentlichen Einrichtungen wird unsere Präsenz vor Ort und das von uns zu erreichende Wertstoff- und Abfallpotenzial erhöht.

Als Besonderheit im Folgejahr muss aber beachtet werden, dass der Wiederaufbau des ELC in Horm als zusätzliche Aufgabe zu stemmen ist, die neben dem Tagesgeschäft zusätzliche Ressourcen binden wird.

V. Chancen- und Risikobericht

Das installierte Risikomanagementsystem wird in der Gesellschaft aktiv gelebt. Die kontinuierliche Fortschreibung ist durch die von uns beauftragte Beratungsgesellschaft unter Einbeziehung unserer betroffenen Mitarbeiter sichergestellt.

Im Laufe des Jahres 2014 konnte keine signifikante Veränderung der Risikolage festgestellt werden.

Das Risikopotenzial des ELC Horm wird im Zuge des Wiederaufbaus gegenüber der früheren Situation deutlich entschärft.

Bei fortschreitender Sanierung der durch den Brand beschädigten Wirtschaftsgüter werden die Mittel aus den außerordentlichen Zuflüssen zunehmend benötigt. Sollte die Liquiditätslage später wieder eine Darlehensaufnahme erforderlich machen, ist die Liquidität durch die betreffenden vertraglichen Vereinbarungen mit der AWA Entsorgung GmbH sichergestellt.

Bestandsgefährdende Risiken werden aufgrund des eng begrenzten Geschäfts und der vertraglichen Bindungen zur Muttergesellschaft nicht gesehen.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft bedient sich keiner Finanzinstrumente sowie anderer Termingeschäfte, Optionen und Derivate.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Selbstständige Zweigniederlassungen bestehen nicht. Die Gesellschaft betreibt jedoch Betriebsstätten in Hürtgenwald-Horm (Entsorgungs- und Logistikcenter Horm), in Aachen (Schadstoffannahmestelle/Recyclinghof) und in Eschweiler (ELC Warden: Betriebsführungsaufgaben auf dem Deponiegelände, Sonderabfallzwischenlager, Betrieb einer Papierumladehalle).

Der Betrieb der Anlagen erfolgte ohne besondere Ereignisse in Übereinstimmung mit den betrieblichen Vorgaben und Genehmigungsaufgaben.

Bereich Energie

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen
Sitz	Neuköllner Str. 1, 52068 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1972
Geschäftsführer	Dr. Christian Becker Michael Carmincke
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	14.049.880,00 EUR
Mitarbeiter	146 (Vorjahr 148) (31.12.)

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben, der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in Stadt und StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen sind Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Dr. Christian Becker, Michael Carmincke

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Marcel Philipp	Oberbürgermeister
stv. Vors.	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
2. stv. Vors.	Leo Buse	Arbeitnehmersvertreter
	Gaby Breuer (CDU)	Ratsmitglied
	Dieter Claßen (CDU)	Ratsmitglied
	Leo Deumens (Die Linke)	Ratsmitglied
	Sabine Göddenhenrich (Grüne)	Ratsmitglied
	Karl-Heinz Goldin	Arbeitnehmersvertreter
	Peter Kremer	Arbeitnehmersvertreter
	Kurt Lennartz	Arbeitnehmersvertreter
	Iris Lürken (CDU)	Ratsmitglied
	Frank Reichmann	Arbeitnehmersvertreter
	Karl Schultheis (SPD)	Ratsmitglied
	Michael Servos (SPD)	Ratsmitglied
	Marc Teuku	Ratsmitglied

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung besteht aus bis zu zwei Geschäftsführern, von denen einer dem Vorstand der STAWAG und einer dem Vorstand der ASEAG angehören muss. Der dritte Geschäftsführer wird von der Stadt Aachen vorgeschlagen. Der vierte Geschäftsführer wird von der StädteRegion Aachen vorgeschlagen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Die Stadt Aachen stellt zwei und die StädteRegion Aachen ein Mitglied(er). Die übrigen Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt. Eines der von der Stadt Aachen entsandten Mitglieder ist der Oberbürgermeister oder ein von ihm benannter Vertreter. Die StädteRegion entsendet den Städteregionsrat oder einen von ihm benannten Vertreter. Zehn der Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern bestimmt, fünf von den Arbeitnehmern nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes gewählt.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012	2013	2014
A.	Anlagevermögen	58.175 48%	58.435 55%	58.248 68%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	810 1%	1.458 1%	1.350 2%
II.	Sachanlagen	625 1%	252 0%	172 0%
III.	Finanzanlagen	56.740 46%	56.726 53%	56.726 66%
B.	Umlaufvermögen	63.868 52%	48.422 45%	27.819 32%
I.	Vorräte	0 0%	0 0%	0 0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	63.841 52%	41.307 39%	15.232 18%
III.	Wertpapiere	0 0%	0 0%	0 0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	27 0%	7.115 7%	12.587 15%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	13 0%	0 0%
Bilanzsumme Aktiva		122.043	106.870	86.067
A.	Eigenkapital	14.569 12%	7.025 7%	14.954 17%
I.	Gezeichnetes Kapital	14.050 12%	14.050 13%	14.050 16%
II.	Kapitalrücklage	29.753 24%	29.753 28%	29.753 35%
III.	Gewinnrücklagen	0 0%	0 0%	0 0%
IV.	Gewinn-/ Verlustvortrag	-13.817	-29.234	-36.778
V.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-15.417	-7.544	7.929
B.	Rückstellungen	1.911 2%	1.455 1%	2.478 3%
C.	Verbindlichkeiten	105.538 86%	98.391 92%	68.635 80%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	25 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Passiva		122.043	106.870	86.067

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	14.007	15.278	15.531
sonstige betriebliche Erträge	981	1.274	749
Betriebsleistung	14.988	16.552	16.279
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	2.501	2.663	2.611
Personalaufwand	9.490	9.867	9.891
Abschreibungen	426	362	454
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.638	3.047	2.528
Betriebserfolg	-67	613	796
Erträge aus Beteiligungen und Zuschreibungen	1.797	1.239	1.355
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	19.420	12.469	6.600
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	753	1.456	189
Aufwendungen aus Verlustübernahme	31.731	19.909	335
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	468	491	676
Finanzergebnis/ Ergebnis aus Beteiligungen	-10.229	-5.236	7.133
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-10.296	-4.623	7.929
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.929	3.954	-90
sonstige Steuern	0	-186	91
Ertrag aus der Ausgleichsverpflichtung	-192	848	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-15.417	-7.544	7.929

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Die E.V.A. erhielt für das Geschäftsjahr 2014 keine Ausgleichszahlung. Eine Ausschüttung an den Gesellschafter erfolgte ebenfalls nicht.

Lagebericht (Auszug)

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Im Vorjahr wurde der Gesellschaftsvertrag überarbeitet und an aktuelle rechtliche Rahmenbedingungen angepasst. Ein wesentlicher materieller Sachverhalt war die Neufassung des § 15 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags, dessen Regelung eine bilanzielle Überschuldung vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft sichern soll. Aus diesem Grunde verpflichtet sich die Stadt Aachen, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A. HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Der Ausgleichsbetrag ist auf 7 Mio. Euro jährlich begrenzt. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Der Anteil der Geschäftsanteile an der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) beträgt weiterhin 60,27 Prozent.

Der Anteil der Geschäftsanteile an der gewoge AG (gewoge), Aachen, beträgt weiterhin 5,9 %.

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

In einem weiterhin schwierigen internationalen Umfeld hat sich die deutsche Wirtschaft 2014 erfreulich positiv entwickelt. Insbesondere zum Jahresende 2014 hat die Konjunktur angezogen, so dass für das 4. Quartal 2014 ein preis-, saison- und kalenderbereinigtes Wachstum um 0,7 Prozent gegenüber dem 3. Quartal 2014 zu verzeichnen ist. Somit hat sich die konjunkturelle Lage in Deutschland nach einem schwungvollen Auftakt im 1. Quartal 2014 (0,8 Prozent) und einer Schwächephase im Sommer (-0,1 Prozent im 2. Quartal 2014 und +0,1 Prozent im 3. Quartal 2014) zum Ende des Jahres stabilisiert. Insgesamt ist damit für das Gesamtjahr 2014 ein Anstieg des kalenderbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 1,6 Prozent zu verzeichnen (Vorjahr: 0,1 Prozent).

Positive Impulse für das Wirtschaftswachstum kamen in 2014 - wie auch im Vorjahr - aus dem Außenhandel, in dem nach vorläufigen Berechnungen die Exporte von Waren und Dienstleistungen sehr viel stärker als die Importe stiegen. Darüber hinaus haben sich im Jahr 2014 auch die privaten und staatlichen Konsumausgaben sowie die Investitionstätigkeit erhöht. Im internationalen Vergleich verlief die Konjunktur in Deutschland wie im Vorjahr wesentlich besser als im übrigen Euro-Raum (Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015).

Am Arbeitsmarkt hat sich die Situation weiter positiv entwickelt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozent. Damit erreicht die Erwerbstätigkeit ihren höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Anzahl der Arbeitslosen ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Prozent gesunken. Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosenquote für die Bundesrepublik Deutschland 6,7 Prozent (Quelle: Pressemeldung Bundesagentur für Arbeit, 7. Januar 2015).

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland lag im Jahr 2014 nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen 4,7 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Damit erreichte der Primärenergieverbrauch im Jahr 2014 den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Den stärksten Einfluss auf den deutlich zurückgegangenen Energieverbrauch hatte die im Vergleich zu 2013 erheblich mildere Witterung. Ohne Berücksichtigung des Witterungseinflusses hätte der Energieverbrauch etwa ein Prozent unter dem Vorjahresniveau gelegen (Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2014).

Geschäftsverlauf

Das Betriebsergebnis konnte im Berichtsjahr nochmals gesteigert werden. Es erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 183 TEuro auf 796 TEuro. Das Dienstleistungsvolumen der bestehenden Kunden hat sich insgesamt erhöht. Außerdem konnten durch die Ausweitung des Beteiligungsportfolios der STAWAG neue Kunden gewonnen werden, für die nun weitere Verwaltungsdienstleistungen erbracht werden.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter
- Beteiligungsergebnis

		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss
Umsatzerlöse	T€	15.421	15.525
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ ¹	140,2	137,3
Betriebsergebnis	T€	80	796
Beteiligungsergebnis:	T€	-5.027	7.620
<i>davon ASEAG</i>	T€	-20.561	-335
<i>davon STAWAG</i>	T€	14.143	6.600
<i>davon regio iT</i>	T€	1.226	1.189
<i>davon gewoge</i>	T€	165	166

¹ MAÄ = Mitarbeiteräquivalent. Ein Mitarbeiteräquivalent entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in.

Die Umsatzerlöse der E.V.A. resultieren zum überwiegenden Teil aus den Entgelten, die die E.V.A. für die Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen sowie für die Erbringung von Gebäudedienstleistungen erhält. Die Leistungen werden im Wesentlichen für die Konzerngesellschaften erbracht. Neben den Dienstleistungsentgelten fließen Weiterberechnungen im Wesentlichen von IT-Kosten in die Umsatzerlöse ein.

Im Berichtsjahr 2014 fielen die Umsatzerlöse der E.V.A. mit 15,5 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro über Planniveau aus. Sie setzen sich zusammen aus Dienstleistungsumsätzen in Höhe von 14,0 Mio. Euro, aus Erlösen für weiterberechnete IT-Kosten in Höhe von 1,4 Mio. Euro und aus weiterberechneten Portokosten von 0,1 Mio. Euro. Die Umsatzsteigerung gegenüber den Annahmen aus der Wirtschaftsplanung resultierte aus höheren Dienstleistungserlösen des Centers Unternehmenskommunikation (0,1 Mio. Euro). Ursächlich hierfür war eine über Plan liegende Nachfrage nach Dienstleistungen im Bereich der Unternehmenskommunikation durch die Kunden STAWAG und INFRAWEST GmbH (INFRAWEST).

Die E.V.A. konnte im Geschäftsjahr 2014 ein Betriebsergebnis erwirtschaften, das mit 0,8 Mio. Euro deutlich über dem Planergebnis von 0,1 Mio. Euro ausfiel. Wesentlicher Grund für die Ergebnisverbesserung waren unter Plan liegende Kosten.

Die Gesamtkosten blieben mit 15,5 Mio. EUR um rd. 0,6 Mio. EUR hinter dem Ansatz aus der Wirtschaftsplanung zurück. Die Kosteneinsparungen resultierten in etwa zur Hälfte aus dem Personalaufwand, der aufgrund eines unter Plan liegenden Personalstands um 0,3 Mio. Euro geringer ausfiel. Ferner tragen geringere Abschreibungen und geringere Fortbildungskosten zu der Kostenreduzierung bei.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2014 beschäftigte die E.V.A. 162 Mitarbeiter/-innen sowie zwei Geschäftsführer. Ohne Berücksichtigung von Aushilfskräften, Auszubildenden und ruhenden Arbeitsverhältnissen betrug die Anzahl der Mitarbeiter/-innen 146, davon 122 Vollzeit- und 24 Teilzeitmitarbeiter. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter betrug die Personalstärke 137,3 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) und lag somit unter Planniveau (140,2 MAÄ). In den kaufmännischen Dienstleistungseinheiten waren 87,7 MAÄ und im Bereich Gebäudemanagement 49,6 MAÄ tätig.

Das Gesamtergebnis der E.V.A. wird maßgeblich beeinflusst durch die Gewinnabführungen aus den Beteiligungen an STAWAG, regio iT und gewoge sowie durch den Ausgleich des Jahresfehlbetrages der ASEAG. Das Beteiligungsergebnis der E.V.A. übertraf im Geschäftsjahr 2014 mit 7,6 Mio. Euro deutlich das im Wirtschaftsplan berücksichtigte negative Beteiligungsergebnis in Höhe von 5,0 Mio. Euro.

Die Verbesserung des Beteiligungsergebnisses resultiert aus dem positiven Ausgang eines Arbeitsgerichtsprozesses bei der ASEAG. Aufgrund einer Entscheidung des Arbeitsgerichts im März 2011 wurde in erster Instanz der Klage eines Mitarbeiters auf Gleichbehandlung unterschiedlicher Arbeitnehmergruppen entsprochen. Seit dem Bilanzstichtag am 31. Dezember 2010 wurden hierfür zusätzliche Rückstellungen gebildet. Im Geschäftsjahr wurde dieser Prozess vor dem Bundesarbeitsgericht in letzter Instanz zu Gunsten der ASEAG entschieden. Demzufolge konnte die mittlerweile auf 24,1 Mio. EUR angewachsene Rückstellung erfolgswirksam aufgelöst werden. Dadurch verringerte sich der von der E.V.A. auszugleichende Jahresfehlbetrag der ASEAG von geplanten 20,6 Mio. EUR auf 0,3 Mio. EUR.

Während sich bei den Gewinnausschüttungen von regio iT und gewoge keine nennenswerten Planabweichungen ergaben, blieb das STAWAG Ergebnis infolge der milden Witterung und über Plan

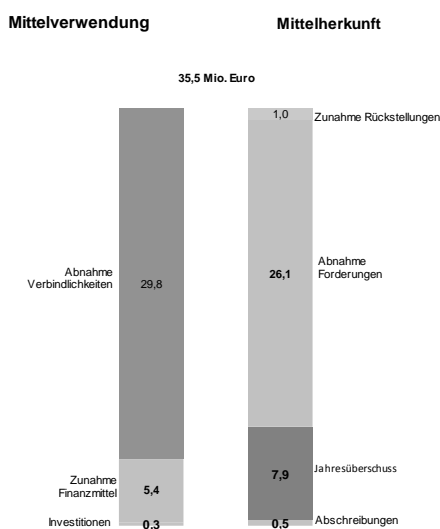
liegender Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen hinter den Planerwartungen zurück. Insgesamt konnte das Beteiligungsergebnis somit von geplanten -5,0 Mio. Euro um 12,6 Mio. Euro auf 7,6 Mio. Euro verbessert werden.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 7,9 Mio. Euro und verbesserte sich damit, vor der im Vorjahr geleisteten Ausgleichsverpflichtung der Stadt Aachen in Höhe von 0,8 Mio. Euro, um insgesamt 16,3 Mio. Euro.

Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt 7,1 Mio. Euro und liegt damit 12,4 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis.

Finanzlage



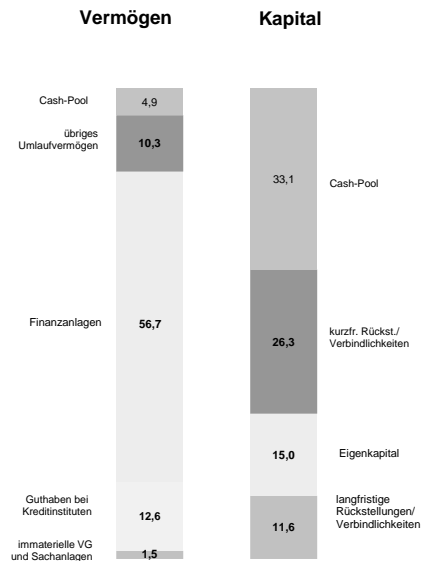
Im Jahr 2014 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 35,5 Mio. Euro.

Die Mittelverwendung ergibt sich mit 29,8 Mio. Euro aus dem Abbau der Verbindlichkeiten. Dabei standen im Wesentlichen Darlehenstilgungen in Höhe von 24,5 Mio. Euro und ein um 19,6 Mio. Euro geringerer Verlustausgleichsanspruch der ASEAG Darlehensaufnahmen in Höhe von 9,0 Mio. Euro und höheren Steuerschulden in Höhe von 4,2 Mio. Euro gegenüber.

Aus der Zunahme des Cash-Pools zum Bilanzstichtag ergibt sich ein positiver Überhang der Finanzmittel in Höhe von 5,4 Mio. Euro. Die restlichen Mittel wurden mit 0,3 Mio. Euro für Investitionen im Wesentlichen in immaterielle Vermögensgegenstände verwendet.

Neben dem Jahresüberschuss in Höhe von 7,9 Mio. Euro finanzierte sich dies überwiegend durch die Abnahme der Forderungen in Höhe von 26,1 Mio. Euro. Diese reduzierten sich im Wesentlichen um 19,7 Mio. Euro aufgrund geringerer Cash-Pool-Forderungen und um 5,9 Mio. Euro durch niedrigere Gewinnabführungsansprüche an die STAWAG.

Vermögenslage



Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 86,1 Mio. Euro und liegt damit um 20,8 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert.

Die Bilanz beinhaltet Stichtagsbeträge aus dem Cash-Pooling, woraus sich sowohl Forderungen (5,7 Prozent der Bilanzsumme) als auch Verbindlichkeiten (38,5 Prozent der Bilanzsumme) gegenüber den beteiligten verbundenen Unternehmen ergeben.

Das Anlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen 67,7 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 14,6 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 12,0 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen.

Die Kapitalseite weist insgesamt 11,6 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 13,4 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin enthalten sind zwei Darlehen zu je 4,5 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool liegen bei 38,5 Prozent. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten betragen 30,6 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus zwei Darlehen gegenüber der ASEAG in Höhe von insgesamt 19,0 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 17,4 Prozent.

Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der regio iT, der Aachener Parkhaus GmbH (APAG), der STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), der INFRAWEST sowie der FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR) einbezogen.

III. Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

IV. Prognosebericht

Die Gemeinschaftsdiagnose führender Wirtschaftsforschungsinstitute kommt in dem Frühjahresgutachten 2015 zu dem Ergebnis, dass sich die Konjunktur in Deutschland in einem kräftigen Aufschwung befindet. Dabei kommen die Impulse vor allem von einem niedrigen Ölpreis und der starken Abwertung des Euros durch die expansive Geldpolitik. Laut Gutachten wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 2,1 Prozent steigen. Das Prognoseintervall (68 Prozent Prognoseintervall) reicht von 1,4 Prozent bis 2,8 Prozent. Dabei ist der Konsum die Stütze des Aufschwungs. Auch die positiven Impulse aus dem Euroraum lassen den Außenhandel steigen und tragen somit zur Expansion der Wirtschaft bei.

Die Institute gehen davon aus, dass die Zahl der Erwerbstätigen von 42,6 Mio. in 2014 auf 43,0 Mio. in 2015 ansteigen wird. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich von 6,7 Prozent in 2014 auf 6,3 Prozent in 2015 fallen.

Sowohl die gesamtwirtschaftliche Produktion als auch die Auftragseingänge legen kräftig zu. Der private Konsum wird dabei den größten Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Produktion leisten, da die verfügbaren Einkommen durch steigende Löhne und fallende Verbraucherpreise die Kaufkraft stärken.

Nichtsdestotrotz bestehen weiterhin Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Geldpolitik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiter expansiv ausgerichtet. Die Leitzinsen liegen an oder knapp über der Nullprozentmarke. Die Finanzpolitik wird aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen Leistungsausweitung im Bereich der Rentenversicherung weniger restriktiv sein als in den Vorjahren. Trotzdem wird die Konsolidierung des Staatshaushaltes weiter voranschreiten.

Die Unternehmen in Stadt und StädteRegion Aachen sind gut in das Jahr 2015 gestartet. Die positive Geschäftslage der Betriebe hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Die Erträge der letzten Monate haben sich positiv entwickelt. Auch die Aussichten für die kommenden Monate haben sich deutlich verbessert. Gleichzeitig blieb die Auslastung der Produktionskapazitäten auf einem konstant hohen Niveau. Jedes dritte von der IHK befragte Unternehmen erwartet eine positive Entwicklung seiner Geschäfte bei weiterhin steigenden Exportumsätzen. Dagegen wird die Inlandsnachfrage rückläufig eingeschätzt und als Konjunkturrisiko gesehen. Auch wird der steigende Fachkräftemangel zunehmend als Risikofaktor eingestuft. Weiterhin werden von den Betrieben die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als großes Konjunkturrisiko gesehen.

Die E.V.A. erwartet für das Geschäftsjahr 2015 einen Jahresfehlbetrag nach Steuern in Höhe von 8,1 Mio. Euro, was gegenüber dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2014 eine Verschlechterung von 16 Mio. Euro darstellt. Dabei wird die Gesamtleistung der E.V.A. im Geschäftsjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. Euro auf 16,5 Mio. Euro steigen. Sie setzt sich zusammen aus den Umsatzerlösen aus Dienstleistungen in Höhe von 14,1 Mio. Euro, was in etwa dem Vorjahreswert entspricht. Weiterhin beinhalten sie die Umsatzerlöse aus Weiterberechnungen, im Wesentlichen die Umsätze aus weiterberechneten IT-Kosten von 1,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1,5 Mio. Euro) sowie aus den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 0,7 Mio. Euro, die aus Weiterberechnungen für diverse Kostenpositionen resultieren.

Die Gesamtkosten werden sich im Geschäftsjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr von 16,0 Mio. Euro auf 16,5 Mio. Euro erhöhen. Korrespondierend zu den zuvor genannten steigenden Umsätzen aus Weiterberechnungen ist eine Erhöhung der Sachkosten von 5,7 Mio. Euro auf 6,0 Mio. Euro zugrunde gelegt. Durch die vereinbarten Tarifierhöhungen von durchschnittlich 2,3 Prozent werden die Personalaufwendungen um 0,6 Mio. Euro auf 10,5 Mio. Euro in 2015 ansteigen.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird sich die Personalstärke von 138 Mitarbeiteräquivalenten (MAÄ) zum Ende des Geschäftsjahres 2014 auf durchschnittlich 140 MAÄ zum Jahresende 2015 erhöhen.

Der Ergebnismrückgang resultiert aus dem Beteiligungsergebnis, das in 2014 durch den Einmaleffekt der Auflösung von Pensionsrückstellungen beeinflusst war und 2015 voraussichtlich daher deutlich geringer ausfallen wird als in 2014, sowie aus einer steigenden Steuerlast.

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsansätze in der Handels- und der Steuerbilanz, insbesondere bei den Pensionsrückstellungen, wird trotz der handelsrechtlichen Verluste eine Steuerbelastung von 4,4 Mio. Euro erwartet, die den Jahresfehlbetrag auf 14,1 Mio. Euro erhöht. Unter Berücksichtigung einer Ausgleichszahlung des Gesellschafters Stadt Aachen in Höhe von 6,0 Mio. Euro verbleibt bei der E.V.A. ein Jahresfehlbetrag nach Steuern in Höhe von 8,1 Mio. Euro.

Durch die Ausgleichszahlung der Stadt Aachen verbleibt das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft zum 31. Dezember 2015 beim hälftigen Stammkapital von 7 Mio. Euro.

V. Chancen und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften

sind Risikoverantwortliche benannt, die erkannte Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minderung der Risiken abgeleitet. Operative Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells begrenzt. Sie liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG.

Das Risikoportfolio der STAWAG beinhaltet zum 31. Dezember 2014 unverändert die ergebnisbelastenden Einzelrisiken aus dem konventionellen Kraftwerks-/Energieerzeugungsbereich. Hintergrund ist nach wie vor das durch die Energiewende ins Ungleichgewicht geratene Verhältnis zwischen konventionellen und regenerativen Energieerzeugungskapazitäten, wodurch die Stromgroßhandelspreise gesunken und die Volatilitäten gestiegen sind. Die STAWAG geht auch künftig davon aus, dass ihr Ergebnis durch die frühzeitig vermarkteten Strommengen aus ihren Kraftwerksbeteiligungen belastet wird. Einen gewissen Ausgleich schaffen dagegen die Chancen bei den Projektentwicklungsaktivitäten im regenerativen Bereich, insbesondere bei Onshore-Windparks. Hier ist mit steigenden positiven Ergebnisbeiträgen zu rechnen.

Durch die weiterhin stark abgesunkenen Kapitalmarktzinsen sieht die STAWAG nach BilMoG nun erneut eine unerwartete Höherdotierung ihrer Pensionsrückstellungen auf sich zukommen. Der für die Diskontierung der Versorgungszusagen verwendete Rechnungszins ist in 2014 nochmals gesunken und wird allen Prognosen zufolge auch noch weiter sinken. Die STAWAG rechnet hieraus in den nächsten Jahren mit hohen zusätzlichen Rückstellungszuführungen, die das jeweilige Jahresergebnis belasten werden, bis die Kapitalmarktzinsen wieder ansteigen und Rückstellungen wieder aufgelöst werden müssen.

Auf der Kunden- und Energieabsatzseite ist die STAWAG weiterhin der Gefahr von Kundenfluktuation und der Schwierigkeit der Neukundengewinnung ausgesetzt. Die STAWAG nutzt jedoch weiter die Chance, an Ausschreibungen von Konzessionen und Rekommunalisierungen teilzunehmen, um ihr Netz- und Vertriebsgeschäft auszuweiten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2014 existiert das Einzelrisiko, dass in Zukunft noch höhere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen notwendig sein werden. Dies liegt wie bei der STAWAG vor allem an dem zugrunde liegenden Rechnungszins. Andere Berechnungsparameter können diesen Effekt noch verstärken. Bei der Direktvergabe der Verkehrsdienstleistungen läuft in 2017 der Betrauungsakt aus. Die ASEAG geht jedoch davon aus, dass bereits in 2015 ein politischer Beschluss zur Weiterführung erreicht werden kann. Ansonsten bestehen weitere, aber deutlich geringere Risiken bei der Werthaltigkeit der APAG-Beteiligung, bei der Höhe von Zuschüssen und Fördermitteln, bei der steigenden Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter im Fahrdienst sowie bei Umweltbelangen.

Die E.V.A. selbst fungiert nicht nur als geschäftsführende Holding, sondern auch als steuerliche Organmuttergesellschaft. Sie trägt damit sämtliche steuerliche Risiken, die sich bei den Organgesellschaften aus deren steuerrelevanten Geschäftsaktivitäten oder aus Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für die Risiken aus der laufenden Betriebsprüfung 2009 bis 2011 wurde in den letzten Jahren durch Rückstellungsbildung bereits Vorsorge betrieben. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Die Ergebnisschere zwischen Handels- und Steuerbilanz geht somit auch durch eine Betriebsprüfung immer weiter auf und stellt damit zunehmend eine Ergebnisunsicherheit dar. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus aufgrund der Verluste im ÖPNV-Bereich sowie der rückläufigen Gewinne im Energiebereich die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Das Jahresergebnis 2014 ist positiv. Der Verlustvortrag der vergangenen Jahre kann hieraus reduziert und das Kapital wieder leicht aufgestockt werden. Dennoch erwartet die E.V.A. in den kommenden Jahren, dass sich die Ergebnisse wieder verschlechtern werden und die Gesellschaft auf Ausgleichszahlungen der Gesellschafter angewiesen ist. Die momentan vorhandenen externen kurzfristigen Bankkreditlinien in

Kombination mit der konzerninternen Cash-Pool-Finanzierung erscheinen auch in Zukunft ausreichend.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt die vorübergehend zu erwartenden Ergebnisrisiken und die Notwendigkeit einer strukturellen Finanzierungsreform im kommunalen ÖPNV auf. Der Fortbestand der E.V.A. ist gesichert, wenn die Gesellschafter am Konzept des steuerlichen Querverbundes festhalten und der E.V.A. durch zeitweise notwendige Verlustausgleichszahlungen eine angemessene und erforderliche Kapital- und Liquiditätsausstattung garantiert oder Fremdkapital von Banken zugeführt wird.

Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt. Darüber hinaus sind wesentliche Risiken außerdem in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften berücksichtigt.

Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. sind die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2014 voll gerecht wurde.

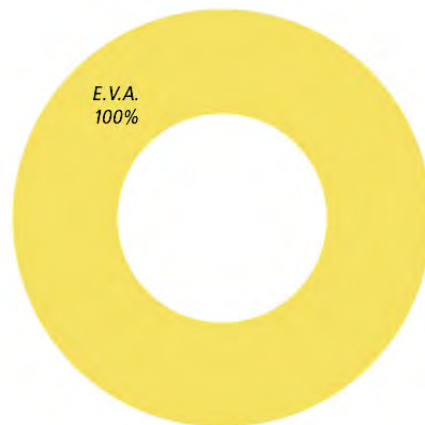
Stadtwerke Aachen AG

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Stadtwerke Aachen AG
Sitz	Lombardenstr. 12-22, 52070 Aachen
Rechtsform	AG
Gründungsjahr	1967
Vorstand	Dr. Peter Asmuth Dr. Christian Becker
Gremien	Hauptversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	43.520.000,00 EUR
Mitarbeiter	397 (Vorjahr 387) (31.12.)
Internet	www.stawag.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben und Ziele der STAWAG sind die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungs- und Entsorgungsaufgaben. Außerdem gehört die grundbesitzwirtschaftliche Betätigung dazu.

Organe des Unternehmens

Vorstand: Dr. Peter Asmuth, Dr. Christian Becker

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Harald Baal (CDU)	Ratsmitglied
stv. Vors.	Michael Servos (SPD)	Ratsmitglied
2. stv. Vors.	Peter Cremer	Arbeitnehmersvertreter
	Ferdinand Corsten (CDU)	Ratsmitglied
	Leo Deumens (Die Linke)	Ratsmitglied
	Guido Finke	Arbeitnehmersvertreter
	Sabine Göddenhenrich (Grüne)	Ratsmitglied
	Annekathrin Grehling	Stadtdirektorin
	Dr. Alexander Heyn (FDP)	sachkundiger Bürger
	Norbert Kreitz	Arbeitnehmersvertreter
	Marcel Philipp	Oberbürgermeister
	Dr. Margrethe Schmeer (CDU)	Ratsmitglied
	Karl Schultheis (SPD)	Ratsmitglied
	Lothar Stollenwerk	Arbeitnehmersvertreter
	Wilfried Warmbrunn	Arbeitnehmersvertreter

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Mitglieder des Vorstandes und kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellen. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen vertreten. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedarf.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Die E.V.A. entsendet den Oberbürgermeister und den Stadtkämmerer der Stadt Aachen in den Aufsichtsrat. Die Amtszeit des Aufsichtsrates endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr beschließt, das nach der Wahl des Aufsichtsrats beginnt. Die Amtszeit der auf Vorschlag der Stadt Aachen gewählten Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die innerhalb von vier Monaten nach Ablauf der Wahlperiode des Rates der Stadt Aachen abzuhalten ist. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied aus, so ist für die Restzeit ein Nachfolger zu wählen. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, einen ersten und einen zweiten Stellvertreter. Der zweite Stellvertreter ist aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter zu wählen.

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder im Verhinderungsfalle sein Stellvertreter. Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen, soweit Gesetz oder Satzung nichts anderes bestimmen, der einfachen Mehrheit des in der Versammlung vertretenen Grundkapitals.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	312.172	65%	374.108	69%	384.641	73%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	10.439	2%	9.282	2%	9.641	2%
II.	Sachanlagen	205.815	43%	214.230	39%	220.482	42%
III.	Finanzanlagen	95.918	20%	150.595	28%	154.518	29%
B.	Umlaufvermögen	163.392	34%	166.716	31%	139.966	27%
I.	Vorräte	17.610	4%	18.035	3%	15.919	3%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	145.689	30%	148.587	27%	123.957	24%
III.	Wertpapiere	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	93	0%	94	0%	90	0%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	2.799	1%	3.253	1%	2.706	1%
Bilanzsumme Aktiva		478.363		544.077		527.313	
A.	Eigenkapital	104.708	22%	104.708	19%	104.708	20%
I.	Gezeichnetes Kapital	43.520	9%	43.520	8%	43.520	8%
II.	Kapitalrücklage	18.709	4%	18.709	3%	18.709	4%
III.	Gewinnrücklagen	42.479	9%	42.479	8%	42.479	8%
B.	Sonderposten für Zuschüsse	16.871	4%	17.279	3%	18.947	4%
C.	Rückstellungen	189.575	40%	201.774	37%	211.747	40%
D.	Verbindlichkeiten	167.184	35%	220.277	40%	191.734	36%
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	25	0%	38	0%	177	0%
Bilanzsumme Passiva		478.363		544.077		527.313	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	479.225	502.365	466.301
sonstige betriebliche Erträge	19.655	24.434	25.503
Betriebsleistung	498.880	526.799	491.804
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	369.299	398.036	366.681
Personalaufwand	33.312	31.721	35.104
Abschreibungen	18.470	18.062	18.353
Sonstige betriebliche Aufwendungen	50.248	50.295	47.319
Betriebserfolg	27.551	28.685	24.348
Erträge aus Beteiligungen	3.092	2.429	5.891
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	5.595	6.300	6.504
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	337	294	235
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.746	3.471	3.544
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	6.048	12.017	17.090
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	667
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12.653	13.217	12.898
Finanzergebnis	-10.526	-19.040	-20.318
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22.620	15.945	9.866
außerordentliche Erträge	0	0	0
außerordentliche Aufwendungen	2.582	2.582	2.582
außerordentliches Ergebnis	-2.582	-2.582	-2.582
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	619	894	685
Gewinnabführung an E.V.A.	19.419	12.469	6.600
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über Ergebnisübernahmeverträge innerhalb des EVA - Konzerns und eine entsprechende Ausschüttung der EVA an die Stadt Aachen betroffen.

Lagebericht

Grundlage des Unternehmens und Geschäftsmodell

Die Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG) ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kern der Aufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für die Bereitstellung von Personal für den Betrieb der städtischen Abwasserkanäle, den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze in Aachen sowie den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien. Zur internen Steuerung des Unternehmens bündelt die STAWAG ihre verschiedenen Aktivitäten in Geschäftsfeldern.

Das Geschäftsfeld konventionelle Energie- und Wassererzeugung bündelt die Kraftwerksaktivitäten der STAWAG und die Anlagen zur Produktion von Frischwasser.

Im Geschäftsfeld regenerative Energieerzeugung entwickelt die STAWAG über ihre Tochtergesellschaft STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie) alleine und in Zusammenarbeit mit Partnern Projekte im Bereich Photovoltaik, Onshore-Wind und Biogas. Bestandteil des Geschäftsmodells ist hierbei auch die (Teil-)Veräußerung von Projekten.

Im Geschäftsfeld Vertrieb bündelt die STAWAG ihre Aktivitäten rund um die Belieferung von Privat- und Geschäftskunden mit Energie und Wasser sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben der Energiebeschaffung. Abgerundet wird das vertriebliche Angebot durch Energielösungsangebote und Energiedienstleistungen.

Das Geschäftsfeld Netz umfasst die Infrastrukturdienstleistungen der STAWAG in den regulierten Sparten Strom und Gas ebenso wie die entsprechenden Aufgaben in den nichtregulierten Sparten Wasser und Wärme. Der Fokus liegt hierbei auf einer optimierten Aufgabenwahrnehmung des Netzbetriebs durch die INFRAWEST GmbH (INFRAWEST) unter regulatorischen und ökonomischen Aspekten.

Im Geschäftsfeld Beteiligungen sind neben der in 2014 neu gegründeten Beteiligung in Waldbröl und den in den Vorjahren entstandenen Beteiligungsunternehmen in Rösrath und in Wachtberg, die FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG) sowie die im Juli 2013 erworbene Beteiligung von 25,1 Prozent an den Stadtwerken Lübeck GmbH (SW Lübeck) zusammengefasst. Darüber hinaus werden in dem Geschäftsfeld auch Beteiligungsgesellschaften mit einem STAWAG-Anteil von < 25,0 Prozent berücksichtigt, sofern sie Ausschüttungen an die Anteilseigner vornehmen. Hierunter fallen die Trianel GmbH (Trianel), die NetAachen GmbH (NetAachen), die smartlab Innovationsgesellschaft mbH (smartlab), die utilicount GmbH & Co. KG (utilicount) und die Technischen Werke Naumburg GmbH (TWN).

Zwischen der STAWAG und den Gesellschaften INFRAWEST, STAWAG Energie, FACTUR und STAWAG Abwasser GmbH (STAWAG Abwasser) bestehen Ergebnisabführungsverträge, die zu einer Übernahme der Ergebnisse durch die STAWAG führen.

Wirtschaftsbericht

In einem weiterhin schwierigen internationalen Umfeld hat sich die deutsche Wirtschaft 2014 erfreulich positiv entwickelt. Insbesondere zum Jahresende 2014 hat die Konjunktur angezogen, so dass für das 4. Quartal 2014 ein preis-, saison- und kalenderbereinigtes Wachstum von 0,7 Prozent gegenüber dem 3. Quartal 2014 zu verzeichnen ist. Somit hat sich die konjunkturelle Lage in Deutschland nach einem schwungvollen Auftakt im 1. Quartal 2014 (-0,8 Prozent) und einer Schwächephase im Sommer (-0,1 Prozent im 2. Quartal 2014 und +0,1 Prozent im 3. Quartal 2014) zum Ende des Jahres stabilisiert. Insgesamt ist damit für das Gesamtjahr 2014 ein Anstieg des kalenderbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 1,6 Prozent zu verzeichnen (Vorjahr: 0,1 Prozent).

Positive Impulse für das Wirtschaftswachstum kamen in 2014 – wie auch im Vorjahr – aus dem Außenhandel, in dem nach vorläufigen Berechnungen die Exporte von Waren und Dienstleistungen sehr viel stärker als die Importe stiegen. Darüber hinaus haben sich im Jahr 2014 auch die privaten und staatlichen Konsumausgaben sowie die Investitionstätigkeit erhöht. Im internationalen Vergleich verlief die Konjunktur in Deutschland wie im Vorjahr wesentlich besser als im übrigen Europa. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015)

Am Arbeitsmarkt hat sich die Situation weiter positiv entwickelt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozent. Damit erreicht die Erwerbstätigkeit ihren höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Anzahl der Arbeitslosen ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Prozent gesunken. Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosenquote für die Bundesrepublik Deutschland 6,7 Prozent. (Quelle: Pressemeldung Bundesagentur für Arbeit, 7. Januar 2015)

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland lag im Jahr 2014 nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen 4,7 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Damit erreichte der Primärenergieverbrauch im Jahr 2014 den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Den stärksten Einfluss auf den deutlich zurückgegangenen Energieverbrauch hatte die im Vergleich zu 2013 erheblich mildere Witterung. Ohne Berücksichtigung des Witterungseinflusses hätte der

Energieverbrauch etwa ein Prozent unter dem Vorjahresniveau gelegen. (Quelle: AG Energiebilanzen e. V., Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2014)

Geschäftsverlauf des Jahres 2014

Die Energiewende, die politischen und die auch in der Branche kontrovers geführten Diskussionen über Lösungswege, insbesondere für die konventionelle Stromerzeugung, sorgen nach wie vor für Unsicherheit bei Investitionsentscheidungen. Die weiterhin steigende Einspeisung von Strom aus Wind- und PV-Anlagen und die hierdurch weiter gesunkenen Stromhandelspreise haben zu einer weiteren Steigerung der Ergebnisbelastung konventioneller Kraftwerke geführt. Die große Einspeisung von Ökostrom und die dadurch sinkenden Stromhandelspreise belasten das Ergebnis von konventionellen Kraftwerken. Vor diesem Hintergrund wurden auch im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 weitere Drohverlustrückstellungen im konventionellen Erzeugungsbereich aufgrund der Beteiligungen der STAWAG am Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL) und am Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH) gebildet.

Innerhalb des Geschäftsfeldes Netze lagen die Netzeinspeisungen witterungsbedingt bei der INFRAWEST im Berichtsjahr 2014 für das Netzgebiet Aachen in allen Sparten zum Teil deutlich unterhalb der Werte aus dem Vorjahr. Im Strombereich lag die Gesamtnetzeinspeisung aufgrund der Übernahme des Netzbetriebs in der Gemeinde Simmerath und der Stadt Monschau oberhalb des Vorjahreswertes.

Die Verkaufsmengen bei der STAWAG lagen für Gas und Wärme 2014 insbesondere aufgrund der warmen Witterung deutlich unter den Vorjahresmengen. Die über den Vertrieb an Endkunden gelieferte Strommenge lag ebenfalls unter dem Vorjahreswert, ursächlich hierfür waren rückläufige Absätze an Sondervertragskunden in fremden Netzgebieten. Die gelieferte Wassermenge lag für 2014 nahezu auf Vorjahresniveau.

Der Wettbewerbsdruck am Markt und die gravierenden Anforderungen der Regulierungsbehörden hatten auch im Berichtsjahr 2014 einen bestimmenden Einfluss auf Art und Umfang der Leistungserbringung in unseren Kerngeschäftsfeldern Vertrieb und Netze. Die STAWAG konnte dabei auf den verstärkt umkämpften Energiemärkten ihre starke Marktposition im Strom- und Gasbereich bei den Privatkunden in Aachen erneut behaupten.

Unsere Fernwärmestrategie mit ihrem Schwerpunkt, die Anschlussdichte in Bezug auf das vorhandene Fernwärmenetz zu erhöhen, wurde erfolgreich fortgesetzt. Hierzu zählt auch die Akquisition neuer Kunden im RWTH-Erweiterungsgebiet Campus Melaten.

Bei Übernahme der Betriebsführung des Kanalnetzes der Stadt Aachen durch die STAWAG im Jahr 2006 wurde das damals vorhandene Personal in die STAWAG Abwasser überführt. Auch im Berichtsjahr wurde das Personal der STAWAG Abwasser der STAWAG zur Erbringung der Betriebsführungsleistung kostendeckend zur Verfügung gestellt, sodass die STAWAG Abwasser erneut ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen konnte.

Die INFRAWEST ist als hundertprozentige Tochtergesellschaft der STAWAG Pächterin der Netze und Anlagen. Für das Stadtgebiet Aachen pachtet die INFRAWEST die entsprechenden Anlagen von der STAWAG. Zum 01.01.2014 hat die INFRAWEST auch den Netzbetrieb für die Stromnetze in der Gemeinde Simmerath und der Stadt Monschau übernommen. Für diese beiden Konzessionsgebiete pachtet die INFRAWEST die entsprechenden Netze und Anlagen von den hundertprozentigen Tochtergesellschaften der STAWAG, der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG (Simmerath Infrastruktur) und der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG (Monschau Infrastruktur).

Die INFRAWEST plant und steuert als sogenannte „kleine Netzgesellschaft“ die langfristige Instandhaltungs-, Erneuerungs- und Entwicklungsstrategie unter dem besonderen Aspekt der Kosteneffizienz bei gleichzeitiger Erhaltung der Netzsubstanz. Die INFRAWEST ist Ansprechpartnerin der Regulierungsbehörden und somit auch Adressatin für deren Netzentgeltbescheide.

Gemäß § 6 b Abs. 7 Satz 4 EnWG ist die INFRAWEST mit den Tätigkeiten der in § 6 b Abs. 3 EnWG aufgeführten Bereiche der Elektrizitäts- und der Gasverteilung betraut. Auf die in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen der STAWAG an ihre Tochter INFRAWEST wird in der Anlage zum Tätigkeitsabschluss im Bereich der Strom- und Gasverpackung verwiesen.

Seit dem Jahr 2009 werden die Netzentgelte nicht mehr auf der Basis einer kostenbasierten Entgeltkalkulation, sondern nach dem System der Anreizregulierung ermittelt. Im Konzept der Anreizregulierung ist vorgesehen, dass den Netzbetreibern von den Regulierungsbehörden für die Dauer einer Regulierungsperiode von fünf Jahren (im Gasbereich zunächst von vier Jahren) weitgehend

unabhängig von der tatsächlichen eigenen Kostenentwicklung ein fester Erlöspfad als Obergrenze vorgegeben wird. Die Entwicklung dieser Erlösobergrenze in den einzelnen Jahren wird maßgeblich von der unternehmensindividuellen Effizienz bestimmt. Diese wird für jedes Unternehmen mit Hilfe eines zentralen deutschlandweiten Unternehmensvergleichs (Benchmarking) von der Regulierungsbehörde ermittelt.

Die unternehmensindividuellen Effizienzwerte der INFRAWEST lagen für die erste Regulierungsperiode (Gas: 2009 bis 2012, Strom: 2009 bis 2013) im Strombereich mit 94,8 Prozent und im Gasbereich mit 88,2 Prozent über den Durchschnittswerten der gesamten Branche. Für die zweite Regulierungsperiode (Gas: 2013 bis 2017, Strom: 2014 bis 2018) wurde der INFRAWEST von den zuständigen Regulierungsbehörden im Geschäftsjahr 2013 für die Gassparte ein Effizienzwert in Höhe von 91,93 Prozent und für den Strombereich ein Effizienzwert in Höhe von 94,37 Prozent mitgeteilt.

Seit dem Jahr 2009 erhält die INFRAWEST sowohl für den Strom- als auch für den Gasbereich Erlösobergrenzenbescheide nach dieser Systematik. Diese haben, ausgehend von den in der Vergangenheit bereits deutlich gekürzten Netzkosten, in den nächsten Jahren leicht steigende Erlöse aus Strom- und Gasnetzentgelten zur Folge. Da in diesen Erlössteigerungen jedoch bereits ein Inflationsausgleich berücksichtigt ist, werden die realen Erlöse aus den Netzentgelten im Strom- und Gasbereich auch zukünftig weiter sinken. Für das Jahr 2014 resultierte hieraus für den Strombereich ohne die neuen Netzgebiete Simmerath und Monschau eine Erlösobergrenze in Höhe von 49,4 Mio. Euro (Vorjahr: 48,4 Mio. Euro) und für den Gasbereich eine Erlösobergrenze in Höhe von 26,3 Mio. Euro (Vorjahr: 26,2 Mio. Euro).

Dem Geschäftsfeld der regenerativen Energieerzeugung ist die STAWAG Energie zugeordnet, die eine weitere hundertprozentige Tochter der STAWAG ist. Geschäftszweck der STAWAG Energie sind der Betrieb von Anlagen zur Energieumwandlung, das Halten von Beteiligungen an solchen Anlagen sowie die Verwertung der in den einzelnen Anlagen erzeugten Energie für die Gesellschafter. Innerhalb des STAWAG-Teilkonzerns ist die STAWAG Energie insbesondere verantwortlich für die Entwicklung von Projekten im Umfeld der regenerativen Energieerzeugung. Die STAWAG Energie hat im abgelaufenen Geschäftsjahr in der Aachener Region über Beteiligungsgesellschaften zwei weitere Windparks mit einer Gesamtleistung in Höhe von 24 MW (Düren-Echtz mit 9 MW und Aldenhoven mit 15 MW) realisiert und setzt damit ihr Ziel, bis zum Jahr 2020 600 Wh Strom jährlich aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, konsequent fort.

Auch im Offshore-Bereich waren Erfolge zu verzeichnen: Der Trianel Windpark Borkum GmbH & Co. KG (TWB), an dem die STAWAG Energie beteiligt ist, konnte 2014 fertiggestellt werden. Im ersten Bauabschnitt wurden 40 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 200 MW errichtet. Sie leisten künftig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Förderung der zukunftsweisenden Windenergiegewinnung auf dem offenen Meer.

Auch im Solarbereich war die STAWAG Energie weiterhin aktiv. Im Rahmen des EU-Projekts „Civitas Dynamo“ wird eine Ladestation für Elektrofahrzeuge von einer Photovoltaikanlage gespeist. Dank dieser sind nun Elektroautos mit lokal erzeugtem, emissionsfreiem Strom unterwegs.

Mit einem weiteren im abgelaufenen Geschäftsjahr begonnenen Projekt unterstreicht die STAWAG Energie ihre technologische Kompetenz in Sachen umweltfreundlicher Energien: Zukünftig sollen vier Wohnhäuser durch eine innovative und saubere Technologie mit Wärme versorgt werden – genutzt wird dabei die vorhandene Wärme des Abwassers. Hierzu wird in einem der größten Abwasserkanäle der Stadt Aachen ein Wärmetauscher installiert und dadurch die Warmwasserbereitung und Beheizung von über 120 Wohnungen ermöglicht.

Die STAWAG Energie erzielte insbesondere aufgrund ihrer Beteiligungen im Bereich Wind und Photovoltaik ein Ergebnis auf Planniveau.

Die FACTUR erzielte 2014 ein Ergebnis in Höhe von rund 3,6 Mio. Euro, das an die STAWAG abgeführt wird. Die Trianel-Gruppe, an deren Führungsgesellschaft Trianel die STAWAG zum Jahresende mit 11,97 Prozent beteiligt war, hat ihre Aktivitäten im Bereich der Stromerzeugung und der energielevanten Dienstleistungen weiter ausgebaut. Die Arbeit in den verschiedenen Projektgesellschaften, an denen neben anderen kommunalen Partnern auch die STAWAG oder die STAWAG Energie beteiligt sind, wurde vorangetrieben. Nach vorläufigen Angaben wird die Trianel für das Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss von 3,9 Mio. Euro erzielen.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen, in den die STAWAG 2009 ihre Anteile an der *accom* KG (*accom*) eingebracht hat, liegt unverändert bei 16 Prozent. Das Berichts-

jahr 2014 wird nach vorläufigen Angaben mit einem Jahresüberschuss von 1,7 Mio. Euro abgeschlossen.

Die Neukonzeption der STAWAG Energiedienstleistung GmbH (STAWAG Energiedienstleistung), die zukünftig unter Einbindung von oder in Kooperation mit regionalen Partnerunternehmen Energiedienstleistungen bündeln und ausbauen soll, dauerte im Berichtsjahr weiter an.

Die Entwicklung der übrigen operativ tätigen Beteiligungsgesellschaften WAG, TWN sowie der smartlab entsprach den Erwartungen.

Das Vorsteuerergebnis der utilicount liegt nach der letzten Prognose bei ca. 0,3 Mio. Euro und übertrifft damit die Planung. Die utilicount hat das operative Geschäft zum 31. Dezember 2014 eingestellt, die Unternehmenshülle bleibt aktuell bestehen. Kernbestandteil der STAWAG-Strategie ist die Beteiligung des Unternehmens im Wettbewerb um Konzessionen und Rekommunalisierungsprojekte. Als erste Erfolge hat die STAWAG hier im Geschäftsjahr 2012 den Zuschlag für die Stromnetzkonzessionen der Städte Simmerath und Monschau erhalten.

Im Ausschreibungsverfahren der Stadtwerke Rösrath AöR hat sich STAWAG erfolgreich als strategischer Partner für 49 Prozent der Anteile an der neu zu gründenden StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (SW Rösrath) durchgesetzt und hat im Jahr 2013 damit begonnen, ein neues kommunales Energieversorgungsunternehmen aufzubauen. Der in 2013 begonnene Aufbau der Geschäftsaktivitäten wurde in 2014 mit dem Ausbau des Vertriebsgeschäftes sowie mit der erfolgreichen Bewerbung der SW Rösrath um die Stromnetzkonzession der Stadt Rösrath konsequent fortgesetzt. Das Ergebnis für 2014 wird voraussichtlich leicht unter den Erwartungen liegen.

Darüber hinaus hat die STAWAG auch von der Gemeinde Wachtberg in 2013 den Zuschlag für den Aufbau eines neuen Energie- und Wasserversorgungsunternehmens für die Gemeinde Wachtberg erhalten. Im Geschäftsjahr 2013 wurde das neue Unternehmen enewa GmbH (enewa) mit 49 Prozent Beteiligung der STAWAG gegründet. Der in 2013 begonnene Aufbau des Unternehmens wurde auch in Wachtberg konsequent fortgesetzt. Neben vertrieblichen Aktivitäten hat sich die enewa erfolgreich am Konzessionsverfahren der Gemeinde Wachtberg für das Stromnetz beteiligt. Für 2014 wird ein gegenüber der Planung leicht verbessertes Ergebnis erwartet.

Im Geschäftsjahr 2014 hat die STAWAG sich darüber hinaus aufgrund eines erfolgreichen Wettbewerbs mit 49 Prozent am neu gegründeten Energie- und Wasserversorgungsunternehmen der Stadt Waldbröl, der Energie- und Wasserversorgung GmbH (EW Waldbröl), beteiligt. Aufgrund von Anlaufschwierigkeiten ist hier für das Geschäftsjahr 2014 mit einer deutlichen Verfehlung des geplanten Ergebnisses zu rechnen.

Mit der Beteiligung in Höhe von 25,1 Prozent an den Stadtwerken SW Lübeck hat die STAWAG 2013 einen weiteren großen Schritt im Rahmen ihrer Beteiligungsstrategie erfolgreich abgeschlossen. Für das Geschäftsjahr 2014 erwartet die SW Lübeck ein leicht unterhalb des Planwertes liegendes Ergebnis.

Insbesondere aufgrund der im Geschäftsfeld der konventionellen Energieerzeugung zu bildenden Drohverlustrückstellungen und der im Zusammenhang mit der beabsichtigten Restrukturierung des Kraftwerksgeschäftes erforderlichen Vorsorge verfehlt die STAWAG mit 6,6 Mio. Euro ihr für das Geschäftsjahr 2014 geplantes Ergebnis von 14,1 Mio. Euro um 7,5 Mio. Euro. Die z. T. positiven Entwicklungen in anderen Geschäftsfeldern konnten somit die Verluste aus dem Kraftwerkssegment sowie die witterungsbedingten Ergebniseffekte nicht kompensieren. Damit liegt das Jahresergebnis 2014 rund 5,9 Mio. Euro unter dem Ergebnis des Vorjahres (12,5 Mio. Euro).

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Steuerung des Konzerns sind die durchgeleiteten und abgesetzten Mengen, die Umsatzerlöse sowie die finanziellen Kennzahlen EBITDA, EBIT und EBT relevant. Deren Entwicklung ist im Folgenden dargestellt:

Kennzahl	Plan 2014	Ist 2014	Abw.	Abw. %
Umsatzerlöse (T€)	460 760	463 325	+2 565	+0,6
EBITDA (T€)	41 658	42 701	+1 043	+2,5
EBIT (T€)	23 264	24 348	+1 084	+4,7
EBT (T€)	14 143	6 600	-7 543	-53,3

Die Umsatzerlöse der STAWAG liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 463 325 TEuro nahezu auf dem geplanten Niveau. Der EBIT liegt mit rd. 24 348 TEuro etwa 1 084 TEuro bzw. 4,7 Prozent

über dem geplanten Niveau. Insgesamt erzielt die STAWAG ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von 6 600 TEuro und verfehlt die Erwartungen um insgesamt rd. 7 543 TEuro, insbesondere durch witterungsbedingte Minderabsätze im Netz- und Vertriebsbereich sowie im konventionellen Erzeugungsbereich.

Die STAWAG beschäftigte zum Jahresende 397 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildenden und Aushilfen. Zusätzliche 290 Beschäftigte waren zum Dezember 2014 bei unseren Tochtergesellschaften INFRAWEST, STAWAG Energie, STAWAG Abwasser und FACTUR tätig.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 44,1 Jahre. Die STAWAG zeichnet sich als Arbeitgeber durch eine geringe Fluktuationsquote aus, die sich in einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,88 Jahren niederschlägt.

Mit vielfältigen Maßnahmen ist das Unternehmen dabei, die Nachfolgen für ausscheidende Fach- und Führungskräfte (Stichwort demografischer Wandel) vorzubereiten und zu begleiten. Vorzugsweise werden entstehende Vakanzen mit eigenen Mitarbeitern nachbesetzt. Seinen engagierten Mitarbeitern bietet das Unternehmen damit hervorragende Möglichkeiten der Qualifizierung und attraktive Karriereoptionen. So haben z. B. im Netzbereich im Rahmen von Umstrukturierungen und dem altersbedingten Ausscheiden ihrer Vorgänger zwei jüngere Kollegen Abteilungsleiterpositionen übernommen. Eine Reihe von Personalentwicklungsmaßnahmen unterstützen unsere Mitarbeiter dabei, ihre Kompetenzen zu erweitern.

Im laufenden Traineeprogramm zum Beispiel, über das wir bereits berichtet haben, befinden sich unsere Trainees in der abschließenden Praxisphase und bereiten sich dort jeweils gezielt auf die Übernahme anspruchsvoller künftiger Aufgaben vor. Neben dem Erwerb und der Vertiefung fachlicher Kompetenzen on- und off-the-job, finden auch Workshops zur Optimierung des abteilungsübergreifenden Zusammenarbeitens sowie ein Methodentraining für Führungskräfte zu Themen wie „Verhandlungen führen“ und „professionelle Gesprächsführung“ statt.

Um die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter langfristig über das gesamte Berufsleben zu erhalten und die Mitarbeiter bei einer gesunden Lebensweise zu unterstützen, nimmt das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) eine zunehmend wichtige Rolle ein. Die Durchführung von Gesundheitstagen ist mittlerweile jährliche Praxis. Im Rahmen des BGM werden eine Reihe weiterer hilfreicher Angebote, auch in Kooperation mit dem Caritas-Unternehmensservice unterbreitet. Als Beispiele seien hier Vorträge zu Themen wie Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung und auch die Einrichtung einer Telefon-Hotline, die Mitarbeitern in gesundheitlichen, persönlichen und familiären Notlagen unter Wahrung der Anonymität Unterstützung und Rat anbietet, genannt.

Die STAWAG und die INFRAWEST sind in ein Qualitätsmanagement eingebunden. Ein Zertifikat bestätigt bis zum 14. Januar 2016, dass die Anforderungen nach ISO 9001:2008 erfüllt werden.

Lage

Ertragslage

Die STAWAG schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Überschuss von 6,6 Mio. Euro ab. Das Ergebnis resultiert aus folgenden Einflüssen:

Insgesamt nahmen die Umsatzerlöse um 7,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Im Stromgeschäft erfolgte im Geschäftsjahr keine Preiserhöhung. Trotz der guten Konjunktorentwicklung waren die Absatzmengen im Tarif- und Sonderkundengeschäft aufgrund von Kundenverlusten, aber auch witterungsbedingt teilweise deutlich rückläufig. In der Sparte Gas konnten die Preise ebenfalls konstant gehalten werden. Aufgrund der durchschnittlich milden Witterung sowie aufgrund von Kundenverlusten nahmen die Absatzmengen teilweise deutlich ab.

In der Sparte Fernwärme konnte zunächst aufgrund der gesunkenen Beschaffungskosten für Gas, Öl und Kohle eine Preissenkung zum 1. Januar 2014 vorgenommen werden. Zum 1. Juli 2014 erfolgte dann eine leichte Preisanpassung. Insgesamt nahmen die Absatzmengen aufgrund der milden Witterung gegenüber dem Vorjahr deutlich ab.

Die allgemeinen Wasserpreise blieben im Berichtsjahr erneut konstant. Der Umsatzanteil dieser Sparte lag nahezu auf Vorjahresniveau.

Der Umsatz in der Sparte Stadtentwässerung betrug wie im Vorjahr rd. 19,8 Mio. Euro.

Insgesamt erzielte die STAWAG im Berichtsjahr 2014 einschließlich der Netznutzungsentgelte und Umsatzerlöse aus den Nebengeschäften einen gegenüber dem Vorjahr um 34,7 Mio. Euro deutlich gesunkenen Umsatz von 463,3 Mio. Euro. In den Nebengeschäften sind auch für den Tätigkeitsabschluss relevante Umsatzerlöse der Strom- und der Gasverpachtung gegenüber der INFRAWEST enthalten. Die Aufteilung auf die einzelnen Bereiche ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

	2014 Mio. €	2013 Mio. €	Veränderung in %
Stromversorgung einschl. Stromsteuer	170,0	173,0	-1,7
Stromsteuer	-16,3	-16,4	0,6
Stromversorgung ohne Stromsteuer	153,7	156,6	-1,9
Gasversorgung einschl. Erdgassteuer	86,5	121,7	-28,9
Erdgassteuer	-7,0	-10,7	34,6
Gasversorgung ohne Erdgassteuer	79,5	111,0	-28,4
Stromerzeugung und -vermarktung	63,3	63,2	0,2
Wasserversorgung	34,4	34,4	0,0
Fernwärmeversorgung	21,1	24,1	-12,4
Stadtentwässerung	19,8	19,8	0,0
Grundbesitzwirtschaft	3,7	3,5	5,7
Nebengeschäfte	87,8	85,4	2,8
Gesamtumsatz	463,3	498,0	-7,0

Die sonstigen betrieblichen Erträge nahmen um 1,1 Mio. Euro zu und betragen 25,5 Mio. Euro. Neben den im Berichtsjahr von der INFRAWEST leicht rückläufig vereinnahmten Konzessionsabgaben für Strom und Gas in Höhe von 10,6 Mio. Euro sind Auflösungen für Rückstellungen in Höhe von 5,7 Mio. Euro sowie periodenfremde Erträge von 0,3 Mio. Euro enthalten.

Die mit Abstand größte Aufwandsposition war mit rd. 366,7 Mio. Euro auch im Jahr 2014 der Materialaufwand. Er verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 31,3 Mio. Euro und war im Wesentlichen durch gesunkene Energiebezugskosten von 17,2 Mio. Euro und Netzentgeltkosten von 10,7 Mio. Euro begründet.

Der Personalaufwand erhöhte sich um 3,4 Mio. Euro auf 35,1 Mio. Euro. Aufgrund der Tarifierhöhung zum 1. Oktober 2014 stiegen die Lohnkosten um 0,6 Mio. Euro und die Aufwendungen zur Altersversorgung insgesamt um 2,8 Mio. Euro an. Die STAWAG beschäftigte am Jahresende 397 (Vorjahr: 387) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildenden und Aushilfen.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens lagen mit 18,4 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 47,3 Mio. Euro (Vorjahr: 50,3 Mio. Euro) sind neben dem üblichen Aufwand im Wesentlichen die Konzessionsabgabe an die Stadt Aachen und die erbrachten Dienstleistungen der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.), der INFRAWEST, der Aachener Parkhaus GmbH (APAG), der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) sowie der FACTUR enthalten. Die konzern-internen Leistungen lagen im Jahr 2014 mit 17,7 Mio. Euro um 0,5 Mio. Euro über dem Vorjahreswert (17,2 Mio. Euro).

Das Finanzergebnis der STAWAG verschlechterte sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. Euro auf 14,5 Mio. Euro. Hierin enthalten sind im Wesentlichen Effekte aus bestehenden Gewinn- und Verlustabführungsverträgen von -10,6 Mio. Euro (Vorjahr: -5,7 Mio. Euro), einem negativen Zinsergebnis von 9,4 Mio. Euro, Abschreibungen auf Finanzanlagen von 0,7 Mio. Euro sowie einem positiven Beteiligungsergebnis von 5,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,4 Mio. Euro). In dem Zinsergebnis ist eine Zuführung zu den Pensionsrückstellungen von 8,2 Mio. Euro (Vorjahr: 8,3 Mio. Euro) enthalten. Aufgrund der Anwendung des BilMoG ab 1. Januar 2010 werden außerordentliche Aufwendungen im Berichtsjahr mit 2,6 Mio. Euro ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Effekte aus der Zuführung des Bewertungsunterschieds der Pensionsrückstellungen.

Das Geschäftsjahr 2014 schließt die STAWAG mit einem Ergebnis von 6,6 Mio. Euro ab, die aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages an die E.V.A. abgeführt werden.

Finanzlage

Die Investitionen in das Anlagevermögen einschließlich der Kapitaleinlagen bei verbundenen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften betragen im Berichtsjahr 36,8 Mio. Euro. Hierbei entfielen auf die in 2013 gegründeten Beteiligungsgesellschaften Simmerath Infrastruktur eine Kapitalzuzahlung in Höhe von 2,1 Mio. Euro sowie auf die Monschau Infrastruktur eine Kapitalzuzahlung in Höhe von 1,9 Mio. Euro.

Zur weiteren Finanzierung von regenerativen Projektgesellschaften bei der STAWAG Energie erfolgten im Berichtsjahr Einzahlungen von 4,5 Mio. Euro in die Kapitalrücklage der STAWAG Energie. Aus Kapitalrückführungen der Beteiligungsgesellschaften bei der STAWAG Energie erfolgte eine Weiterleitung und Rückzahlung aus der Kapitalrücklage an die STAWAG in Höhe von 4,3 Mio. Euro. Von dem langfristigen Gesellschafterdarlehen an die STAWAG Energie wurden planmäßig 0,8 Mio. Euro zurückgeführt.

Aufgrund des Ausbaus von Rekommunalisierungsprojekten erfolgten weitere Investitionen als Kapitalerhöhung in Höhe von 1,1 Mio. Euro in die EW Waldbröl (Anteil 49 Prozent) und mit 0,03 Mio. Euro in die SW Rösrath (Anteil 49 Prozent). Zur weiteren Stärkung des Eigenkapitals erfolgte eine Einzahlung in die Kapitalrücklage von 0,2 Mio. Euro bei der smartlab. Kapitalrückzahlungen erfolgten hingegen aus der Beteiligung TGH mit 0,5 Mio. Euro und aus der Beteiligung Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE) mit 0,04 Mio. Euro. Bei den sonstigen Ausleihungen wurden planmäßig im Berichtsjahr 0,4 Mio. Euro zurückgeführt.

Darüber hinaus wurden Investitionen bei den Tätigkeiten gemäß § 6 b Abs. 3 EnWG für das Strom- und Gasnetz vorgenommen. Wesentliches Ziel der Investitionsmaßnahmen waren die Sicherung und die zukunftsorientierte Erweiterung der Versorgungs- und Dienstleistungsaktivitäten in allen Sparten der STAWAG.

Abweichend vom Vorjahr wurden die Nutzungsdauern der neu im Geschäftsjahr zugewandenen Vermögensgegenstände im Verteilnetz nicht mehr nach der Afa-Tabelle bemessen, sondern nach der entsprechenden Entgeltverordnung. Die Abweichung im Jahresabschluss wird zur Anpassung an konzernweitliche Bilanzierungsrichtlinien vorgenommen. Im Stromverteilnetz wurde die Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) und im Gasverteilnetz die Gasnetzentgeltverordnung (GasNEV) zugrunde gelegt. Im Wasser- und Fernwärmeverteilnetz wurden analoge Nutzungsdauern zugrunde gelegt. Die Investitionen wurden mit Mitteln aus dem Cashflow, der sich auf 34,4 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr (41,6 Mio. Euro) verringerte, sowie aus liquiden Mitteln finanziert.

Die STAWAG war im Berichtsjahr in einem konzernweiten Cash-Pooling-System bei der E.V.A. eingebunden. Am Bilanzstichtag bestanden Forderungen gegen die INFRAWEST aus bereitgestellten Liquiditätsdarlehen in Höhe von 52,5 Mio. Euro und zum anderen bestanden Verbindlichkeiten aus aufgenommenen Liquiditätsdarlehen gegenüber der E.V.A. in Höhe von 4,3 Mio. Euro.

Der Bestand an Bankkrediten verringerte sich um 8,4 Mio. Euro im Berichtsjahr auf 138,5 Mio. Euro. In das Finanzergebnis in Höhe von -14,5 Mio. Euro (Vorjahr: -12,7 Mio. Euro) sind neben den Zinsaufwendungen auch die Ergebnisabführungen und Verlustübernahmen aus den Beteiligungen der STAWAG an ihren hundertprozentigen Tochtergesellschaften sowie die Ergebnisse an Beteiligungsgesellschaften eingeflossen. Nach Änderungen durch das BilMoG zum 1. Januar 2010 liegen die Zinsaufwendungen bei der Zuführung zur Pensionsrückstellung zum 31. Dezember 2014 (Zinssatz: 4,53 Prozent) bei 8,2 Mio. Euro (Vorjahr: 8,3 Mio. Euro). Darüber hinaus stehen Mittel aus der aperiodischen Zuführung im Geschäftsjahr zur Pensionsrückstellung in Höhe von 2,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2,6 Mio. Euro) der Innenfinanzierung zur Verfügung.

Cashflow I und II der STAWAG stellen sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

CASHFLOW (OHNE ZUSCHÜSSE)	2014 Mio. €	2013 Mio. €	Veränderung in%
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und nach Rücklagenzuführung	6,6	12,5	-47,2
+ Zuführung zu Rücklagen (Gewinnrücklagen)	0,0	0,0	0,0
= Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	6,6	12,5	-47,2
+ Abschreibungen	19,0	18,1	5,0
= Cashflow I	25,6	30,6	-16,3
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	10,0	12,2	-18,0
- Auflösung von Zuschüssen/Zulagen	-1,2	-1,2	0,0
= Cashflow II	34,4	41,6	-17,3

Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent auf 527,3 Mio. Euro. Das Anlagevermögen stieg um 10,5 Mio. Euro auf 384,6 Mio. Euro. Im Wesentlichen geht dieser Anstieg zurück auf Einzahlungen zur Kapitalstärkung von im Vorjahr neu gegründeten Beteiligungsunternehmen. Darüber hinaus wurden Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände, in den weiteren Ausbau von Verteilungsanlagen inklusive des Tätigkeitsbereichs gemäß § 6 b Abs. 3 EnWG für die Strom- und Gasverpachtung sowie in die Ertüchtigung von Umspann- und Netzstationen durchgeführt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme stieg von 68,8 Prozent auf 72,9 Prozent an. Insgesamt verringerten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände im Umlaufvermögen um 24,6 Mio. Euro. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen 32,8 Mio. Euro und nahmen gegenüber dem Vorjahr um 16,2 Mio. Euro ab. Sie resultieren im Wesentlichen aus der Verbrauchsabrechnung für Tarif- und Sondervertragskunden mit 20,2 Mio. Euro, aus der bilanziellen Abgrenzung mit 6,5 Mio. Euro sowie aus der Bautätigkeit im Bereich der Stadtentwässerung mit 3,4 Mio. Euro. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen stiegen um 2,4 Mio. Euro auf 20,1 Mio. Euro und betreffen im Wesentlichen die Forderungen gegen die INFRAWEST aus der Gewährung eines laufenden Liquiditätsdarlehens und der Verrechnung mit Verbindlichkeiten aus laufenden Geschäften. Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen nahmen um 5,2 Mio. Euro auf 13,7 Mio. Euro zu und betreffen im Wesentlichen mit 6,5 Mio. Euro die Stromvermarktung des GuD-Kraftwerks Hamm-Uentrop sowie die Gasvermarktung des Gasspeichers Epe der Trianel. Das Eigenkapital beträgt unverändert wie im Vorjahr 104,7 Mio. Euro. In Folge der gesunkenen Bilanzsumme erhöhte sich die Eigenkapitalquote auf 19,9 Prozent (Vorjahr: 19,2 Prozent).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich um 9,6 Mio. Euro auf 175,7 Mio. Euro und beinhalten eine aperiodische Zuführung von 2,6 Mio. Euro. Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 36,0 Mio. Euro (Vorjahr: 35,6 Mio. Euro) beinhalten, neben einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften von 20,8 Mio. Euro (Vorjahr: 18,1 Mio. Euro), insbesondere Lieferungen aus Bezugsverträgen sowie alle zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtungen erforderlichen Positionen zum Bilanzstichtag.

Die Verbindlichkeitenstruktur führte wie bereits im Vorjahr zu mittel- und langfristigen Restlaufzeiten. Hiervon haben 42,5 Prozent (Vorjahr: 40,2 Prozent) der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Insgesamt nahm der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 8,4 Mio. Euro auf insgesamt 138,6 Mio. Euro ab.

Die Bilanzstruktur ist durch einen sehr hohen Anlagendeckungsgrad II gekennzeichnet. Das Anlagevermögen ist zu 111,9 Prozent durch Eigenmittel (inklusive Zuschüssen) sowie lang- und mittelfristige Fremdmittel finanziert. Zusammenfassend stellt sich die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der STAWAG als geordnet dar.

Nachtragsbericht

Im ersten Quartal 2015 konnten trotz durchschnittlich milder Witterung die geplanten Absatzmengen in den Versorgungssparten annähernd erzielt werden. Darüber hinausgehende Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Risiko- und Chancenbericht

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, wie stark politische und rechtliche Rahmenbedingungen im Energiesektor die Planbarkeit von Geschäftsmodellen und Investitionen von Energieversorgungsunternehmen beeinflussen und die wirtschaftliche Situation verändern können. Risiken zu erkennen, zu managen und in eine solide ökonomische Unternehmensführung aufzunehmen ist daher unerlässlich geworden. Ebenso bedeutend ist für uns, in den sich ändernden Branchen- und Marktstrukturen die unternehmerischen Chancen zu identifizieren und sie zum Wachstum oder zur Stabilisierung unserer wirtschaftlichen Gesamtsituation zu nutzen.

Organisatorisch ist das Risikomanagement der STAWAG und ihrer Tochtergesellschaften in das konzerneinheitliche Chancen-/Risikomanagementsystem der E.V.A. integriert. Die E.V.A. hat in einer allgemeinen Richtlinie Grundsätze festgelegt, in welcher Weise mögliche Chancen und Risiken bei allen Konzerngesellschaften frühzeitig erkannt, bewertet und erfasst werden. Neben diesem zentral gesteuerten Risikoprozess existiert bei der STAWAG noch jeweils ein dezentrales Risikomanagement für den Energiehandel und für die Erzeugungsvermarktung. Die Richtlinien hierfür wurden 2009 und 2011 unter Einbeziehung der E.V.A. etabliert. Die dezentralen Risikomanagementberichte erfolgen jeweils an ein spezielles Risikokomitee. Sie fließen anschließend in den Risikogesamtbericht der STAWAG und der E.V.A. ein.

Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess ist der Risikoprozess mit seinen regelmäßigen Risikoinventuren ein fester Bestandteil unserer betrieblichen Abläufe. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die erkannte Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an den Vorstand und die Aufsichtsgremien zusammen. Die Risikoverantwortlichen kommunizieren ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Risiken und stellen die Überwachung beschlossener Maßnahmen sicher. Da trotz sämtlicher aufgestellten Regeln der Umgang mit Risiken von Mensch zu Mensch verschieden ist, kann nicht völlig ausgeschlossen werden, dass einzelne Risiken nicht erfasst werden. Hierdurch ist jedoch das Risikomanagementsystem als Ganzes nicht in seiner Funktionalität eingeschränkt.

Gesamtbeurteilung der Risiken und Chancen

Das Risikoportfolio der Unternehmensgruppe STAWAG, zu der die STAWAG-Einzelgesellschaft sowie ihre Tochtergesellschaften INFRAWEST, STAWAG Energie, FACTUR und STAWAG Abwasser zählen, steht zum Stichtag 31. Dezember 2014 unverändert unter dem starken Einfluss gefallener Stromgroßhandelspreise und der damit verbundenen Ergebnisbelastungen aus der konventionellen Energieerzeugung. Es wird von großer Bedeutung sein, wie weit die Bundesregierung die Verdrängung konventioneller Kraftwerkskapazitäten durch den Ausbau erneuerbarer Energien weiter fördert und zulässt bzw. Anpassungen am deutschen Strommarktdesign vornimmt, um das gewünschte Maß an Versorgungssicherheit zu definieren. Das niedrige Zinsumfeld an den Finanzmärkten sorgt zudem für eine Höherbewertung der Pensionsverpflichtungen, woraus sich in den nächsten Jahren weiter steigende Aufwendungen ergeben können, bis sich das Zinsniveau wieder umkehrt und gegenläufige Effekte entstehen. Das vergangene Jahr hat außerdem wieder deutlich gemacht, dass Witterungseinflüsse unverändert ihre positiven und negativen Effekte auf die Absatzmengen behalten. Wenngleich die Unsicherheiten und damit die Risiken unseres Geschäftes das Geschäftsergebnis 2014 ungewöhnlich stark geschwächt haben, sind aus heutiger Sicht keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Nachfolgend werden einige Risiken erläutert, die besonderen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der STAWAG und ihrer Tochtergesellschaften haben können.

Allgemeine externe Risiken und Chancen

In dieser Risikokategorie werden die politischen Entscheidungen und die gesetzlichen Vorschriften betrachtet, die die Marktstrukturen im Energiesektor beeinflussen und die zu negativen wirtschaftlichen Folgen führen können. In Deutschland halten die Diskussionen in Politik und Energiebranche über die Ertragskrise in der konventionellen Stromerzeugung an, doch konkrete Lösungswege sind angesichts kontroverser Interessen aktuell nicht erkennbar. Die STAWAG muss in 2014 demzufolge nochmals erhebliche Ergebnisbelastungen aus ihren Beteiligungen an konventionellen Kraftwerken hinnehmen. Allerdings zeichnet sich für 2015 ein deutlicher Abbau dieser Belastungen an, wenn es der Trianel gelingt, das Gas- und Dampfturbinenkraftwerk in Hamm-Uentrop technisch

stillzulegen. Das zukünftige Ertragsrisiko aus der zweiten STAWAG-Beteiligung an dem konventionellen Steinkohle-Kraftwerk in Lünen wird dagegen weiterhin von den noch zu erwartenden energiepolitischen Weichenstellungen der Bundesregierung abhängen. Andere unternehmerische Handlungsspielräume sind bei einem so jungen und modernen Kraftwerk kaum gegeben. Mit ihrer 100%igen Tochter STAWAG Energie profitiert die STAWAG allerdings auch von der Energiewende. Denn der Gesetzgeber hält trotz der Anpassungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im August 2014 an seinem Ziel fest, bis zum Jahr 2050 den Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Stromversorgung auf mindestens 80 Prozent zu steigern. Der Bestandsschutz für die Einspeisevergütungen für bereits gebaute Anlagen garantiert der STAWAG Energie damit auch weiterhin die Chance, kalkulierte Renditen zu erzielen oder die Anteile an fertiggestellten Anlagen profitabel zu veräußern. Weiterhin erfassen wir in dieser Risikokategorie auch alle Risiken aus gesetzlichen Auflagen, Auflagen im öffentlich-rechtlichen Bereich, aus Umweltschutzbestimmungen sowie Risiken aus der Regulierung. Die INFRAWEST, ehemals STAWAG Netz, ist als Netzbetreiberin für die STAWAG und andere Konzessionsnehmer den grundsätzlichen Risiken der seit 2009 geltenden Anreizregulierung sowie des zuletzt im Juli 2014 geänderten Energiewirtschaftsgesetzes ausgesetzt. Wenngleich die 2. Regulierungsperiode für das Stromnetz zum 1. Januar 2014 und für das Gasnetz bereits zum 1. Januar 2013 begonnen hat, ist über die eingelegten Rechtsbeschwerden zu den Erlösobergrenzen der 1. Regulierungsperiode im Strom- und Gasbereich noch nicht entschieden worden. Ein abschließender Bescheid zur Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen 2014–2018 für Strom liegt der INFRAWEST aktuell noch nicht vor. Für die Erlösobergrenzen 2013–2017 bei Gas wurde der INFRAWEST am 21. März 2014 ein abschließender Bescheid zugestellt. Die INFRAWEST hat zu verschiedenen anderen Festlegungen der Regulierungsbehörden betreffend die neuen Regulierungsperioden Rechtsbeschwerden eingelegt. Momentan erwartet die INFRAWEST in sämtlichen Verfahren über das normale Prozesskostenrisiko hinaus keinerlei negative Auswirkungen auf ihre zukünftigen Erlöse. Vielmehr ist durch die Einführung der Anreizregulierung die Planungssicherheit bezüglich der Netznutzungsentgelte im Strom- und Gasbereich mittelfristig gestiegen.

Die Bundesregierung hat die Systematik der Anreizregulierung überprüfen lassen, sodass im Sommer 2015 mit einer Novellierung der Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze (ARegV) zu rechnen ist. Die INFRAWEST verbindet dies mit der Hoffnung, dass in diesem Zuge die investitionshemmende Wirkung des in der Anreizregulierung aktuell angelegten Zeitverzugs zwischen der Investitionstätigkeit und deren Erlöswirksamkeit von bis zu sieben Jahren abgemildert oder gar vollständig eliminiert wird.

Leistungswirtschaftliche Risiken und Chancen

Die STAWAG hält Finanzbeteiligungen an den konventionellen Kraftwerken Gas- und Dampfturbinenkraftwerk Hamm und Steinkohlekraftwerk Lünen. Ihre Tochter STAWAG Energie betreibt im regenerativen Bereich eigene Kraftwerksanlagen und beteiligt sich bundesweit an entsprechenden Projektgesellschaften. Die STAWAG Energie ist auch in der Projektierung von Windparks engagiert. Zusammen wird dies in einer Wertschöpfungsstufe Erzeugung abgebildet.

Bei der konventionellen Stromerzeugung üben die Preisentwicklungen an den Commodity-Märkten mittlerweile einen überdurchschnittlich hohen negativen Einfluss auf das STAWAG-Ergebnis aus. Denn die Differenz zwischen den Stromvermarktungserlösen und den Strombezugskosten für zukünftige Strommengen, die die STAWAG aus den Kraftwerksbeteiligungen erhält, führen zu erheblichen handelsrechtlichen Drohverlustrückstellungen und belasten somit das laufende Jahresergebnis. Eine dauerhafte Trendwende in den Großhandelspreisen und damit in der Grundproblematik ist momentan noch nicht sichtbar, doch es bestehen Chancen, wenigstens beim Kraftwerk in Hamm-Uentrop in 2015 eine Risikominderung zu erreichen.

Im Bereich regenerativer Erzeugungsanlagen lag im abgeschlossenen Jahr erneut ein Schwerpunkt in der Projektentwicklung im Bereich Windenergie. Die STAWAG Energie trägt hier das allgemeine Projektentwicklungsrisiko, d. h., es kann sich im Laufe eines Projektes aufgrund externer Faktoren herausstellen, dass das Projekt technisch nicht realisierbar ist bzw. eine Realisierung unwirtschaftlich sein würde und daher die Entwicklung abgebrochen werden muss. Mit dieser Geschäftsaktivität und dem dort entwickelten Know-how besitzt die STAWAG Energie jedoch Wettbewerbsvorteile, durch die, wenn sie weiterhin überlegt und gezielt eingesetzt werden, unverändert gute Renditen erwirtschaftet werden können. Bei bestehenden Anlagen sind keine Risiken über das betriebsübliche Maß hinaus erkennbar. Allgemeine Anlagenausfallrisiken und unerwartete Stillstände werden durch regelmäßige Wartungsintervalle gemindert. Des Weiteren können bei realisierten Projekten unerwartete behördliche Auflagen zu Ertragsverlusten führen.

Darüber hinaus ist die Ertragssituation der STAWAG Energie in bekanntem Maße wetterabhängig. Durch den Erzeugungsmix sowie die Diversifikation der Anlagenstandorte auch außerhalb Aachens wird diese Wetterabhängigkeit jedoch teilweise vermindert.

Die STAWAG nutzt zur Optimierung ihrer Beschaffungskosten die Möglichkeiten des professionellen Portfoliomanagements. Es werden, ausgehend von geplanten Absatzmengen sowie einer vorgegebenen Beschaffungsstrategie, physische und finanzielle Produkte für Strom und Gas bei Großhändlern und den Börsen gekauft oder verkauft. Die Zeitpunkte der Beschaffung und des Vertriebs der Energie fallen hierbei auseinander. Die bei diesem Vorgehen entstehenden Chancen und Risiken managt die STAWAG aktiv. Preisrisiken in den Beschaffungsbüchern werden je Lieferjahr fortlaufend überwacht und durch einen sogenannten Stresstest und den Value at Risk bewertet. Begrenzt und kontrolliert werden die Risiken durch vorgegebene Limits. Darüber hinaus existieren Mengen- und Strukturrisiken in den Vertriebsbüchern. Die regelmäßige Ermittlung von Abweichungsfehlern und Worst-Case-Szenarien führen zu einer Bewertung, welche die Grundlage für weiterführende Entscheidungen bildet. In den Risikoberichten des Energiehandels werden auch Kredit-, Produkt-, Liquiditäts- und Transportrisiken behandelt. Sie haben aktuell jedoch keine mit den Preis- und Mengenrisiken vergleichbare Bedeutung.

Auf der Kunden- und Energieabsatzseite besteht für die STAWAG unverändert die Gefahr, ihre maßgebliche Rolle als lokaler Energieversorger und Energiedienstleister nicht ausweiten zu können bzw. Marktanteile im lokalen Vertriebsgebiet, insbesondere durch Angriffe von Wettbewerbern, zu verlieren. Dies gilt in besonderem Maße für das Gasgeschäft. Absatzeinbußen im Privatkundensegment gilt es durch geeignete Gegenmaßnahmen, z. B. durch maßgeschneiderte Beratungskonzepte und Serviceorientierung, zu vermeiden. Gleichzeitig werden die Rückgewinnung von Gewerbekunden und die Erweiterung des Vertriebsgebietes außerhalb von Aachen vorangetrieben.

Finanzwirtschaftliche Risiken und Chancen

Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) hat die STAWAG zur Neubewertung ihrer Pensionsrückstellungen und in beträchtlichem Ausmaß zu Aufwendungen für Rückstellungszuführungen gezwungen. Diese Wertaufholung hat die STAWAG aufgrund ihrer guten Ertragskraft in den letzten Jahren besonders schnell durchgeführt, sodass der BilMoG-Wert in 2014 nahezu erreicht ist. Das niedrige Marktzinsniveau an den Finanz- und Kapitalmärkten, das der STAWAG bei der Finanzierung verschiedener Vorhaben zuletzt geholfen hat, führt nun aber sukzessive zu deutlich abgesenkten Diskontierungszinssätzen bei den Versorgungszusagen und damit zu einem erneut hohen Anstieg der Aufwendungen für Pensionsrückstellungen. Dies wird sich voraussichtlich noch einige Jahre so fortsetzen, sodass die STAWAG vorerst mit ungewohnt hohen Ergebnisbelastungen aus diesem Bereich rechnet. Sobald das Zinsniveau jedoch wieder steigt und mehrere Jahre anhält, können genau entgegengesetzte Effekte entstehen. Wenngleich solche bilanziellen Anpassungen das Jahresergebnis belasten können, wird damit die Innenfinanzierungskraft vorübergehend gestärkt.

Weiterhin erfolgsversprechend sehen wir unsere 2013 erworbene Beteiligung an den Stadtwerken Lübeck sowie die Dienstleistungsaktivitäten unserer Tochtergesellschaft FACTUR. Die Reformprozesse in verschiedenen Energieversorgungsunternehmen deuten auf einen steigenden Bedarf an Prozessdienstleistungen hin, die die FACTUR mit ihren technisch ausgereiften Abrechnungssystemen für Netzbetreiber und Versorger anbieten kann. Insofern wird die FACTUR jede Ausschreibung als Chance verstehen, einen wichtigen Ergebnisbeitrag für die STAWAG zu leisten. Strategisch wichtig bleibt für die STAWAG unverändert die Geschäftsaktivität Rekommunalisierung und Konzessionsübernahme. Hier sehen wir weiter die Chance, unser fortentwickeltes Know-how im Kerngeschäft auf verschiedene Weise bei anderen Kommunen einzubringen und durch Beteiligung an diesen neuen Gesellschaften langfristige Ergebnisbeiträge zu erzielen.

Die STAWAG ist über die STAWAG Energie an dem Gemeinschaftsprojekt Trianel Windpark Borkum beteiligt. Das Projekt wurde in 2014 fertiggestellt. Der Park wurde gegen Ende des Jahres an das Höchstspannungsnetz angeschlossen, sodass nun die 40 errichteten Windenergieanlagen sukzessive in Betrieb genommen werden können. Ca. 26 Anlagen speisen zwischenzeitlich ihren produzierten Strom ins Stromnetz ein. Dennoch kann noch nicht von einem vollständigen Abbau des Risikos ausgegangen werden, da die Erfahrungen zeigen, dass zusätzlich zur hohen Wetterabhängigkeit auch weiterhin im Rahmen der Inbetriebnahme technische Probleme auftauchen können, welche die Kosten für die Fertigstellung des Windparks weiter erhöhen können.

Schwankende Marktzinsen können das Ergebnis von der STAWAG und der STAWAG Energie beeinflussen, wenn für die getätigten Investitionen Langfristkredite mit variablen Zinsen abgeschlossen wurden, Festzinsfinanzierungen fällig werden und prolongiert werden müssen oder Neukreditaufnahmen geplant sind. Der Großteil des Darlehensbestandes ist allerdings langfristig zinsgesichert,

sodass Zinsänderungsrisiken im Wesentlichen aus Kreditprolongationen und Neukreditaufnahmen resultieren. Da zurzeit keine Anzeichen einer Zinswende zu erkennen sind und die STAWAG in den nächsten Jahren tendenziell eher mit einer Stärkung der Innenfinanzierungskraft rechnet, sind die Zinsänderungsrisiken momentan gering. Inwiefern wir das aktuell attraktive Zinsniveau als Chance nutzen wollen, uns günstig mit Finanzmitteln für zukünftige Investitionen einzudecken, hängt noch davon ab, ob wir unser Investitionsvolumen aufrechterhalten werden. Alle derzeit bei der STAWAG bzw. der STAWAG Energie eingesetzten Finanzinstrumente zur Zinssicherung bergen keine ungewöhnlich hohen Risiken in Bezug auf den laufenden Cashflow.

Allgemeine interne Risiken

Diese Risikokategorie nimmt Risiken aus den Bereichen Organisation, Personal- und Führungsmanagement und Kommunikation auf. Hier wurden keine wesentlichen Risiken erkannt und gemeldet, obwohl bei der Neu- oder Wiederbesetzung von extern ausgeschriebenen Stellen gelegentlich schon der Mangel an qualifiziertem Fachpersonal zu spüren ist.

Prognosebericht

Daten zum Jahresende 2014 deuten darauf hin, dass sich die deutsche Konjunktur in 2015 wieder positiv entwickeln wird. So geht das Institut für Weltwirtschaft (Kiel) in seiner Prognose vom 17. Dezember 2014 von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Vor dem Hintergrund der bestehen gebliebenen Unsicherheiten im Euroraum - insbesondere vor dem Hintergrund der durch den politischen Wechsel in Griechenland unsicherer gewordenen Lage an den Finanzmärkten - wird damit weiterhin davon ausgegangen, dass sich die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften Europas deutlich positiver entwickeln wird.

Nach Einschätzung von Ökonomen verfestigt sich die Perspektive einer positiven Wachstumsüberraschung im ersten Quartal 2015, was z. B. der ifo-Geschäftsklimaindex deutlich widerspiegelt. Auch der Arbeitsmarkt entwickelte sich weiter positiv. Der Beschäftigungstrend bleibt deutlich aufwärtsgerichtet, wobei die Arbeitslosenquote mit 6,8 Prozent im März 2015 um 0,3 Prozent unter der Quote des Vorjahres liegt (BAA, Monatsbericht 03/2015).

Darüber hinaus kann damit gerechnet werden, dass sich durch die Fortsetzung der Niedrigzinspolitik der EZB sowie die neu beschlossenen Programme von Anleiheaufkäufen durch die EZB (sog. Quantitative Easing) positive Effekte auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft ergeben.

Nichtsdestotrotz bestehen für das Jahr 2015 weiterhin Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung. Diese ist in einigen Mitgliedsländern des Euroraumes - insbesondere in Griechenland - nach wie vor nicht stabil. Auch bleibt abzuwarten, wie sich eine evtl. für den Herbst zu erwartende Zinswende in den USA auf die weltweiten Kapitalflüsse und somit auf den europäischen Finanzsektor und die Konjunktur auch in Deutschland auswirken wird.

Für den deutschen Arbeitsmarkt wird im Jahresverlauf ein robuster Verlauf erwartet. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich 2015 mit ca. 2,94 Millionen etwa auf Vorjahresniveau belaufen. Die Arbeitslosenquote wird demnach voraussichtlich im Jahresdurchschnitt bei 6,8 Prozent liegen (DIW Wochenbericht 51.2014 und 52.2014). Aktuelle Prognosen zu den Verbraucherpreisen gehen davon aus, dass die Preissteigerung im Jahr 2015 zwischen 0,1 Prozent (IfW, Kiel, 03/2015) und 0,8 Prozent (HWWI, Hamburg, 03/2015) liegen dürfte.

Die Unternehmen in der Stadt und der StädteRegion Aachen sind gemäß der aktuellen Konjunkturumfrage der IHK vom Januar 2014 überwiegend zufrieden mit der aktuellen Lage und blicken mit Zuversicht auf das neue Geschäftsjahr. Auch die STAWAG hat das Geschäftsjahr 2015 im Geschäftsfeld Vertrieb erfolgreich begonnen und geht auf der Grundlage der vorliegenden ersten Geschäftsdaten davon aus, dass das geplante Ergebnissniveau in diesem Segment erreicht wird. Planerisch wurde hierbei ein moderater Rückgang der Mengen aufgrund von Kundenverlusten in den Sparten Strom und Gas bei normaler Witterung unterstellt.

Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2014	Plan 2015	Abweichung (%)
Strom (Mio. kWh)	966,0	931,1	-3,6
Gas (Mio. kWh)	1.300,4	1.390,9	+7,0
Wasser (Mio. cbm)	17,3	17,3	+/- 0,0
Wärme (Mio. kWh)	302,1	361,4	+19,6

Im Geschäftsbereich Netz wird aufgrund der ersten beiden Monate erwartet, dass das geplante Ergebnis aufgrund der milden Witterung unterschritten wird.

Durchleitungsmengen Netzgeschäft

Sparte	Ist 2014	Plan 2015	Abweichung (%)
Strom (Mio. kWh)	1.403,8	1.394,8	-0,6
Gas (Mio. kWh)	2.107,6	2.572,0	+18,7

Nach wie vor wird das Ergebnis des Geschäftsbereiches konventionelle Erzeugung durch den Verfall der Preise am Stromhandelsmarkt belastet. Die STAWAG geht davon aus, dass die in der Planung angesetzten Drohverlustrückstellungen ausreichend sind und das geplante Ergebnis in diesem Segment erreicht werden kann. Die STAWAG rechnet, ohne eine grundlegende Änderung des Energiemarktdesigns (Stichwort: Kapazitätsmärkte), in diesem Segment nicht mit einer Besserung des Ergebnisses.

Die STAWAG verfolgt vor diesem Hintergrund weiterhin die Strategie, ihr Investitionsportfolio im Bereich der konventionellen Kraftwerke zu bereinigen. In diesem Zusammenhang ist es erfreulicherweise gelungen, die aus der Beteiligung des Gaskraftwerkes Hamm-Uentrop resultierenden Belastungen des operativen Ergebnisses durch eine Restrukturierung zu minimieren. Hieraus werden sich ab dem Geschäftsjahr 2015 signifikante positive Effekt auf das Ergebnis der STAWAG ergeben.

Weiterhin ist die STAWAG engagiert dabei, ihren Know-how-Vorsprung in der Projektentwicklung durch die Entwicklung attraktiver Projekte im Bereich Onshore-Windkraft zu nutzen. Für das Geschäftsjahr 2015 wird mit einem signifikanten Ergebnisbeitrag aus diesem Geschäftssegment gerechnet. Dabei geht die STAWAG davon aus, dass die für dieses Geschäftssegment relevanten energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen – insbesondere die Regelungen des EEG zur Onshore-Windkraftvergütung – relativ stabil bleiben werden und es weiterhin gelingt, Anteile an selbst entwickelten Projekten erfolgreich im Markt zu platzieren.

Positive Ergebnisbeiträge erwartet die STAWAG auch aus ihren Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit der Rekommunalisierung, aus Konzessionsübernahmen und aus dem Beteiligungsgeschäft, hier insbesondere aus den Beteiligungen an der SW Lübeck und aus der Entwicklung des Geschäfts bei der FACTUR.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2014	Plan 2015	Abweichung (%)
Umsatzerlöse (T€)	463 325	404 128	-12,8
EBITDA (T€)	42 701	39 440	-7,6
EBIT (T€)	24 348	24 343	±0,0
EBT (T€)	6 600	18 091	+174,1

Für das Geschäftsjahr 2015 geht die STAWAG insgesamt davon aus, dass das geplante Ergebnis von 18,1 Mio. Euro erreicht wird. Die erwartete deutliche Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus einem geringeren Verlust im konventionellen Erzeugungsbereich, der sich aus der erfolgreichen Restrukturierung der TGH ergibt. Neben der Fortsetzung der Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Projektentwicklung wird der Schwerpunkt der STAWAG weiterhin auf der Konsolidierung und der Stabilisierung des Stammgeschäftes in Aachen und bei der Entwicklung und der Stabilisierung des Beteiligungsgeschäftes liegen.

Trianel GmbH

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Trianel GmbH
Sitz	Krefelder Str. 203, 52070 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1999
Geschäftsführer	Sven Becker Dr. Jörg Vogt
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	20.120.575,00 EUR
Mitarbeiter	325 (Vorjahr 311) (Durchschnitt)
Internet	www.trianel.com

Gesellschafter zum 31.12.2014

Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH, Bochum	24,69%
Stadtwerke Aachen AG	11,97%
RhönEnergie Fulda GmbH	7,44%
Stadtwerke Bonn GmbH	5,81%
Stadtwerke Lübeck Holding GmbH	5,12%
SWU Energie GmbH, Ulm	4,78%
Stadtwerke Energie Jena-Pöbneck GmbH	2,99%
NEW Viersen GmbH	2,87%
N.V. HVC, Niederlande	2,48%
enwor - energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath	2,21%
Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation, Österreich	1,76%
Allgäuer Überlandwerk GmbH	1,74%
Stadtwerke Halle GmbH	1,57%
SWT Stadtwerke Trier Versorgungs GmbH	1,49%
Stadtwerke Heidelberg GmbH	1,24%
nvb Nordhorner Versorgungsbetriebe GmbH	1,19%
Trianel Suisse AG, Schweiz	1,18%
Stadtwerke Hamm GmbH	1,12%
Stadtwerke Solingen GmbH	0,99%
Stadtwerke Lindau (B) GmbH & Co. KG	0,97%
GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen Bönen Bergkamen	0,83%
Stadtwerke Aalen GmbH	0,74%

Stadtwerke Borken/Westf. GmbH	0,74%
Stadtwerke Lünen GmbH	0,66%
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	0,57%
Hertener Energiehandelsgesellschaft mbH	0,54%
Stadtwerke Fröndenberg GmbH	0,53%
BBSW Energie GmbH, Steinheim	0,50%
ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH	0,50%
Gemeindewerke Steinhagen GmbH	0,50%
GWS Stadtwerke Hameln GmbH	0,50%
Osterholzer Stadtwerke GmbH & Co. KG	0,50%
Schleswiger Stadtwerke GmbH	0,50%
Stadtwerke Bad Salzuflen GmbH	0,50%
Stadtwerke Dachau	0,50%
Stadtwerke Elmshorn	0,50%
Stadtwerke Gronau GmbH	0,50%
Stadtwerke Mosbach GmbH	0,50%
Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	0,50%
Stadtwerke Sindelfingen GmbH	0,50%
Stadtwerke Tuttlingen GmbH	0,50%
Stadtwerke Wedel GmbH	0,50%
T.W.O. Technische Werke Osning GmbH	0,50%
Stadtwerke Bad Pyrmont Beteiligungs und Bäder GmbH	0,37%
Stadtwerke Uelzen GmbH	0,37%
Stadtwerke Detmold GmbH	0,36%
Stadtwerke Unna GmbH	0,33%
Stadtwerke EVB Huntetal GmbH	0,30%
Regio Energie Solothurn, Schweiz	0,30%
Stadtwerke Soest GmbH	0,29%
Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH	0,26%
Stadtwerke Georgsmarienhütte GmbH	0,25%
Stadtwerke Herford GmbH	0,25%
Stadtwerke Lengerich GmbH	0,25%
Stadtwerke Verden GmbH 1	0,25%
Teutoburger Energie Netzwerk e. G., Hagen a. T. W.	0,25%

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel im In- und Ausland mit Energie mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung zu stärken. Zu diesem Zweck darf die Gesellschaft folgende Aufgaben wahrnehmen:

1.1 Handel mit

- a. Energie (Strom, Gas, Öl, Kohle),
- b. Energiederivaten und energiebezogenen Finanzderivaten (i.S.d. Kreditwesengesetzes/KWVG: Eigengeschäfte),
- c. auf die Versorgung bezogenen Finanzprodukten wie Wetterderivaten und Emissionszertifikaten (i.S.d. KWVG: Eigengeschäfte)

1.2 Vertrieb von Energie

1.3 Erbringung von beratenden und sonstigen entgeltlichen Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Sven Becker, Dr. Jörg Vogt
Aufsichtsrat:	
Bernhard Wilmert	Sprecher der Geschäftsführung der Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH (Vorsitzender),
Waldemar Opalla	Geschäftsführer der Stadtwerke EVB Huntetal GmbH (stellvertretender Vorsitzender),
Dr. Christian Becker	Mitglied des Vorstands der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft,
Matthias Berz	Geschäftsführer der SWU Energie GmbH,
Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge	Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln (gewähltes sachverständiges Mitglied des Aufsichtsrates),
Dr. Ulf Böge	Präsident des Bundeskartellamtes a.D. (gewähltes sachverständiges Mitglied des Aufsichtsrates),
Günter Bury	Geschäftsführer der RhönEnergie Fulda GmbH,
Dr. Achim Grunenberg	Geschäftsführer der Stadtwerke Lünen GmbH,
Christoph Hüls	Geschäftsführer der Stadtwerke Detmold GmbH,
Michael Lucke	Geschäftsführer der Allgäuer Überlandwerk GmbH,
Jürgen Schäffner	Geschäftsführer der Stadtwerke Lübeck Holding GmbH,
Dr. Leonhard Schitter	Mitglied des Vorstandes der Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation,
Marco Westphal	Geschäftsführer der Stadtwerke Bonn GmbH,
Thomas Zarembo	Geschäftsführer der Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH,
Michael Hegel	Bankkaufmann (gewähltes sachverständiges Mitglied des Aufsichtsrates).

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	57.390	16%	66.194	22%	85.040	28%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	2.757	1%	2.858	1%	2.368	1%
II.	Sachanlagen	2.928	1%	13.525	4%	21.022	7%
III.	Finanzanlagen	51.705	15%	49.811	16%	61.650	20%
B.	Umlaufvermögen	285.799	82%	231.923	77%	217.905	71%
I.	Vorräte	24.788	7%	3.542	1%	4.169	1%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	200.009	57%	173.965	58%	156.093	51%
III.	Wertpapiere	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	61.002	18%	54.417	18%	57.643	19%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	4.733	1%	4.289	1%	4.985	2%
Bilanzsumme Aktiva		347.922		302.407		307.930	
A.	Eigenkapital	84.922	24%	86.463	29%	90.545	29%
I.	Gezeichnetes Kapital	19.897	6%	20.121	7%	20.153	7%
	Nennbetrag eigener Anteile	-68		-168		0	
	Ausgegebenes Kapital	19.829		19.953		20.153	
II.	Kapitalrücklage	25.024	7%	25.808	9%	26.129	8%
III.	Rücklage wegen eigener Anteile	68	0%	168	0%	0	0%
IV.	Gewinnrücklagen	37.712	11%	38.432	13%	39.079	13%
V.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	2.290	1%	2.103	1%	5.185	2%
B.	Rückstellungen	44.594	13%	47.150	16%	44.049	14%
C.	Verbindlichkeiten	217.564	63%	166.560	55%	170.513	55%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	843	0%	2.233	1%	2.824	1%
Bilanzsumme Passiva		347.922		302.407		307.930	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	2.006.264	2.006.506	1.779.684
sonstige betriebliche Erträge	14.437	5.880	9.926
Betriebsleistung	2.020.701	2.012.385	1.789.610
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	1.958.391	1.959.542	1.738.062
Personalaufwand	20.524	24.665	26.381
Abschreibungen	2.477	2.242	3.512
Sonstige betriebliche Aufwendungen	35.888	19.804	18.031
Betriebserfolg	3.420	6.132	3.624
Erträge aus Beteiligungen	158	289	710
Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	1.002	1.357	1.664
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.589	1.325	601
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.570	902	3.838
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	250	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.306	4.875	5.007
Finanzergebnis	1.763	-1.002	1.807
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.183	5.130	5.430
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.892	3.025	243
sonstige Steuern	2	3	3
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	2.290	2.103	5.185

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum städtischen Haushalt.

Lagebericht

Auf die Darstellung des äußerst umfangreichen Lageberichts der Trianel wird aus Kostengründen und Gründen der Praktikabilität verzichtet. Interessierte möchten wir auf die unter trianel.com verfügbaren Geschäftsberichte verweisen.

regio iT gesellschaft für informa- tionstechnologie mbh Aachen

Firma	regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh
Sitz	Lombardenstraße 24, 52070 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	2003; 2011 Umfirmierung und Änderung der Gesellschafterstruktur
Geschäftsführer	Dieter Rehfeld (Vorsitzender) Dieter Ludwigs
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	307.228,00 EUR
Mitarbeiter	353 (Vorjahr 334) (31.12.)
Internet	www.regioit.de

Gesellschafter:

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH 60,27 %
INFOKOM Gütersloh AöR 15,00 %
StädteRegion Aachen 12,75 %
Stadt Aachen 0,98 %
Stadt Alsdorf 1,00 %
Stadt Baesweiler 1,00 %
Stadt Eschweiler 1,00 %
Stadt Herzogenrath 1,00 %
Stadt Monschau 1,00 %
Gemeinde Roetgen 1,00 %
Gemeinde Simmerath 1,00 %
Stadt Würselen 1,00 %
Stadt Düren 1,00 %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH 1,00 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG) 1,00 %

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie

Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Dieter Rehfeld (Vorsitzender), Dieter Ludwigs

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Axel Hartmann	StädteRegion
stv. Vors.	Michael Servos (SPD)	Ratsmitglied
2. stv. Vors.	Jürgen Lohmann	Bürgermeister
	Sven-Georg Adenauer	Landrat
	Dr. Christian Becker	E.V.A.
	Friedrich Beckers (CDU)	Ratsmitglied
	Karl-Heinz Hermanns	BM Simmerath
	Daniela Lucke (SPD)	Ratsmitglied
	Iris Lürken (CDU)	Ratsmitglied
	Marcel Philipp	Oberbürgermeister
	Hermann-Josef Pilgram (Grüne)	Ratsmitglied
	Udo Pütz (Piraten)	Ratsmitglied
	Ulla Thönnissen	StädteRegion
	Peter Tillmanns (CDU)	Ratsmitglied
	Maria Unger	Bürgermeisterin

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie mehrere Geschäftsführer, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Hat die Gesellschaft mehrere Geschäftsführer, so kann die Gesellschafterversammlung einen Vorsitzenden der Geschäftsführung bestimmen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern in Anlehnung an die Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft entsandt.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus jeweils einem Vertreter pro Gesellschafter. Die Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch den Oberbürgermeister oder seinen Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	10.337	72%	10.571	73%	10.388	74%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	4.766	33%	5.241	36%	5.128	36%
II.	Sachanlagen	5.556	38%	5.314	37%	5.245	37%
III.	Finanzanlagen	15	0%	15	0%	15	0%
B.	Umlaufvermögen	3.322	23%	3.049	21%	2.170	15%
I.	Vorräte	0	0%	0	0%	0	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.314	23%	3.025	21%	2.150	15%
III.	Wertpapiere	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	8	0%	24	0%	20	0%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	797	6%	861	6%	1.539	11%
Bilanzsumme Aktiva		14.457		14.481		14.097	
A.	Eigenkapital	2.661	18%	3.119	22%	2.321	16%
I.	Gezeichnetes Kapital	307	2%	307	2%	307	2%
II.	Kapitalrücklage	388	3%	388	3%	388	3%
III.	Gewinnrücklagen	0	0%	0	0%	450	3%
IV.	Gewinn-/ Verlustvortrag	0	0%	300	2%	0	0%
V.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.966	14%	2.123	15%	1.176	8%
B.	Rückstellungen	4.608	32%	4.794	33%	4.230	30%
C.	Verbindlichkeiten	7.171	50%	6.500	45%	7.534	53%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	17	0%	68	0%	12	0%
Bilanzsumme Passiva		14.457		14.481		14.097	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	46.033	50.561	51.954
sonstige betriebliche Erträge	818	841	744
Betriebsleistung	46.852	51.402	52.698
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	16.628	18.720	18.929
Personalaufwand	18.349	19.598	21.736
Abschreibungen	3.420	3.539	3.605
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.437	6.259	6.570
Betriebserfolg	3.017	3.286	1.858
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	220	201	179
Finanzergebnis	-220	-201	-179
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.797	3.085	1.679
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	825	955	493
sonstige Steuern	7	6	10
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.966	2.123	1.176

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Es erfolgt eine (direkte) anteilige Ausschüttung i.H.v. 11,5 TEUR. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen insbesondere über das Ergebnis der E.V.A. betroffen.

Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell

Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Versorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen in Nordrhein-Westfalen. Die Wurzeln der Gesellschaft und der Sitz des Unternehmens liegen in der Region Aachen. Zusammen mit der Niederlassung in Gütersloh bildet die regio iT in der IT-Landschaft Nordrhein-Westfalens eine starke Ost-West-Achse.

Das Unternehmen ist auch bundesweit mit seinen führenden IT-Lösungen bei seinen Kunden vertreten. So wird z.B. der votemanager, ein durch die regio iT entwickeltes Wahlverfahren, überregional eingesetzt. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Sie verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optimal auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

1.2. Gesellschafterstruktur

Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen die Wachstumsstrategie der Gesellschaft. Die regio iT ist offen für neue Gesellschafter, die ihrerseits ihr Geschäft in die regio iT einbringen. Sie ist willens, sich auch an Unternehmen, die zum Geschäftsfokus der regio iT passen, zu beteiligen.

Zum 31. Dezember 2014 ergibt sich folgende Gesellschafterstruktur:

Gesellschafter

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen	60,27 %
INFOKOM Gütersloh AöR – Zweckverband für kommunale Informations- und Kommunikationstechnik	15,00 %
StädteRegion Aachen	12,75 %
Stadt Aachen	0,98 %
Stadt Alsdorf	1,00 %
Stadt Baesweiler	1,00 %
Stadt Eschweiler	1,00 %
Stadt Herzogenrath	1,00 %
Stadt Monschau	1,00 %
Gemeinde Roetgen	1,00 %
Gemeinde Simmerath	1,00 %
Stadt Würselen	1,00 %
Stadt Düren	1,00 %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1,00 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG)	1,00 %

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen: Um 1,5 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel moderater gewachsen (2013 um 0,1 % und 2012 um 0,4 %). Nach einer Konjunkturumfrage des Branchenverbandes BITKOM verlief das Jahr 2014 für die Unternehmen der Informationstechnologie ausgesprochen positiv. Rund drei Viertel der Unternehmen konnten ihren Umsatz steigern, nur jedes achte Unternehmen berichtet von rückläufigen Umsätzen. Der Gesamtmarkt der Informationstechnologie konnte um 4,3 % oder um 3,1 Milliarden Euro auf 77,8 Milliarden Euro zulegen.

Die Entwicklung der drei Teilmärkte der Informationstechnik (Software, IT-Service und IT-Hardware) verlief jedoch uneinheitlich. Mit einer Steigerungsrate von 5,6 % auf 19,1 Milliarden Euro konnte das Geschäft mit Software deutlich zulegen. Die regio iT ist überwiegend im Teilmarkt IT-Services mit Dienstleistungen wie Outsourcing oder Wartung tätig. Die Umsätze in diesem Segment stiegen um 2,7 % auf 36,3 Milliarden Euro. Auch der Markt für IT-Hardware konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich zulegen. Das Marktvolumen stieg um 5,8 % auf 22,4 Milliarden Euro. Grundlage der Markteinschätzung für 2014 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die insgesamt erfreulichen Umsatzzahlen sorgen für weitere Impulse auf dem Arbeitsmarkt. Mit aktuell 953.000 Beschäftigten unter einer Steigerung um 5,9 % gegenüber dem Vorjahr hat die IT-Branche ihre Position als zweitgrößter industrieller Arbeitgeber hinter dem Maschinenbau gefestigt. Mehr als zwei Drittel der ITK-Unternehmen wollen auch im Jahr 2015 zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Genau hier liegt auch die Herausforderung für die kommenden Jahre. Die Branche benötigt attraktive Rahmenbedingungen am Technologiestandort Deutschland sowie ein leistungsfähiges Bildungswesen, das den Nachwuchs auf Berufswege in der IT vorbereitet. Denn die größte Herausforderung der Branche ist weiterhin der Fachkräftemangel.

2.2. Geschäftsverlauf

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2014 mit einem Gesamtumsatz von 51,7 Mio. € einen neuen Rekordwert erzielen. Zurückzuführen ist dies vor allem auf eine Umsatzausweitung bei den Bestandskunden, insbesondere in den Umsatzsegmenten Produkt- und Applikationsbetrieb sowie bei

den Dienstleistungen aus Beratungs- und Projektleistungen. Treiber im letztgenannten Umsatzsegment war ein Projekt im Entsorgungsbereich, bei dem eine selbst entwickelte Software auf SAP-Basis ("Waage-Lösung") erfolgreich bei einem neu gewonnenen Kunden vermarktet werden konnte. Im Bereich der Bestandskunden ergaben sich aus der Kommunalwahl Einzelaufträge über Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Abwicklung der Wahlen. Im Bereich des Umsatzsegmentes Produkt- und Applikationsbetrieb konnten bei einem weiteren Bestandskunden die Dienstleistungen ausgeweitet und ein Full-Service-Vertrag abgeschlossen werden. Gegenläufige Effekte für das Unternehmensergebnis ergaben sich jedoch aus der Kostenentwicklung, hier insbesondere den hohen Tarifabschlüssen im Personalbereich und bei den Pensionslasten. Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €) ab. Ausschlaggebend für den Ergebnisrückgang sind vor allem die gestiegenen Personalkosten und Pensionslasten. Die Pensionslasten für zugewiesene Mitarbeiter des Konzerns sowie für die Beamtinnen und Beamte des Zweckverbandes INFOKOM und der Stadt Aachen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung der regio iT Bestandteile der Fremdleistungen bzw. des sonstigen betrieblichen Aufwandes. Diese Kostenentwicklung konnte durch die Steigerung der Umsatzerlöse um 2,6 % (auf 51,7 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr (50,4 Mio. €) nur teilweise kompensiert werden. Nach Steuern resultiert daraus ein Jahresüberschuss von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €). Dennoch konnte für die Gesellschafter der regio iT nach dem Rekordergebnis des Vorjahres auch im Geschäftsjahr 2014 angesichts des aktuellen Zinsniveaus eine angemessene Rendite erwirtschaftet werden.

2.3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

2.3.1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 33,8 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr: 32,7 Mio. €). Das für das Berichtsjahr geplante Rohergebnis (33,9 Mio. €) wurde somit geringfügig unterschritten (-0,1 T€).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 39,3 Mio. € auf dem geplanten Niveau (39,3 Mio. €).

Überplanmäßig haben sich die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (3,6 Mio. €) konnten um 1,4 Mio. € übertroffen werden. Die Kommunen haben im Berichtsjahr, oft auch in Zusammenhang mit der Umstellung auf Windows 7, insbesondere in Arbeitsplatzausstattung investiert.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung (Dienstleistungsumsätze). Im Berichtsjahr hat sich dieses Umsatzsegment nahezu planmäßig entwickelt. Einem geplanten Umsatz von 4,8 Mio. € (9,8 % der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 4,9 Mio. € gegenüber (9,4 % der Gesamtumsätze). Insbesondere bei einem neuen Kunden aus der Entsorgungsbranche wurde ein umfangreiches Projekt akquiriert. Dort wird jahresübergreifend an verschiedenen Standorten die von der regio iT selbst entwickelte Software auf SAP-Basis ("Waage-Lösung") eingeführt.

Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr bei 3,2 %. Die positive Umsatzentwicklung konnte die gestiegenen Kosten nur teilweise kompensieren, demzufolge konnte somit der Planwert (5,6 %) nicht erreicht werden.

2.3.2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Im Jahr 2006 wurde das Qualitätsmanagementsystem der regio iT erstmals nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert. Diese Zertifizierung wurde seitdem mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt, womit dem Qualitätsmanagementsystem eine optimal aufgestellte, prozessorientierte Organisation bescheinigt wurde.

Die ISO/IEC 20000 ist eine international anerkannte Norm zum IT Service Management, in dem die Anforderungen für ein professionelles IT Service Management dokumentiert sind. Erstmals wurde die Zertifizierung im Jahr 2008 erfolgreich vorgenommen.

Die Kunden der regio iT haben als Kommunen und kommunale Unternehmen sehr hohe Anforderungen an die Sicherheit und Integrität ihrer Daten. Die internationale Norm ISO/IEC 27001 spezifiziert die Anforderungen für Herstellung, Einführung, Betrieb, Überwachung, Wartung und Verbesserung eines dokumentierten Informationssicherheits-Managementsystems unter Berücksichtigung der IT-Risiken der gesamten Organisation. Die regio iT ist seit 2009 umfassend in der IT-Sicherheit zertifiziert.

Alle Zertifizierungen wurden seither mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt. Zuletzt wurden im Geschäftsjahr 2014 alle 3 Normen mit erfolgreichen Audits bestätigt.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Um die Wachstumsstrategie der regio iT bewältigen zu können, müssen jedoch ausreichend Fachkräfte am (regionalen) Markt verfügbar sein. Daher ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor zur Gewinnung neuer Fachkräfte, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit Sommer 2011 hält die regio iT das Siegel "Beruf und Familie" der unabhängigen und gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Der Gesellschaft wurde bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote im Gesundheitsbereich überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Im Geschäftsjahr fand das Audit zur Re-Zertifizierung statt, welches die regio iT erfolgreich absolviert hat. Somit ist die regio iT berechtigt, dieses Siegel für weitere drei Jahre zu führen.

2.4. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 konnte die regio iT die Gesamtumsätze um 1,3 Mio. € oder 2,6 % gegenüber dem Vorjahr von 50,4 Mio. € auf 51,7 Mio. € steigern. Der größte Anteil dieser Umsatzsteigerung ist auf die Umsatzerlöse aus Produkt-/Applikationsbetrieb zurückzuführen, dieses Umsatzsegment konnte um 1,3 Mio. € auf 39,3 Mio. € gesteigert werden. Diese Umsatzerlöse basieren überwiegend auf mehrjährig abgeschlossenen Kundenverträgen und dem Verkauf von Nutzungsrechten an selbsterstellten Softwarelösungen. Die Umsatzzuwächse sind vor allem auf die Ausweitung der Dienstleistungen bei Bestandskunden zurückzuführen, z.B. die Übernahme des IT-Full-Supports bei der StädteRegion. Leicht gesteigert werden konnten auch die Dienstleistungsumsätze aus Beratungs- und Projektleistungen. Dieses Segment konnte um 0,2 Mio. € von 4,7 Mio. € im Vorjahr auf 4,9 Mio. € gesteigert werden. Aufgrund leicht rückläufiger Investitionen der Kunden in die Arbeitsplatz-Infrastruktur entwickelten sich die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft um 0,2 Mio. € auf 4,9 Mio. € (Vorjahr: 5,1 Mio. €) rückläufig.

Nahezu auf Vorjahresniveau entwickelte sich auch das Umsatzsegment Weiterberechnung von Fremdleistungen/Porto. Diese lagen im Vorjahr bei 2,5 Mio. € und im Geschäftsjahr 2014 bei 2,6 Mio. €. Hierbei handelt es sich um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene Wertschöpfung der regio iT. Die Umsatzerlöse korrespondieren mit der entsprechenden Aufwandsposition im Materialaufwand.

Aufgrund des großen Erfolges bei der Vermarktung der Wahlsoftware votemanager und der Eigenentwicklung der regio iT auf SAP-Basis ("Waage-Lösung") wurde im Geschäftsjahr 2014 das Portfolio von Software-Eigenentwicklungen weiterentwickelt bzw. ausgebaut. Die Erträge aus aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 0,2 Mio. € resultieren aus der Weiterentwicklung von Softwarelösungen im Bereich Energie-Monitoring und Entsorgungs-Management im SAP-Umfeld sowie der Wahlsoftware votemanager. Erste Pilotprojekte für den Einsatz bei den Kunden wurden erfolgreich akquiriert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,7 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau (0,8 Mio. €). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Fördermittel bzw. anteilige Erstattungen des regio iT Personalaufwandes innerhalb von F&E-Förderprojekten. Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Produktportfolios gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2014 engagierte sich die regio iT vor allem in Förderprojekten zu den Themen Elektromobilität sowie Cloud- und Mobile-Computing.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2014 beträgt 18,9 Mio. € (Vorjahr: 18,7 Mio. €). Die Entwicklung des Materialaufwands korrespondiert mit der Entwicklung der Gesamtleistung. In

diesen Kennzahlen spiegelt sich die Strategie der regio iT wider, die eigene Wertschöpfung weiter zu steigern.

Die Personalaufwendungen der Angestellten erhöhten sich aufgrund von Tarifsteigerungen und Personalaufbau um 10,7 % auf 21,7 Mio. € (Vorjahr: 19,6 Mio. €). Zum 31. Dezember 2014 waren bei der regio iT 353 (Vorjahr: 334) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 20 Auszubildende (Vorjahr: 20) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh insgesamt 33 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 32) zugewiesen.

Leicht gestiegen sind die Abschreibungen: diese liegen mit 3,6 Mio. € um 0,1 Mio. € über dem Vorjahreswert (3,5 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen maßgeblich aufgrund höherer Raumkosten für die Anmietung weiterer Räumlichkeiten von der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG) und höherer Pensionslasten für zugewiesene Mitarbeiter des Konzerns um 0,3 Mio. € auf 6,6 Mio. € (Vorjahr: 6,3 Mio. €).

Das Finanzergebnis liegt mit -0,2 Mio. € auf Vorjahresniveau (-0,2 Mio. €).

2.5. Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2014 betrug die Bilanzsumme 14,1 Mio. € (Vorjahr: 14,5 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen bei 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,8 Mio. €). Durch die geringe Unterschreitung des Vorjahreswertes sank das Anlagevermögen leicht von 10,6 Mio. € auf 10,4 Mio. €. Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen in Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrespondierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/ Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einem hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2014 betrug der Anlagendeckungsgrad (1) 22,4 %, die Eigenkapitalquote 16,5 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 21,5 %). Die Investitionen werden daher mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten in Höhe von 3,6 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €), gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 1,6 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €). Die Gesellschaft hat zudem mit ihrem Gesellschafter Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen, einen Cash-Pooling-Vertrag abgeschlossen. Die regio iT kann somit ihren Finanzierungsbedarf zusätzlich aus diesem Cash-Pool decken. Die Kreditlinie beträgt 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag hat die Gesellschaft eine Verbindlichkeit gegenüber dem Cash-Pooling-Geber von 0,6 Mio. €.

2.6. Zusammenfassung

Der Verlauf des Berichtsjahres 2014 kann trotz der rückläufigen Ergebnisentwicklung insgesamt als zufriedenstellend bewertet werden. Die Entwicklung der Umsatzerlöse dokumentiert nach wie vor die erfolgreiche Wachstumsstrategie der regio iT. Die Vermögenslage ist nach wie vor geprägt von einer Eigenkapitalquote unterhalb des durchschnittlichen Wertes deutscher mittelständischer Unternehmen (22 %). Der Finanzierungsbedarf ist jedoch über den Cash-Pooling-Vertrag der E.V.A. ausreichend gesichert. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

Nachtragsbericht

Aufgrund des hohen Auftragsbestandes und der positiven Rückmeldungen auf das regio iT-Produktportfolio ist die Fortführung des Wachstumskurses geplant. Unterstützt wird dieser auch durch die Strategie der regio iT, dass Kunden zu Gesellschaftern werden. Der Rat der Kupferstadt Stolberg hat am 09.12.2014 beschlossen, Gesellschafteranteile an der regio iT zu erwerben; mit einer gesellschaftsrechtlichen Umsetzung ist im 1. Halbjahr 2015 zu rechnen. Dadurch partizipieren die Gesellschafter der regio iT auch unmittelbar an einer Ausweitung der Geschäftsbeziehung. So übertrug die StädteRegion Aachen im Geschäftsjahr 2014 einen Großteil der bis dahin dort selbst erbrachten IT-Dienstleistungen an die regio iT. Auch Anfang 2015 werden Teilpakete des Gesamtauftrages in den produktiven Betrieb überführt, wie z.B. ein Mietmodell für IT - Arbeitsplatzausstattung. Auch im Bereich der Eigenentwicklungen steht die regio iT in sehr aussichtsreichen Verhandlungen, mit einem weiteren Entsorgungsunternehmen dort die SAP-Waage-Lösung einzuführen.

ren. Erste Workshops wurden bereits durchgeführt. Im Bereich Wahlsoftware ist der regio iT eine Gesellschaft zum Kauf angeboten worden, deren Produktportfolio den votemanager ideal ergänzt, vor allem durch einen deutlichen Zugewinn an bestehenden Kundenverträgen/-kontakten. Eine Unternehmensbewertung und die Erarbeitung eines Business Case haben bestätigt, dass diese Transaktion wirtschaftlich aussichtsreich sein kann. In der Aufsichtsratssitzung am 22. Januar 2015 wurde die Geschäftsführung der regio iT beauftragt, eine Due Diligence in diesem Unternehmen durchzuführen und die notwendigen rechtlichen Fragen eines möglichen Erwerbes zu klären.

3. Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

3.1. Prognosebericht

Die regio iT wird weiter wachsen, indem sie ihre Lösungen und Produkte bundesweit anbietet. Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen diese Wachstumsstrategie. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Bei den kommunalen Kunden besteht ein zunehmender Bedarf, die Verwaltungs- und Geschäftsprozesse zu optimieren. Für die Kunden im Bereich der Energieversorgung entwickelt sich die Informationstechnologie durch die Energiewende immer mehr zum Erfolgsfaktor. Die neuen und innovativen Lösungen der regio iT für diese Branche können überregional vermarktet werden. Unter stetig wachsendem Finanzierungs- und Kostendruck gilt es für die Kunden, ihre Prozesse durch verstärkten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie effektiver und effizienter zu gestalten. Für das Jahr 2015 prognostiziert BITKOM für den deutschen Markt der Informationstechnik ein weiteres Wachstum um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr. Die für die regio iT wichtigen Teilmärkte Software und Dienstleistungen wachsen nach der BITKOM-Prognose sogar um 5,5 % bzw. 3,0 %.

Die für die regio iT wichtigen Segmente des ITK-Marktes wachsen somit deutlich stärker als die Gesamtwirtschaft.

Auch im Geschäftsjahr 2015 werden 3 Zertifizierungen von unabhängigen Auditoren überprüft: Überwachungsaudits müssen für die Normen ISO 9001 sowie 27001 absolviert werden, eine Re-Zertifizierung für die Norm ISO 20000.

Die folgenden finanziellen und nicht finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahre 2015 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €)

	2014 Ist	2015 Plan	Abw. IP abs.	Abw. IP %
Gesamtumsatz	51,7	52,7	1,0	1,8%
<i>davon</i>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	39,3	41,6	2,3	6,0%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	4,9	5,1	0,2	4,7%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	5,0	3,9	-1,1	-22,6%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	9,4%	9,7%	-	-
Rohergebnis ¹	33,8	35,2	1,4	4,2%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1,7	1,6	-0,1	-4,5%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	3,2%	3,0%	-	-

¹ Rohergebnis=(Umsatz+sonst. Ertr.+Akt.EL/BV) / Materialaufwand

Für das Geschäftsjahr 2015 plant die regio iT eine Umsatzsteigerung von 1,8 % (1 Mio. €) auf 52,7 Mio. €. Korrespondierend zu der prognostizierten Entwicklung dieser Marktsegmente geht die regio iT davon aus, dass bei den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb eine Steigerung von 2,3 Mio. € auf 41,6 Mio. € erwirtschaftet wird. Maßgeblich für diese Planung sind der weitere Ausbau des Bestandskundengeschäftes sowie die weiterhin erfolgreiche bundesweite Vermarktung von ausgewählten Produkten. Die Umsatzzuwächse basieren teilweise auf bereits im Geschäftsjahr 2014 erteilten Aufträgen, z.B. die Übernahme der bisher dort selbst erbrachten IT-Dienstleistungen der StädteRegion Aachen. Auch bei den Umsatzerlösen aus Beratungs- und Projektleistungen wird eine Steigerung von 4,9 Mio. € auf 5,1 Mio. € erwartet. Diese Annahme entspricht dem Ziel der

regio iT, ca. 10 % des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Viele Projekte, und in der Folge demnach auch Produktumsätze, sind in der Anbahnung. Weiterhin wird für den Bereich Eigenentwicklungen (Templates) für das SAP-System erhebliches Potenzial für Projektumsätze gesehen. Erste Workshops mit möglichen Kunden haben zu Beginn des Jahres 2015 stattgefunden.

Auch der Trend der Re-Kommunalisierung im Energiemarkt sowie die Gründung neuer nicht-kommunaler Energie-Vertriebe bietet aufgrund der ausgezeichneten Expertise der regio iT im Bereich des IT-Betriebes von Anwendungen für Geschäftsprozesse von Energieversorgungsunternehmen Wachstumspotenzial.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden mit 3,9 Mio. € rückläufige Umsätze erwartet. Das Jahr 2014 war mit einem Umsatz von 5,0 Mio. € geprägt von Investitionen der Kunden in Arbeitsplatzausstattung, die mehrjährig genutzt wird. Zudem zeichnet sich der Trend unter den Bestandskunden ab, die regio iT nicht mehr nur als Beschaffungsdienstleister zu beauftragen, sondern Arbeitsplatzhardware mit weiteren Dienstleistungen über eine Mindestvertragslaufzeit anzumieten. Dies spiegelt sich auch in den Zuwächsen bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb wider.

Ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen der kommunalen Kunden ist jedoch die jeweilige Haushaltssituation, an der die Steuereinnahmen wesentlichen Anteil haben. Das Ifo-Institut erwartet für 2015 ein Wachstum von 1,5 %. Risiken ergeben sich aus einer möglichen gegenläufigen Entwicklung, die direkten Einfluss auf die Haushaltssituation der Kunden und auf mögliche Investitionsentscheidungen haben könnte. Dem gegenüber stehen mögliche mittelfristige Rationalisierungseffekte aufgrund der Ausweitung des IT-Einsatzes bei den Kunden.

Aufgrund weiter steigender Personalkosten bzw. der prognostizierten Tarifentwicklung wird für 2015 von einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1,6 Mio. € ausgegangen, welches somit nahezu auf dem Niveau des Berichtsjahres (1,7 Mio. €) liegt. Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2015 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Mittelfristig wird wieder eine überproportionale Geschäftsentwicklung erwartet, die trotz zunehmender Personalkosten zu wieder steigenden Renditen führt.

3.2. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Fokus des Risikomanagements der regio iT liegt nicht auf den Risiken nach der Bruttobewertung, sondern auf der tatsächlichen Risikolage nach Berücksichtigung von Maßnahmen. Die Risikopolitik der regio iT setzt auf eine gezielte und effiziente Nutzung unternehmerischer Chancen sowie die Minimierung oder Vermeidung potenzieller Risiken.

Das Kerngeschäft der regio iT besteht in der Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Dabei liegt das Hauptrisiko in der Sicherheit der Informationsverarbeitung. Die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie ist im kommunalen Umfeld unverzichtbar und auf Grund immer größerer Prozessunterstützung und Prozessautomation ein zentraler Aspekt des Risikomanagements der regio iT. Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen der DIN EN ISO 9001, ISO/IEC 20000 sowie insbesondere ISO/IEC 27001.

Dienstleistungen mit Projektrisiko werden regelmäßig durch ein Steuerungsgremium (Projektmanagementboard) unter Beteiligung der Geschäftsleitung überwacht. Für die Dienstleistungen mit Projektrisiko werden darüber hinaus Vorkalkulationen und Risikobetrachtungen im Vorfeld der Projekte durchgeführt, die somit schon in der Angebotsphase Berücksichtigung finden.

Regelmäßige Routineüberprüfungen auf Basis eines Reporting-Systems steuern die Risikoerkennung im Bereich der Dienstleistungen ohne Projektrisiko. Die Führungskräfte und Auftragsverantwortlichen führen regelmäßig Analysen durch, die zusammen mit der Geschäftsleitung bewertet und in steuernde Maßnahmen umgesetzt werden.

Die regio iT benötigt für den kundenbezogenen Applikationsbetrieb Lizenzen bzw. Nutzungsrechte an Software Dritter. Dadurch steigen die Anforderungen an das interne und kundenbezogene Lizenzmanagement, zumal sich Lizenzmodelle der Anbieter beständig fortentwickeln. Es besteht das Risiko, dass durch die Fehlinterpretation von komplexen Lizenzierungsbedingungen ein höherer Anspruch an Nutzungs-/Wartungsentgelten des Anbieters gegenüber der regio iT entsteht, als über die Kalkulation der Kundenpreise refinanziert wurde. Die regio iT begegnet diesem Risiko durch den weiteren Ausbau des Lizenzmanagements.

Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Form wesentlicher, kurzfristiger Vertragskündigungen ohne Gegensteuerungsmöglichkeiten wird derzeit als gering eingeschätzt.

Risiken bestehen aufgrund technischer Probleme durch Hardwareausfall oder andere negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Service-Management-Prozesse. Können diese nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher technischer Integrität eine Spezial - Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch (Folge-)Schäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2015 erreicht werden.

Das Risikomanagementsystem der regio iT ist in das Risikomanagementsystem der E.V.A. eingebunden.

Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

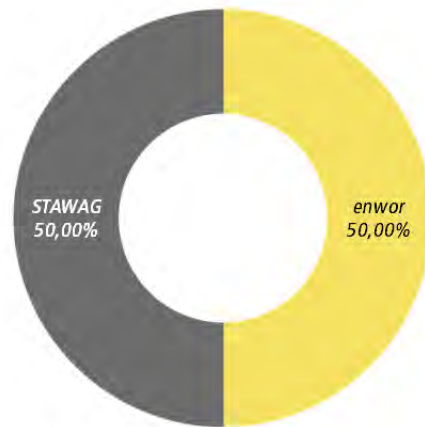
Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH

Roetgen

Allgemeine Angaben

Firma	WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH
Sitz	Am Filterwerk, 52159 Roetgen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1997
Geschäftsführer	Walter Dautzenberg Johannes Grote
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	1.100.000,00 EUR
Mitarbeiter	2 (Vorjahr 2) (Durchschnitt)

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die überörtliche Wassergewinnung, die Wasserbeschaffung, der Wassertransport und die Wasseraufbereitung. Die WAG betreibt ihre Geschäfte ohne eigenes Personal unter Einschaltung der STAWAG und enwor als Betriebsführerinnen, wobei Pacht- und Betriebsführungsentgelte sowie alle übrigen Aufwendungen kostendeckend über den Wasserpreis erwirtschaftet werden.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Walter Dautzenberg, Johannes Grote

Aufsichtsrat:

Vorsitzender stv. Vors.	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Marcel Philipp	Oberbürgermeister
	Dr. Peter Asmuth	Vorstand STAWAG
	Heiner Berlipp	StädteRegion
	Ronald Borning	StädteRegion
	Ralf Demmer (CDU)	Ratsmitglied
	Jochen Luczak (Grüne)	Ratsmitglied
	Jürgen Neesen	StädteRegion
	Herbert Pagel	Geschäftsführer enwor
	Karl-Heinz Starmanns (CDU)	Ratsmitglied
	Alexander Fred Thiel (Piraten)	sachkundiger Bürger
	Ingrid von Morandell	StädteRegion
	Axel Wirtz	StädteRegion
	Dr. Heike Wolf (SPD)	Ratsmitglied



beratend:

Stephan Hunze
Peter Kremer
Gisela Nacken
Rudolf Roß
Thorsten Schlebusch
Uwe Zink

enwor
Betriebsratsvors. STAWAG
Beigeordnete
STAWAG
Betriebsratsvors. enwor
StädteRegion

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Die Bestellung erfolgt durch die Gesellschafterversammlung. Umfang und Verteilung der Aufgaben bestimmen sich im Einzelnen nach einer vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 stimmberechtigten und sechs beratenden Mitgliedern. Stimmberechtigte Mitglieder sind: Der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen / Der Oberbürgermeister der Stadt Aachen/ Ein Geschäftsführer der enwor / Ein Vorstandsmitglied der STAWAG / 5 vom Städteregionstag der StädteRegion vorgeschlagene und von enwor entsandte Vertreter und 5 vom Rat der Stadt Aachen vorgeschlagene und von der STAWAG entsandte Vertreter. Beratende Mitglieder sind: Ein vom Städteregionsrat der StädteRegion Aachen zu bestimmender Fachbeamter der StädteRegion / Ein vom Oberbürgermeister der Stadt Aachen zu bestimmender Fachbeamter der Stadt / Der Technische Betriebsleiter der enwor/ Der Technische Betriebsleiter der STAWAG / Betriebsratsvorsitzender der enwor / Betriebsratsvorsitzender STAWAG. Neben den stimmberechtigten und den beratenden Mitgliedern des Aufsichtsrats kann zugleich für ein jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied durch die vorschlagende bzw. bestimmende Stelle benannt werden. Die Stellvertreter haben ein Teilnahmerecht an den Sitzungen des Aufsichtsrates nur, wenn die stimmberechtigten oder beratenden Mitglieder selbst nicht anwesend sind. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, sein Vertreter ist der Oberbürgermeister der Stadt Aachen.

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung werden die STAWAG durch den Oberbürgermeister der Stadt Aachen und durch ein Vorstandsmitglied, die enwor durch den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen und durch einen Geschäftsführer vertreten.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	42.636	90%	40.196	89%	37.238	90%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	5.961	13%	6.297	14%	6.034	15%
II.	Sachanlagen	36.625	77%	33.849	75%	31.154	76%
III.	Finanzanlagen	50	0%	50	0%	50	0%
B.	Umlaufvermögen	4.183	9%	4.324	10%	3.628	9%
I.	Vorräte	48	0%	43	0%	54	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.334	5%	2.414	5%	2.671	6%
III.	Wertpapiere	385	1%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	1.416	3%	1.866	4%	902	2%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	483	1%	416	1%	395	1%
Bilanzsumme Aktiva		47.301		44.937		41.261	
A.	Eigenkapital	15.347	32%	15.489	34%	15.638	38%
I.	Gezeichnetes Kapital	1.100	2%	1.100	2%	1.100	3%
II.	Kapitalrücklage	12.322	26%	12.322	27%	12.322	30%
III.	Gewinnrücklagen	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Gewinn-/ Verlustvortrag	925	2%	1.025	2%	1.067	3%
V.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	999	2%	1.042	2%	1.149	3%
B.	Sonderposten f. Investitionszuschüsse	2.268	5%	2.447	5%	2.291	6%
C.	Rückstellungen	582	1%	606	1%	554	1%
D.	Verbindlichkeiten	29.105	62%	26.395	59%	22.778	55%
Bilanzsumme Passiva		47.301		44.937		41.261	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	25.088	25.772	26.718
sonstige betriebliche Erträge	1.122	546	559
Betriebsleistung	26.210	26.317	27.276
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	19.047	18.874	19.720
Personalaufwand	19	20	20
Abschreibungen	3.618	3.621	3.498
Sonstige betriebliche Aufwendungen	589	867	1.261
Betriebserfolg	2.937	2.936	2.777
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	2	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.346	1.204	996
Finanzergebnis	-1.334	-1.202	-995
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.603	1.734	1.782
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	560	644	576
sonstige Steuern	44	47	57
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	999	1.042	1.149

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht.

Lagebericht (Auszug)

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH betreibt an den beiden Standorten Dreilägerbachtalsperre in Roetgen und Wehebachtalsperre in Stolberg-Schevenhütte Trinkwasseraufbereitungsanlagen für ihre Gesellschafter enwor und STAWAG. Weiterhin beliefert sie die WML Waterleiding Maatschappij Limburg in den Niederlanden, den Perlenbachverband und die Stadtwerke Düren (SWD) mit Trinkwasser.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der bdew hat im August 2013 eine Studie zur öffentlichen Wasserversorgung in Deutschland veröffentlicht. Danach ist die Wasserförderung im Zeitraum 1990 bis 2010 um 26,6% gesunken. Das entspricht einer Reduzierung der Wasserförderung um rund 1,8 Milliarden Kubikmeter. Laut bdew ist die Wasserabgabe der öffentlichen Wasserversorgung an Verbraucher im Zeitraum von 1990 bis 2011 um 26 % zurückgegangen und beträgt heute insgesamt 4,4 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Zu diesem sinkenden Wasserverbrauch haben im Wesentlichen der bewusstere Umgang der Bevölkerung mit Trinkwasser und der Einsatz wassersparender Technik im Haushalt und in der Industrie beigetragen. Der spezifische Verbrauch pro Einwohner und Tag liegt derzeit bei 121 Litern.

2. Geschäftsverlauf

Der Umfang der Geschäftstätigkeit der WAG lag im Berichtsjahr 3,5 % über dem des Vorjahres. Insgesamt wurden 35,2 Mio. m³ Trinkwasser (Vorjahr 34,0 Mio. m³) an die Wasserversorgungsunternehmen geliefert. Ursache dieser Absatzsteigerung waren höhere Trinkwasserlieferungen an



alle Abnehmer. Der Absatz an enwor fiel im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mio. m³ (+ 0,8 %) höher aus, der an STAWAG um mehr als 0,3 Mio. m³ (+ 2,3 %). Auch der Absatz an WML in die benachbarten Niederlande erhöhte sich um 0,35 Mio. m³ (+ 7,2 %). Am stärksten erhöhte sich der Absatz mit 3,4 Mio. m³ um 0,45 Mio. m³ (+ 15,6 %) an SWD, da diese nun gegenüber dem Vorjahr das gesamte Jahr beliefert wurden. Auch der Planansatz in Höhe von 34,2 Mio. m³ wurde somit deutlich übertroffen. Das abgegebene Wasser entsprach jederzeit den Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

3. Lage

a) Ertragslage

Das Jahresergebnis der WAG verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 107 T€ auf 1.149 T€. Der Überschuss vor Steuern erzielte 1.782 T€. Damit konnte das hohe Ergebnisniveau des Vorjahres (1.733 T€) nochmals um 49 T€ übertroffen werden. Dieses positive Ergebnis resultiert aus einer Ertragssteigerung in Höhe von 959 T€, der jedoch höhere Aufwendungen von ca. 910 T€ gegenüber standen. Im Wesentlichen trug der Umsatzzuwachs sowie das Finanzergebnis mit geringeren Fremdkapitalzinsen im Vergleich zum Vorjahr zur der Ergebnisverbesserung bei.

Die Umsatzerlöse des Jahres 2014 erreichten 26.718 T€ und lagen damit um 946 T€ über dem Vorjahreswert. Sie setzen sich zusammen aus Erlösen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 26.637 T€ (Vorjahr 25.705 T€), die in Höhe von 1.761 T€ (Vorjahr 1.662 T€) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgelts (WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Strom einspeisung in Höhe von 81 T€ (Vorjahr 67 T€) erzielt werden.

Ursache der Umsatzsteigerung ist die höhere Abgabe von Trinkwasser an alle Kunden der WAG (siehe Punkt 2), insbesondere an den niederländischen Partner WML mit einem Umsatzzuwachs von 354 T€ sowie an SWD (Umsatzzuwachs 247 T€), die erstmals das ganze Jahr über beliefert wurden. Damit einhergehend erhöhte sich das WEE um 99 T€ gegenüber dem Vorjahr.

b) Finanzlage

aa) Kapitalstruktur

Es gab keine nennenswerten Veränderungen in der Kapitalstruktur im Vergleich zum Vorjahr.

bb) Investitionen

Der Investitionsplan wies ein Volumen von 2.485 T€ auf. Hiervon wurden im Geschäftsjahr 2014 Baumaßnahmen in Höhe von 836 T€ realisiert, wovon 522 T€ als Investitionen aktiviert wurden.

Diese Unterschreitung des Planansatzes begründet sich im Wesentlichen durch die ausstehende Genehmigung seitens der Behörde für den Bau des Bodenfilters Erlenweg in Monschau. Die Genehmigung wurde erst im November 2014 erteilt. Weiterhin kam ein Grundstücksgeschäft im Einzugsgebiet der Dreilägerbachtalsperre nicht zustande.

Weitestgehend umgesetzt wurden die in der TWA Roetgen vorgesehenen Maßnahmen. Hier sind insbesondere der erste Bauabschnitt zur energetischen Sanierung der Filterstufe I zu erwähnen, die Erneuerung der dortigen Filtersteuerung, die Anschaffung neuer Kompressoren sowie die Anschaffung eines neuen Ionenchromatographen für das Labor.

cc) Liquidität

Die Liquidität der WAG war während des gesamten Geschäftsjahres ausreichend gegeben. Insbesondere durch die gegenüber der Planung geringeren Investitionen traten keine Liquiditätsgänge auf, die eine Fremdkapitalaufnahme notwendig machten. So konnte aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit ein Finanzvermögen von 4.756 T€ erwirtschaftet werden, woraus sich der Zuwachs des Nettoanlagevermögens (abzgl. der Investitionszuschüsse) in Höhe von 415 T€, die Zinszahlungen sowie die Tilgung von Finanzkrediten in Höhe von 4.305 T€ finanzieren ließen. Die Ergebnisausschüttung an die Gesellschafter von 1.000 T€ schmälerte somit den Finanzmittelbestand auf rund 900 T€.

b) Vermögenslage

Eine wesentliche Veränderung der Vermögenslage hat nicht stattgefunden.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Der Wert des Anlagevermögens sank um 2.958 T€, da der Werteverzehr größer war als der Anlagenzuwachs. Die Abschreibungen wurden genutzt, um die langfristigen Kredite zu bedienen. Somit sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 3.324 T€ auf 22.050 T€. Infolge dieser Vermögensveränderungen sank die Bilanzsumme um 3.675 T€ auf 41.261 T€. Weiterhin stieg das Eigenkapital aufgrund der Erhöhung der Gewinnvorträge um 149 T€ auf 15.638 T€. Beide Effekte, die Reduktion der Bilanzsumme und die Steigerung des Eigenkapitals führten zu der positiven Veränderung der Eigenkapitalquote um 3,4 % auf 37,9 %.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognose- und Risikobericht

1. Prognosebericht

Die Stadtwerke Düren haben in 2014 erstmalig das ganze Jahr über Trinkwasser von der WAG bezogen. Für die Folgejahre ist davon auszugehen, dass das vertraglich vereinbarte Kontingent von 3,2 Mio. m³ in voller Höhe ausgeschöpft wird.

Die WML hat in 2014 entgegen dem Vorjahr wieder mehr als die vertraglich vereinbarte Mindestmenge von 5 Mio. m³ bezogen, so dass diese auch für die Folgejahre unterstellt werden kann.

Für die Planung des Geschäftsjahres 2015 wurde gegenüber dem Vorjahr ein geringerer Wasserabsatz von insgesamt 34,3 Mio. m³ Trinkwasser zugrunde gelegt, da für 2015 ein normaler Witterungsverlauf unterstellt wurde. Dies entspricht einem Absatzrückgang gegenüber dem Vorjahr von ca. 2,6 %. Aufgrund dessen werden die Umsatzerlöse um ca. 560 T€ auf 26,2 Mio. € sinken. Dementsprechend wird auch der Rohertrag um ca. 300 T€ auf 6,7 Mio. € fallen. Somit wird für 2015 ein Jahresüberschuss in Höhe von 0,9 Mio. € erwartet.

Im Wasserrechtsverfahren Obersee konnte mit der Bezirksregierung Köln noch keine Einigung über eine langfristige Bewilligung zur Entnahme von Rohwasser erzielt werden. Die Bezirksregierung Köln wird daher auch für 2015 als Übergangslösung eine befristete Erlaubnis erteilen.

Die Festsetzung des Wasserschutzgebietes an der Wehebachtalsperre läuft zum 31.12.2015 aus. In 2015 wird die Bezirksregierung Köln das Verfahren zur Neufestsetzung eines Schutzgebietes beginnen.

2. Risikobericht

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem einzurichten, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Die WAG ist deshalb in das Risikomanagementsystem der Betriebsführerin enwor eingebunden. Im Geschäftsjahr 2014 hat die Geschäftsführung mit Unterstützung der enwor 22 Risiken identifiziert, die regelmäßig einer Betrachtung unterzogen werden. Diese wurden strukturiert und nach Risikoursachen einem Risikoverantwortlichen zugeteilt. Im Wesentlichen werden drei unterschiedliche Risikoursachen beobachtet:

- wirtschaftliche Risiken
z. B. Preisentwicklung bei Energie und Zusatzstoffen
- administrative Risiken
z. B. Wasserentnahmerechte und Wasserschutzgebiete
- elementare Risiken
z. B. Hochwasser, Erdbeben

Der Risikobericht für das Geschäftsjahr 2014 kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Risikolandschaft im Berichtszeitraum nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert hat und sich aus heutiger Sicht keine den Fortbestand gefährdenden Risiken abzeichnen.

Insgesamt sieht die Geschäftsführung unverändert keine aktuellen technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die eine Änderung der Geschäftspolitik erforderlich machen. Die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gegeben.

FACTUR Billing Solutions GmbH Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	FACTUR Billing Solutions GmbH
Sitz	Lombardenstr. 28, 52070 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	2002
Gesellschafter	Stadtwerke Aachen AG (100%)
Geschäftsführer	Karl-Heinz Hatzig
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	50.000,00 EUR
Mitarbeiter	188 (Vorjahr 173) (31.12.)
Internet	www.faktur.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Abrechnung von Versorgungsleistungen für die Gesellschafter sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der örtlichen Energie- und Wasserversorgung zu stärken. Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Smart Metering und Energieeffizienz als unmittelbar mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung verbundenen Dienstleistungen zur Förderung und Sicherstellung der Daseinsvorsorge. Bei der Erbringung dieser Dienstleistungen werden die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Geschäftsführer werden durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so gibt sich die Geschäftsführung eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf.

Gesellschafterversammlung

Jährlich sind vier ordentliche Gesellschafterversammlungen durchzuführen. Verfügt die Gesellschaft über mehrere Gesellschafter, so sollen die Versammlungen grundsätzlich im regelmäßigen Wechsel an den Sitzen der Gesellschafter anberaunt werden, im Zweifel jedoch am Sitz der Gesellschaft. Alleiniger Gesellschafter ist die Stadtwerke Aachen AG.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	637	5%	509	4%	545	4%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	519	4%	398	3%	292	2%
II.	Sachanlagen	84	1%	67	1%	199	2%
III.	Finanzanlagen	33	0%	44	0%	54	0%
B.	Umlaufvermögen	11.091	94%	12.738	96%	12.495	96%
I.	Unfertige Leistungen	304	3%	35	0%	22	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.785	92%	12.701	96%	12.470	96%
III.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	3	0%	2	0%	3	0%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	23	0%	29	0%	10	0%
Bilanzsumme Aktiva		11.751		13.276		13.049	
A.	Eigenkapital	467	4%	467	4%	467	4%
I.	Gezeichnetes Kapital	50	0%	50	0%	50	0%
II.	Gewinnrücklagen	417	4%	417	3%	417	3%
B.	Rückstellungen	7.072	60%	8.119	61%	8.927	68%
C.	Verbindlichkeiten	4.212	36%	4.688	35%	3.656	28%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	1	0%	0	0%
Bilanzsumme Passiva		11.751		13.276		13.049	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	19.198	20.767	19.353
sonstige betriebliche Erträge	85	93	238
Betriebsleistung	19.283	20.861	19.591
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	3.349	3.569	2.992
Personalaufwand	8.584	9.126	9.979
Abschreibungen	67	146	152
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.002	2.362	2.233
Betriebserfolg	5.281	5.658	4.234
Erträge aus Beteiligungen	0	0	61
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	91	27	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	435	445	458
Finanzergebnis	-344	-417	-393
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.937	5.241	3.841
außerordentliche Erträge	0	0	0
außerordentliche Aufwendungen	211	211	211
außerordentliches Ergebnis	-211	-211	-211
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	3	3	3
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	4.723	5.027	3.627
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht.

Lagebericht

Grundlage des Unternehmens/Geschäftsmodell

Die FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR) ist ein Dienstleistungsunternehmen und bietet hochwertige, schlanke und qualitätsgesicherte Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse modular im Kundenzuschnitt an. Die Kunden der FACTUR sind sowohl erfolgreiche lokal und bundesweit agierende Energievertriebe als auch Verteilnetzbetreiber.

Das Leistungsspektrum der FACTUR reicht von der Konzeption einer passenden IT-Plattform über den Bau, die Einrichtung und die Anbindung notwendiger Subsysteme bis hin zur operativen Übernahme sämtlicher Kundenservice- und Billingprozesse. Jede Geschäftsbeziehung der FACTUR und damit verbunden jede Leistung ist auf Nachhaltigkeit und Qualität des gemeinsamen Erfolgs ausgerichtet.

Die FACTUR versteht sich als Kompetenz- und Innovationsträger für alle Anforderungen rund um die gängigen Markt- und Endkundenprozesse.

Im Geschäftsfeld Prozessdienstleistungen bietet die FACTUR die modulare Abwicklung von Einzelprozessen oder die komplette Prozesskette kundenindividuell an und stellt dabei höchste Effizienz- und Qualitätsniveaus transparent über detaillierte Service-Level-Vereinbarungen sicher.

Im Geschäftsfeld Beratung und Anwendungsentwicklung/Implementierung legt die FACTUR den ganzen Fokus auf die Entwicklung zukunftsfähiger, effizienter IT-Lösungen. Auf Basis von SAP-Customizing und SAP-Entwicklungen werden mit der stetig steigenden Komplexität der Abwicklungsprozesse passende Systemimplementierungen auf höchstem Niveau angeboten. Die qualitative Betreuung unserer Lösungen im Rahmen des Applikationsmanagements sichert unseren Kunden dauerhaft den vollen Funktionsumfang und ein kosteneffizientes IT- und Prozessniveau.

Von der Beratung, der Implementierung über den Prozessbetrieb bis hin zum Applikationsmanagement können die Kunden der FACTUR sämtliche Leistungen auch als Komplettservice beziehen, wobei die jeweilige IT-Basis sowohl durch den Kunden als auch durch die FACTUR gestellt werden kann.

Wirtschaftsbericht

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Die Energiewende und das hiermit einhergehende neue Energiemarktdesign sorgt für sehr viel Unsicherheit in der Branche, was sich auf die Investitionsbereitschaft und das Investitionsvermögen unserer potenziellen Kunden fortgesetzt negativ auswirkt.

Sinkende Margen bei Energieprodukten, eine steigende Wechselbereitschaft der Endkunden sowie zunehmende Konzentrationstendenzen im Dienstleistungssektor haben das direkte Marktumfeld der FACTUR im Jahr 2014 beeinflusst.

Aus Sicht der FACTUR sind die anhaltenden Rekommunalisierungen sowie die Veränderungen in der energiewirtschaftlichen Infrastruktur, welche in Zukunft mit einem Hebel auf die zugehörigen Billing- und Service-Prozesse wirken, die maßgeblichen Trends der nächsten zwei Jahre.

Das zukunftsweisende Themenfeld bleibt in diesem Kontext die schrittweise Einführung und der hiermit verbundene Einbau intelligenter Messsysteme ab Januar 2017 (Intelligente Netze).

Die ebenfalls in diesem Zusammenhang diskutierte Marktrolle des smart-meter Gateway-Administrators mit allen technischen und gesetzgeberischen Aspekten wird unserer Einschätzung nach gravierende Veränderungen in den Billingprozessen nach sich ziehen.

Ein wirtschaftlicher Betrieb wird aus derzeitigem Diskussionsstand nur mit Skaleneffekten erreicht werden. Hierzu werden nach aktuellen Überlegungen über vorgeschriebene Ausschreibungsverfahren nur die Serviceanbieter konkurrenzfähige Kostenstrukturen aufweisen, die über entsprechende Zählpunktzahlen verfügen und die notwendigen Investitionen in die IT- und Zählerinfrastruktur zurückverdienen können.

Im Rahmen des bestehenden Kundenverhältnisses mit der STAWAG Aachen AG, Aachen, (STAWAG) konnte die FACTUR im Geschäftsjahr 2014 zusätzliches Dienstleistungsgeschäft für die neuen Beteiligungen der STAWAG abwickeln. Die zusätzlichen Dienstleistungen stellen eine Ergänzung des bestehenden Prozessgeschäftes dar und wirken über Skaleneffekte. Gleichzeitig erhöhen sich in der systemischen Betreuung Test- und Schulungsaufwände, da die Komplexität durch individuelle Prozessausgestaltungen steigt und die Stückzahlen in der Anlaufphase noch relativ gering sind. Zudem werden für die Stadtwerke Lübeck GmbH, Lübeck, (SWHL) seit dem 01.12.2014 Kundenservicedienstleistungen erbracht, die das Kundenportfolio der FACTUR erweitern.

Im Geschäftsfeld Beratung- und Anwendungsentwicklung galt die volle Konzentration der weiteren Konsolidierung der Systemlandschaften für die STAWAG inklusive der Mandanten für die Rekommunalisierungsprojekte in Wachtberg, in Waldbröl und in Rösrath sowie der INFRAWEST GmbH, Aachen, (INFRAWEST; vormals STAWAG Netz GmbH, Aachen).

Im externen Projekt- und Beratungsgeschäft sind Aufträge derzeit nur schwer zu akquirieren. Aus verschiedensten Gründen ist die Investitionszurückhaltung unserer Bestandskunden unverkennbar. Wie lange dieser Zyklus anhält, wird maßgeblich durch das Inkrafttreten neuer gesetzlicher Vorgaben bestimmt. Die fehlenden Deckungsbeiträge aus zusätzlichen Beratungs- und Implementierungsprojekten belasten im Plan- und Vorjahresvergleich maßgeblich das Ergebnis der FACTUR.

Für die nächsten beiden Geschäftsjahre wird davon ausgegangen, dass die Situation für die FACTUR im Vergleich zu 2014 herausfordernd bleiben wird.

Übergeordnet führen die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und die folglich sehr niedrigen Kapitalmarktzinsen im Finanzergebnis der FACTUR zu steigenden Belastungen. Sehr geringe Zinserträge für risikolose bzw. risikoarme Finanzanlagen lassen die Ertragsseite unter Druck geraten, während die Aufwandsseite über sinkende Rechnungszinsen in der gutachterlichen Bewertung der Altersruhegeldordnung mit steigenden Aufwänden anwächst. Eine Trendumkehr ist mittelfristig nach derzeitigem Stand der Prognosen nicht zu erwarten.

Der Gesamtaufwand für das Jahr 2014 die Pensionsverpflichtungen betreffend beträgt 1.247 T€ (Vorjahr: 832 T€; Plan 2014: 921 T€) und liegt somit um 326 T€ über der Planung für das Jahr 2014.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 erreicht 3.627 T€ und bewegt sich damit um 1.400 T€ unter dem Ergebnis des Vorjahres (Vorjahr: 5.027 T€) und um 1.172 T€ unter der ursprünglichen Planung.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden finanziellen und nicht finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatz im Geschäftsfeld Dienstleistungen (Konzern und konzernfremd)
- Umsatz im Geschäftsfeld Beratung/Anwendungsentwicklung (Konzern und konzernfremd)
- Gesamtumsatz (Konzern und konzernfremd)
- Betriebsergebnis zur operativen Steuerung
- Jahresüberschuss
- Umsatzrendite
- Abgerechnete Zählpunkte als Indikator des Leistungsumfangs
- Anzahl Mitarbeiter

In der nachfolgenden Tabelle sind die Plan- und Ist-Werte gegenübergestellt und sowohl absolute als auch prozentuale Abweichungen aufgeführt. Nachfolgend wird im Text näher auf die Entwicklungen und Abweichungen eingegangen.

- Werte in T€ -	Plan 2014	IST 2014	Abw. Abs.	Abw.
Umsatz Prozess Dienstleistungen	12.993	13.451	461	3,5
Umsatz Prozess Dienstleistungen konzernfremd	1.558	1.943	385	24,7
Umsatz Prozess Dienstleistungen im Konzern	11.432	11.508	76	0,7
Umsatz Beratung/Anwendungsentwicklung	8.062	5.916	-2.146	- 25,5
Umsatz Beratung/Anwendungsentwicklung konzernfremd	5.389	2.597	-2.792	- 51,8
Umsatz Beratung/Anwendungsentwicklung im Konzern	2.673	3.319	546	24,2
Umsatz Gesamt	21.052	19.367	-1.685	- 8,0
Umsatz Gesamt konzernfremd	6.947	4.540	-2.407	- 34,5
Umsatz Gesamt im Konzern	14.105	14.827	722	5,1
Betriebsergebnis	5.393	4.234	-1.159	- 21,5
Jahresüberschuss	4.799	3.527	- 1.172	-24,4
Umsatzrendite	22,8%	18,7%		
Abgerechnete Zählpunkte (Stk.)	752.672	761.719	9.047	1,2
Anzahl Mitarbeiter	185	188	3	1,6

Das Geschäftsfeld Prozessdienstleistungen hat im zurückliegenden Geschäftsjahr sowohl konzernintern als auch konzernextern einen stabilen Verlauf genommen. Mit Umsätzen in Höhe von 13.451 T€ konnte FACTUR den geplanten Umsatz um 3,5% gegenüber Plan 2014 (12.990 T€) steigern. Besonders im konzernfremden Umsatzsegment fällt die Steigerung mit 24,7% bzw. 385 T€ im Verhältnis deutlich und erfreulich aus.

Das Geschäftsfeld Beratung- und Anwendungsentwicklung konnte im zurückliegenden Geschäftsjahr hingegen die ambitionierte Planung nicht erreichen. Die Umsatzzahlen sind insgesamt um 2.146 T€ niedriger ausgefallen. Die konzernfremden Umsätze haben einen Wert von 2.597 T€ erreicht und lagen damit um 2.792 T€ unter der Planung von 5.389 T€.

Wesentliche Ursache hierfür ist die Tatsache, dass zwei große Ausschreibungen trotz grundsätzlich positiver Aussichten nicht gewonnen werden konnten und externe Bestandskunden ihre Investitionsbereitschaft massiv zurückgefahren haben. Somit sind bereits geplante Projekte in 2014 nicht begonnen worden, die nur unterproportional durch konzerninterne Projekte kompensiert werden konnten.

Bezogen auf den Gesamtumsatz der FACTUR bleibt gegenüber der Planung 2014 ein Minus von 1.685 T€ oder 8,0%.

Das Betriebsergebnis der FACTUR für das Geschäftsjahr 2014 spiegelt diese Entwicklung wider und erreicht 4.234 T€ und liegt damit um 1.159 T€ unter dem Planansatz von 5.393 T€. Der Jahresüberschuss beträgt 3.627 T€ und liegt um 1.172 T€ unter dem Planwert.

Die erreichten Ergebnisgrößen werden vor dem Hintergrund einiger Sondereffekte in einem insgesamt schwierigen Geschäftsjahr neutral bewertet. Während die Umsätze mit Dritten, unter Investitionszurückhaltung leiden, sind darüber hinaus im Geschäftsjahr 2014 Sondereffekte zu verzeichnen gewesen.

Hierzu zählen im Wesentlichen Umbau- und allgemeine Umzugskosten bedingt durch den Umzug in ein neues Gebäude mit insgesamt größeren Büroflächen. Folglich belasten seit Bezug im Oktober 2014 höhere Miet- und Mietnebenkosten die Kostenseite. Auch die Erweiterung der bestehenden Büroflächen der Anwendungsentwicklung wirkt entsprechend als Belastung auf die Kostenseite. Die ursprüngliche Planung für das Jahr 2014 sahen noch keine diesbezüglichen Aktivitäten vor.

Des Weiteren sind die gegenüber Plan 2014 um 326 T€ höher ausgefallenen Belastungen aus Aufwendungen für die Pensionsrückstellungen in Verbindung mit sinkenden Erträgen aus den Finanzanlagen ebenfalls ursächlich für insgesamt niedrigere Ergebniskennzahlen.

In der Folge der beschriebenen Effekte sinkt die Umsatzrendite im Geschäftsjahr 2014 auf 18,7% und bleibt um 4,1%-Punkte unter der geplanten Zielgröße von 22,8%.

Die Zahl abgerechneter Zählpunkte ist im Verlauf des Jahres 2014 gegenüber Plan 2014 leicht um 9.047 oder 1,2% gestiegen. Dieser Wert dient als wichtige Bezugsgröße in den Dienstleistungsprozessen. Der leichte Anstieg belegt die insgesamt gestiegenen Dienstleistungsvolumina.

Im Geschäftsjahr 2014 sind die Mitarbeiterzahlen gegenüber den Planwerten um 3 auf 188 angestiegen.

Personalwesen

In der FACTUR waren zum Ende des Geschäftsjahres 2014 188 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 173 Mitarbeiter). Das Durchschnittsalter der Belegschaft beträgt 37,52 Jahre (Vorjahr: 37,53 Jahre) und ist damit nahezu unverändert geblieben.

Im Rahmen der Ausbildung kaufmännischer Berufe ist die FACTUR in die Ausbildungsmaßnahmen des E.V.A.-Konzerns integriert und bildet eigenständig zum Beruf des Fachinformatikers / der Fachinformatikerin aus.

Die FACTUR unterstützt darüber hinaus berufsbegleitende Studiengänge bei der Fachhochschule der Wirtschaft Nordrhein-Westfalen GmbH (FHDW) und übernimmt im Rahmen dieser Maßnahmen vereinbarungsgemäß die Studiengebühren.

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen und der Aufsichtsbehörde der Stadt Aachen angezeigten öffentlichen Zweck, "die Abrechnung von Versorgungsleistungen für die Gesellschafter sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der örtlichen Energie- und Wasserversorgung zu stärken", im Geschäftsjahr voll erfüllt.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 belaufen sich die konzernfremden Umsätze auf 4.540 T€. Im Vergleich zum Vorjahreswert von 6.691 T€ beträgt die Differenz -2.151 T€. Die Umsätze mit verbundenen Unternehmen erreichen im Jahr 2014 ein Volumen von 14.827 T€ (Vorjahr: 14.345 T€). Insgesamt bewegt sich der Gesamtumsatz im Jahr 2014 mit 19.367 T€ um 1.669 T€ unter dem Niveau des Jahres 2013 (21.036 T€).

Die Gesamtleistung zum 31.12.2014 erreicht einen Wert von 19.591 T€. Gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2013 entspricht diese Veränderung einem Rückgang um 1.270 T€ (Vorjahr: 20.861 T€).

Der Materialaufwand ist im Geschäftsjahr 2014 mit einem Volumen von 2.992 T€ um 577 T€ niedriger ausgefallen als im Geschäftsjahr 2013 (Vorjahr: 3.569 T€). Die konzernfremden Zukäufe sind dabei um 439 T€ unter den Kosten des Vorjahres geblieben, da geplante Projektbeauftragungen der FACTUR nicht erfolgt sind.

Die Personalkosten schlagen mit 9.979 T€ zu Buche und liegen um 853 T€ über dem Wert von 2013 (Vorjahr: 9.126 T€). Der Kostenaufbau resultiert aus höheren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen (398 T€) sowie tariflichen und außertariflichen Lohnerhöhungen.

Die sonstigen Aufwendungen liegen um 129 T€ unter dem korrespondierenden Ausweis des Jahres 2013 (Vorjahr: 2.362 T€) und betragen 2.233 T€ zum 31.12.2014. Im Wesentlichen begründet ist dieser Effekt durch geringere Zukäufe aus dem E.V.A. Konzern sowie niedrigere Werbe- und Marketingkosten.

In der Folge ist der Betriebsaufwand der FACTUR zum 31.12.2014 mit insgesamt 15.357 T€ trotz deutlich höheren Pensionsaufwänden und höheren Mietaufwänden gegenüber 2013 nur um 155 T€ angestiegen (Vorjahr: 15.202 T€).

Das Betriebsergebnis der FACTUR für das Geschäftsjahr 2014 beläuft sich auf 4.234 T€. Zum Vorjahr bedeutet dieser erreichte Wert einen deutlichen Rückgang von 1.424 T€ (Vorjahr: 5.658 T€).

Das außerordentliche Ergebnis berücksichtigt den Ausweis des auf 15 Jahre verteilten Unterschiedsbetrags aus der Anwendung der Bilanzierungsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) und weist zum Stichtag 31.12.2014 mit -211 T€ den identischen Vorjahreswert aus.

Das Finanzergebnis beträgt -393 T€. Der darin berücksichtigte Zinsaufwand besteht im Wesentlichen aus der Verzinsung des Bestandes der Pensionsrückstellungen von -444 T€. Der im Finanzergebnis subsummierte Finanzertrag resultiert 2014 maßgeblich aus der erstmaligen Ergebnisausschüttung der FOURMANAGEMENT GmbH (FOURMANAGEMENT GmbH, Düsseldorf) an die FACTUR in Höhe von 61 T€.

Die sonstigen Steuern betragen 3 T€ und resultieren aus der Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer für das Geschäftsjahr 2014 (Vorjahr: 3 T€).

Insgesamt erwirtschaftete die FACTUR somit für das Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung von 3.627 T€. Gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss von 5.027 T€ ist ein Rückgang um 1.400 T€ zu verzeichnen.

Finanzlage

Aufgrund der mittelfristigen Laufzeiten der bestehenden Dienstleistungsverträge zwischen der FACTUR und den Kunden STAWAG, INFRAWEST, Hamburg Energie GmbH, Hamburg, (Hamburg Energie), der SWHL und den Stadtwerken Trier AöR, Trier, (SWT) sind keine finanziellen Risiken erkennbar.

Die bestehende Auftrags- und Finanzlage der FACTUR für das Jahr 2015 sichert die finanzielle Ausstattung, ohne auch weiterhin auf Fremdmittel zurückgreifen zu müssen.

Zum 31.12.2014 verfügt die Gesellschaft über Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 11.653 T€. Darin enthalten sind Forderungen aus Guthaben im Cash-Pool von 11.623 T€ gegen die E.V.A. Die im Cash-Pool angelegte Liquidität der FACTUR ist grundsätzlich als Tagesgeldanlage konzipiert und jederzeit kurzfristig verfügbar.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2013 hat sich die Bilanzsumme im Geschäftsjahr 2014 von 13.276 T€ um 227 T€ auf 13.049 T€ verringert.

Das Anlagevermögen ist in diesem Zeitraum um 36 T€ auf 545 T€ angestiegen.

Das Umlaufvermögen beträgt am Stichtag 31.12.2014 12.495 T€. Dieser Ausweis entspricht einer Absenkung von 243 T€ gegenüber dem Stichtagswert am 31.12.2013. Die Gründe für den Rückgang liegen in der Entwicklung der Forderungsbestände.

Während die Forderungen gegen verbundenen Unternehmen um 387 T€ auf 11.653 T€ zum 31.12.2014 gesunken sind, haben die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Dritten gegenüber um 149 T€ zugelegt und erreichen zum 31.12.2014 800 T€ (Vorjahr: 651 T€).

Der Kassenbestand beträgt zum 31.12.2014 3 T€ (Vorjahr: 2 T€). Auf der Kapitalseite ergeben sich folgende Veränderungen.

Im Eigenkapital bleibt es beim identischen Ausweis gegenüber Vorjahr. Das Eigenkapital setzt sich aus 50 T€ gezeichnetem Kapital und 417 T€ Gewinnrücklagen zusammen.

Die Rückstellungen insgesamt wachsen gegenüber Vorjahr um 808 T€ auf 8.927 T€ an, wobei die Pensionsrückstellungen um 1.079 T€ auf 7.865 T€ im Jahr 2014 steigen. Die sonstigen Rückstellungen im Geschäftsjahr 2014 gehen um 271 T€ auf 1.062 T€ zurück.

Die Verbindlichkeiten weisen mit 3.656 T€ im Unterschied zu 2013 einen Rückgang um 1.032 T€ zum Stichtag 31.12.2014 aus. Die Entwicklung der saldierten Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter bestimmt mit einem um 1.126 T€ gegenüber Vorjahr geringeren Ansatz die Entwicklung maßgeblich. Der deutlich gesunkene Jahresüberschuss begründet die Veränderung.

Die Geschäftsführung der FACTUR wertet die Gesamtentwicklung des Geschäftsjahres 2014 in einem schwierigen Marktumfeld als insgesamt zufriedenstellend.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Gesellschaft eingetreten.

Prognosebericht

Die folgenden finanziellen und nicht finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für die Jahre 2015 und 2016 prognostiziert. An der Entwicklung dieser Kennzahlen bemessen sich die Zukunftsaussichten.

- Werte in T€ -	IST 2014	Plan 2015	Plan 2016
Umsatz Prozess Dienstleistungen	13.451	14.486	14.393
Umsatz Prozess Dienstleistungen konzernfremd	1.943	2.294	2.344
Umsatz Prozess Dienstleistungen im Konzern	11.508	12.192	12.049
Umsatz Beratung/Anwendungsentwicklung	5.916	6.526	6.768
Umsatz Beratung/Anwendungsentwicklung konzernfremd	2.597	4.016	4.303
Umsatz Beratung/Anwendungsentwicklung im Konzern	3.319	2.510	2.465
Umsatz Gesamt	19.367	21.012	21.161
Umsatz Gesamt konzernfremd	4.540	6.310	6.647
Umsatz Gesamt im Konzern	14.827	14.702	14.514
Betriebsergebnis	4.234	4.202	3.628
Jahresüberschuss	3.627	3.613	3.048
Umsatzrendite	13,7%	17,2%	14,4%
Abgerechnete Zählpunkte (Stk.)	761.719	761.719	776.953
Anzahl Mitarbeiter	188	193	196

Im Jahr 2015 wird die FACTUR planerisch einen Umsatz von 21.012 T€ und im Jahr 2016 von 21.161 T€ erreichen.

Projektumsätze plant die FACTUR ausgehend vom Bestandsgeschäft sowie erwartetem zusätzlichen Projektgeschäft im Jahr 2015 in Höhe von 6.526 T€. Für das Geschäftsjahr 2016 wird mit einem weiteren Anstieg auf 6.768 T€ gerechnet, was einer Steigerung von 3,7% entspricht.

Der konzernfremde Anteil im Projektgeschäft wird im Jahr 2015 auf 4.016 T€ anwachsen und damit 61,5% der Projektumsätze ausmachen. Mit Blick auf das Jahr 2016 nimmt dieser Anteil auf 63,6% zu und beträgt in absoluten Zahlen 4.303 T€. Steigende Applikation & Management-Umsätze als Grundlastsicherung sowie unterstellte Akquise klassischer Projekte kennzeichnen den weiteren Entwicklungspfad. Die Unsicherheiten für die weitere Entwicklung dieses Geschäftsfelds nehmen im schwierigen Marktumfeld deutlich zu.

Die mittelfristig wichtigsten Bestandskunden der FACTUR im Geschäftsfeld der Prozessdienstleistungen bleiben die STAWAG und die INFRAWEST gefolgt von dem strategisch wichtigen Kunden Hamburg Energie. Über alle Kunden hinweg werden im Geschäftsjahr 2015 Dienstleistungen im Umfang von 14.486 T€ (2016: 14.393 T€) erbracht. Konzernintern wird ein leichter Rückgang des Gesamtwertes erbrachter Dienstleistungen zu verzeichnen sein, wohingegen der externe Anteil absolut und prozentual in den Jahren 2015 (2.294 T€; 15,8% externer Anteil) und 2016 (2.344 T€; 16,3% externer Anteil) auf stabilem Niveau verbleibt.

Das Betriebsergebnis wird 2015 mit 4.202 T€ leicht unterhalb des Ergebnisses von 2014 verbleiben. Im Jahre 2016 sind in der Folge 3.628 T€ als Betriebsergebnis eingeplant. Gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2014 wirken die nunmehr weiter deutlich abgesenkten Rechnungszinsen massiv auf die prognostizierte Ergebnisentwicklung der FACTUR. In der Folge wird der Jahresüberschuss im Jahr 2015 mit 3.613 T€ und im Jahr 2016 mit 3.048 T€ deutlich unterhalb der Entwicklungen der Vorjahre verbleiben. Der Rückgang des Ergebnisses im Jahr 2016 ist in einer überproportionalen Rückstellungszuführung für die Deckung der Kosten aus der vertraglichen Altersruhegeldordnung begründet. Auf langfristige Sicht wird auf diesem Niveau eine Stabilisierung der Ergebnisgröße erwartet.

Die Umsatzrenditen in den Jahren 2015 und 2016 entwickeln sich ausgehend vom Geschäftsjahr 2014 tendenziell leicht nach unten und erreichen 17,2% im Jahr 2015 und 14,4% im Jahr 2016.

Die Zahl der abgerechneten Zählpunkte erreicht in 2015 planerisch einen Wert von 761.719 und 2016 einen Wert von 776.953. Das entspricht einer Netto-Steigerung der Gesamtzahl von 2%.

Die zunehmenden qualitativen Anforderungen in den Dienstleistungs- und Beratungsaktivitäten der FACTUR begründen den geplanten Anstieg der Personalbestände in den Geschäftsjahren 2015 auf 193 und 2016 auf 196 Mitarbeiter.

Risiken-/Chancenbericht

Die FACTUR ist in das konzernweite Risiko-Chancen-Management-System der E.V.A. eingebunden. Mit diesem Instrumentarium werden nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und bestandsgefährdende Risiken erkannt. Als Ergebnis der Risiko-Inventur liegen für 2015 keine den Unternehmensbestand gefährdenden Risiken vor.

Ein relevantes Geschäftsrisiko der FACTUR besteht in der relativ geringen Kundendiversifikation. Längerfristig können nur Skaleneffekte in der Zahl der abgerechneten Zählpunkte bei einer gleichzeitig breiteren Kundenbasis für mehr Stabilität gegenüber Vertrags- und Geschäftsstörungen sorgen. In Jahren mit rückläufigem Beratungsgeschäft wie 2014 wird dieser Umstand offensichtlich.

Zudem besteht ein weiteres Geschäftsrisiko darin, dass sich der Komplexitätsanstieg in sämtlichen Serviceleistungen und in den betreuten Systemlandschaften unserer Kunden zunehmend negativ auf die Ergebnisqualität auswirkt.

Dieser Effekt wird ausgehend vom Plan für 2015 mit einer Umsatzrendite von 17,2% und 2016 mit 14,4% deutlich. Das im Jahr 2014 erreichte Niveau einer Umsatzrendite von 18,7% unterstreicht den Trend in der längerfristigen Analyse.

Überlagert werden die Effekte auf der Umsatzseite allerdings durch die steigenden Aufwände für die Verpflichtungen aus der Altersruhegeldordnung. Hierdurch bedingt entsteht ein zusätzlicher Druck auf die Ergebniskennzahlen.

Einige der beschriebenen Effekte treffen allerdings den gesamten Markt und eröffnen umgekehrt auch Chancen durch die voranschreitende Marktberreinigung. Aktuelle Teilnahmen der FACTUR an Ausschreibungen und die insgesamt weiter steigenden vertrieblichen Aktivitäten belegen diese Einschätzung.

Auch der Trend der Rekommunalisierung mit prominenten Beispielen wie Hamburg, Stuttgart oder Berlin sowie die Gründung neuer nicht-kommunaler Energie-Vertriebe bietet weiterhin Wachstumspotenzial für die FACTUR.

Eine Investition in die Zukunftssicherheit für ein qualitatives Wachstum am Standort Aachen besteht darin, den Spagat zwischen kostengünstigen Prozessen und hoher Dienstleistungsqualität auf der einen Seite und sozial angemessenen Lohn- und Gehaltsentwicklungen für die Beschäftigten auf der anderen Seite bewältigen zu können. In einen reinen Preiswettbewerb ohne soziale Aspekte wird die FACTUR nicht eintreten, weil damit keine nachhaltigen Erfolge zu erzielen sind. Sicherlich erfolgt hieraus kurz- bis mittelfristig eine zusätzliche Ergebnisbelastung, langfristig wird sich unserer Einschätzung nach diese Strategie im umkämpften Arbeitsmarkt der Zukunft durchsetzen.

Die stetig steigende Entwicklung der Mitarbeiterzahlen von 2015 bis 2016 belegt die fortgesetzte Einstellungspolitik, um Voraussetzungen für weiteres Wachstum zu schaffen.

Aus den vorgenannten Entwicklungen leitet die FACTUR Chancen ab und blickt zuversichtlich in die unternehmerische Zukunft. Insgesamt wird mit einer positiven Entwicklung für 2015 gerechnet.

STAWAG Abwasser GmbH Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	STAWAG Abwasser GmbH
Sitz	Lombardenstr. 12-22, 52070 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	2005
Gesellschafter	Stadtwerke Aachen AG (100%)
Geschäftsführer	Dr. Christian Becker Rudolph Roß
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	25.000,00 EUR
Mitarbeiter	36 (Vorjahr 37) (Durchschnitt)
Internet	www.stawag.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Durchführung der Abwasserbeseitigung, die Durchführung von Maßnahmen zur Unterhaltung, zur Überwachung und zum Ausbau von Gewässern, die Durchführung von Straßenbauarbeiten im Rahmen der Abwasserbeseitigung sowie die Betriebsführungen für kommunale Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften im Rahmen der Abwasserbeseitigung im Gebiet der Stadt Aachen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Die Gesellschaft kann sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Geschäftsführer werden durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so gibt sich die Geschäftsführung eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf.

Gesellschafterversammlung

Jährlich sind zwei ordentliche Gesellschafterversammlungen durchzuführen. Eine Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn 75% des Stammkapitals vertreten sind. Sind weniger als 75% des Stammkapitals vertreten, ist unter Beachtung der Einberufungsvoraussetzungen unverzüglich eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2012	2013	2014
A. Umlaufvermögen	347	293	329
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	347	293	329
Bilanzsumme Aktiva	347	293	329
A. Eigenkapital	25 7%	25 9%	25 8%
I. Gezeichnetes Kapital	25 7%	25 9%	25 8%
B. Rückstellungen	129 37%	171 58%	106 32%
C. Verbindlichkeiten	193 56%	97 33%	198 60%
Bilanzsumme Passiva	347	293	329

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	2.510	2.468	2.395
sonstige betriebliche Erträge	4	19	23
Betriebsleistung	2.514	2.487	2.419
Personalaufwand	2.362	2.317	2.281
Sonstige betriebliche Aufwendungen	121	121	90
Betriebserfolg	31	48	48
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	5	1
Finanzergebnis	-1	-3	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	30	45	48
Gewinnabführung	30	45	48
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über Ergebnisübernahmeverträge innerhalb des EVA - Konzerns und eine entsprechende Ausschüttung der EVA an die Stadt Aachen betroffen.

Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde im Oktober 2005 gegründet und nahm zum 1. Januar 2006 ihre Geschäftstätigkeit auf. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen (STAWAG). Das Tätigkeitsgebiet der STAWAG Abwasser GmbH (STAWAG Abwasser) liegt in der Erbringung von Personaldienstleistungen an die Gesellschafterin im Rahmen ihrer Aufgabe zur Betriebsführung des städtischen Abwasserkanalnetzes.

B. Wirtschaftsbericht

1. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 48.358,37 Euro ab.

Im Verlauf des Geschäftsjahres gab es keinerlei Ereignisse oder Besonderheiten, die die Entwicklung der Gesellschaft negativ beeinflussten. Dem Erlösrückgang mit etwa 72 TEuro stehen in etwa gleicher Höhe gesunkene Aufwendungen gegenüber, so dass das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert blieb. Das Finanzergebnis verbesserte sich wegen der Auflösung der Rückstellung aus Altersteilzeitverpflichtung und der damit entfallenden Zuschreibung bzw. Aufzinsung gegenüber dem Vorjahr um etwa 3 TEuro, was letztendlich zu der Ergebnissteigerung bzw. höheren Gewinnabführung gegenüber dem Vorjahr führte.

2. Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens wird als finanzieller Leistungsindikator das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, der für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung ist, herangezogen. Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren wurden durch die Gesellschaft nicht festgelegt.

Leistungsindikator	Plan 2014	Ist 2014
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	24.614,00	48.358,37

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

3.1 Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Das Eigenkapital wurde in gesetzlich vorgeschriebener Höhe mit 25.000,00 Euro von der Gesellschafterin eingezahlt. Die Organisation der Gesellschaft ist sehr schlank strukturiert. Sie besitzt kein Anlagevermögen. Die administrativen Aufgaben werden, soweit erforderlich, weitestgehend von der Gesellschafterin und der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) als Dienstleistung erbracht. Die von der STAWAG Abwasser erbrachte operative Dienstleistung für die STAWAG wird auf der Basis sämtlicher monatlich angefallener Aufwendungen wiederum der alleinigen Auftraggeberin STAWAG monatlich in Rechnung gestellt. Die Liquidität ist hierdurch gesichert.

Die Bilanzsumme in Höhe von 329.484,08 Euro (Vorjahr: 293.491,20 Euro) ist im Geschäftsjahr 2014 aufgrund der höheren Forderung aus Cash-Pool-Guthaben gegenüber der E.V.A. um 35.992,88 Euro angestiegen. Die Gesellschaft ist in die Konzernfinanzierung der E.V.A. eingebunden. Die Finanzmittel werden über den CashPool der E.V.A. bereitgestellt. Forderungen gegen die Gesellschafterin werden mit den entsprechenden Verbindlichkeiten verrechnet und sind in den passivierten Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin enthalten. Wegen der Teilnahme am Konzern-Cash-Pooling der E.V.A. sind in 2014, ebenso wie in Vorjahren, keine liquiden Mittel bei der STAWAG Abwasser vorhanden.

Es handelt sich bei der Gesellschaft um eine reine Dienstleistungsgesellschaft, die sämtliche Einrichtungen der Gesellschafterin nutzt. Auf Anlagevermögen mit technischen Einrichtungen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde ganz verzichtet. Der Finanzbedarf wird daher weitestgehend durch die Höhe der Personalkosten bestimmt. Aufgrund der monatlichen Weiterberechnung aller erbrachten Leistungen an die Gesellschafterin erhält die STAWAG Abwasser die hierfür erforderlichen Finanzmittel. Im Geschäftsjahr 2014 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 36 Mitarbeiter (Vorjahr: 37 Mitarbeiter).

3.2 Ertragslage

Alle Leistungen und Aufwendungen werden zuzüglich eines Gewinnaufschlags weiterberechnet. Dies führt zu einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Das Geschäftsjahr 2014 konnte aufgrund dieser Umstände, wie erwartet, positiv abgeschlossen werden.

Erfreulicherweise wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Ergebnis in Höhe von 48 TEuro erzielt, das an die Gesellschafterin abgeführt werden konnte. Prognostiziert war lediglich ein Ergebnis in Höhe von 25 TEuro. Das Ergebnis konnte trotz zurückgegangener Erlöse, auch aufgrund der Auflösung der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 23 TEuro, gehalten und sogar leicht gesteigert werden. Im Weiteren ergeben sich im Geschäftsjahr 2014 gegenüber der Planungsrech-

nung in allen Positionen sowohl kleinere positive als auch negative Abweichungen, die sich insgesamt aber weitestgehend aufheben.

4. Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft beeinflussen.

5. Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschafterin hat zum 1. Januar 2006 die Betriebsführung des städtischen Abwasserkanalnetzes von der Stadt Aachen übernommen und hierzu einen Betriebsführungsvertrag abgeschlossen, der frühestens - vorbehaltlich eines außerordentlichen Kündigungsrechtes in besonderen Fällen bei Verstößen - zum 31. Dezember 2025 gekündigt werden kann. Hierdurch sind der Personaleinsatz und damit die Dienstleistung der STAWAG Abwasser langfristig gesichert. Der am 15. Dezember 2005 zwischen STAWAG und STAWAG Abwasser GmbH geschlossene Dienstleistungsvertrag richtet sich gem. § 4 nach der Laufzeit dieses zwischen der STAWAG und der Stadt Aachen abgeschlossenen Betriebsführungsvertrags.

Da die von der Gesellschafterin im Rahmen dieses Betriebsführungsvertrags zu erbringenden Leistungen maßgeblich durch das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Aachen beeinflusst werden, sind Risiken hinsichtlich Wartung und Instandhaltung sowie Erneuerung und Erweiterung des Abwasserkanalnetzes, also der Geschäftstätigkeit im Allgemeinen, auch in den kommenden Geschäftsjahren nicht erkennbar. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht und sind für die Zukunft auch nicht erkennbar.

Dies führt, ebenso wie die Tatsache, dass die Rückstellung für Altersteilzeit in 2014 vollständig aufgelöst wurde und keine positiven Effekte mehr zum Jahresergebnis wie in 2013 und 2014 beisteuern kann, dazu, dass für das Geschäftsjahr 2015 ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung in Höhe von etwa 24 TEuro (2014: 48 TEuro) auf dem Niveau früherer Geschäftsjahre erwartet wird.

STAWAG Energie GmbH

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	STAWAG Energie GmbH
Sitz	Lombardenstr. 12-22, 52070 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1999
Gesellschafter	Stadtwerke Aachen AG (100%)
Geschäftsführer	Frank Brösse Dirk Gottschalk
Gremien	Gesellschafterversammlung, Beirat
Stammkapital	3.000.000,00 EUR
Mitarbeiter	34 (Vorjahr 30) (Durchschnitt)
Internet	www.stawag.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Anlagen zur Energieumwandlung, das Halten von Beteiligungen an Anlagen zur Energieumwandlung sowie die Verwertung der in den Anlagen erzeugten Energie für den Gesellschafter. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar zu dienen. Die Tätigkeiten der Gesellschafter auf dem Gebiet der Energiedienstleistungen bleiben davon unberührt. Die Gesellschaft kann Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, pachten, erwerben, sich an solchen Unternehmen beteiligen, die Geschäftsführung und Vertretung derselben übernehmen, Zweigniederlassungen errichten sowie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Außerdem kann ein stellvertretender Geschäftsführer im Sinne des § 44 GmbHG bestellt werden.

Beirat

Zur Beratung von Maßnahmen der Geschäftsführung kann die Gesellschafterversammlung einen Beirat bestellen, der aus drei sachverständigen Mitgliedern besteht, von denen mindestens eines Angehöriger der steuerberatenden Berufe sein soll. Mindestens ein Mitglied wird gemäß § 113 Absatz 2 GO NRW vom Rat der Stadt Aachen bestellt.

Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet ein Mitglied in die Gesellschafterversammlung. Alleiniger Gesellschafter ist die Stadtwerke Aachen AG (STAWAG).

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	41.144	54%	62.218	78%	64.191	81%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0%	1	0%	0	0%
II.	Sachanlagen	12.515	16%	11.566	14%	11.722	15%
III.	Finanzanlagen	28.626	37%	50.651	63%	52.470	66%
B.	Umlaufvermögen	35.166	46%	17.507	22%	14.898	19%
I.	Vorräte	1.847	2%	1.209	2%	1.278	2%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.614	28%	7.251	9%	6.102	8%
III.	Wertpapiere (Anteile an verb. U.)	11.701	15%	9.046	11%	7.514	9%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	4	0%	0	0%	4	0%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	40	0%	74	0%	38	0%
Bilanzsumme Aktiva		76.350		79.799		79.127	
A.	Eigenkapital	37.546	49%	47.950	60%	48.171	61%
I.	Gezeichnetes Kapital	3.000	4%	3.000	4%	3.000	4%
II.	Kapitalrücklage	34.546	45%	44.950	56%	45.171	57%
B.	Zuschüsse	0	0%	0	0%	50	0%
C.	Rückstellungen	1.251	2%	2.317	3%	3.073	4%
D.	Verbindlichkeiten	37.553	49%	29.533	37%	27.830	35%
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	3	0%
Bilanzsumme Passiva		76.350		79.799		79.127	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	13.759	16.157	14.212
sonstige betriebliche Erträge	1.999	2.911	1.252
Betriebsleistung	15.758	19.068	15.464
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	11.127	12.139	9.825
Personalaufwand	1.875	2.269	2.404
Abschreibungen	1.468	1.724	1.154
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.729	2.371	2.306
Betriebserfolg	-441	565	-226
Erträge aus Beteiligungen	817	346	1.783
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	448	1.234
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	850	824	32
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.116	1.425	854
Finanzergebnis	551	193	2.195
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	109	758	1.969
sonstige Steuern	-732	-470	-860
Gewinnabführung	842	1.228	2.829
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über Ergebnisübernahmeverträge innerhalb des EVA - Konzerns und eine entsprechende Ausschüttung der EVA an die Stadt Aachen betroffen.

Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Mit der STAWAG Energie GmbH (im Folgenden: STAWAG Energie) etabliert die STAWAG als eines von wenigen Energieversorgungsunternehmen in Deutschland eine eigene Projektentwicklungsgesellschaft für erneuerbare Energien, welche die komplette Wertschöpfungskette von der Auswahl geeigneter Standorte über Planung, Entwicklung bis hin zu Bau und Betriebsführung abdeckt. Die Gesellschaft ist in den Bereichen Windenergie, Photovoltaik, Biomasse, Kraft-Wärme-Kopplung sowie Abwasserwärmenutzung tätig. Darüber hinaus werden den Kunden Contracting-Modelle angeboten.

Die STAWAG Energie GmbH ist hundertprozentige Tochter der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG). Das Geschäftsjahr umfasst das Kalenderjahr. Zum Ende des Geschäftsjahres 2014 gelten für die Gesellschaft die nachfolgenden Rechtsverhältnisse:

Rechtsverhältnisse zum 31.12.2014

Firma	STAWAG Energie GmbH
Sitz	Aachen
Handelsregister	Amtsgericht Aachen HRB 7739
Gesellschafter	Stadtwerke Aachen AG, Aachen
Gezeichnetes Kapital	EUR 3.000.000
Gegenstand	Betrieb von Anlagen zur Energieumwandlung, Halten von Beteiligungen an Anlagen zur Energieumwandlung sowie die Verwertung der in den Anlagen erzeugten Energie für den Gesellschafter
Geschäftsführer	Dipl.-Ing., Dipl.-Wirtsch.-Ing. Frank Brösse, Aachen Dipl.-Wirtsch.-Ing. Dirk Gottschalk, Steinhagen
Geschäftsadresse	Lombardenstraße 12-22, 52070 Aachen
Finanzamt	Aachen
Steuernummer	201/5931/1121

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine zentrale Säule der Energiewende. Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im August 2014 hat die Bundesregierung das EEG als zentrales Steuerungselement für die erneuerbaren Energien bestätigt. Ziel ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung Deutschlands bis zum Jahr 2050 auf mindestens 80 Prozent zu steigern. Für die einzelnen Technologien wurden konkrete Ausbaukorridore festgelegt, in deren Rahmen auch die Vergütung des produzierten Stromes festgelegt wird.

Der Ausbau der Windenergie an Land kam im Jahr 2014 weiter massiv voran. Laut einer Analyse der Deutschen WindGuard wurden im Verlauf des vergangenen Jahres an Land 1.766 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 4.750 MW (gegenüber 1.154 Anlagen/2.998 MW im Vorjahr) errichtet. Insgesamt sind damit zum Jahresende knapp 25.000 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 38.116 MW installiert. Auch im Offshore-Bereich konnte mit 410 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 1.747 MW ein erheblicher Zubau verzeichnet werden (Vorjahr: 151 Anlagen mit einer Leistung von 635 MW). Im Photovoltaik-Bereich ging aufgrund geänderter Rahmenbedingungen die zugebaute Leistung zum zweiten Mal in Folge erheblich zurück, es wurden lediglich 1.899 MW_p gegenüber 3.304 MW_p im Vorjahr und 7.604 MW_p im Jahr 2012 erzielt. Der Zubau im Wind- und Solarbereich macht sich auch bei der Stromproduktion bemerkbar. So wurde von den Windenergieanlagen die Rekordmenge von 56 TWh Strom produziert (Vorjahr: 51,7 TWh), beim Solarstrom betrug die Produktion 34,9 TWh (Vorjahr: 31 TWh). Die jüngste Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hat den Zubau neuer Biogasanlagen stark eingedämmt. Laut Angaben des Fachverbandes Biogas betrug im Jahr 2014 der Zubau installierter Leistung nur rund 136 MW, im Jahr davor waren es noch 158 MW. Insgesamt wurde aus Biomasse mit 49,1 TWh im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr 2,5 TWh mehr elektrischer Strom produziert. Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Bruttostromverbrauch steigerte sich von 25,4 Prozent im Vorjahr auf 27,8 Prozent im abgelaufenen Jahr, insgesamt wurden etwa 161 TWh Strom aus erneuerbaren Energieträgern gewonnen. Auch bei der STAWAG Energie lag im abgeschlossenen Jahr einer der Schwerpunkte in der Projektentwicklung im Bereich Windenergie. So konnten über Beteiligungen in Düren und in Aldenhoven zwei Windparks mit insgesamt acht Windenergieanlagen und einer Gesamtleistung von 24 MW in Betrieb genommen werden. Darüber hinaus wurde 2014 der Offshore-Windpark Borkum fertiggestellt, an dem die STAWAG Energie beteiligt ist. Über Weihnachten erfolgte der Anschluss des Parks an das Höchstspannungsnetz, so dass nun die 40 bereits errichteten Windenergieanlagen sukzessive in Betrieb genommen werden können.

Neben dem Schwerpunkt Windenergie hat sich die STAWAG Energie im Berichtsjahr bei der Kraft-Wärme-Kopplung engagiert. Hier wurde in Kooperation mit einem Industriekunden eine KWK-Anlage mit einer elektrischen Leistung von 600 KW in Betrieb genommen. Im Rahmen der Partnerschaft ist die STAWAG Energie Eigentümerin und Betreiberin. Mit einem weiteren im abgelaufenen Geschäftsjahr begonnenen Projekt unterstreicht die Gesellschaft ihre technologische Kompetenz in Sachen umweltfreundlicher Energien: Zukünftig sollen vier Wohnhäuser durch eine innovative und saubere Technologie mit Wärme versorgt werden - genutzt wird dabei die vorhandene Wärme des Abwassers. Hierzu wurde in einem der größten Abwasserkanäle der Stadt Aachen ein Wärmetauscher installiert. Zukünftig sollen dadurch die Warmwasserbereitung und Beheizung von über 120 Wohnungen ermöglicht werden.

Mit dem Portfolio aus unterschiedlichen Technologien ist die STAWAG Energie direkt und über Beteiligungen mittlerweile in der Lage, rund 250 GWh Ökostrom jährlich unter normalen Betriebs- und Witterungsbedingungen zu produzieren. Zum Ende des Jahres setzte sich dieses Volumen zu 20 Prozent aus Photovoltaik, zu 70 Prozent aus Wind und zu 10 Prozent aus KWK-Anlagen und sonstigen Anlagen zusammen. Dem Ziel, im Jahr 2020 rund 600 GWh elektrische Energie in eigenen Ökostromanlagen zu erzeugen und damit den Bedarf aller Aachener Haushalte zu decken, ist die STAWAG Energie damit ein gutes Stück näher gekommen.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Erzeugte Energie (eigene Anlagen): thermische und elektrische Energie, die in den eigenen Anlagen der Gesellschaft erzeugt wird
- Erzeugte Energie (Beteiligungen, anteilig): elektrische Energie, die in den Beteiligungen der STAWAG Energie erzeugt wird, anteilig unter Berücksichtigung der Beteiligungsquote
- Gesamtleistung: Umsatzerlöse mit konzernverbundenen Unternehmen sowie mit konzernfremden Dritten, sonstige betriebliche Erträge (vor allem aus dem Verkauf von Anteilen an verbundenen Unternehmen) sowie zu einem geringen Anteil Bestandsveränderungen
- Ergebnis nach Beteiligungen: Betriebsergebnis zzgl. Beteiligungsergebnis
- Jahresüberschuss vor Gewinnabführung
- Cashflow I: Jahresüberschuss vor Gewinnabführung zzgl. Abschreibungen
- Cashflow II: Cashflow I zzgl. Veränderung der Rückstellungen

In der nachfolgenden Tabelle sind die Plan- und Istwerte gegenübergestellt und sowohl absolute als auch prozentuale Abweichungen aufgeführt:

	Plan 2014	Ist 2014		Abw.
Erzeugte Energie (eig. Anlagen)	76 GWh	64 GWh	-12 GWh	-15%
Erzeugte Energie (Beteil., anteilig)	169 GWh	159 GWh	-11 GWh	-6%
Gesamtleistung	19.224 TEUR	15.464 TEUR	-3.760 TEUR	-20%
Ergebnis nach Beteiligungen	2.212 TEUR	1.557 TEUR	-655 TEUR	-30%
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	2.794 TEUR	2.829 TEUR	35 TEUR	1%
Cashflow I	4.470 TEUR	3.983 TEUR	-487 TEUR	-11%
Cashflow II	4.587 TEUR	4.739 TEUR	152 TEUR	3%

Aufgrund des warmen Winters lag die Wärme- und Stromproduktion in den Blockheizkraftwerken und den Heizzentralen deutlich unter Planniveau. Bei einem Teil der für das abgelaufene Wirtschaftsjahr geplanten Windparks verzögerten sich die Genehmigungsverfahren mit der Folge, dass sich die Umsetzung der Projekte von 2014 auf 2015 verschoben hat. Entsprechend konnten auch die Erlöse aus der Projektentwicklung nicht im abgeschlossenen Geschäftsjahr realisiert werden. Insgesamt lag daher die Gesamtleistung rund 20 Prozent unter Plan. Aufgrund der Beteiligungserträge, geringerer Kosten sowie aufgrund von Einmaleffekten konnte das Planergebnis dennoch leicht übertroffen werden. Gegenüber dem Vorjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.228 konnte das Ergebnis im Geschäftsjahr 2014 sogar weit mehr als verdoppelt werden.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr (T€ 16.151) um 12 Prozent auf T€ 14.221 zurückgegangen. Witterungsbedingt wurde in den Blockheizkraftwerken weniger Wärme und damit weniger

Strom als im Vorjahr produziert. Auch in den vier Heizzentralen der Gesellschaft lag die Wärme-
produktion mit 3,9 GWh rund 21 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden erfolgreich Anteile an zwei Solarparks veräußert.
Darüber hinaus bestanden die sonstigen betrieblichen Erträge im Wesentlichen aus Schadenersatz-
leistungen (T€ 118) sowie dem Verkauf von Anlagegütern (T€ 155).

Insgesamt verminderte sich die Gesamtleistung (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen und sons-
tige betriebliche Erträge) der STAWAG Energie GmbH gegenüber dem Vorjahr um 19 Prozent von
T€ 19.068 auf nunmehr T€ 15.464.

Vor allem aufgrund der geringeren Energieproduktion sind die Materialeinsatzkosten gegenüber
dem Vorjahr um T€ 2.063 auf T€ 8.199 (Vorjahr: T€ 10.262) gesunken, des Weiteren sanken auch
die Aufwendungen für bezogene Leistungen (vor allem Betriebsführungskosten und Netzentgelte)
(2014: T€ 1.626, 2013: T€ 1.877).

Eigene Projektentwicklungskapazitäten wurden planmäßig weiter ausgebaut, so dass sich die
Personalkosten gegenüber dem Vorjahreswert (T€ 2.269) auf T€ 2.404 im Geschäftsjahr 2014
erhöhten.

Die Abschreibungen sanken gegenüber dem Vorjahr um 33 Prozent von T€ 1.724 auf T€ 1.154 im
Geschäftsjahr 2014.

Auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken leicht um drei Prozent auf T€ 2.306 (Vor-
jahr: T€ 2.371). Diese umfassen im Wesentlichen Leistungen der Energieversorgungs- und Ver-
kehrsgesellschaft mbH Aachen (T€ 602), sonstige Lieferungen und Leistungen (T€ 480), Rechts-
und Beratungskosten (T€ 384) sowie Büromieten (T€ 148).

Entsprechend der Strategie der Gesellschaft, Wind- und Solarparks in Form von Projektgesellschaf-
ten zu realisieren, konnten gegenüber dem Vorjahr mit T€ 346 im abgelaufenen Geschäftsjahr
mehr als fünfmal so hohe Beteiligungserträge in Höhe von T€ 1.783 erwirtschaftet werden. Erstma-
lig trugen die Windparks Beltheim II, Oberwesel II und Oberwesel III, Riegenroth und Laudert sowie
der Solarpark Ronneburg mit insgesamt T€ 1.095 zum Ergebnis bei.

Insgesamt konnte im abgelaufenen Jahr ein Ergebnis nach Beteiligungen in Höhe von T€ 1.557
erwirtschaftet werden (Vorjahr: T€ 911).

Aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens wurden Erträge mit der Trianel Windkraftwerk
Borkum GmbH & Co. KG in Höhe von T€ 1.234 (Vorjahr: T€ 448) erzielt.

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge sanken gegenüber dem Vorjahr (T€ 824) auf T€ 32 im
Geschäftsjahr 2014, da gewährte Gesellschafterdarlehen planmäßig zurückgeführt wurden.

Auch die Zinsaufwendungen sanken im abgelaufenen Geschäftsjahr in relevantem Maße auf nun-
mehr T€ 854 (Vorjahr: T€ 1.425). Neben der planmäßigen Tilgung in Anspruch genommener Darle-
hen spielt hier auch das aktuell niedrige Zinsniveau eine Rolle.

Insbesondere aufgrund der Beteiligungserträge und der Ausleihungen des Finanzanlagevermögens
stieg das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.211 und
damit um 160 Prozent auf T€ 1.969.

Der Ertrag aus sonstigen Steuern lag mit T€ 860 im abgelaufenen Jahr um TEUR 390 über dem des
Vorjahres (T€ 470). Unter dieser Position werden vor allem Energiesteuerrückerstattungen bilan-
ziert. Aufgrund von Änderungen in der steuerrechtlichen Behandlung der Energiesteuern hatte sich
die Rückzahlung eines Teils der Erstattung des Vorjahres auf das Geschäftsjahr 2014 verschoben.

Insgesamt erwirtschaftete die STAWAG Energie GmbH somit für das Geschäftsjahr 2014 einen
Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von T€ 2.829. Gegenüber dem Wirtschaftsjahr
2013 mit einem Jahresüberschuss von T€ 1.228 wurde das Jahresergebnis damit mehr als verdop-
pelt.

Finanzlage

Die Finanzlage des Unternehmens ist als sehr stabil zu bezeichnen. Aufgrund des Einbezugs in die
Konzernfinanzierung steht der Gesellschaft grundsätzlich eine ausreichende Liquidität zur Verfö-
gung. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der

Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Aufgrund der Vergütung des eingespeisten Stroms durch die wirtschaftlich stabil aufgestellten Netzbetreiber sind Forderungsausfälle i.d.R. nicht zu erwarten.

Zum 31. Dezember 2014 verfügt die Gesellschaft über Forderungen in Höhe von insgesamt T€ 6.102. Gegenüber dem 31. Dezember 2013 konnten die Forderungen damit um T€ 1.150 reduziert werden. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 366 (Vorjahr: T€ 435) resultieren aus Netznutzungsentgelten, aus dem Verkauf von Rohstoffen sowie aus der Einspeisung von Strom. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen in einer Gesamthöhe von T€ 1.316 (Vorjahr: T€ 717) gegen die INFRAWEST GmbH sowie die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A) aus der Einspeisung von Strom und Wärme sowie aus dem Cash-Pooling. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen zum Geschäftsjahresende in Höhe von T€ 2.699 (Vorjahr: T€ 1.000) und setzen sich im Wesentlichen aus Zinsen und Bereitstellungsprovisionen sowie Gewinnansprüchen zusammen. Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 1.721 (Vorjahr: T€ 5.099) beinhalten im

Wesentlichen Forderungen aus der Biogaseinspeicherung sowie der Bilanzierung von Biomassezertifikaten. Im Vorjahr war hier im Umfang von T€ 3.000 zusätzlich ein Kaufpreisanspruch aus der Veräußerung von Unternehmensanteilen bilanziert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr 2014 mit T€ 79.127 gegenüber dem Vorjahr (T€ 79.799) nahezu nicht verändert.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Gesellschaft das Anlagenportfolio um eine Solaranlage und ein BHKW ergänzt, bestehende Anlagen wurden erweitert. Die Zugänge bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung umfassen vor allem Messmittel zur Erstellung von Ertragsgutachten. Unter den Anlagen im Bau ist eine Anlage zur Nutzung von Abwasserwärme bilanziert. Zusammen mit der Abschreibung sowie Anlagenabgängen erhöhte sich damit das Sachanlagevermögen gegenüber dem Vorjahr um T€ 155 auf T€ 11.722. Große Projekte werden aus finanztechnischen Gründen in eigenen Projektgesellschaften geführt, daher ist das Finanzanlagevermögen 2014 um T€ 1.819 auf T€ 52.470 gestiegen. Rückführungen von Kapitalrücklagen aus den Projektgesellschaften erfolgten in Höhe von T€ 1.605, zugleich wurden eine bestehende Beteiligung um T€ 578 erhöht bzw. Anteile an neuen Beteiligungen in Gesamthöhe von T€ 275 erworben. Die Ausleihungen des Finanzanlagevermögens erhöhten sich um T€ 2.571.

Die Vorräte sind gegenüber dem Vorjahresstichtag mit T€ 1.209 im abgelaufenen Geschäftsjahr mit T€ 1.278 nahezu auf gleicher Höhe geblieben und betreffen eingelagerte Biomasse bzw. Vorauszahlungen auf Biomasselieferungen.

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen des Umlaufvermögens werden Geschäftsanteile ausgewiesen, die zur Veräußerung anstehen. Die STAWAG Energie GmbH beabsichtigt weiterhin, Anteile an diesen verbundenen Unternehmen zu veräußern.

Der Kassenbestand blieb aufgrund des Cash-Poolings im Konzernverbund auf niedrigem Niveau.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten verminderte sich gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 74) um T€ 36 und beinhaltet im Wesentlichen vorausgezahlte Versicherungen.

Auf der Kapitaleseite ergeben sich die folgenden Veränderungen:

Das Eigenkapital erhöhte sich durch Zuzahlungen des Gesellschafters Stadtwerke Aachen AG in die Kapitalrücklage zur Projektfinanzierung dreier Beteiligungen im abgelaufenen Geschäftsjahr um T€ 4.482. Zugleich wurde von der STAWAG Energie nach der Veräußerung von Anteilen an Projektgesellschaften bzw. nach Rückführung von Kapitalrücklagen aus den Projektgesellschaften T€ 4.261 aus der Kapitalrücklage der STAWAG Energie an den Gesellschafter zurückgeführt, so dass sich per Saldo eine Erhöhung der Kapitalrücklage und damit des Eigenkapitals um T€ 221 ergibt. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahresstichtag nur unwesentlich um einen Prozentpunkt auf nun 61 Prozent.

Die Rückstellungen steigen gegenüber dem Vorjahr (T€ 2.317) auf T€ 3.073 zum 31.12.2014. Diese betreffen im Wesentlichen ausstehende Rechnungen (T€ 2.820) sowie Personalarückstellungen (T€ 253).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden planmäßig zurückgeführt und betragen zum Geschäftsjahresende T€ 2.148 (Vorjahr: T€ 2.360). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen gegenüber dem Bilanzstichtag des Vorjahres um T€ 245 auf T€ 918 und betreffen hauptsächlich Fremdlieferungen und -leistungen sowie Investitionen. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen in Höhe von T€ 29 (Vorjahr: T€ 432). Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von T€ 7.193 resultieren im Wesentlichen aus einem Gesellschafterdarlehen in Höhe von T€ 5.600 mit Laufzeit bis zum 31.12.2021 sowie der Gewinnabführung des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von T€ 2.829. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vor allem ein Darlehen aus dem von der Stadt Aachen verwalteten Stiftungsvermögen in Höhe von T€ 15.000 mit Laufzeit bis zum 31.8.2016 sowie eine erhaltene Anzahlung auf die Veräußerung von Geschäftsanteilen in Höhe von T€ 2.500.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet im Voraus erhaltene Zahlungen für Leistungen aus einem Dienstleistungsvertrag.

Zusammenfassend stellt sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der STAWAG Energie GmbH als geordnet dar. Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen Zweck "Betrieb von Anlagen zur Energieumwandlung, Halten von Beteiligungen an Anlagen zur Energieumwandlung sowie die Verwertung der in den Anlagen erzeugten Energie für den Gesellschafter" im Geschäftsjahr voll erfüllt. Angesichts des im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelten Jahresüberschusses wertet die Geschäftsführung der STAWAG Energie die Gesamtentwicklung des Geschäftsjahres 2014 als positiv und sieht die Erwartungen als bestätigt an.

2. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

3. Prognosebericht

Die folgenden Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für die Jahre 2015 und 2016 prognostiziert. An der Entwicklung dieser Kennzahlen bemessen sich die Zukunftsaussichten.

	Plan 2015	Plan 2016
Erzeugte Energie (eig. Anlagen)	70 GWh	70 GWh
Erzeugte Energie (Beteil., anteilig)	172 GWh	195 GWh
Gesamtleistung	15.849 TEUR	18.249 TEUR
Ergebnis nach Beteiligungen	2.508 TEUR	2.980 TEUR
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	2.943 TEUR	3.635 TEUR
Cashflow I	4.232 TEUR	5.208 TEUR
Cashflow II	4.587 TEUR	5.256 TEUR

Im Jahr 2015 plant die Gesellschaft, eine Gesamtleistung in Höhe von T€ 15.849 und im Geschäftsjahr 2016 eine Gesamtleistung in Höhe von T€ 18.249 zu erreichen. Hauptfokus liegt auch im kommenden Geschäftsjahr auf dem Bereich der Windenergie, hier werden derzeit allein für die Umgebung von Linnich, Monschau und Simerath 20 neue Anlagen mit einer Gesamtleistung von 65 MW projektiert.

Hinsichtlich der Energieproduktion in den PV-Anlagen der Gesellschaft und der Beteiligungen gehen wir von einem durchschnittlichen Sonnenjahr aus. Ebenso ist der in den Heizzentralen und BHKWs erzeugten Wärme ein durchschnittliches Verbrauchsjahr unterstellt. Die Vergütung des eingespeisten Stroms erfolgt nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, damit ist der jeweilige Vergütungssatz keinen Schwankungen unterworfen. Kostensteigerungen sind in adäquatem Maße in den Planungen berücksichtigt.

Insgesamt rechnet die Gesellschaft für das kommende Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an den Gesellschafter in Höhe von T€ 2.943.

4. Chancen-/Risikobericht

Die STAWAG Energie GmbH ist in das konzernweite Risiko-Management-System der E.V.A. eingebunden. Zusätzlich werden ausgewählte Geschäftsvorgänge durch die Revision des Konzerns überprüft. Mit diesem Instrumentarium werden nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und

bestandsgefährdende Risiken erkannt. Als Ergebnis der Risikoinventur liegen für 2014 keine den Unternehmensbestand gefährdenden Risiken vor.

Der Trianel Windpark Borkum wurde gegen Ende des Jahres durch den Übertragungsnetzbetreiber TenneT an das Höchstspannungsnetz angeschlossen. Damit können ab diesem Zeitpunkt die bereits errichteten 40 Windenergieanlagen sukzessive in Betrieb genommen werden, aktuell speisen 33 Anlagen den produzierten Strom bereits ins Stromnetz ein. Obwohl hinsichtlich des Anschlusses der restlichen Windenergieanlagen davon auszugehen ist, dass dieser technisch und organisatorisch umgesetzt werden kann, ist es nach Einschätzung der STAWAG Energie GmbH derzeit nicht möglich, eine Reduzierung des Risikos zu begründen. Die Erfahrungen zeigen, dass zusätzlich zur hohen Wetterabhängigkeit auch weiterhin im Rahmen der Inbetriebnahme technische Probleme auftauchen können, welche die Kosten zur Fertigstellung des Windparks weiter erhöhen können. Aufgrund dessen wird die STAWAG Energie GmbH auch weiterhin keine Zuschreibung des im Geschäftsjahr 2009 abgeschriebenen Beteiligungsansatzes vornehmen.

Alle technischen Anlagen der STAWAG Energie GmbH unterliegen dem allgemeinen Anlagenausfallrisiko bzw. dem Risiko unerwarteter Stillstände. Risiken über das betriebsübliche Maß hinaus sind bei den derzeit installierten Anlagen nicht erkennbar. Darüber hinaus ist die Ertragssituation in bekanntem Maße wetterabhängig (Photovoltaik und Wind in Bezug auf den produzierten Strom, Wärme- und Blockheizkraftwerke hinsichtlich der vom Endverbraucher abgerufenen Energie). Durch den Erzeugungsmix sowie eine Diversifikation der Anlagenstandorte auch außerhalb Aachens wird diese Wetterabhängigkeit teilweise vermindert. Im Rahmen der technischen Betriebsführung überwachen wir und die von uns beauftragten Unternehmen die Anlagen täglich, Wartungsintervalle erfolgen entsprechend den Vorgaben der Anlagenhersteller, so dass das Anlagenausfallrisiko minimiert wird.

Im Rahmen der Planung gehen wir von einem durchschnittlichen Verbrauchs-/Produktionsjahr aus. Diese Planung bietet neben dem Risiko wetterbedingt niedriger Erträge zugleich die Chance, dass die Planungen in einzelnen Jahren übertroffen werden können.

Der überwiegende Teil unserer Energieproduktion erfolgt nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und wird mit im Konzern verbundenen Unternehmen bzw. mit dem jeweiligen Netzbetreiber abgerechnet. Mit einem Ausfall unserer Forderungen ist nicht zu rechnen. Bei den stromproduzierenden Anlagen ist der Netzbetreiber zur Abnahme des Stroms verpflichtet, der Vergütungssatz des Stromes unterliegt keinen verbrauchsabhängigen Schwankungen. Preisänderungsrisiken sind wir erst ab dem Zeitpunkt ausgesetzt, ab dem die auf 20 Jahre gesetzlich geregelte Einspeisevergütung entfällt. Beschaffungsseitigen Preisänderungsrisiken sind wir im betriebsüblichen Maße ausgesetzt.

Das zuvor Gesagte gilt in gleichem Maße für die Beteiligungen der STAWAG Energie. Diese sind zum überwiegenden Teil fremdfinanziert und damit grundsätzlich einem Zinsänderungsrisiko unterworfen. Bei der Betrachtung der Wirtschaftlichkeit des jeweiligen Projekts wird jedoch bereits eine Steigerung des aktuell niedrigen Zinsniveaus unterstellt, so dass der Effekt zukünftiger Zinssteigerungen in ausreichendem Maße berücksichtigt ist.

Die Gesellschaft trägt das allgemeine Projektentwicklungsrisiko. Aufgrund externer Faktoren, die von der STAWAG Energie nur teilweise beeinflussbar sind, kann sich im Laufe eines Projektes herausstellen, dass dieses technisch nicht realisierbar ist bzw. eine Realisierung unwirtschaftlich sein würde und daher die Entwicklung abgebrochen werden muss. Des Weiteren können bei realisierten Projekten unerwartete behördliche Auflagen zu Ertragsverlusten führen. Behördliche Auflagen und Verzögerungen im Genehmigungsprozess können dazu führen, dass Projekte nicht im geplanten Zeitrahmen umgesetzt werden können. Daher besteht ein hohes Risiko, dass Erträge aus der Projektentwicklung erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden können.

Im Bereich Windenergie setzt die STAWAG Energie vor allem auf ausgesuchte Standorte an Land. Dies schließt die Übernahme der Betriebsführung ein, da sich gezeigt hat, dass unter eigener Regie betriebene Anlagen meist über eine höhere Anlagenverfügbarkeit und damit über eine höhere Wertschöpfung verfügen.

Neben dem Schwerpunkt Windenergie engagiert sich die STAWAG Energie im Bereich Photovoltaik. Dazu hat die Gesellschaft frühzeitig die Regelungen des neuen EEG ausgewertet, um künftig Erfahrungen mit dem neuen Ausschreibungsmodell sammeln zu können. Ziel ist es, sich mit einem Pilotprojekt am Ausschreibungsverfahren zu beteiligen und dadurch über die aktuellen Vergütungssätze hinausgehende Erträge zu erwirtschaften.

Das im abgelaufenen Geschäftsjahr begonnene Projekt zur Abwasserwärmenutzung zeigt darüber hinaus eindrucksvoll die technologische Kompetenz der STAWAG Energie im Bereich der erneuerbaren Energien und die Fähigkeit der Gesellschaft zur Erschließung neuer Wertschöpfungsbereiche.

Die wirtschaftlichen Erfolge, die die STAWAG Energie erwartet, übersteigen die zuvor dargestellten Risiken. Insgesamt wird mit einer positiven Entwicklung für 2015 gerechnet.

Exkurs:

Die Projektgesellschaften der STAWAG Energie GmbH

Mit der Gründung der „STAWAG Energie GmbH“ im Jahr 2003 etabliert die STAWAG als eines von wenigen Energieunternehmen in Deutschland eine eigene Projektentwicklungsgesellschaft für erneuerbare Energie - Anlagen, die die komplette Wertschöpfungskette von der Auswahl geeigneter Standorte über Planung, Entwicklung und Finanzierung bis hin zu Bau und Betriebsführung betreut.

Sie ist eine 100-prozentige Tochter der STAWAG und zieht eine erfolgreiche Bilanz für die ersten zehn Jahre ihres Bestehens. Zum Unternehmen gehören mittlerweile Stromerzeugungsanlagen (Beteiligungen anteilig gerechnet) mit einer Gesamtleistung von gut 130 Megawatt.

Das Portfolio der STAWAG Energie:

	Leistung	Jahresproduktion	Versorgte Haushalte	Beispiele
Photovoltaik	55 MW _{el}	55 GWh _{el}	15.700	Turnow-Preilack Giebelstadt
Windenergie onshore	57 MW _{el}	130 GWh _{el}	37.300	Hunsrück
Windenergie offshore	10 MW _{el}	40 GWh _{el}	11.400	Windpark Borkum (Trianel)
Bio-Erdgas	10 MW _{Gas}			Kerpen, Straelen
BHKW	6 MW _{el}	24 GWh _{el}	6.800	
Wärme	3 MW _{therm}		1.600	Roetgen
Wasser	0,25 MW _{el}	1 GWh _{el}	350	Schmithof Aachen
Summe	128,25 MW _{el}	250 GWh _{el}	73.150	

Anteile der STAWAG Energie an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil 2014 in %	Jahresergebnis 2014 in EUR	Eigenkapital 2014 in EUR
STAWAG Energie Komplementär	Aachen	100	12.904	39.582
Solaranlage Giebestadt II	Aachen	80	620.189	7.766.881
Windpark Riegenroth	Aachen	59	647.473	6.347.473
Solarpark Gödenroth	Aachen	100	63.490	660.243
Solarpark Ilbesheim	Aachen	100	134.672	1.123.705
Windpark Laudert	Aachen	100	56.867	2.426.867
Solar Power Turnow I	Aachen	59,9	276.389	3.433.182
Solar Power Turnow II	Aachen	59,9	239.325	3.447.414
Infrastruktur Turnow West	Aachen	mittelbar 59,9	-34.783	0
Solaranlage Giebestadt II Ver- waltungs GmbH	Aachen	mittelbar 100	1.682	29.016
Windpark Beltheim GmbH & Co. KG	Aachen	49,9	713.111	4.960.045
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG	Aachen	49	243.614	3.298.949
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG	Aachen	49	219.338	3.256.227
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG	Aachen	46	858.338	5.422.600
Windpark Linnich GmbH & Co. KG	Aachen	100	-994	3.494

Seit 2008 engagiert sich die STAWAG Energie verstärkt im Bereich der Erzeugung von regenerativem Strom aus Photovoltaik und Windkraft.

Die regenerativen Energieprojekte werden überwiegend in Zweckgesellschaften abgebildet, d.h. in Gesellschaften, die eigens für ein abgrenzbares Photovoltaik/Windpark-Projekt gegründet werden. Dies erfolgt meistens in der Rechtsform einer GmbH & Co. KG, da diese Rechtsform günstige und sichere Finanzierungsmöglichkeiten bietet und das finanzielle Risiko dadurch beschränkt wird.

Hauptrisiko und zugleich auch die Hauptchance besteht für die Gesellschaften in wechselhaftem Wind- bzw. Sonnenertrag. Entsprechende Gutachten im Vorfeld der Projektierungen liefern hier eine seriöse Basis für die jeweilige Risiko- bzw. Potentialeinschätzung.

Aktuell produziert die STAWAG Energie rund 250 Millionen Kilowattstunden grünen Strom in eigenen Anlagen, gemeinsam mit Partnern sind es über 400 Millionen kWh jährlich.

In Planung befinden sich Anlagen mit einer Gesamtleistung von 500 MW. Somit wird intensiv an dem strategischen Ziel der STAWAG Energie gearbeitet, bis 2020 pro Jahr 600 Millionen Kilowattstunden aus erneuerbaren Energien zu gewinnen.

INFRAWEST GmbH

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	INFRAWEST GmbH
Sitz	Lombardenstr. 12-22, 52070 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	2004
Gesellschafter	Stadtwerke Aachen AG (100%)
Geschäftsführer	Stefan Ohmen
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	25.000,00 EUR
Mitarbeiter	29,5 (Vorjahr 26) (Durchschnitt)
Internet	www.infrawest.de

Gegenstand des Unternehmens

Die INFRAWEST GmbH ist seit dem 01.01.2005 die Betreiberin der Strom-, Gas-, Wasser-, Wärme- und Telekommunikationsnetze im Stadtgebiet Aachen und stellt diese allen Netznutzern diskriminierungsfrei zur Verfügung. Hierzu wurden sämtliche für den Netzbetrieb in Aachen erforderlichen Anlagen und Leitungen von der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG) gepachtet.

Zum 01.01.2014 hat die INFRAWEST GmbH nunmehr auch den Stromnetzbetrieb in der Gemeinde Simmerath und der Stadt Monschau übernommen. Hierzu wurden entsprechende Pachtverträge mit den jeweiligen Eigentumsgesellschaften der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath, und der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau, geschlossen.

Die INFRAWEST GmbH ist neben allen Belangen der Netznutzung im Sinne einer dauerhaften Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit auch für die Instandhaltung, die Substanzerhaltung und die Weiterentwicklung der Versorgungsnetze und -anlagen zuständig.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Geschäftsführer werden durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so gibt sich die Geschäftsführung eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf.

Gesellschafterversammlung

Die Rechte der Stadt Aachen aus der Gemeindeordnung des Landes NRW werden durch den Vorstand der Stadtwerke Aachen AG (STAWAG) in seiner Eigenschaft als Gesellschafter wahrgenommen, der seinerseits der Kontrolle durch den Aufsichtsrat und die Hauptversammlung der STAWAG unterliegt.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	61	0%	45	0%	122	1%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	57	0%	40	0%	118	1%
II.	Sachanlagen	4	0%	5	0%	4	0%
III.	Finanzanlagen	0	0%	0	0%	0	0%
B.	Umlaufvermögen	48.573	100	14.200	100	18.705	100
I.	Vorräte	0	0%	0	0%	0	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	48.573	100	14.200	100	18.705	99%
III.	Wertpapiere	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	0	0%	0	0%	0	0%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	25	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme Aktiva		48.659		14.246		18.828	
A.	Eigenkapital	25	0%	25	0%	25	0%
I.	Gezeichnetes Kapital	25	0%	25	0%	25	0%
B.	Rückstellungen	4.150	9%	1.287	9%	767	4%
C.	Verbindlichkeiten	44.484	91%	12.933	91%	18.036	96%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme Passiva		48.659		14.246		18.828	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	128.106	133.906	132.282
sonstige betriebliche Erträge	754	454	344
Betriebsleistung	128.860	134.359	132.627
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	112.076	123.799	125.655
Personalaufwand	2.069	2.258	2.591
Abschreibungen	46	49	31
Sonstige betriebliche Aufwendungen	20.366	19.919	21.009
Betriebserfolg	-5.697	-11.666	-16.659
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	126	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	509	364	431
Finanzergebnis	-383	-364	-431
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.080	-12.030	-17.090
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-32	-14	0
sonstige Steuern	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahme	6.048	12.017	17.090
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über Ergebnisübernahmeverträge innerhalb des EVA - Konzerns und eine entsprechende Ausschüttung der EVA an die Stadt Aachen betroffen.

Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell und Unternehmensgegenstand

Die INFRAWEST GmbH ist seit dem 01.01.2005 die Betreiberin der Strom-, Gas-, Wasser-, Wärme- und Telekommunikationsnetze im Stadtgebiet Aachen und stellt diese allen Netznutzern diskriminierungsfrei zur Verfügung. Hierzu wurden sämtliche für den Netzbetrieb in Aachen erforderlichen Anlagen und Leitungen von der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG) gepachtet.

Zum 01.01.2014 hat die INFRAWEST GmbH auch den Stromnetzbetrieb in der Gemeinde Simmerath und der Stadt Monschau übernommen. Hierzu wurden entsprechende Pachtverträge mit den jeweiligen Eigentümersgesellschaften der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath und der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau geschlossen.

Die INFRAWEST GmbH ist neben allen Belangen der Netznutzung im Sinne einer dauerhaften Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit auch für die Instandhaltung, die Substanzerhaltung und die Weiterentwicklung der Versorgungsnetze und -anlagen zuständig. Die Regulierung des Netzzugangs und der Netznutzungsentgelte erfolgt für die Stromnetze durch die Bundesnetzagentur in Bonn und für das Gasnetz durch die Landesregulierungsbehörde NRW in Düsseldorf.

Am 14.10.2013 hat die Bundesnetzagentur unter anderem auch gegen die INFRAWEST GmbH gem. § 65 Abs. 1 EnWG, wegen des Verdachts des Verstoßes gegen § 7a Abs. 6 EnWG, ein Aufsichtsverfahren aufgrund einer Verwechslungsgefahr und Ähnlichkeit in der Namensgebung („STAWAG Netz GmbH“ und Vertriebsgesellschaft „Stadtwerke Aachen AG“) sowie in der Verwendung des

Logos eingeleitet (Aktenzeichen BK6-13-216). Im Zuge dieses Verfahrens hat sich die Gesellschaft verpflichtet den Markenauftritt und die Firmierung zum 01.10.2014 zu ändern.

Als Ergebnis des Projektes „Markenrechtliches Unbundling“, dass im Zeitraum Mai bis Oktober 2014 durchgeführt wurde, firmiert die ehemalige STAWAG Netz GmbH seit dem 01.10.2014 unter dem neuen Namen INFRAWEST GmbH. Im Zuge dieser Umfirmierung wurde auch der gesamte Markenauftritt sowie alle internen und externen Kommunikationsmittel inkl. der Internetseite überarbeitet. Das oben genannte Verfahren der Bundesnetzagentur wurde nach Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen im Oktober 2014 eingestellt.

Die STAWAG und die INFRAWEST GmbH haben sich auch im Geschäftsjahr 2014 wieder an diversen Konzessionsvergabeverfahren beteiligt. Die INFRAWEST GmbH nimmt in diesen Angeboten stets die Rolle des Strom- und/oder Gasnetzbetreibers im Rahmen des auch für das Netzgebiet Aachen praktizierten Pachtmodells ein. Im Geschäftsjahr 2014 konnte in diesem Zusammenhang gemeinsam mit der StadtWerke Rösrath Energie GmbH, Rösrath, (SWR-E GmbH) ein neuer Konzessionsvertrag mit der Stadt Rösrath zum Betrieb des Stromnetzes in Rösrath geschlossen werden. Die Verhandlungen mit dem bisherigen Konzessionär zur Übernahme der Stromnetze dauern aktuell noch an. Parallel hat sich die INFRAWEST GmbH auch noch an weiteren Konzessionsvergabeverfahren beteiligt, die allerdings zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sind. Nachdem zum 01.01.2014 die Aufnahme des Stromnetzbetriebs in Simmerath und Monschau erfolgte, ist nach jetzigem Stand die Aufnahme des Netzbetriebs in weiteren Konzessionsgebieten durch die INFRAWEST GmbH zum 01.01.2017 vorgesehen.

Strategische Zielrichtungen

Strategie der INFRAWEST GmbH ist es hierbei, durch die sukzessive Erweiterung des Versorgungsgebiets die Effizienzvorgaben der Regulierungsbehörden aus der Anreizregulierung erreichen und durch die Erschließung weiterer Synergiepotentiale künftig auch übertreffen zu können. Hierbei sind als weitere wesentliche Unternehmensziele die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit sowie die Erhaltung der Netzsubstanz und damit auch Sicherung einer im Rahmen der Anreizregulierung zugestandenen Kapitalverzinsung für die jeweiligen Eigentümer der von der INFRAWEST GmbH betriebenen Netze, zu beachten.

Steuerungssysteme

Zusätzlich zu einer einmal jährlich erstellten Unternehmensplanung, aus der resultierend quartalsweise Plan-Ist-Vergleiche mit Abweichungsanalysen und entsprechende Forecastrechnungen für den Gesellschafter erstellt werden, gibt es eine sehr tiefgehende Kostenrechnung mit einer Bottom-Up-Planung auf Kostenstellenebene, deren Plan-Ist-Abweichungen monatlich an die Geschäftsführung berichtet werden.

Zusätzlich zu dieser Unternehmensplanung der INFRAWEST GmbH ist die Gesellschaft auch für die Erstellung der maßnahmenscharfen Investitionsplanungen für die betriebenen Netze verantwortlich. Der Investitionsplan umfasst alle aktivierungspflichtigen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Investitionen dürfen von der INFRAWEST GmbH grundsätzlich nur im Rahmen des genehmigten Plans initiiert werden. Für alle genehmigten Mittel sind entsprechende Planpositionen im SAP-System gepflegt. Bei Anforderung einer Investition über die Eröffnung eines Investitionsauftrages wird von der kaufmännischen Steuerung geprüft, ob eine Mitteldeckung in Höhe der vorliegenden Angebote besteht oder ggf. über Umschichtung oder Nachträge eine Deckung herbeigeführt werden muss. Über den Zeitraum der Erstellung der Investition erfolgt ein permanenter Controlling-Prozess gemeinsam mit dem dienstleistend für die INFRAWEST GmbH tätigen Center Netzservice der STAWAG.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen, regulatorische Erlösobergrenzen

Gemeinsam mit den Verordnungen über den Zugang zu den Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen (StromNZV und GasNZV) sowie den Verordnungen über die Entgelte für den Zugang zu den Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen (StromNEV und GasNEV) bilden die Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze (ARegV) und das zuletzt mit Datum vom 21.07.2014 geänderte Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) den maßgeblichen energierechtlichen Rahmen, in dem sich die Netzbetreiber in Deutschland bewegen.

Im Konzept der Anreizregulierung ist vorgesehen, dass die Netzbetreiber von den Regulierungsbehörden für die Dauer einer Regulierungsperiode von fünf Jahren (im Gasbereich zunächst vier Jahre) weitgehend unabhängig von der tatsächlichen eigenen Kostenentwicklung einen festen Erlöspfad als Obergrenze vorgegeben bekommen. Grundlage der Festlegung des Erlöspfades sind die Ergebnisse einer von den Regulierungsbehörden auf der Grundlage der Daten sogenannter Basisjahre durchgeführten Kostenprüfung. Die Entwicklung der Erlösobergrenze in den einzelnen Jahren einer Regulierungsperiode wird maßgeblich von der unternehmensindividuellen Effizienz bestimmt, die mithilfe eines zentralen deutschlandweiten Unternehmensvergleichs (Benchmarking) für jedes Unternehmen von der Regulierungsbehörde ermittelt wird. Die unternehmensindividuellen Effizienzwerte der INFRAWEST GmbH für die erste Regulierungsperiode lagen sowohl im Strombereich (Effizienzwert 94,8 %) als auch im Gasbereich (Effizienzwert 88,2 %) oberhalb der Durchschnittswerte der gesamten Branche und vergleichbarer anderer Unternehmen.

Für das Stromnetz hat die zweite Regulierungsperiode der Anreizregulierung zum 1. Januar 2014 begonnen. Ein abschließender Bescheid zur Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die Jahre 2014 bis 2018 liegt der INFRAWEST GmbH aktuell noch nicht vor. Im Jahr 2013 hat die Bundesnetzagentur die Kostenprüfung als Grundlage für die Erlösobergrenzenfestlegung abgeschlossen. Hiernach wurden die beantragten Kosten um etwa sechs Prozent von der Behörde gekürzt. Das Ausgangsniveau für die Erlösobergrenzenfestlegung liegt bereinigt um die vorgelagerten Netzkosten allerdings 0,9 Mio. € oder 2,5 % oberhalb des Ausgangsniveaus der ersten Regulierungsperiode. Im Rahmen des letzten Anhörungsschreibens vom 13.12.2013 ist darüber hinaus für die zweite Regulierungsperiode ein Effizienzwert von 94,37 % (erste Regulierungsperiode 94,80 %) für die INFRAWEST GmbH ermittelt worden. Im Berichtszeitraum hat die INFRAWEST GmbH das oben genannte Anhörungsschreiben fristgerecht beantwortet. Weitere Korrespondenz mit der Bundesnetzagentur zum Erlösobergrenzenbescheid hat im Jahr 2014 nicht stattgefunden.

Zusätzlich stehen aktuell auch noch die endgültigen Bescheide der Bundesnetzagentur zur Festlegung des Qualitätselements für die Jahre 2014 bis 2016 und zur mit Wirkung ab dem Jahr 2015 beantragten Investitionsmaßnahme für zwei Hochspannungsleitungen aus.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden, deren Gültigkeit sich grundsätzlich auf die gesamte Regulierungsperiode bezieht, haben die Netzbetreiber jährlich zum 01.01. eines Jahres die Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 Satz 1 ARegV anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte samt Verprobungsrechnung sowie die schriftliche Dokumentation der Entgeltmittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Für das Jahr 2014 resultiert aus den vorläufigen Mitteilungen der Bundesnetzagentur hieraus für den Strombereich eine Erlösobergrenze in Höhe von 52,4 Mio. € (Vorjahr 48,4 Mio. €).

Die Abweichungen zur Erlösobergrenze des Jahres 2013 resultieren hierbei insbesondere aus der Übernahme des Stromnetzbetriebs in der Gemeinde Simerath und der Stadt Monschau.

Für das Gasnetz hat die zweite Regulierungsperiode bereits zum 1. Januar 2013 begonnen. Die entsprechende Kostenprüfung wurde durch die Landesregulierungsbehörde bereits im Jahr 2012 abgeschlossen. Hiernach wurden die beantragten Kosten um etwa vier Prozent von der Behörde gekürzt. Das Ausgangsniveau für die Erlösobergrenzenfestlegung liegt bereinigt um die vorgelagerten Netzkosten allerdings 1,1 Mio. € oder 5,7 % oberhalb des Ausgangsniveaus der ersten Regulierungsperiode.

Der abschließende Bescheid zur Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die Jahre 2013 bis 2017 wurde der INFRAWEST GmbH mit Datum vom 21.03.2014 zugestellt. Der Effizienzwert der INFRAWEST GmbH für die zweite Regulierungsperiode im Gasnetz wurde hierin mit 91,93 % und damit fast vier Prozent oberhalb des Wertes aus der ersten Regulierungsperiode festgelegt. Gegen diesen Bescheid hat die INFRAWEST GmbH Beschwerde beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingereicht.

Zusätzlich steht im Gasbereich aktuell noch die Genehmigung des mit Wirkung ab dem 01.01.2014 beantragten Erweiterungsfaktors aus.

Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösobergrenze für das Jahr 2014 mit etwa 26,3 Mio. € etwa 0,15 Mio. € oder 0,4 % über der für das Jahr 2013 genehmigten Erlösobergrenze. Diese Abweichungen resultieren insbesondere aus gestiegenen vorgelagerten Netzkosten, dem für das Jahr 2014 anzusetzenden Erweiterungsfaktor sowie dem leicht gestiegenen Verbraucherpreisgesamtdex. Gegenläufig wirkten der Wegfall des pauschalierten Investitionszuschlags sowie die individuellen und generellen Effizienzvorgaben für das nunmehr zweite Jahr der 2. Regulierungsperiode der Anreizregulierung.

Zusätzlich hat im Berichtszeitraum ein breit angelegter Evaluierungsprozess zur Anreizregulierung stattgefunden. Hierzu hat die Behörde am 21.01.2015 einen annähernd 500 Seiten umfassenden Bericht an das Bundeswirtschaftsministerium übergeben, der zahlreiche Vorschläge zur künftigen Weiterentwicklung der Anreizregulierung enthält. Nach aktuellem Stand ist davon auszugehen, dass auf dieser Grundlage im Sommer 2015 eine Novellierung der ARegV erfolgen wird. Wirkung werden diese Änderungen vermutlich mit Beginn der dritten Regulierungsperiode (Gas 2018, Strom 2019) entfalten.

Sonstige gesetzliche Rahmenbedingungen für den Netzbetrieb

Nachdem im Jahr 2012 das erst am 01.01.2012 vollständig überarbeitete Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erneut grundlegend überarbeitet wurde, ist am 01.08.2014 erneut eine umfassende Neuregelung dieses Gesetzes in Kraft getreten. Die wesentlichen Neuerungen betreffen angepasste Zielkorridore für den Ausbau der verschiedenen Technologien, eine verpflichtende Direktvermarktung für größere Neuanlagen sowie die Eigenstromversorgung. Prinzipiell ist hiernach für eigenerzeugten Strom künftig auch die EEG-Umlage fällig, die durch die Netzbetreiber zu vereinnahmen sein wird. Im Februar 2015 beschlossen die Bundesregierung und der Bundestag hierzu eine Änderung der Ausgleichsmechanismusverordnung (AusglMechV). Hiernach sind die Anschlussnetzbetreiber ab dem 01.07.2015 verpflichtet von den Anlagebetreibern die EEG-Umlage zu erheben und diese an den zuständigen Übertragungsnetzbetreiber weiterzureichen.

Die Systemstabilisierungsverordnung (SysStabV) vom 20.07.2012 verpflichtete die Verteilernetzbetreiber zur Nachrüstung der Wechselrichter von Photovoltaikanlagen. Die dafür erforderlichen Kosten dürfen gemäß § 10 Abs. 1 SysStabV hälftig in die Netzentgelte eingerechnet werden. Sie gelten gemäß § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 ARegV als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten. Bei der jährlichen Anpassung der Erlösobergrenze sind sie gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, 3. Hs. ARegV mit den im Planjahr zu erwartenden Kosten anzusetzen (analog zu den Kosten für vorgelagerte Netze und Dezentralvergütungen). Abhängig von der Anlagengröße und dem jeweiligen Inbetriebnahmedatum musste die Umrüstung dieser Anlagen schrittweise bis zum 31.12.2014 erfolgen. Im Netzgebiet der INFRAWEST GmbH wurden im Berichtsjahr alle Umrüstungen fristgerecht vorgenommen. Am 09.03.2015 wurde die SysStabV novelliert und hierdurch die Umrüstungspflicht noch auf weitere Anlagen ausgedehnt. Die ersten Anlagen aus dieser Neuregelung müssen im Laufe des Jahres 2016 umgerüstet werden. Die administrativen und organisatorischen Vorbereitungen wurden bei der INFRAWEST GmbH bereits initiiert.

Zusätzlich wurde auch in diesem Jahr wieder die "Vereinbarung über die Kooperation gemäß § 20 Abs. 1 b) EnWG zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen" an die veränderten Marktbedingungen angepasst. Die entsprechende sogenannte Kooperationsvereinbarung VII (KoV VII) wurde zum 01.07.2014 veröffentlicht und anschließend bis zum 01.10.2014 durch die INFRAWEST GmbH umgesetzt.

Auch im Berichtsjahr 2014 hat die Bundesnetzagentur den Weg der verbindlichen Ausgestaltung der Abwicklungs- und Kommunikationsprozesse durch Veröffentlichung zahlreicher Änderungsmitteilungen zu den bereits bekannten Festlegungen sowie die Vorbereitung weiterer Festlegungen verfolgt. Am 19.12.2014 hat die Bundesnetzagentur die Festlegung GaBi Gas 2.0 beschlossen, die künftig eine Verschärfung der Datenmeldepflichten und eine tägliche Netzkontoabrechnung vorsieht. Die INFRAWEST GmbH hat gegen diese Festlegung Rechtsbeschwerde beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingereicht.

Schließlich wurden auch im Geschäftsjahr 2014 in der INFRAWEST GmbH zusätzlich zu den bereits genannten Punkten wieder erhebliche personelle Ressourcen gebunden, um den umfangreichen Veröffentlichungs- und Berichtspflichten im Zusammenhang mit der Regulierung der Strom- und Gasnetze nachkommen zu können.

Wesentliche Baumaßnahmen im Jahr 2014

Seit dem 01.01.2014 ist die INFRAWEST GmbH auch für den Stromnetzbetrieb in den Kommunen Simmerath und Monschau verantwortlich. Die Investitionen in diese Netze erfolgen im Auftrag der jeweiligen Netzeigentumsgesellschaften STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG und STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG. Die operative Ausführung der jeweiligen Baumaßnahmen erfolgt hierbei analog der Abwicklung im Aachener Versorgungsgebiet durch den STAWAG Netzservice im Auftrag der INFRAWEST GmbH, die diese Investitionsmaßnahmen schließlich an die jeweilige Netzeigentumsgesellschaft abrechnet.

Im Zuge des vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Forschungsprojektes SmartAreaAachen, wurden in Aachen im Jahr 2014 insgesamt fünf regelbare Ortsnetztransformatoren (RONT) in Betrieb genommen.

Wesentliche spartenübergreifende Bauprojekte der INFRAWEST GmbH im Jahr 2014 insbesondere zur langfristigen Substanzerhaltung der Versorgungsinfrastruktur - waren Leitungslegungen in der Friedrichstraße, Hauptstraße, Lütticher Straße und am Krugenofen. Die Stromplanungen zur zukünftigen Umstellung von 10 auf 20-kV im Aachener Süden wurden ebenfalls weiter vorangetrieben. Zusätzlich wurde im Umspannwerk Minoritenstraße eine Modernisierung der 110-kV Schaltanlage durchgeführt. Für das Wassernetz wurde, im Zuge der Umsetzung der Zielnetzplanung für das Wassertransportnetz, in der Oberzone die geplante Südostzonenanbindung über die Monschauerstraße realisiert. Außerdem wurde gemeinsam mit dem Straßenvollausbau in Walheim die alte Wassertransportleitung in der Schleidenerstraße erneuert. Im Bereich Fernwärme waren insbesondere Leitungslegungen in der Düppelstraße und in der Stolbergerstraße im Geschäftsjahr 2014 zu verzeichnen.

Geschäftsverlauf und finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

	Plan 2014	Ist 2014	Abweichung absolut	in %
Netzeinspeisung				
Strom (GWh)	1.375*	1.438	+63	+4,6 %
Gas (GWh)	2.580	2.172	-408	-15,8 %
Wasser (Mio. cbm)	23,0	22,4	-0,6	-2,6 %
Wärme (kWh)	348	295	-53	-15,2 %
Umsatzerlöse VU (Mio. €)	81,4	78,1	-3,3	-4,1 %
Umsatzerlöse Dritte (Mio. €)	56,1	54,2	-1,9	-3,4 %
Personalaufwand (Mio. €)	2,6	2,6	-	-
Mitarbeiterzahlen	30,5	29,5	-1,0	-3,3 %
Ergebnis (Mio. €)	-8,8	-17,1	-8,3	-

* noch ohne Simmerath/Monschau

Im Geschäftsjahr 2014 wurden 1.438 GWh und somit insbesondere infolge der Aufnahme des Netzbetriebs in Simmerath und Monschau ca. 63 GWh mehr als in der Planung angenommen, in das Stromnetz der INFRAWEST GmbH eingespeist. Im Gasbereich waren es witterungsbedingt mit 2.172 GWh ca. 408 GWh bzw. 15,8 % weniger als noch in der Planung prognostiziert. Die Netzeinspeisung im Wärmebereich lag zum Ende des Jahres ebenfalls witterungsbedingt 15,2 % unterhalb des Planwertes. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass bezogen auf die im Jahr 2014 zu verzeichnenden Gradtagszahlen von 1.987 GTZ, ein solch warmes Jahr mindestens in den letzten 15 Jahren in Aachen nicht aufgetreten ist. Im Wasserbereich lagen die Absätze im Geschäftsjahr 2014 nur leicht unterhalb des Planwertes.

Die Umsatzerlöse aus Netznutzung inkl. der vereinnahmten Konzessionsabgaben sowie der weiteren gesetzlichen Umlagen im Strombereich und der EEG-Gutschriften des Übertragungsnetzbetreibers liegen mit 132,3 Mio. € um etwa 5,1 Mio. € unterhalb des Planwertes. Dies resultiert insbesondere aus den witterungsbedingten deutlichen Mindererlösen im Gas-, Fernwärme- und Strombereich sowie geringeren Erlösen aus dem Weiterverkauf des nach dem KWK-G erzeugten Stroms und der im Juni erfolgten, aber noch nicht in der Planung berücksichtigten Spitzabrechnung für atypische Netzentgeltreduzierungen gemäß § 19 StromNEV des Jahres 2012, die zu einer Rückzahlung an den Übertragungsnetzbetreiber geführt hat.

Im Geschäftsjahr 2014 waren im Jahresdurchschnitt 29,5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der INFRAWEST GmbH beschäftigt.

Im Berichtszeitraum wurden in den Bereichen Assetmanagement, Netznutzungsmanagement und Innovationsmanagement jeweils ein Mitarbeiter neu eingestellt. Gleichzeitig schied im Berichtszeitraum aus dem Bereich Assetmanagement ein Mitarbeiter aus.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum 31.12.2014 etwa 44 Jahre bei einer durchschnittlichen Konzernzugehörigkeit von etwa 17 Jahren.

Darüber hinaus hat die INFRAWEST GmbH im Berichtszeitraum einen Doktoranden sowie zusätzlich über mehrere Monate hinweg zwei Trainees, die ihr Anstellungsverhältnis bei der Stadtwerke Aachen AG (STAWAG) haben, beschäftigt.

Die Ausgestaltung der INFRAWEST GmbH als sogenannte Managementgesellschaft stellt hohe Anforderungen an die fachliche Qualifikation der Mitarbeiter. So beträgt der Anteil der Mitarbeiter mit einer Fachhochschul- oder Hochschulausbildung aktuell etwa 40 Prozent. Aufgrund der sehr spezifischen Anforderungen an die Mitarbeiter der INFRAWEST GmbH werden darüber hinaus alle Mitarbeiter regelmäßig in spezifischen Belangen des Netzmanagements und der Netzwirtschaft geschult.

Die INFRAWEST GmbH ist in das Qualitätsmanagement der STAWAG eingebunden. Im Jahr 2012 wurde zuletzt ein sogenanntes Rezertifizierungsaudit durchgeführt. Als Ergebnis dieses Audits liegt ein Zertifikat vor, dass die Erfüllung der Anforderungen nach

ISO 9001:2008 bis zum 14.01.2016 bestätigt. In 2014 wurde folglich nur ein so genanntes Zwischen- bzw. Überwachungsaudit durchgeführt. Als Ergebnis wurde die obengenannte Erfüllung weiterhin bestätigt.

Für das Jahr 2015 wird erstmals auch eine sogenannte TSM-Zertifizierung angestrebt. Das Technische Sicherheitsmanagement (TSM) ist ein bewährtes Instrument des Qualitätsmanagements. Es umfasst die Organisationsstrukturen, Verantwortlichkeiten, Fach- und Entscheidungskompetenzen, Verfahren, Prozesse und die zum bestimmungsgemäßen Betrieb erforderlichen Mittel im überprüften Unternehmen. Die Zertifizierung wird nach aktuellem Stand im Juni 2015 erfolgen.

Als weiterer wesentlicher Indikator wird die Versorgungssicherheit des Netzes gesehen. Aufschluss hierüber gibt der sogenannte SAIDI-Wert. Er gibt Auskunft darüber, wie lange die ungeplanten durchschnittlichen Versorgungsunterbrechungen pro Kunde und Jahr anhielten. Angestrebt wird hierbei ein möglichst niedriger Wert, um die Versorgungssicherheit auf einem höchstmöglichen Niveau zu halten. Mit 6,78 Minuten liegt der Wert der INFRAWEST GmbH für 2013 im Stromnetz weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt in Höhe von 15,32 Minuten und bestätigt die hohe Versorgungssicherheit. Die entsprechenden Vergleichswerte für das Geschäftsjahr 2014 liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Das Ergebnis der INFRAWEST GmbH nach sonstigen Steuern beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr etwa -17,1 Mio. € und liegt damit etwa 8,3 Mio. € unterhalb des in der Planung prognostizierten Niveaus.

Ursächlich für diese deutliche Ergebnisabweichung waren insbesondere die beschriebenen witterungsbedingten Effekte auf der Umsatzseite bei gleichzeitig leicht höheren sonstigen betrieblichen Erträgen. Zusätzlich lagen die Materialaufwendungen mit einer Höhe von 125,7 Mio. € etwa 3,8 Mio. € oberhalb des in der Planung avisierten Niveaus. Dies resultiert vornehmlich aus höheren Aufwendungen im Zusammenhang mit den EEG-Vergütungen insbesondere aus der Übernahme des Stromnetzbetriebs in Simmerath und Monschau, den durchgeführten Mehr-/Mindermengenabrechnungen im Gasbereich sowie höheren Aufwendungen für Pacht und Miete an die STAWAG. Teilweise kompensiert wurden diese Effekte durch absatzbedingt gesunkene Aufwendungen für die Beschaffung der erforderlichen Verlustenergie sowie weiteren gesunkenen Materialaufwendungen.

Die an die STAWAG zur Weiterleitung an die Stadt Aachen sowie die Kommunen Simmerath und Monschau abzuführenden Konzessionsabgaben liegen zum 31.12.14 absatzbedingt etwa 1,1 Mio. € unterhalb des prognostizierten Planwertes. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen um etwa 0,8 Mio. € oberhalb des Planwertes.

Die Geschäftsführung der INFRAWEST GmbH bewertet die Entwicklung der o.g. Kennzahlen der Gesellschaft, insbesondere wenn man von den witterungsbedingten deutlichen Absatz- und Umsatzrückgängen absieht, insgesamt als zufriedenstellend.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 wurden insgesamt 1.438 GWh und damit etwa 7,34 % mehr als noch im Geschäftsjahr 2013 in das von der INFRAWEST GmbH betriebene Stromnetz eingespeist. Diese Erhöhung der Netzeinspeisung ist vornehmlich auf die Aufnahme des Netzbetriebs in der Gemeinde

Simmerath und der Stadt Monschau zurückzuführen. Für insgesamt 255 Netznutzungskunden (231 Lieferanten und 24 Netzkunden mit eigenem Netznutzungsvertrag - Vorjahr: 229 / 34) wurde Energie durchgeleitet. Etwa 1.348 GWh und damit etwa 93,7 % der Gesamtmenge wurden aus dem Netz der Westnetz GmbH in das Stromnetz der INFRAWEST GmbH eingespeist. Die restlichen etwa 90 GWh wurden mit Hilfe dezentraler Anlagen im Netzgebiet erzeugt und nach Maßgabe des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) in das öffentliche Netz eingespeist.

Im Gasbereich betrug die von der INFRAWEST GmbH abgewickelte Netzdurchleitung für insgesamt 140 Lieferanten (Vorjahr 144) und 12 Netzkunden mit direkten Netznutzungsverträgen (Vorjahr 13) insgesamt 2.172 GWh und damit etwa 16,3 % weniger als noch im Jahr 2013.

Durch das von der INFRAWEST GmbH betriebene Wassernetz wurden im Jahr 2014 etwa 22,4 Mio. cbm (Vorjahr 22,2 Mio. cbm) und durch das Wärmenetz etwa 295 Mio. kWh (Vorjahr 362 Mio. kWh) transportiert. Hierbei ist im Fernwärmebereich ebenfalls die im Vergleich zum Vorjahr deutlich wärmere Witterung ursächlich.

Die Umsatzerlöse der INFRAWEST GmbH betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 für alle Medien gemeinsam 132,3 Mio. € und lagen damit um etwa 1,6 Mio. € unter den Umsatzerlösen des Vorjahres. Ausschlaggebend hierfür waren neben den witterungsbedingt deutlich geringer ausgefallenen Umsatzerlösen aus der Nutzung geringere Umsatzerlöse aus durchgeführten Mehr- und Mindermengenabrechnung im Gasbereich. Gegenläufig wirkten die durch die Aufnahme des Netzbetriebs in Simmerath und Monschau im Strombereich um etwa 3,5 Mio. € gestiegenen Umsatzerlöse aus Netznutzung.

Insgesamt etwa 60 % oder 78,1 Mio. € des Umsatzes der INFRAWEST GmbH wurde mit verbundenen Unternehmen und etwa 40 % oder 54,2 Mio. € mit Dritten Unternehmen außerhalb des Konzerns erwirtschaftet.

Sonstige betriebliche Erträge fielen in Höhe von 0,3 Mio. € (Vorjahr 0,5 Mio. €) an, die vornehmlich aus den durchgeführten Sperrungen und Entsperrungen im Auftrag der jeweiligen Lieferanten entstanden sind.

Der um 1,8 Mio. € auf 132,6 Mio. € gesunkenen Gesamtleistung standen im Geschäftsjahr 2014 um 3,3 Mio. € gestiegene Betriebsaufwendungen in Höhe von 149,3 Mio. € gegenüber, so dass die INFRAWEST GmbH insgesamt im Vergleich zum Vorjahr ein deutlich schlechteres Betriebsergebnis in Höhe von -16,7 Mio. € erwirtschaftet hat.

Hierbei stiegen im Einzelnen die Materialaufwendungen für Fremdlieferungen und Fremdleistungen insgesamt um etwa 1,9 Mio. € auf nunmehr 125,7 Mio. €. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere höhere Aufwendungen für angefallene Mehr-/Mindermengenabrechnungen im Gasbereich Dritter sowie gestiegene Pacht aufwendungen und eine höhere Inanspruchnahme von technischen Dienstleistungen des Netzservice. Teilweise kompensiert werden diese Effekte durch geringere Aufwendungen für die Beschaffung der Verlustenergie sowie gegenüber dem Vorjahr gesunkene Kosten für die Nutzung der vorgelagerten Netze.

Der Personalaufwand erreichte im Jahr 2014 eine Höhe von 2,6 Mio. € (Vorjahr 2,3 Mio. €) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen eine Höhe von 21,0 Mio. € (Vorjahr 19,9 Mio. €).

Abschreibungen spielten mit einer Höhe von 31 T€ auch im Geschäftsjahr 2014 aufgrund der Ausgestaltung der INFRAWEST GmbH als Pacht- und Dienstleistungsgesellschaft keine wesentliche Rolle.

Das Finanzergebnis der INFRAWEST GmbH hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr mit -431 T€ im Vergleich zum vorangegangenen Geschäftsjahr leicht verschlechtert (Vorjahr -364 T€).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der INFRAWEST GmbH nach sonstigen Steuern beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr -17.090,2 T€, welches gemäß dem bestehenden Ergebnisabführungs- und Verlustübernahmevertrag in voller Höhe vom Anteilseigner STAWAG ausgeglichen wird.

Finanzlage

Seit dem Jahr 2010 ist die INFRAWEST GmbH in das Cash-Pooling des Konzerns Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) eingebunden und hat auf dieser Basis im Geschäftsjahr 2014 mehrmals kurzfristige Finanzmittel in Anspruch genommen. Zum Bi-

lanzstichtag bestanden Forderungen aus dem Cash-Pooling in Höhe von 443 T€ (Vorjahr: 312 T€). Zusätzlich resultierte aus der Entscheidung zum Verzicht auf die Abschlagsbeträge von Lieferanten ab dem 01.01.2012 ein zusätzlicher erheblicher Finanzbedarf der Gesellschaft. Hierzu wurden im Geschäftsjahr 2013 zwei Gesellschafterdarlehen (41 Mio. € und 15 Mio. €) mit der STAWAG zur mittelfristigen Finanzierung dieses Liquiditätsbedarfs abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag resultierten aus beiden Gesellschafterdarlehen Verbindlichkeiten in Höhe von 52,5 Mio. € (Vorjahr: 50,7 Mio. €). Ab dem Geschäftsjahr 2015 wird nach Wiedereinführung der Abschlagsserhebung von Lieferanten eine sukzessive Rückführung der Gesellschafterdarlehen erfolgen. Die Gesellschaft wird auf dieser Finanzierungsbasis ihre künftigen Zahlungsverpflichtungen erfüllen können. Zum Ende eines Jahres stehen diesen Verbindlichkeiten aus dem Verzicht auf die Erhebung von Abschlagsbeträgen in etwa gleicher Größenordnung Forderungen aus noch nicht abgerechneten Netzdurchleitungen gegenüber den entsprechenden Lieferanten entgegen. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter STAWAG betragen nach entsprechender Saldierung und inkl. der Forderungen aus der Verlustübernahme zum 31.12.2014 etwa 13.688 T€.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der INFRAWEST GmbH betrug zum Bilanzstichtag 18,8 Mio. €, wobei aufgrund der Ausgestaltung als reine Pacht- und Dienstleistungsgesellschaft auf der Vermögensseite das Anlagevermögen mit 122 T€ und auf der Kapitalseite das Eigenkapital mit 25 T€ keine wesentliche Höhe erreichten. Das Umlaufvermögen betrug 18,7 Mio. € (Vorjahr 14,2 Mio. €) und setzt sich ausschließlich aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen zusammen. Diese bestehen zum überwiegenden Anteil aus Forderungen aus der Netzentgeltabrechnung (15,6 Mio. €) und aus sonstigen debitorischen Forderungen (1,4 Mio. €). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere mit der Aufnahme des Netzbetriebs in den Kommunen Simmerath und Monschau begründet.

Die Rückstellungen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf insgesamt etwa 0,8 Mio. € (Vorjahr 1,3 Mio. €). Hiervon entfallen 0,3 Mio. € auf Rückstellungen für die Konzessionsabgaben im Gasbereich und 0,2 Mio. € auf Rückstellungen für Klageverfahren.

Die Verbindlichkeiten betragen zum Bilanzstichtag 18,0 Mio. € (Vorjahr: 12,9 Mio. €) und setzen sich aus Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €), Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 13,7 Mio. € (Vorjahr: 9,1 Mio. €) und sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €) zusammen. Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter ist ebenfalls insbesondere aus der Aufnahme des Netzbetriebs in den Kommunen Simmerath und Monschau begründet und resultiert aus der infolge des bereits beschriebenen Anstiegs der Forderungen aus der Netzentgeltabrechnung im Zusammenhang mit der rollierenden Abrechnung erforderlichen höheren Inanspruchnahme von Gesellschafterdarlehen der STAWAG.

Die Geschäftsführung der INFRAWEST GmbH bewertet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft insbesondere vor dem Hintergrund der Einbindung in den STAWAG-Konzernverbund als stabil.

Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die INFRAWEST GmbH ist nach § 3 Nr. 18 EnWG ein Energieversorgungsunternehmen und nach § 3 Nr. 38 EnWG über den STAWAG-Konzern vertikal integriert. Die INFRAWEST GmbH ist in den Segmenten Elektrizitäts- und Gasverteilung tätig. Die Berichterstattung über die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage gemäß § 6b EnWG erfolgt im Rahmen der Erläuterungen zu den beigefügten Tätigkeitsabschlüssen.

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftervertrag vorgegeben und der Aufsichtsbehörde von der Stadt Aachen angezeigten öffentlichen Zweck "der Betrieb, die Instandhaltung/Erhaltung und der Ausbau von Versorgungsnetzen für Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Wasser und Telekommunikation für den Gesellschafter sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte" im Geschäftsjahr voll erfüllt.

3. Nachtragsbericht

Nachdem bereits im Jahr 2013 die Kostenprüfung im Strombereich als Grundlage für die Festlegung der Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode abgeschlossen werden konnte und

der INFRAWEST GmbH auch der entsprechende vorläufige Effizienzwert mitgeteilt wurde, hat die INFRAWEST GmbH am 11.03.2015 von der Bundesnetzagentur ein weiteres Anhörungsschreiben zum Regulierungskonto erhalten. Hierzu hat die INFRAWEST GmbH am 23.03.2015 eine umfangreiche Stellungnahme an die Bundesnetzagentur übermittelt. Eine Rückmeldung hierzu bzw. ein endgültiger Erlösobergrenzenbescheid für die zweite Regulierungsperiode im Strombereich liegt der INFRAWEST GmbH bis zum heutigen Tage nicht vor. Der Abschluss dieses Verfahrens ist nach aktuellem Stand allerdings in den nächsten Wochen zu erwarten.

Gemäß den von den jeweiligen Regulierungsbehörden erteilten Bescheiden über die Festsetzung von Erlösobergrenzen haben die Netzbetreiber jährlich zum 01.01. eines Jahres die Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 Satz 1 ARegV anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte samt Verprobungsrechnung sowie die schriftliche Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Die INFRAWEST GmbH hat diese Daten für die Erlösobergrenze des Jahres 2015 am 19.12.2014 für den Strombereich an die Bundesnetzagentur und für den Gasbereich ebenfalls am 19.12.2014 an die Landesregulierungsbehörde NRW übermittelt. Eine Rückmeldung der Behörden hierzu steht bis zum heutigen Tage noch aus.

4. Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die INFRAWEST GmbH ist in das Risikomanagementsystem des E.V.A.-Konzerns eingebunden. Zusätzlich werden ausgewählte Geschäftsprozesse durch die Revision des Konzerns analysiert. Die INFRAWEST GmbH hat gegen die Festlegung der Erlösobergrenzen Strom für die erste Regulierungsperiode Rechtsbeschwerde beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingelegt. Da in dem Festlegungsbescheid jedoch bereits alle aktuell noch strittigen Punkte zum Nachteil der INFRAWEST GmbH verarbeitet wurden, sind durch den Ausgang dieses Gerichtsverfahrens keine zusätzlichen negativen Auswirkungen auf die zukünftigen Erlöse der Netzgesellschaft zu erwarten. Die Wiederaufnahme des zwischenzeitlich ruhend gestellten Verfahrens wird ab Mitte des Jahres 2015 erwartet.

Gegen die Festlegung der Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode im Gasbereich hat die INFRAWEST GmbH ebenfalls Beschwerde beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingereicht. Am 05. März 2015 hat hierzu die mündliche Verhandlung vor dem Oberlandesgericht stattgefunden. Die Urteilsverkündung wurde zwischenzeitlich auf den 07.05.2015 terminiert.

Darüber hinaus hat die INFRAWEST GmbH Rechtsbeschwerde gegen den Festlegungsbescheid der Bundesnetzagentur zum Qualitätselement für die Jahre 2012 und 2013 sowie die Festlegung der Behörde zur Ausgestaltung des Qualitätselements für die Jahre 2014 bis 2016 und die Festlegung GaBi Gas 2.0 Rechtsbeschwerde beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingereicht. Aus allen genannten Verfahren sind nach aktuellem Kenntnisstand über das Prozesskostenrisiko hinaus keinerlei negative Auswirkungen auf die zukünftigen Erlöse der INFRAWEST GmbH zu erwarten.

Die letzten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland werden nach jetzigem Kenntnisstand keine kurz- und mittelfristigen Auswirkungen auf die INFRAWEST GmbH haben, da das Absatzrisiko durch die Einführung der Anreizregulierung auf die Netznutzer übertragen wurde. Abweichungen bei den Umsatzerlösen positiver oder negativer Art gegenüber der Erlösobergrenze werden auf einem Regulierungskonto gesammelt und im Laufe der nächsten Regulierungsperiode verzinst wieder ausgeglichen. Kurzfristig sind daher für die INFRAWEST GmbH lediglich witterungsbedingte Mindererlöse insbesondere im Gasbereich als Ergebnisrisiko zu benennen.

Langfristige Wirkungen durch den etwaigen dauerhaften Wegfall einzelner Großkunden und deren Auswirkungen auf die zukünftigen Effizienzwerte der INFRAWEST GmbH in der Anreizregulierung sind nach momentanem Kenntnisstand nicht zu erwarten.

Die damalige RWE Rhein-Ruhr Verteilnetz GmbH hat den Netznutzungsvertrag mit der INFRAWEST GmbH vom 3./23.08.2004 zum 31.12.2009 gekündigt. Seitdem besteht aufgrund einer Reihe unterschiedlicher Ansichten der Vertragspartner zur konkreten Netzanschluss- und Netznutzungssituation ein vertragsloser Zustand. Diesbezüglich im Berichtsjahr weiter geführte Gespräche zwischen den Vertragspartnern haben zwar zu einer teilweisen Einigung geführt, ein Vertragsabschluss konnte bisher aber nicht erreicht werden. Die diesbezüglichen Gespräche werden im Jahr 2015 mit dem umfirmierten Vertragspartner Westnetz GmbH, Dortmund fortgeführt.

Dem Risiko einer deutlichen Ergebnisabweichung durch eine Versorgungsunterbrechung, wie sie im Jahr 2013 aufgetreten ist und einen daraus resultierenden deutlichen Anstieg der vorgelagerten Netzkosten wird die INFRAWEST GmbH künftig dadurch begegnen, dass aktuell die letzten Planungen zur kurzfristigen Realisierung einer weiteren unabhängigen Hochspannungstrasse zum Ausgleich derartiger Lastverlagerungen durchgeführt werden.

Durch die Einführung der Anreizregulierung seit dem 01.01.2009 und die damit verbundene schrittweise Entkopplung von Kosten und Erlösen sowie die Einführung von Regulierungsperioden von vier bzw. fünf Jahren ist mittelfristig insgesamt eine erhöhte Planungssicherheit bezüglich der Netznutzungsentgelte im Strom- und Gasbereich gegeben.

Aktuell bleibt jedoch abzuwarten, welche Auswirkungen für die INFRAWEST GmbH aus der aktuell diskutierten Novellierung der ARegV entstehen werden. Nach aktuellem Stand ist davon auszugehen, dass im Sommer 2015 eine Novellierung der ARegV erfolgen wird. Wirkung werden diese Änderungen vermutlich mit Beginn der dritten Regulierungsperiode (Gas 2018, Strom 2019) entfalten.

Die Geschäftsführung der INFRAWEST GmbH verbindet mit dieser Ordnungsänderung die Hoffnung, dass in diesem Zuge die investitionshemmende Wirkung des in der Anreizregulierung aktuell angelegten Zeitverzugs zwischen der Tätigkeit einer Investition und deren Erlöswirksamkeit von bis zu sieben Jahren abgemildert oder gar vollständig eliminiert werden könnte.

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

	Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016
Netzeinspeisung			
Strom (GWh)	1.438	1.428	1.428
Gas (GWh)	2.172	2.577	2.579
Wasser (Mio. cbm)	22	22	22
Wärme (GWh)	295	356	363
Umsatzerlöse VU (Mio. €)	78,1	79,0	83,3
Umsatzerlöse Dritte (Mio. €)	54,2	61,1	60,8
Personalaufwand (Mio. €)	2,6	2,7	2,9
Mitarbeiterzahlen	29,5	30,5	30,5
Ergebnis (Mio. €)	-17,1	-11,2	-8,6

Bei der Netzeinspeisung wird in allen Versorgungsmedien bereinigt um entsprechende Witterungseffekte eine weitgehend konstante Entwicklung in den kommenden Jahren erwartet.

Die Umsatzerlöse der INFRAWEST GmbH werden im Jahr 2015 auf dem witterungsbereinigten Niveau des Jahres 2014 liegen und anschließend im Jahr 2016 insbesondere durch die vorzeitige Inanspruchnahme entsprechender Mindererlöse aus dem Regulierungskonto Gas ansteigen.

Für die Sparten Wasser, Fernwärme und Telekommunikation sind nach momentanem Kenntnisstand für die INFRAWEST GmbH kurz- und mittelfristig keinerlei gravierende Veränderungen bei den Umsätzen aus Netznutzung und den Spatenergebnissen zu erwarten.

Insgesamt wird für die Jahre 2015 und 2016 zwar wiederum ein negatives Geschäftsergebnis, allerdings ein deutlich besseres Jahresergebnis als 2014 erwartet.

Aufgrund der gesetzlichen bzw. regulierungsbedingten Vorgaben wird auch für die kommenden Jahre mit negativen Ergebnissen der INFRAWEST GmbH gerechnet. Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der Gesellschafterin STAWAG werden die Verluste übernommen. Der Fortbestand der Gesellschaft ist daher davon abhängig, dass die STAWAG auch zukünftig in der Lage und bereit ist, die auftretenden Verluste auszugleichen und ausreichend Liquidität zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt werden durch die Geschäftsführung keine bestandsgefährdenden Risiken gesehen.

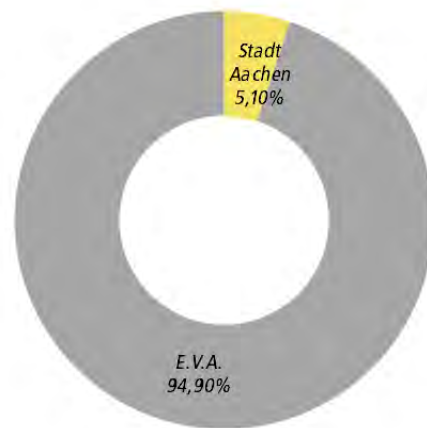
Bereich
Verkehr

Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs AG
Sitz	Neuköllner Str. 1, 52068 Aachen
Rechtsform	AG
Gründungsjahr	1880
Vorstand	Michael Carmincke
Gremien	Hauptversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	6.021.120,00 EUR
Mitarbeiter	579 (Vorjahr 611) (31.12.)
Internet	www.aseag.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und der Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien und Omnibuslinien zur Personen- und Güterbeförderung, sowie der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen. Außerdem gehört die Durchführung von Gelegenheitsverkehren dazu. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, ihren Betrieb ganz oder teilweise zu verpachten. Sie kann sich an Unternehmen, die ihrem Zweck förderlich erscheinen, beteiligen, solche Unternehmungen erwerben oder pachten, veräußern oder verpachten und Interessengemeinschaftsverträge abschließen; sie kann ferner jederzeit Personen- und Güterförderungsbetrieb von Schienenfahrzeugen ganz oder teilweise auf Betrieb mit anderen Fahrzeugen umstellen. Die Gesellschaft kann Grundstücke und Grundstücksrechte ankaufen und veräußern.

Organe des Unternehmens

Vorstand: Michael Carmincke

Aufsichtsrat:

Vorsitzender
stv. Vors.
2. stv. Vors.

Heiner Höfken (SPD)
Peter Timmermanns
Leo Buse
Gaby Breuer (CDU)
Helmut Etschenberg
Karl-Heinz Goldin
Roger Gülpen
Hans-Albert Heinrich
Elisabeth Paul
Marcel Philipp
Michael Rau (Grüne)
Alfred Sonders

Ratsmitglied
StädteRegion
Arbeitnehmervertreter
Ratsmitglied
Städtereionsrat
Arbeitnehmervertreter
Arbeitnehmervertreter
Arbeitnehmervertreter
StädteRegion
Oberbürgermeister
Ratsmitglied
Bürgermeister Stadt Alsdorf

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens einer Person. Die genaue Zahl der Vorstandsmitglieder bestimmt der Aufsichtsrat; diesem obliegt auch der Erlass einer Geschäftsordnung für die Vorstandsmitglieder. Ist nur ein Vorstandsmitglied vorhanden, so vertritt es die Gesellschaft allein. Sind mehrere Vorstandsmitglieder vorhanden, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Der Aufsichtsrat kann bestimmen, dass einzelne Vorstandsmitglieder befugt sind, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern. Die E.V.A. entsendet den Oberbürgermeister der Stadt Aachen und den Landrat des Kreises Aachen oder einen vom Oberbürgermeister bzw. Landrat vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt bzw. des Kreises in den Aufsichtsrat. Die übrigen derjenigen Sitze, die nicht nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes besetzt werden, sollen sich zur Hälfte auf die Stadt und zur Hälfte auf den Kreis verteilen. Die Aufsichtsratsmitglieder werden, vorbehaltlich der in Satz 2 dieses Absatzes getroffenen Regelung, auf die Dauer der durch §102 Abs. 1 AktG zugelassenen Frist gewählt. Die Amtszeit der auf Vorschlag der Stadt Aachen und des Kreises Aachen gewählten Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die innerhalb von vier Monaten nach Ablauf der Wahlperiode des Rates der Stadt Aachen beziehungsweise des Kreistages des Kreises Aachen abzuhalten ist. Sie werden durch einen mit einfacher Mehrheit zu fassenden Beschluss der Hauptversammlung abberufen, wenn der Rat der Stadt Aachen beziehungsweise der Kreistag des Kreises Aachen von ihrem Abberufungsrecht [...] Gebrauch gemacht haben. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die festgelegte Amtsdauer [...] einen Vorsitzenden, einen ersten und zweiten Stellvertreter. Hierbei gilt als Richtlinie, dass der Vorsitzende ein von der Stadt Aachen, der erste stellvertretende Vorsitzende ein vom Kreis Aachen und der zweite stellvertretende Vorsitzende ein von den Arbeitnehmern gestelltes Mitglied sein soll. Der Aufsichtsrat ist befugt, aus seiner Mitte Aufsichtsbeiräte zu bilden und deren Aufgaben und Befugnisse in einer Geschäftsordnung festzusetzen.

Vertretung der Stadt Aachen in der Hauptversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	55.077	47%	82.069	66%	82.110	77%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	61	0%	39	0%	300	0%
II.	Sachanlagen	19.009	16%	21.945	18%	21.851	21%
III.	Finanzanlagen	36.007	31%	60.085	48%	59.959	56%
B.	Umlaufvermögen	61.800	53%	41.900	34%	24.013	23%
I.	Vorräte	484	0%	409	0%	519	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	50.575	43%	40.729	33%	22.673	21%
III.	Wertpapiere	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	10.741	9%	761	1%	821	1%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	26	0%	770	1%	10	0%
Bilanzsumme Aktiva		116.903		124.738		106.133	
A.	Eigenkapital	9.332	8%	9.332	7%	9.332	9%
I.	Gezeichnetes Kapital	6.021	5%	6.021	5%	6.021	6%
II.	Kapitalrücklage	3.311	3%	3.311	3%	3.311	3%
B.	Zuschüsse	0	0%	1.238	1%	838	1%
C.	Rückstellungen	96.939	83%	100.860	81%	84.715	80%
D.	Verbindlichkeiten	9.329	8%	11.913	10%	9.847	9%
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	1.303	1%	1.395	1%	1.400	1%
Bilanzsumme Passiva		116.903		124.738		106.133	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	51.643	50.878	51.962
sonstige betriebliche Erträge	5.615	6.412	30.799
Betriebsleistung	57.258	57.290	82.761
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	27.515	29.931	32.839
Personalaufwand	33.769	31.322	34.766
Abschreibungen	3.635	3.537	3.570
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.374	8.593	8.818
Betriebserfolg	-16.035	-16.092	2.769
Erträge aus Beteiligungen	6	8	6
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	14	1.836	2.547
Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.194	0	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	31	120	277
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	372	244	10
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	6.000	3	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.043	5.149	5.094
Finanzergebnis	-10.634	-4.780	-4.801
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-30.849	-19.036	515
außerordentliche Aufwendungen	765	765	765
außerordentliches Ergebnis	-765	-765	-765
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	117	108	85
Erträge aus Verlustübernahme	31.731	19.909	335
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über Ergebnisübernahmeverträge innerhalb des EVA - Konzerns und eine entsprechende Ausschüttung der E.V.A. an die Stadt Aachen betroffen.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Grundlagen des Geschäftsmodells der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG) ergeben sich aus der Satzung des Unternehmens. Hier heißt es:

"Gegenstand der Gesellschaft sind der Bau, der Erwerb und der Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien und Omnibuslinien sowie Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung in der Region Aachen und alle damit im Zusammenhang stehenden begleitenden Tätigkeiten.

Gegenstand der Gesellschaft ist ferner der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen.

Gegenstand der Gesellschaft ist zudem für eigene Zwecke die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte zum Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien, Omnibuslinien und Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung und die Beteiligung an Gesellschaften mit dem vorgenannten Gesellschaftszweck."

Im Laufe der langjährigen Geschichte der ASEAG haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, so dass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen,
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100%ige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen, so dass bezüglich dieser Aktivitäten auf den Geschäftsbericht der APAG verwiesen wird. Darüber hinaus beabsichtigt die ASEAG grundsätzlich, sich zusammen mit einem Partner an der für nunmehr erst mittelfristig erwarteten Ausschreibung für die Euregiobahn (geplante Betriebsaufnahme nun voraussichtlich 2020/2021) zu beteiligen. Nach derzeitigen Überlegungen der ausschreibenden Stelle, der Nahverkehr Rheinland GmbH (NVR), ist kurzfristig eine separate Ausschreibung für einen Übergangsbetrieb von drei bis vier Jahren zu erwarten, an der sich die ASEAG und ihr Partner aufgrund geringer Erfolgsaussichten und kurzer Laufzeit voraussichtlich jedoch nicht beteiligen werden.

Der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung ist durch eine Betrauung aus dem Jahr 2007 noch bis zum 31. Dezember 2017 abgesichert. Der Vorstand strebt eine Direktvergabe der Leistungen an die ASEAG gemäß EU VO 1370/2007 ab 2018 an. Die entsprechende Vorabbenachrichtigung wird für 2015 erwartet.

Die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte erfolgt im kleineren Umfang im laufenden Betrieb. Größere Tests bzw. Vorhaben werden in der Regel im Rahmen von geförderten Projekten durchgeführt.

Forschung und Entwicklung

Um technisch auf einem aktuellen Stand zu bleiben und bei Diskussionen mit Verkehrsexperten, Politikern und Bürgern weiterhin als kompetenter Partner im Bereich des ÖPNV wahrgenommen zu werden und nicht zuletzt, um Möglichkeiten der Geschäftsfelderweiterung im Umfeld der derzeitigen Kernleistung auszuloten, beteiligt sich die ASEAG an verschiedenen Forschungsprojekten als Partner. Dies sind insbesondere die Projekte "Mobility Broker" und "CIVITAS DYN@MO".

Das Projekt "Mobility Broker", gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), wird seit Oktober 2013 von der ASEAG geleitet. Ziel des Projekts ist die Zusammenführung aller Mobilitätsangebote einer Region auf einem Marktplatz, der aufgrund einer präferenzbasierten Auswahl (Fahrzeit, Umsteigeanzahl, Preis, Verkehrsmitteltyp) den Reisenden sowohl unimodale als auch intermodale Mobilitätsangebote vermittelt. Schnittstelle zu dem Marktplatz soll eine mobile Anwendung sein, die es den Anwendern jederzeit an jedem Ort ermöglicht, ein passendes Mobilitätsangebot (Pedelec, Elektro-/Auto, Bus, Bahn, Taxi oder Mitfahrgelegenheit) anzufordern. Grundlage ist ein integriertes Mobilitätskonzept für flexible Intermodalität, das insbesondere die erste und letzte Meile von Reiseketten verbessert und durch Angebote der Elektromobilität ergänzt. Das Projekt ist dabei auf eine Laufzeit von 2,5 Jahren angelegt. Der Eigenanteil der ASEAG beläuft sich auf rund 1,3 Mio. EUR. Das Projekt wird zusammen mit der RWTH Aachen und drei weiteren Partnern betrieben. Das Gesamtprojektvolumen aller Projektpartner beläuft sich auf 4,3 Mio. EUR.

Das Projekt "CIVITAS DYN@MO" ist ein EU-Projekt, an welchem 27 Partner aus vier europäischen Städten (neben Aachen: Palma de Mallorca, Gdynia und Koprivnica) teilnehmen. Das Projektvolumen über alle Partner beträgt über 13 Mio. EUR über einen Zeitraum von vier Jahren. Ziel des Projektes ist eine nachhaltige Verkehrsentwicklung sowie die Erarbeitung von konkreten praktischen Lösungen, wie man die Mobilität in Städten besser organisiert. Die ASEAG ist einer der Projektpartner, ihr obliegt die Erprobung von Hybrid- und Elektrobussen im Linienverkehr.

Hierzu wird beispielsweise auch im Rahmen eines separaten Programms ein Bus zu einem Elektrobus mit Batteriebetrieb umgebaut, so dass die technischen Abteilungen der ASEAG vertieftes Wis-

sen über diese Antriebstechnologie erwerben können. Eine erste Testphase im Linienbetrieb ist für das erste Halbjahr 2015 geplant. Diese mündet in einem Grobkonzept, das gemeinsam mit der Stadt Aachen entwickelt werden soll. Ziel dieses Konzeptes ist es, eine Entscheidungsgrundlage für den Aufgabenträger zu erarbeiten, die Aussagen im Hinblick auf Zeitschiene, technische Realisierbarkeit, finanzielle Mittel und Finanzierungswege für eine mögliche Elektrifizierung des Linienverkehrs in Aachen geben.

Beide Projekte sind in 2013 gestartet und noch nicht abgeschlossen. Projektzeitplanbedingt liegen bisher keine abschließenden Forschungsergebnisse vor.

Eine Aktivierung von Projektergebnissen ist derzeit nicht vorgesehen. Auch wurden bisher keine Entwicklungskosten aktiviert, so dass diesbezüglich auch keine Abschreibungen anfallen.

Im Gegensatz zum Linienverkehr, der regelmäßig und nach Fahrplan ein Angebot an Fahrten bereitstellt, orientiert sich die Nutzung des sogenannten bedarfsorientierten Verkehrs an der aktuell bestehenden Verkehrsnachfrage an bestimmten Tagen, zu bestimmten Zeiten oder auf bestimmten Strecken. Bei der ASEAG sind dies beispielsweise das AnrufLinienTaxi (ALT) oder das AnrufSammel-Taxi (AST). Im Rahmen des Projektes „Dynamisches Liniensystem“ (DLS) sollen weitere bedarfsorientierte Lösungsmöglichkeiten, das Buslinienetz zu optimieren und dennoch die ÖPNV-Anbindung in nachfrageschwächeren Gebieten zu sichern, entwickelt werden. Ziel ist die Vernetzung nachfragegestarker Buslinien mit flexiblen Bedienformen, die Zubringer- und Verknüpfungsfunktionen in nachfrageschwächeren Gebieten übernehmen. Die Dynamisierung des Fahrplans bietet dem Kunden eine höhere Flexibilität. Wichtige Fragestellungen im Projekt sind darüber hinaus, wie bei einer Umsetzung der Kunde über die Erfüllung seines Fahrtwunsches informiert werden kann, in welchen Zeitabschnitten die Fahrtwünsche gebündelt werden und wie eine Einführung eines DLS als innovatives System vermarktet werden kann. Eine erste Testphase des Systems ist für Dezember 2015 geplant. Eine mögliche Umsetzung in einer Aachener Modellregion wird zum Fahrplanwechsel 2017 im Rahmen der Betrauung angestrebt.

Im Zuge der Fortentwicklung der Vertriebssysteme wird die ASEAG im Rahmen der im Rahmen des Aachener Verkehrsverbunds (AVV) geplanten Einführung des elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) seine Vertriebssysteme im Abonnentenbereich und in der Fahrkartenkontrolle auf VDV-Kernapplikationsfähige Prozesse umstellen. Eine Umsetzung ist bis Sommer 2016 geplant. Eine weiterführende Entwicklung hin zum Verkauf von Einzeltickets im Rahmen des EFM und zum Beispiel Check-In/Check-Out-Systemen soll nach erfolgreicher Einführung der ersten Phase erfolgen. Dabei ist der rasante technische Fortschritt in diesem Bereich zu berücksichtigen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) bewertet die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland als sehr positiv. Nachdem die Wirtschaft im letzten Sommer mehr oder weniger stagnierte, deuten die aktuellen Indikatoren darauf hin, dass die Konjunktur wieder an Fahrt gewinnt. Im vierten Quartal 2014 legte die Industrieproduktion verhältnismäßig stark zu und sowohl die überraschend positive Entwicklung der Auftragseingänge als auch die deutlich verbesserte Stimmung in den Unternehmen lassen eine weitere Belebung erwarten. Der schwächere Eurokurs und der äußerst niedrige Ölpreis dürften ihren Beitrag dazu geleistet haben. Zudem entwickelt sich der Arbeitsmarkt weiter positiv. Ein hohes Maß an Beschäftigung, steigende Realeinkommen und niedrige Zinsen ermöglichen eine hohe Konsumnachfrage.

Nach Ursprungszahlen waren knapp 43 Mio. Personen im Inland erwerbstätig, gut 400.000 mehr als noch vor einem Jahr.

Der VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) geht in seinem Jahresbericht 2014 darauf ein, dass die Verkehrsentwicklung naturgemäß abhängig von gesellschaftlichen, demografischen und vor allem gesamtwirtschaftlichen Faktoren ist. Für das Berichtsjahr konnte weiterhin ein moderates Wachstum im Personenverkehr in Höhe von 0,6 Prozent verzeichnet werden. In den Sparten des Personennahverkehrs mit Schiene stieg die Nachfrage nach den Leistungen der VDV-Unternehmen weiter an. Die Fahrgastzahlen der Sparte Bus musste jedoch ein Fahrgastminus von einem Prozent hinnehmen. Die Zuwächse wurden vor allem in den gut ausgebauten Verkehrssystemen der Großstädte und nahe den Ballungszentren erzielt.

2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2014 ist von zwei wesentlichen Ereignissen geprägt, die sich aus den Pensionsrückstellungen ergeben.

Aufgrund einer Entscheidung des Arbeitsgerichtes im März 2011 wurde in erster Instanz der Klage eines Mitarbeiters auf Gleichbehandlung unterschiedlicher Arbeitnehmergruppen zugesprochen. Seit dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 wurden hierfür entsprechende zusätzliche Rückstellungen gebildet. Im Geschäftsjahr wurde dieser Prozess vor dem Bundesarbeitsgericht in letzter Instanz zu Gunsten der ASEAG entschieden. Demzufolge konnte die mittlerweile auf 24,1 Mio. EUR angewachsene Rückstellung erfolgswirksam aufgelöst werden.

Aufgrund der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank befindet sich auch der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen maßgebliche Zinssatz im freien Fall. Wurde im Zeitpunkt der Wirtschaftsplanerstellung von den Experten noch ein Zinssatz von 4,87 % prognostiziert, so beläuft sich der tatsächliche Wert zum Bilanzstichtag nunmehr auf 4,53 %. Das war der wesentliche Grund, warum die Aufwendungen für Altersversorgungen gegenüber dem Planansatz um 5,0 Mio. EUR gestiegen sind.

3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometer
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

	Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	+/-
<i>Nutzkilometer eigene Leistung</i>	8.804	8.713	-91
<i>Nutzkilometer angemietete Leistung</i>	6.461	6.557	96
	15.265	15.270	5
<i>Beförderte Personen in Tausend</i>	65.649	64.502	-1.147
<i>Beförderungserlöse (T€)</i>	45.420	44.558	-862
<i>Zuschüsse (T€)</i>	6.895	7.712	817
<i>Abgaben gemäß Verkehrsvertrag (T€)</i>	-1.517	-1.839	-322
<i>Kosten Treibstoff (T€)</i>	-6.379	-6.074	305
<i>Kosten Busanmietungen (T€)</i>	-17.171	-17.322	-151
<i>Gemietete Fahrer (ESBUS)</i>	82	81	-1
<i>Kosten Fahreranmietungen (ESBUS) (T€)</i>	-2.917	-3.019	-102
<i>Eigene Mitarbeiter gesamt</i>	579	573	-6
<i>Kosten Personal (T€)</i>	-29.434	-34.766	-5.332
<i>darin enthalten:</i>			
<i>Kosten Altersversorgung (o. Zinsen) (T€)</i>	-1.267	-6.272	-5.005
<i>Ergebnis ASEAG (T€)</i>	-20.561	-335	20.226
<i>darin enthalten:</i>			
<i>Ergebnis APAG (T€)</i>	1.483	2.465	982
<i>Ergebnis ASEAG-Reisen (T€)</i>	50	32	-18
<i>Ergebnis ESBUS (T€)</i>	-112	50	162

Die Verkehrserlöse verfehlten unsere geplanten Erwartungen um -0,2 Mio. EUR. Dabei standen im Wesentlichen um -0,9 Mio. EUR geringeren Erlösen aus Fahrscheinverkäufen um 0,8 EUR höhere Zuschüsse gegenüber.

Im Vorjahr entstanden im Fahrdienst Engpässe aufgrund frühzeitiger Renteneintritte und einer überdurchschnittlichen Zahl von Erkrankungen. Um dem entgegen zu wirken, wurde in der zweiten Jahreshälfte 2013 damit begonnen, das Fahrpersonal aufzustocken. Da die neuen Mitarbeiter allerdings erst ausgebildet werden mussten, erfolgte eine Entlastung erst mit einer entsprechenden Verzögerung. In der Zwischenzeit wurden daher mehr Fahrleistungen durch Subunternehmer erbracht. Dies wirkte auch noch in den ersten drei Monaten des Jahres 2014 hinein, so dass sich hieraus eine Verschiebung der Fahrleistung ergab. Aufgrund dessen erhöhten sich die Kosten für angemietete Leistungen und die Treibstoffkosten fielen geringer aus.

Bei der ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS) wurden durchschnittlich zwei Mitarbeiter weniger eingestellt und an die ASEAG abgestellt als ursprünglich angenommen. Die Anzahl der ASEAG-Mitarbeiter lag um sechs Personen unter dem Planansatz. Der höhere Personalaufwand resultiert, wie bereits beschrieben, im Wesentlichen aus den Aufwendungen für Altersversorgung.

Das Beteiligungsergebnis fiel im Wesentlichen durch das bessere APAG-Ergebnis um 1,1 Mio. EUR deutlich höher aus.

Das Planergebnis konnte aufgrund des Sondereffektes infolge der Auflösung der Pensionsrückstellungen sehr deutlich unterschritten werden, so dass das Ergebnis als überaus günstig zu bewerten ist.

Verkehr 2014



352	212 eigene Fahrzeuge	Linien	69
Gesamt	140 angemietet mit Fahrer	Linienlänge	1.264,2
		Wagenkilometer in 1000	16.950
		Nutzwagenkilometer in 1000	15.237
		Personenkilometer in Mio.	360,6
		Platzkilometer in Mio.	1.242
		Fahrgäste in Mio.	64,50

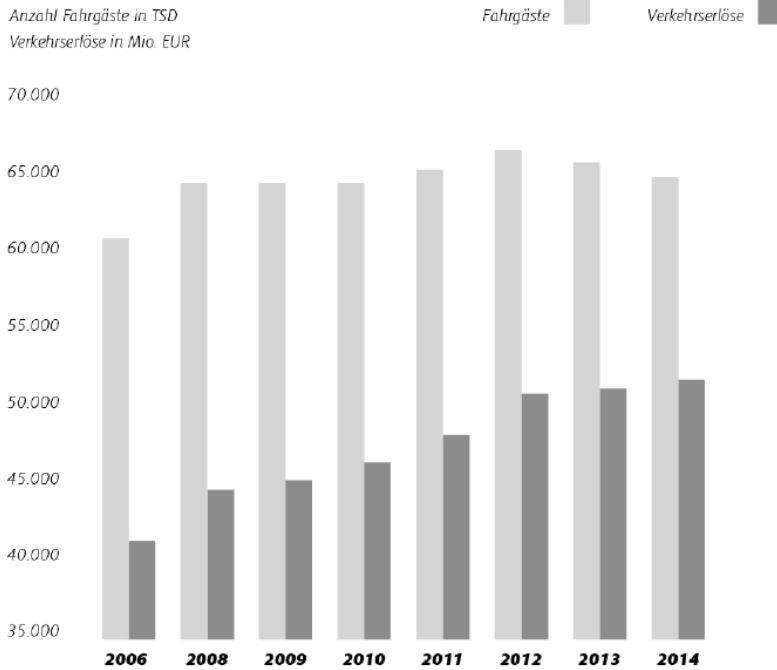
Stand 31.12.2014

1. Ertragslage

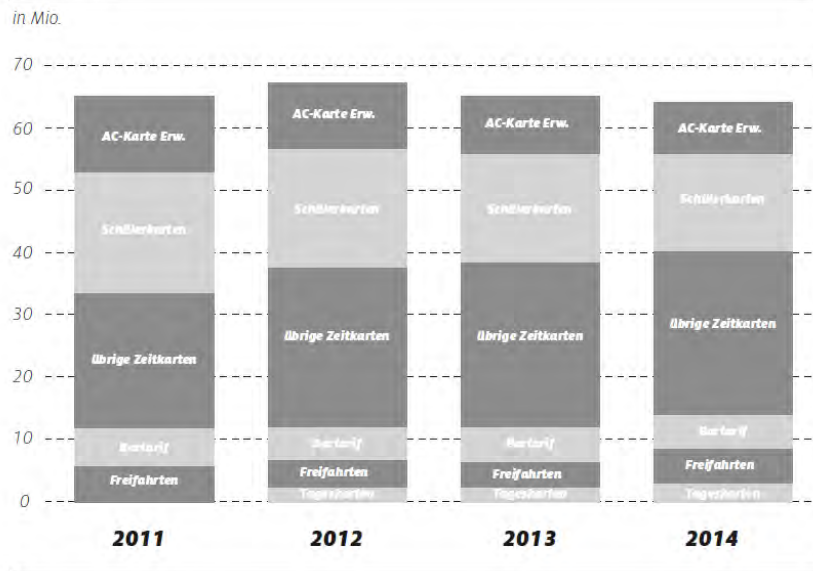
Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2014 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 0,3 Mio. EUR abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Ergebnisverbesserung um 19,6 Mio. EUR. Hierin ist ein außerordentlicher Ertrag aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen infolge eines gewonnenen Arbeitsgerichtsprozesses in Höhe von 24,1 Mio. EUR enthalten.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1,1 Mio. EUR auf 51,9 Mio. EUR. Die beförderten Personen reduzierten sich dabei um weitere 1,1 Mio. und kompensierten damit die Tarifierhöhung auf insgesamt -0,1 Mio. EUR. Die Zuschusserlöse stiegen insbesondere durch a-periodische Nachzahlungen um 1,0 Mio. EUR. Die sonstigen Erlöse lagen um 0,2 Mio. EUR über denen des Vorjahres.

Fahrgäste und Verkehrserlöse



Fahrgäste



Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 24,4 Mio. EUR auf 30,8 Mio. EUR. Dies resultiert mit 24,1 Mio. EUR aus der außerordentlichen Auflösung der Pensionsrückstellungen.

Der Materialaufwand erhöhte sich insgesamt um 2,9 Mio. EUR auf 32,8 Mio. EUR. Die Kosten für Fahrzeugmieten stiegen dabei um 0,4 Mio. EUR, die Kosten für Fahrerabstellung von ESBUS um 1,9 Mio. EUR und der außerordentliche Sanierungsaufwand um 0,6 Mio. EUR.

Der Personalaufwand erhöhte sich insgesamt um 3,4 Mio. EUR. Dies resultiert mit 4,2 Mio. EUR aus der Altersversorgung, die durch geringere Personalkosten für die aktiven Mitarbeiter kompensiert wurde. Die durchschnittliche Anzahl von Mitarbeiteräquivalenten reduzierte sich von 602 auf 573.

Die planmäßigen Abschreibungen liegen etwas über dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 0,2 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen enthalten im Wesentlichen die Gewinnabführungserträge der APAG in Höhe von 2,5 Mio. EUR (Vorjahr: 1,7 Mio. EUR).

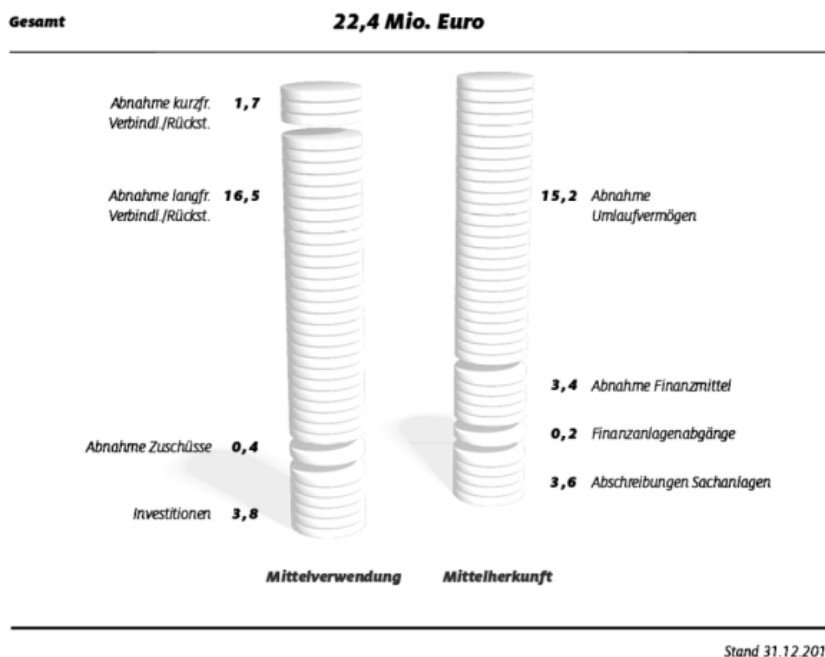
Die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 0,8 Mio. EUR resultieren aus einer weiteren Zuführung von einem Fünfzehntel des Bewertungsunterschieds der Pensionsrückstellungen gemäß BilMoG. Die in den nächsten Jahren noch zuzuführenden Bewertungsunterschiede zur Pensionsrückstellung belaufen sich insgesamt noch auf ca. 7,7 Mio. EUR.

Zwischen der ASEAG und der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen (E.V.A.) besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Aufgrund dieses Vertrages wird der Verlust der ASEAG von der E.V.A. ausgeglichen.

Finanzlage

Im Berichtsjahr belief sich das Finanzvolumen der ASEAG auf 22,4 Mio. EUR.

Finanzstruktur



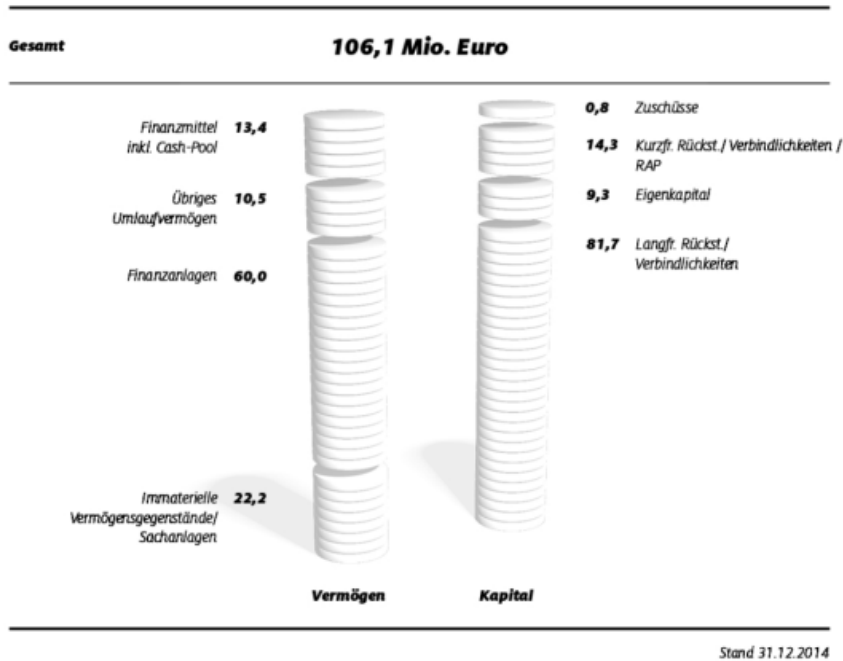
Die Abnahme der langfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen um 16,5 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen infolge des gewonnenen Arbeitsgerichtsprozesses, die allerdings durch Zuführungen aufgrund weiter sinkender Zinsen kompensiert wurden. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten reduzierten sich um 1,7 Mio. EUR im Wesentlichen dadurch, dass im Vorjahreswert noch nicht fällige Rechnungen aus Fahrzeugbeschaffungen enthalten waren. Die Investitionen in das Sachanlagevermögen resultieren in erster Linie aus der Anschaffung von neun Gelenkbussen, fünf Solobussen, einem Bausatz zum Umbau eines Hybridbusses zu einem Elektrobus sowie der Installation von dynamischen Fahrgastinformationssystemen (DFI).

Die Mittelherkunft erfolgte mit 15,2 Mio. EUR aus der Abnahme des Umlaufvermögens bedingt durch die deutlich geringere Forderung aus der Verlustübernahme. Darüber hinaus ergaben sich mit 3,4 Mio. EUR weitere Finanzierungsmittel aus der Reduzierung des Cash-Pool-Guthabens sowie mit 3,6 Mio. EUR aus der Abschreibung von Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 106,1 Mio. EUR und liegt um 18,6 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert.

Bilanzstruktur



Das Finanzanlagevermögen bildet 56,6 % der Bilanzsumme und beinhaltet neben 24,3 Mio. EUR Ausleihungen unter anderem mit 35,4 Mio. EUR den Beteiligungsbuchwert an der APAG. Der Anteil der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens beträgt 20,9 % und besteht im Wesentlichen aus Fahrzeugen für Personenverkehr. Die Finanzmittel betragen 12,6 % des Gesamtvermögens und resultieren maßgeblich aus dem unter den Forderungen gegen E.V.A. ausgewiesenen Cash-Pool-Guthaben in Höhe von 12,7 Mio. EUR sowie aus Kassen- und Bankguthaben in Höhe von 0,8 Mio. EUR. Das übrige Umlaufvermögen besteht größtenteils aus Forderungen aus dem Verkauf von Semestertickets sowie aus Gewinnabführungsansprüchen gegen Tochtergesellschaften und beträgt 9,9 % der Bilanzsumme.

Die Kapitalseite weist insgesamt 91,0 Mio. EUR mittel- und langfristige Mittel aus, die sowohl das Anlagevermögen als auch Teile des Umlaufvermögens langfristig abdecken. Die hauptsächlich aus Anlagevermögen resultierenden mittel- und langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten betragen 77,0 % der Bilanzsumme. Der Anteil der kurzfristigen Zuschüsse, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und des Rechnungsabgrenzungspostens beträgt 14,2 %, die Eigenkapitalquote beträgt 8,8 %.

III. Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2014 beschäftigte die ASEAG 579 Mitarbeiter/-innen.

Die Anzahl der Mitarbeiter/-innen reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 33 Mitarbeiter. 11 Eintritten standen 43 Austritte gegenüber. Hierin spiegelt sich die Strategie der Leistungsverschiebung von der ASEAG hin zur Tochtergesellschaft ESBUS wider, bei der entsprechend Personal aufgebaut wurde.

Auch im Jahr 2014 wurden wieder umfangreiche Fahrerschulungen durchgeführt. In allen Bereichen bietet die ASEAG weitere Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an.

Im Jahr 2014 bot die ASEAG zwei jungen Menschen die Möglichkeit, eine dreieinhalbjährige Berufsausbildung als Kraftfahrzeugmechatroniker, Fachrichtung Nutzfahrzeugtechnik, zu beginnen.

Vier junge Menschen haben in 2014 eine dreijährige Berufsausbildung zur Fachkraft im Fahrbetrieb begonnen. Die anerkannte Berufsausbildung schließt nach zweieinhalb bzw. drei Jahren mit einer IHK-Abschlussprüfung ab. Ziel ist es, zum einen die Altersstruktur der im Unternehmen beschäftigten Busfahrer ausgewogener zu gestalten und zum anderen, dass die jungen Leute neben dem Busfahren selbst eine Vielzahl weiterer Qualifikationen rund um den ÖPNV erhalten. Während ihrer Berufsausbildung lernen die Auszubildenden zunächst anderthalb Jahre lang kaufmännische und organisatorische Themen der ASEAG kennen und werden danach in der Fahrschule und im Fahrbetrieb ausgebildet. Nach erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung wird den Auszubildenden ein Arbeitsvertrag im Fahrdienst angeboten.

Auch in den kommenden Jahren wird dieses Ausbildungsplatzangebot aufrechterhalten.

Auszubildende

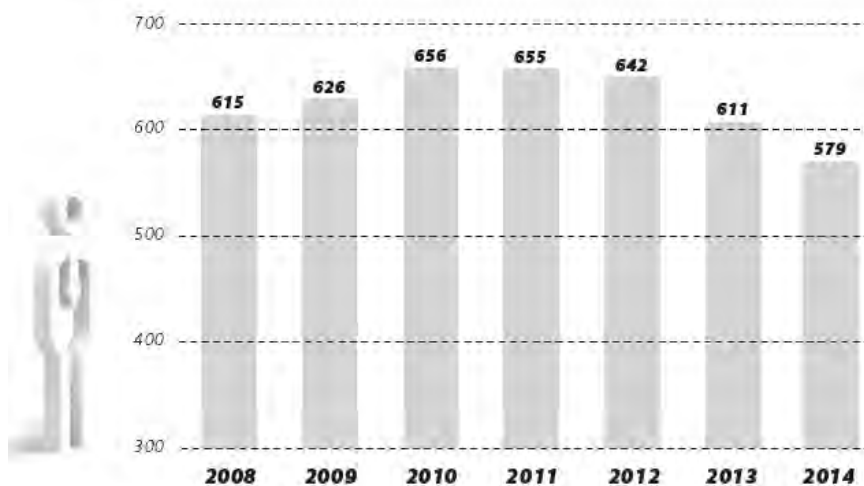
Gesamt



- 2** Kfz-Mechatroniker
Fachrichtung Nutzfahrzeugtechnik
- 12** Fachkraft im Fahrbetrieb

Stand 31.12.2014

Mitarbeiter Gesamt



Stand 31.12.2014

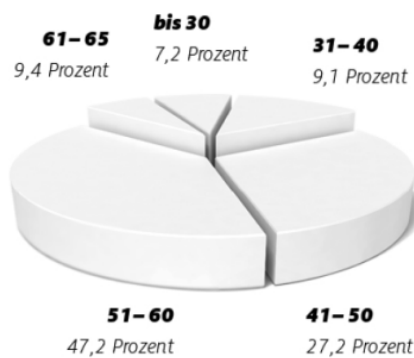


Mitarbeiter gesamt

	2014	2013	2012	2011	2010
Mitarbeiter gesamt	579	611	642	655	656
Vollzeitkräfte	517	550	574	584	598
Teilzeitkräfte	48	42	46	47	40
Auszubildende	14	19	22	24	18

Stand 31.12.2014

Altersstruktur 2014



Stand 31.12.2014

Mitarbeiter nach Bereichen 2014

Gesamt

579

- 366** Fahrdienst
- 105** Verkehrsverwaltung
- 43** Werkstatt
- 14** Auszubildende
- 51** Sonstige

Stand 31.12.2014

IV. Prognosebericht

Die kommenden Geschäftsjahre 2015 bis 2019 werden geprägt sein von der Vorbereitung der Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet des Aachener Verkehrsverbundes (AVV). Mit Ende der Betrauungen der kommunalen Unternehmen im AVV zum Jahresende 2017 steht der AVV vor der Herausforderung, die Vergabe der Verkehrsleistung für die Zeit ab 2018 zu organisieren. Wesentliche rechtliche und politische Maßnahmen sind im Geschäftsjahr 2014 vorbereitet worden und sollen im Geschäftsjahr 2015 endgültig verabschiedet werden. Dabei geht die ASEAG nach dem derzeitigen Stand der Diskussionen mit dem AVV und politischen Vertretern der Stadt Aachen und der Städteregion Aachen weiterhin davon aus, dass die ASEAG für ihre bisheri-

gen Leistungen (ca. 15 Mio. Nutz-km) eine Direktvergabe nach Maßgabe der EU VO 1370/2007 erhalten wird und die entsprechende Vorabkennzeichnung im letzten Quartal 2015 erfolgt. Analog trifft dies auch für die übrigen kommunalen Verkehrsunternehmen im AVV zu. Das Vergabeverfahren für die Leistungen, die zurzeit überwiegend von privaten Verkehrsunternehmen erbracht werden, ist zurzeit noch nicht abschließend entschieden, aber eine Direktvergabe weiterer Leistungen unmittelbar an die ASEAG erscheint aus Sicht der ASEAG inzwischen wahrscheinlich. Im Ergebnis könnte die ASEAG für die Erbringung der gesamten Betriebsleistung im ÖSPV in der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen zuständig sein – vereinzelte einbrechende Linien aus den Nachbarkreisen bzw. -ländern ausgenommen.

Nachdem die Geschäftsjahre 2012 und 2013 personalpolitisch noch von Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di geprägt waren, ist es im Geschäftsjahr 2014 zu einer Konzentration auf die Umsetzung der tariflichen Veränderungen gekommen. Der Ausbau der Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler (ESBUS) zur Fahrbetriebstochter ist in 2014 stetig vorangeschritten, so dass hier inzwischen über 100 Fahrer beschäftigt werden. Damit findet der personelle Austausch im Fahrdienst zwischen der ASEAG und der ESBUS derzeit schneller als geplant statt, so dass nach derzeitigem Stand davon auszugehen ist, dass die Anzahl der Mitarbeiter im Fahrdienst der ASEAG bereits im Jahr 2016 auf die im Tarifvertrag vorgesehene Zahl von 325 Mitarbeitern abgeschmolzen ist. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden keine nennenswerten Änderungen erwartet, so dass wir insgesamt von einem Personalbestand von 547 in 2015 ausgehen, der sich dann in 2016 aufgrund der Verschiebung zur ESBUS noch um etwa 20 Mitarbeiter reduziert. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei auch durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 beschleunigt. Dieser tendenziell kostensenkenden Entwicklung des Personalabgangs von Mitarbeitern mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen. Die Tarifierhöhungen für das Geschäftsjahr 2015 steht für den Nahverkehr zwar fest, aber die Forderungen seitens ver.di in 2015 für andere Bereiche des öffentlichen Dienstes lassen überproportionale Lohnforderungen in unteren Tarifgruppen für 2016 ff. erwarten.

Darüber hinaus bedroht das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) weiterhin die mit der Fremdvergabe erzielten Kostenvorteile. Hier konnte trotz einiger gerichtlicher Verfahren in Nordrhein-Westfalen, die Einschätzungen und Erwartungen zur Entschärfung des TVgG unterstützen, letztendlich keine Rechtssicherheit hergestellt werden, so dass dieses Risiko weiterhin verbleibt.

Des Weiteren werden die Ergebnisse der ASEAG vor Verlustübernahme durch die E.V.A. in den kommenden Jahren aufgrund weiterer erheblicher Zuführungen zur Pensionsrückstellungen belastet. Ursachen hierfür sind im Wesentlichen weiter fallende Abzinsungssätze für die Bewertung der Pensionsrückstellungen die zu sehr hohen Zuführungen in der Handelsbilanz führen. Darüber hinaus wirken sich eine zunehmende Lebenserwartung sowie die Neubewertung der Pensionsrückstellungen wegen des BilMoG (je ein Fünftel des zum 1. Januar 2010 festgestellten gesamten Unterschiedsbetrags) negativ auf das Gesamtergebnis aus.

Neben diesen Rahmenbedingungen werden steigende Umsatzerlöse, konstante Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und Schwerbehinderte (§ 148 SGB IX), neue Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) sowie der Entwicklung der Dieselpreise das Ergebnis beeinflussen.

Das Niveau der Ausgleichszahlungen nach § 11a ÖPNVG-NRW (Schülerbeförderung) hat sich im Jahr 2013 stabilisiert und wird auch in den Folgejahren in etwa konstant bleiben. Der Rückgang der Schwerbehindertenquote ist deutlich stärker als erwartet ausgefallen, so dass die ASEAG ihre Schwerbehindertenzählung im Jahr 2013 vorzeitig abgebrochen hat, da sich abzeichnete, dass kein unternehmensspezifischer Zuschusssatz nach § 148 Abs. 5 SGB IX mehr erreicht werden konnte. Im Ergebnis ist die ASEAG somit auf den Landessatz zurückgefallen. Dies ging mit erheblichen Einnahmehinbußen einher, die sich nunmehr in den Planungen bis 2019 widerspiegeln. Mit Erreichen des Landessatzes sind keine nennenswerten weiteren negativen Entwicklungen aus diesem Zuschusselement mehr zu erwarten, so dass ein relativ konstantes Niveau eingeplant wurde. Im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es wie bereits im Jahr 2013 zu erheblichen Mengeneinbrüchen im Segment des Bartarif (z.B. Einzelfahrscheine, Tageskarten), die unter anderem auch auf Verschiebungen hin zum Mobilticket zurückgeführt werden. Eine detaillierte Untersuchung der Verschiebungen zwischen den Ticketarten und daraus resultierende Effekte auf die Gesamteinnahmen inkl. der Zuschüsse wurde in 2014 durchgeführt. Erste Ergebnisse des Gutachters wurden nunmehr im Februar 2015 vom Gutachter vorgestellt. Auch wenn eine endgültige Würdigung der Ergebnisse noch aussteht, so ist doch davon auszugehen, dass die landesweit zunehmenden Verkaufszahlen und daraus resultierenden deutlich geringeren Zuschüssen je Ticket bereits in 2014 dazu geführt haben, dass gegenüber der normalen Preisstruktur und dem Nutzungsverhalten ohne Mobil-Ticket Einnahmenverluste hingenommen werden mussten. Der politische Ansatz zur Steigerung der Mobi-

lität dieser Kundengruppe konnte nach den Einschätzungen des Gutachters zu Lasten der Wirtschaftlichkeit erreicht werden. Im AVV besteht Einvernehmen darüber, dass politisch und preislich entsprechend nachgesteuert werden muss, um die Erlössituation dieses Produktes nachhaltig zu steigern.

Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2014 beträgt 0,4 Mio. EUR und liegt um 20,2 Mio. EUR unter dem Planansatz sowie ca. 19,6 Mio. EUR unter dem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme des Geschäftsjahres 2013. Diese deutliche Verbesserung ist durch einen Einmaleffekt begründet, der aus der Auflösung der Rückstellungen entsteht, die für einen Rechtsstreit im Zusammenhang mit der Ermittlungsmethode der Pensionsansprüche für ehemals gewerbliche Mitarbeiter erstmals in 2010 gebildet worden ist. Das als Musterverfahren geführte Verfahren wurde im Geschäftsjahr 2014 vor dem BAG gewonnen und die übrigen Klagen sind inzwischen zu großen Teilen zurückgenommen worden. Mit der Rücknahme der derzeit noch verbliebenen Klagen wird kurzfristig gerechnet. Ohne diesen Einmaleffekt wäre das Ergebnis insbesondere wegen der Neubildungen von Pensionsrückstellungen aufgrund sinkender Abzinsungseffekte schlechter als der Planansatz ausgefallen. Für das Geschäftsjahr 2015 ist ein Jahresfehlbetrag von 24,5 Mio. EUR gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan geplant, der allerdings aufgrund der weiter rasant fallenden Abzinsungssätze für Pensionsverpflichtungen bereits nicht mehr gehalten werden kann. Zum Stand Februar 2015 ist für das angebrochene Geschäftsjahr von einem Jahresfehlbetrag von 28,2 Mio. EUR auszugehen. Darin enthalten ist aufgrund des fallenden Abzinsungssatzes ein Zuführungsanteil zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von ca. 7,0 Mio. EUR.

Neben den Effekten aus den Pensionsverpflichtungen gilt grundsätzlich weiterhin, dass die allgemeinen Kostensteigerungen planmäßig im Wesentlichen durch Mehrerlöse gedeckt werden; die Ergebnisverschlechterung resultiert daher weniger aus inflationären Gesichtspunkten, sondern insbesondere aus erhöhten technischen und kundenseitigen Anforderungen, die sich in zunehmendem Aufwand widerspiegeln. Moderne Fahrgastinformationsmedien (z.B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z.B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6-, Hybrid- oder Elektrobuse) sind kapital- und wartungsintensiv, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. Dabei sich gegebenenfalls ergebende Mehrerlöse durch eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sind nur sehr schwer zu beziffern und daher bisher nicht Bestandteil der Planung.

Mögliche Kostensteigerungen im Bereich des Dieselverbrauchs sind in der Planung entsprechend enthalten. Aufgrund des Preisverfalls im letzten Quartal 2014 liegt der derzeitige Einkaufspreis deutlich unter den Planansätzen, so dass derzeit hier keine zusätzlichen Belastungen gegenüber der Wirtschaftsplanung erwartet werden. Der Verbrauch von Diesel, der durch Dieselswaps gesichert ist, ist unabhängig von der derzeitigen Marktpreisentwicklung.

Positive Unterstützung erhält das Ergebnis durch das auch im Geschäftsjahr 2014 weiter ansteigende Beteiligungsergebnis der APAG, die in 2014 knapp 2,5 Mio. EUR Ergebnis an die ASEAG abgeführt hat. Für die Zukunft erwartet die APAG ein Ergebnis zwischen etwa 2,0 Mio. EUR und dem Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2014. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass mit dem Aquis Plaza, der PKW-Maut und der Umweltzone in Aachen mehrere Veränderungen anstehen, deren Auswirkungen auf die Ergebnissituation der APAG kaum zu beurteilen sind – sich tendenziell aber nach Einschätzung der Geschäftsführung eher belastend auf das Ergebnis auswirken werden.

Der beschlossene mittelfristige Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2015 bis 2019 geht von einem negativen Ergebnis vor Verlustübernahme zwischen - 24,5 Mio. EUR und - 25,9 Mio. EUR aus. Da inzwischen davon ausgegangen wird, dass die ASEAG ab 2018 sämtliche Verkehre in Stadt und StädteRegion Aachen erbringt, entfällt der Ergebnisverbesserungseffekt im Jahr 2018, der in der letzten Mittelfristplanung aufgrund des Entfalls der Einnahmenanspruchsverträge ab 2018 noch ausgewiesen wurde. Diese Finanzmittel, die zur Finanzierung der von RVE und Taeter erbrachten Verkehrsleistungen aufgebracht wurden, werden bei einer Direktvergabe der Leistung an die ASEAG ab 2018 zur Finanzierung der eigenen Verkehre benötigt. Grundsätzlich gilt auch mittelfristig weiterhin, dass Erlössteigerungen einen Großteil der Kostensteigerungen auffangen werden. Analog zur Aussage im Hinblick auf das Geschäftsjahr 2015 werden auch die Geschäftsjahre bis 2019 durch erhebliche Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen belastet. Da hier im Februar 2015 eine erneute Zinsprognose für die Bewertung der Pensionsverpflichtungen herangezogen wurde, ist derzeit davon auszugehen, dass die vorstehenden Ergebnisse der Wirtschaftsplanung nicht erreicht werden können. Die überarbeitete Mittelfristplanung geht von Jahresfehlbeträgen vor Verlustübernahme zwischen 27,7 Mio. EUR und 30,5 Mio. EUR in den Jahren 2016 bis 2019 aus.

Die Verschlechterung des mittelfristigen Ergebnisses gegenüber der letzten Mittelfristplanung resultiert nahezu vollständig aus der erstmaligen Berücksichtigung von Zinsprognosen für die Bewertung der Pensionsrückstellung. Bisher wurde der zum Zeitpunkt der Planung bekannte Zinssatz in der Planung für die Folgejahre festgeschrieben und auf bestehende Risiken aus der Zinsentwicklung für die Höhe der Pensionsrückstellungen im Risikomanagement der ASEAG hingewiesen.

Das Programm zur Modernisierung der Busflotte ist mittlerweile abgeschlossen. Anstehende Investitionen dienen nunmehr primär dazu, den erreichten hohen technischen Stand der Busflotte zu erhalten und technische Fortschritte entsprechend in den Busbestand kontinuierlich einfließen zu lassen. Im Jahr 2015 werden 5 Solobusse und 9 Gelenkbusse mit der Euro 6-Abgasnorm angeschafft. Darüber hinaus wird im Rahmen eines EU-weiten Projektes zur Elektromobilität der Einsatz von Elektrobussen im Linienverkehr weiter untersucht werden. Nachdem der Umbau des Hybridbusses zum reinen Elektrobus weitestgehend in 2014 abgeschlossen werden konnte, steht für 2015 der Test im Linienverkehr auf der Agenda. Neben den Forschungsergebnissen erwartet die ASEAG insbesondere einen Know-how-Zugewinn im Bereich dieser Antriebstechnik, die die ASEAG anstelle der Hybridtechnologie als mittel- bis langfristige Zukunftstechnologie im ÖPNV ansieht, sofern eine entsprechende Kostenentwicklung der Technologie dieses umweltpolitisch gewünschte Ziel ebenfalls unterstützt.

Das Ziel eines umweltverträglichen ÖPNV bleibt somit weiterhin bestehen. Die Teilnahme an den Projekten "Mobility Broker" und "Civitas Dyn@mo" sind dabei ein wesentlicher Baustein. Darüber hinaus soll die Vermarktung des ÖPNV, insbesondere in der Region, intensiviert werden. Hier bilden u.a. Überlegungen zu einer weiteren Optimierung bedarfsorientierter Verkehre einen Schwerpunkt der geplanten Aktivitäten. Ziel der ASEAG ist es dabei, sich als Mobilitätsdienstleister mit Leistungen zu positionieren, die über die reine Busleistung hinausgehen. Zeitgleich sollen u. a. durch einen mobilen Datenzugriff auf aktuelle Abfahrtspläne und die flexible Nutzungsmöglichkeit unterschiedlicher Verkehrsmittel Zugangshemmnisse zum ÖPNV abgebaut werden – mit dem Ausbau der dynamischen Fahrgastinformation und der ASEAGmobil App, die Abfahrtszeiten in Echtzeit anzeigt, ist ein erster wesentlicher Schritt bereits im Geschäftsjahr 2013 erfolgt. Weitere Maßnahmen konnten zusammen mit dem AVV realisiert werden bzw. sind für die Jahre 2015 und 2016 geplant. Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV liegt weiterhin im Trend der Branche.

Wie in der Vergangenheit auch verfolgt die ASEAG insgesamt das Ziel, sich als kommunales Verkehrsunternehmen und zuverlässigen Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu positionieren und diese Position zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister auszubauen.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2017, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Kreis Aachen im Jahr 2007 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden. Eine entsprechende Vorabkennzeichnung zur Direktvergabe an die ASEAG und somit eine Verlängerung der Betrauung der ASEAG bis 2027 wird im Geschäftsjahr 2015 erwartet.

Darüber hinaus bleibt ein Ziel der ASEAG, sich den ökonomischen und ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft zu stellen und damit den spezifischen Anforderungen der Bürger der StädteRegion Aachen an einen nutzerorientierten ÖPNV gerecht zu werden. Dabei gilt es für die ASEAG, sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und angebotsorientierten Zielen zu bewähren.

Neben den vorstehend dargelegten Aktivitäten auf dem Weg zum umfassenden Mobilitätsdienstleister in der StädteRegion Aachen beabsichtigt die ASEAG grundsätzlich, sich zusammen mit einem Partner an der für nunmehr erst mittelfristig erwarteten Ausschreibung für die Euregiobahn (geplante Betriebsaufnahme nun voraussichtlich 2020/21) zu beteiligen. Nach derzeitigen Überlegungen der ausschreibenden Stelle, der Nahverkehr Rheinland GmbH (NVR), ist kurzfristig eine separate Ausschreibung für einen Übergangsbetrieb von drei bis vier Jahren zu erwarten, an der sich die ASEAG und ihr Partner aufgrund geringer Erfolgsaussichten und kurzer Laufzeit voraussichtlich jedoch nicht beteiligen werden.

Nachdem es in den Jahren 2013 und 2014 eher zu stagnierenden Fahrgastzahlen gekommen ist, ist davon auszugehen, dass im Jahr 2015 sowohl bei den Beförderungserlösen als auch bei Fahrgastzahlen ganzjährig betrachtet Steigerungen zu erwarten sind.

V. Chancen- und Risikobericht

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und zu dokumentieren. Darauf basierend werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minimierung der Risiken ergriffen. In die Analysen fließen die denkbaren externen Marktrisiken, operative Betriebsrisiken sowie finanzwirtschaftliche Risiken mit ein.

Um dies sicherzustellen, ist das Chancen- und Risikomanagementsystem konsequent in die bestehenden Steuerungs- und Controlling-Prozesse integriert. Im Rahmen der Unternehmenssteuerung werden allgemeine Markt- und Erlörisiken im Zuge der Überwachung der Entwicklung von Erlösen, Mengen und Kosten in der Planung, der Vorhersage für das Jahresergebnis und im Berichtswesen erfasst und gesteuert. Zusätzlich ist ein Risikomanagementsystem im Sinne von § 91 Abs. 2 AktG auf der Ebene der Konzernmutter implementiert, in das die ASEAG integriert ist und das alle weiteren Risiken erfasst. Berichte zum Risikomanagement erfolgen unmittelbar an den Vorstand.

Darüber hinaus fungieren die interne Revision und der Abschlussprüfer bei der Jahresabschlussprüfung als unabhängige Kontrollinstanzen. Zum 1. Januar 2010 ist eine konzernweite Unternehmensverfassung in Kraft getreten. Diese sieht u. a. Regelungen zum Wettbewerbsrecht, zur Antikorrup­tion, zur Vermeidung von Interessenkonflikten, zum Datenschutz und zur Umsetzung der Verfassung vor. Wie in den Vorjahren wurden auch im Geschäftsjahr 2014 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen der halbjährlichen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert, bewertet und dokumentiert, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit.

Zum 31. Dezember 2010 war es in Folge eines Arbeitsgerichtsurteils Anfang 2011 notwendig geworden, eine außerordentliche Pensionsrückstellung in Höhe von 19,14 Mio. EUR zu bilden; die Pensionsrückstellung valutierte zum 31. Dezember 2013 in Höhe von 23,06 Mio. EUR. Das dazugehörige Gerichtsverfahren wurde im Jahr 2014 letztinstanzlich beim BAG gewonnen. Weitere ca. 70 Klagen zum gleichen grundsätzlichen Sachverhalt sind inzwischen überwiegend von den Klägern zurückgezogen worden. Die ASEAG erwartet einen Rückzug aller Klagen und hat daher die Rückstellung zum 31. Dezember 2014 vollständig aufgelöst.

Im Zusammenhang mit dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) stellt das Ergebnis der einmaligen Neubewertung bei Einführung der Pensionsrückstellungen ein ergebnisbelastendes Risiko dar, welches im Rahmen der Fünf-Jahres-Planung bereits bewertet und eingeplant ist. Auch ein weiter absinkender Abzinsungssatz ist aufgrund von Zinsprognosen erstmals in die mittelfristige Wirtschaftsplanung eingeflossen. Dennoch kann es durch sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/-prognosen, Versicherungstabellen u.ä.) auch weiterhin zu erheblichen Belastungen des Ergebnisses durch Anpassungen der Pensionsrückstellungen kommen. Eine diesbezügliche bilanzielle Vorsorge ist handelsrechtlich nicht möglich und wurde jedoch nach aktuellem Kenntnisstand in der in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung bzw. deren Überarbeitung zum Februar 2015 berücksichtigt.

Durch die von der EU angestrebte Liberalisierung des Verkehrsmarktes mit einem "kontrollierten" Wettbewerb und den damit verbundenen Restrisiken bei der Direktvergabe wird sich die Lage im ÖPNV entscheidend weiter verändern. In Übereinstimmung mit der neuen EU-Verordnung zur Regelung des ÖPNV (VO 1370/2007) wird die ASEAG der Mobilitätsdienstleister in Stadt und StädteRegion Aachen bis 2017 bleiben. Der Ratsbeschluss, der eine Konkretisierung der Betrauung bis Ende 2017 vorsieht, wurde am 21. November 2007 gefasst. Dieser Sachverhalt bedeutet für die ASEAG einen gewissen Bestandsschutz für die nächsten Jahre. Die ASEAG hat jedoch bereits im Jahr 2014 damit begonnen, sich mit den Anforderungen, die mit der Umsetzung der VO1370/2007 einhergehen, auseinanderzusetzen und geht davon aus, dass ein politischer Beschluss zur Weiterführung der Betrauung (Direktvergabe) im Jahr 2015 erreicht werden kann.

Neben den rechtlichen Risiken aus der Verordnung VO 1370/2007 zur Direktvergabe ergibt sich aus dem seit Mai 2012 in Nordrhein-Westfalen geltenden Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG-NRW), welches durch den Minister für Arbeit, Integration und Soziales im Herbst 2012 für den ÖPNV konkretisiert wurde, ein zusätzliches Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer. Das im Auftrag der ASEAG erstellte Rechtsgutachten der Kanzlei Heuking Kühn Lüer Wojtek kommt zwar zu dem Ergebnis, dass die ASEAG und die Subunternehmerverträge der ASEAG nicht vom TVgG-NRW betroffen sind – die bisherige Rechtsprechung führte bisher jedoch nicht zu einer abschließenden Rechtsmeinung, auch wenn sich grundsätzlich eher positive Tendenzen erkennen lassen, die das Risiko für die ASEAG geringer erscheinen lassen.

Ein weiteres wesentliches bilanzielles Risiko bleibt trotz der sehr positiven Entwicklung in 2014 die künftige Werthaltigkeit der Beteiligung an der APAG. Rückläufige Ergebnisse in den vergangenen Jahren haben im Jahresabschluss 2012 zu einer Korrektur des Beteiligungswertes geführt. Sollten die von der Geschäftsführung und dem Gesellschafter eingeleiteten Maßnahmen und die mit dem Projekt Parkhaus Tivoli verbundenen verbliebenen Erwartungen mittelfristig nicht vollumfänglich greifen bzw. eintreten, besteht das Risiko eines weiteren Korrekturbedarfs des Beteiligungsansatzes. Mit dem erfolgreichen Start von inzwischen drei neuen Parkobjekten und der besser als erwartet anlaufenden Vermarktung des Tivoli-Parkhauses an Dritte nimmt die Gefahr der Notwendigkeit einer Korrektur des Beteiligungswertes jedoch weiter ab.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen, die es erforderlich machen können, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hätte. Erste Anzeichen ergeben sich hier aus den Beschlüssen der Bezirksregierung zur Einführung einer Umweltzone in Aachen, die gegebenenfalls zu einer beschleunigten Neubeschaffung oder aber zu Umrüstungen von älteren Bussen führen wird. Beide Maßnahmen sind mit Mehrkosten gegenüber der Wirtschaftsplanung verbunden.

Auch wenn sich die Zuschussituation gemäß der aktuellen Rechtslage im Bereich der Schülerbeförderung verbessert hat, bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG weiterhin die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, die in der Regel auch keiner Dynamisierung unterliegen und die damit verbundene Notwendigkeit, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Im Geschäftsjahr 2013 ist die ASEAG bei der Schwerbehindertenquote früher als erwartet auf das gesetzliche Niveau zurückgefallen. Hierdurch hat sich das diesbezügliche zukünftige Risiko zwar erheblich reduziert, bleibt aber im Grundsatz bestehen. Bezüglich der Zuschussituation zum Mobil-Ticket hat sich die Situation gegenüber den Vorjahren aufgrund weiter erhöhter Verkaufszahlen bei rückläufigen Zuschusszahlungen je Ticket weiter erhöht. Hinzu kommt, dass diese Ausgleichszahlungen nicht per Gesetz festgelegt sind, sondern lediglich von Jahr zu Jahr bereitgestellt werden und insgesamt gedeckelt sind, also auch keiner Inflationierung unterliegen.

Weiterhin besteht das wesentliche Risiko durch eine zunehmende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine operativen Risiken bekannt, die zu einer Gefährdung einzelner Betriebsbereiche oder des gesamten Unternehmens führen könnten. Nach Überprüfung der Risikosituation kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir ausreichend versichert sind und genügend bilanzielle Vorsorge getroffen haben.

Der Fortbestand der ASEAG ist gesichert, wenn die E.V.A. langfristig den Verlust der ASEAG ausgleichen kann. Sollte der Ausgleich gefährdet sein, ist die Geschäftsführung der E.V.A. gefordert, Maßnahmen zur Sicherstellung der Refinanzierung des ÖPNV einzuleiten.

Insgesamt wird gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan mit einem negativen Planergebnis für 2015 vor Verlustübernahme in Höhe von 24,5 Mio. EUR gerechnet (Fortschreibung Februar 2015: 28,2 Mio. EUR), welches bei Eintritt, insbesondere aufgrund der temporär erhöhten Belastung aus der Neubildung von Pensionsrückstellungen, als sehr kritisch angesehen wird.

Aachener Parkhaus GmbH

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Aachener Parkhaus GmbH
Sitz	Neuköllner Str. 1, 52068 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1995
Geschäftsführer	Joachim Adler Herbert Sliwinski
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	51.129,19 EUR
Mitarbeiter	25,3 (Vorjahr 22) (Durchschnitt)

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen durch den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern, Parkplätzen sowie Anlagen, die diesem Betrieb dienen, und alle damit verbundenen Dienstleistungen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Joachim Adler, Herbert Sliwinski

Aufsichtsrat:

Vorsitzender stv. Vors.	Achim Ferrari (Grüne)	Ratsmitglied
	Gaby Breuer (CDU)	Ratsmitglied
	Gisela Nacken	Beigeordnete
	Friedrich Beckers (CDU)	Ratsmitglied
	Jörg Lindemann (CDU)	Ratsmitglied
	Ye-One Rhie (SPD)	Ratsmitglied
	Dr. Heike Wolf (SPD)	Ratsmitglied
	Dr. Klaus Vossen (FDP)	sachkundiger Bürger

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Geschäftsführer werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt oder abberufen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus acht stimmberechtigten Mitgliedern. Eines dieser stimmberechtigten Mitglieder ist der Oberbürgermeister als geborenes Mitglied oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter der Stadt Aachen. Die übrigen Mitglieder werden durch den Rat entsandt. Ein vom Betriebsrat benannter Vertreter der Arbeitnehmer der Betriebsführerin, der "Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft" - ASEAG - nimmt an den Aufsichtsratssitzungen beratend teil.

Gesellschafterversammlung

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats, bei seiner Verhinderung sein Stellvertreter. Alleiniger Gesellschafter ist die ASEAG.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012	2013	2014
A.	Anlagevermögen	6.852 70%	8.604 92%	8.327 82%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	89 1%	42 0%	64 1%
II.	Sachanlagen	4.763 48%	6.561 70%	8.263 81%
III.	Finanzanlagen	2.000 20%	2.000 21%	0 0%
B.	Umlaufvermögen	2.965 30%	511 5%	1.829 18%
I.	Vorräte	0 0%	0 0%	0 0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.954 30%	500 5%	1.816 18%
III.	Wertpapiere	0 0%	0 0%	0 0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	11 0%	11 0%	13 0%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	17 0%	201 2%	13 0%
Bilanzsumme Aktiva		9.834	9.316	10.169
A.	Eigenkapital	1.051 11%	1.211 13%	1.211 12%
I.	Gezeichnetes Kapital	51 1%	200 2%	200 2%
II.	Kapitalrücklage	0 0%	11 0%	11 0%
III.	Gewinnrücklagen	1.000 10%	1.000 11%	1.000 10%
B.	Rückstellungen	458 5%	565 6%	917 9%
C.	Verbindlichkeiten	8.322 85%	7.537 81%	8.035 79%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	3 0%	3 0%	6 0%
Bilanzsumme Passiva		9.834	9.316	10.169

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	9.411	9.791	11.956
sonstige betriebliche Erträge	244	255	184
Betriebsleistung	9.655	10.046	12.140
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	4.720	4.761	5.836
Personalaufwand	966	1.080	1.257
Abschreibungen	799	498	624
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.613	1.576	1.632
Betriebserfolg	-2.443	2.131	2.791
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	153	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34	2	3
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	5.107	0	50
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	404	212	112
Finanzergebnis	-5.324	-210	-159
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7.767	1.921	2.632
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	143	174	167
Erträge aus Verlustübernahme	4.144	0	0
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	1.748	2.465
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-3.766	0	0
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	3.766	0	0
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0	0	0
Bilanzgewinn	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über Ergebnisübernahmeverträge innerhalb des EVA - Konzerns und eine entsprechende Ausschüttung der E.V.A. an die Stadt Aachen betroffen.

Lagebericht

1. Grundlage des Unternehmens

Die Aachener Parkhausgesellschaft GmbH (APAG), bewirtschaftet in Aachen 15 Parkhäuser und -objekte, davon sind 14 öffentlich zugänglich. Mit knapp 10.000 Stellplätzen bewirtschaften wir ca. 75 % der privatwirtschaftlich betriebenen Parkflächen in Aachen und erzielen bei ca. 3,1 Mio. Parkvorgängen einen Jahresumsatz von knapp 12 Mio. Euro.

Die Parkhäuser und Parkobjekte, zentral im Innenstadtbereich gelegen, sind 24h für unsere Kunden geöffnet. Wir bieten unterschiedlichste Produkte rund um das Parken und bedienen alle strategisch wichtigen Zielgruppen, wie z.B. Kurz- und Mietparker. Als Besonderheit sind hier ca. 18.000 Miet- und "Nupsi"-Parker zu nennen. Hierbei handelt es sich um eine transpondergesteuerte Abfertigungstechnik. Registrierung und Abrechnung erfolgen online mit direkten Systemschnittstellen.

Das 24h täglich besetzte Servicecenter gewährleistet die Steuerung aller Anlagen über modernste Leitstandtechnik, den Sprechkontakt zu allen Parkhäusern, zentrale Störmeldungen sowie einen mobilen Service. Eine Videozentrale mit der Aufschaltung von insgesamt über 800 Kameras und Gegensprechstellen garantiert ein Höchstmaß an Sicherheit. Unser Know-how in diesem Bereich setzen wir zunehmend auch für die Überwachung von Objekten, z.B. Industriebauten oder Rechenzentren, außerhalb unserer eigenen Parkobjekte ein.

Seit vielen Jahren sind wir darüber hinaus für die Stadt Aachen ein verlässlicher Partner bei der Bewirtschaftung von über 300 Parkscheinautomaten.

Eingebunden im kommunalen Konzernverbund der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.) und dank der engen Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG) bieten wir unseren Geschäftspartnern ein Höchstmaß an Kontinuität und Sicherheit.

Im November 2008 wurde ein Leasingvertrag in Verbindung mit einer Kaufoption sowie einem Mietvertrag und einem Darlehensvertrag mit der Alemannia Aachen Stadion GmbH und der Alemannia Aachen GmbH über die Nutzung des Tivoli-Parkhauses geschlossen. Nach der erfolgten Abnahme ist das Parkhaus Tivoli zum 1. Januar 2011 in das wirtschaftliche Eigentum der APAG übergegangen (Beurteilung des Leasingvertrags als sogenanntes Finanzierungsleasing). Darüber hinaus bestand eine Darlehensforderung der APAG gegen die Alemannia Aachen Stadion GmbH zur Finanzierung des Parkhauses. Die Insolvenzen der beiden Alemannia Gesellschaften und die somit nicht mehr zu erwartende Ausübung der Kaufoption führten im Geschäftsjahr 2012 zur Beendigung des Finanzierungsleasings und somit zur Ausbuchung des Parkhauses sowie der Leasingverbindlichkeiten aus den Büchern der APAG und somit zu Ergebnisbelastungen. Der mit der Alemannia Aachen Stadion GmbH existierende Leasingvertrag wurde mit deutlich reduzierter Leasingrate fortgeführt. Eine weitere Ergebnisbelastung resultierte aus der Wertberichtigung der Darlehensforderung. Im Geschäftsjahr 2013 wurde mit der Alemannia Aachen GmbH ein neuer Mietvertrag geschlossen, der die Nutzung des Parkhauses langfristig neu regelt. Durch Zusagen der Stadt Aachen scheint der Tivoli als zukünftiger Spielort der Alemannia Aachen GmbH gesichert. Um an zukünftigen Entwicklungen des am Tivoli neu entstehenden Sportparks Soers teilnehmen zu können, wurde das Parkhaus im Geschäftsjahr 2014 aus der Insolvenzmasse zu einem Preis deutlich unter dem Niveau der Kaufoption erworben. Die Kaufpreisverbindlichkeit wurde dabei im Wesentlichen mit der bestehenden Darlehensforderung verrechnet. Mit den bestehenden Mietverträgen mit der Alemannia Aachen GmbH sowie aus Gewerbeneuansiedlungen wird erwartet, dass das Parkhaus nunmehr in einen normalen Betrieb übergeht.

Im Jahr 2008 wurde darüber hinaus ein Vertrag über den Verkauf des Grundstücks Büchel an die STRABAG Real Estate GmbH, Köln, unterschrieben. Das Parkhaus blieb bis zur Zahlung des Kaufpreises im Eigentum der APAG. Die Kaufpreiszahlung erfolgte im Dezember 2011, wodurch der Eigentumsübergang vollzogen wurde. Nachdem davon ausgegangen wurde, dass der Abriss im September 2014 erfolgen sollte, wurde dieser nun auf voraussichtlich 2016 verschoben. Die Bewirtschaftung erfolgt bis zum Zeitpunkt des geplanten Abrisses weiterhin durch die APAG.

Nach dem Erwerb sämtlicher Geschäftsanteile der APAG durch die Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft (ASEAG) besteht seit dem 1. Januar 2003 ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Der mit der ASEAG bestehende Vertrag über die technische und kaufmännische Betriebsführung der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2013 einvernehmlich aufgehoben und in einen Dienstleistungsvertrag der ASEAG für die APAG überführt. Allgemeine kaufmännische Verwaltungsleistungen werden von der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.) ausgeführt.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen haben nur einen sehr begrenzten Einfluss auf den Geschäftsverlauf der APAG. Wesentlich relevanter sind eher subjektive Kriterien, wie die Baustellensituation rund um die von der APAG betriebenen Parkflächen und die seitens der APAG nicht beeinflussbare allgemeine Frequentierung der Aachener Innenstadtbereiche, sei es für Einkaufs- oder Freizeitwecke. Bezüglich der baulichen Situation ist für das Jahr 2014 festzustellen, dass trotz hoher Bautätigkeit am städtischen Straßennetz keine unmittelbaren Einflüsse auf den Betrieb zu erkennen waren. Die Frequentierung der Innenstadt war insgesamt

deutlich besser als in den Vorjahren, was zu einem Anstieg der Parkeinnahmen auch in den traditionellen Parkhäusern der APAG geführt hat.

Geschäftsverlauf

Nachdem in den Jahren bis 2012 – auch durch Sondereffekte – überwiegend rückläufige Ergebnisse erzielt wurden, stellte das Geschäftsjahr 2013 mit einem Ergebnis von 1,7 Mio. EUR eine erste Stabilisierung der Ergebnisse dar. Dieser positive Trend konnte in 2014 fortgesetzt werden. Mit einem Ergebnis von knapp 2,5 Mio. EUR konnte der Plan von 1,5 Mio. EUR deutlich überschritten werden. Neben einer deutlichen Steigerung der Parkeinnahmen in den traditionellen Parkhäusern (ca. 0,6 Mio. EUR) haben dazu die neuen Projekte Parkplatz Hauptbahnhof, Pontstraße und vor allem die Bewirtschaftung der Parkflächen am Universitätsklinikum Aachen (UKA) beigetragen. Hauptbahnhof und UKA sind dabei erstmals ganzjährig in das Ergebnis eingeflossen und der Parkplatz Pontstraße seit Mai 2014. Alle Objekte haben mit Ergebnissen deutlich über Plan zum Jahresergebnis beigetragen und ermöglichen darüber hinaus eine bessere Deckung der Fixkosten der APAG.

Im letzten Quartal 2014 konnte ein Pachtvertrag mit der Investorengruppe abgeschlossen werden, von der derzeit die Parkfläche am Hauptbahnhof angemietet wird, so dass auch nach einer geplanten Entwicklung der Flächen durch die Investorengruppe entsprechende Ergebnisbeiträge an diesem Standort erwartet werden dürfen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Anzahl Parkplätze
- Anzahl Kurzparkvorgänge
- Anzahl Dauerparker
- Jahresergebnis

in Tausend	Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	Abweichung
Anzahl Parkplätze	10.394	10.448	54
Anzahl Kurzparkvorgänge	2.445.635	3.072.994	627.359
Umsatzerlöse Kurzparker	7.834	9.074	1.240
Anzahl Dauerparker	2.763	3.235	472
Umsatzerlöse Dauerparker	1.699	1.975	276
Pacht Parkhäuser	2.848	3.212	364
Jahresergebnis	1.483	2.465	982

Bei der Erstellung des Wirtschaftsplans wurde noch davon ausgegangen, dass das Parkhaus Büchel im September abgerissen wird. Der Zugang neuer Parkflächen schien für 2014 nicht wahrscheinlich. Tatsächlich hat sich nun der Abriss des Parkhauses Büchel nach voraussichtlich 2016 verschoben und die zusätzliche Parkfläche konnte gewonnen werden. Darüber hinaus verlief die Einnahmenseite in den traditionellen Parkhäusern so gut wie seit Jahren schon nicht mehr und in den neuen Objekten besser als erwartet. Daraus resultiert im Wesentlichen die Planabweichung der Kurzparkerlöse.

Der Anstieg der Dauerparkerlöse resultiert aus dem neu abgeschlossenen Mietvertrag mit der Trianel GmbH im Parkhaus Tivoli ab Mai 2014 sowie weiteren ungeplanten Zuwächsen vor allem auf den Parkflächen des UKA und in fast allen übrigen Parkhäusern. Die größten Steigerungen sind in den Parkhäusern Galeria-Kaufhof/Saturn, Hauptbahnhof, Couvenstraße und Adalbertstraße zu verzeichnen.

Auch die Erhöhung der Pachtaufwendungen ist eine Folge der vorgenannten Effekte. Der längere Verbleib des Parkhauses Büchel im bewirtschafteten Bestand und die umsatzabhängigen Pachtzahlungen UKA und Galeria-Kaufhof/Saturn sind für die Erhöhung maßgeblich.

Ertragslage

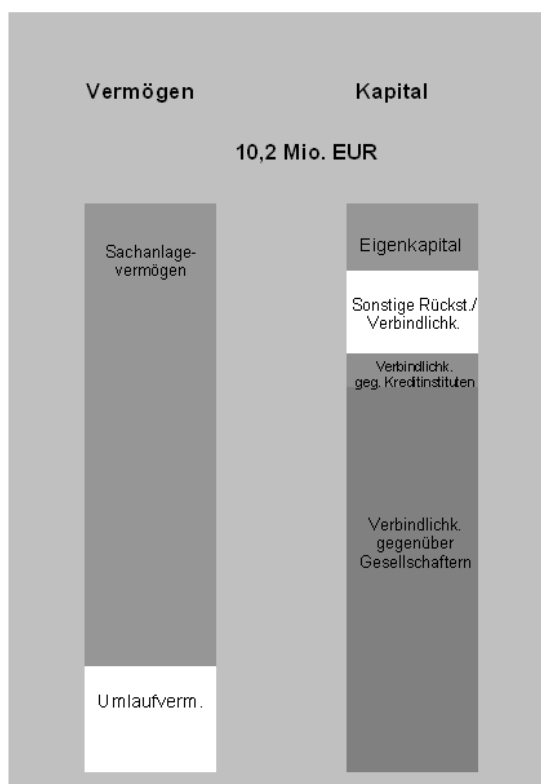
Die Umsatzerlöse des Jahres 2014 liegen mit 11.956 TEUR um 2.165 TEUR (22,1 %) über dem Vorjahreswert. Neben den unerwartet guten Umsätzen in den traditionellen Parkhäusern konnten aufgrund der ganzjährigen Bewirtschaftung der zwei neuen Projekte (Parkplätze Universitätsklinikum und Hauptbahnhof) sowie dem neuen kleinen Parkplatz Pontstraße Zuwächse erzielt werden, die deutlich über den Erwartungen lagen. Für die Bewirtschaftung des Parkplatzes Hauptbahnhof wurden nach 164 TEUR in 2013 nunmehr im ganzjährigen Betrieb 257 TEUR und für die Parkflächen UKA nach 407 TEUR in 2013 nunmehr im ganzjährigen Betrieb 1.784 TEUR an Umsatzerlösen generiert. Tarifierpassungen wurden im Berichtsjahr keine vorgenommen. Bei den Kurzparkern stiegen die Erlöse insgesamt um 1.901 TEUR (26,5 %) und bei den Dauerparkern um 235 TEUR (13,5 %). Letzteres ist auch auf den Abschluss von Dauermietverträgen im Parkhaus Tivoli zurückzuführen. Die sonstigen Erlöse erhöhten sich um 30 TEUR (3,5 %).

Die Materialaufwendungen erhöhten sich insgesamt um 1.075 TEUR (22,6 %). Ursachen für diese Zunahmen sind steigende Pachtaufwendungen (784 TEUR), insbesondere in Verbindung mit den neuen Parkobjekten und höhere Kosten für die Substanzerhaltung aufgrund des zunehmenden Alters der Parkhäuser (253 TEUR).

Die Personalaufwendungen stiegen aufgrund von Tarifierhöhungen und der Übernahme von Personal von der ASEAG sowie zusätzlichem Personal für die neuen Parkobjekte insgesamt um 178 TEUR (16,5 %) auf 1.257 TEUR. Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die APAG 25,3 (Vorjahr 22,0) eigene Mitarbeiter ohne Aushilfen.

Das Jahresergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 2.465 TEUR wird aufgrund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages in voller Höhe an die ASEAG abgeführt.

Finanz- und Vermögenslage



Die Bilanzsumme erhöhte sich um 0,9 Mio. EUR auf 10,2 Mio. EUR.

Das Sachanlagevermögen erhöhte sich im Wesentlichen durch Investitionen in das Parkhaus Tivoli um 1,7 Mio. EUR. Die im Vorjahr im Finanzanlagevermögen enthaltene Darlehensforderung gegen die Alemannia Aachen Stadion GmbH, Aachen, in Höhe von 2,0 Mio. EUR wurde in Höhe von 1,95 Mio. EUR mit der Kaufpreisverbindlichkeit aus dem Erwerb des Parkhauses Tivoli verrechnet. Die

verbleibenden 0,05 Mio. EUR der Darlehensforderung mussten aufgrund der Insolvenz der Alemania Aachen Stadion GmbH abgeschrieben werden. Darüber hinaus wurde eine Massebeteiligung in Höhe von 0,05 Mio. EUR an den Insolvenzverwalter liquiditätswirksam gezahlt. Das Umlaufvermögen erhöhte sich überwiegend aufgrund von Forderungen gegen die E.V.A. aus dem Cash-Pooling um 1,3 Mio. EUR.

Zum Jahresende bestehen folgende Darlehen:

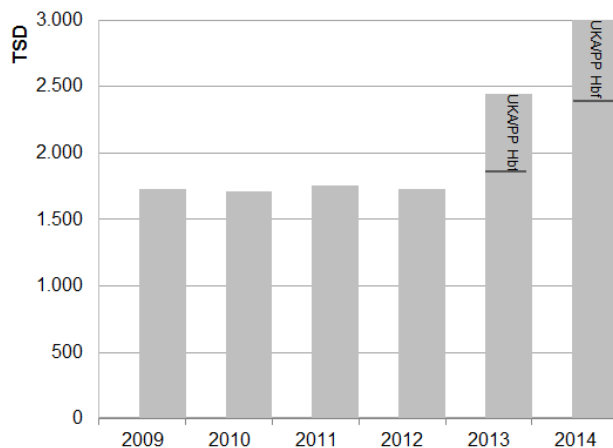
Ein Bankdarlehen in Höhe von 0,6 Mio. EUR mit einer Restlaufzeit bis 30.12.2023, welches in halbjährlichen, gleichbleibenden Raten von 32 TEUR zu tilgen ist. Dieses Darlehen finanzierte im Jahr 1999 die Investitionen in das Parkhaus Adalbertstraße. Ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 1,9 Mio. EUR mit Restlaufzeit bis 31.07.2023 und quartalsweisen Tilgungen von 20 TEUR finanzierte im Jahr 2013 die Investitionen in die Parkflächen am UKA. Des Weiteren besteht ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 3,0 Mio. EUR mit Restlaufzeit bis 30.12.2015. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass im Rahmen eines erneuten Gesellschafterdarlehens die Anschlussfinanzierung sichergestellt werden kann. Dieses Darlehen ist die Nachfolge eines Darlehens aus dem Jahr 2011, welches die Investitionen in das Parkhaus Tivoli zum Teil finanzierte.

Über die Abschreibungen, der durch die langfristigen Darlehen finanzierten Investitionen und eine dementsprechend sinkende Gewinnabführung an die Gesellschafterin ASEAG werden die laufenden Tilgungsraten im Wesentlichen finanziert. Im Rahmen der Cash-Pooling-Vereinbarung mit der E.V.A. kann die Gesellschaft zusätzlich jederzeit über kurzfristige Finanzmittel verfügen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin ASEAG stiegen nach Saldierung mit den Forderungen um 642 TEUR auf 6.851 TEUR. Diese Steigerung wird im Wesentlichen durch eine um 718 TEUR erhöhte Gewinnabführung, erhöhte Umsatzsteuerverbindlichkeiten 74 TEUR abzüglich Darlehenstilgungen 80 TEUR und Forderungen aus der Weiterleitung von Parkeinnahmen 75 TEUR verursacht.

Das Geschäftsjahr 2014 stellt sich insgesamt sehr positiv dar. Im Hinblick auf die besonders ergebnisrelevanten Kurzparkereinnahmen konnte die sich im Geschäftsjahr 2013 abzeichnende Trendwende hin zu wieder steigenden Umsatzerlösen fortgesetzt werden. Die Umsätze der traditionellen Parkhäuser erreichen ein bereits seit mehreren Jahren nicht mehr erreichtes Niveau. Auf den Bestandsparkflächen konnte zum Jahresende insgesamt ein Einnahmepus von ca. 5,3 % verzeichnet werden. Die für das Geschäftsjahr erwartete weitere Erholung ist somit sogar besser als erwartet eingetreten. Wesentliche Ursachen für den deutlich positiven Trend im bisherigen Bestandsgeschäft sind geringere Einflüsse durch Baustellen und ein sehr milder Jahresanfang, der zu keinerlei Einschränkungen im PKW-Verkehr geführt hat. Darüber hinaus haben sicher auch Effekte aus der Heiligumsfahrt und dem Karlsjahr zu der sehr positiven Entwicklung beigetragen. Zu guter Letzt werden auch auf den neuen Parkobjekten die konservativ kalkulierten Umsatzerlöse übertroffen.

Entwicklung der Kurzparkervorgänge



in Tausend	Jahresabschluss 2013	Wirtschaftsplan 2014	Jahresabschluss 2014	Abweichung 2014
Umsatzerlöse Kurzparker	7.173	7.834	9.074	1.240
Umsatzerlöse Dauerparker	1.740	1.699	1.975	276

Trotz der positiven Entwicklung der Jahre 2013 und 2014 im Bestandsgeschäft liegt die Zukunft des Unternehmens in der Gewinnung von Neuprojekten wie Uniklinikum und Hauptbahnhof, da nicht zu erwarten ist, dass nur aus dem Bestandsgeschäft heraus eine signifikante Umsatzsteigerung zu erzielen ist, zumal kurzfristig mit dem Projekt Aquis Plaza weiterer Parkraum in der Aachener Innenstadt entsteht, der nicht durch die APAG bewirtschaftet wird. Auch neue Rahmenbedingungen wie Einführung von Maut oder einer Umweltzone in Aachen werden das Bestandsgeschäft voraussichtlich belasten.

Als weiteres neues Projekt konnte im Geschäftsjahr 2013 ein kleinerer Parkplatz in der Pontstraße in Aachen gewonnen werden, der planmäßig im 2. Quartal 2014 in Betrieb gegangen ist. Dieser Parkplatz liegt räumlich an einem Ort in Aachen, an dem die APAG noch nicht vertreten ist, so dass ein Einfluss auf vorhandene Parkhäuser nicht zu erwarten ist. Diese Wachstumsstrategie soll zukünftig auch überregional fortgesetzt werden. Erste diesbezügliche Kontakte konnten in 2014 geknüpft werden.

Der positive Trend bei der Entwicklung der Dauerparkereinnahmen, der im Jahr 2012 noch primär aus einer Preiserhöhung resultierte, konnte nach 2013 auch in 2014 mengenmäßig fortgesetzt werden. Dies ist insbesondere auf die Vermietung von Dauerparkplätzen im Parkhaus Tivoli zurückzuführen, in dessen Umfeld eine Gewerbeansiedlung erfolgt. Die Dauerparkereinnahmen stiegen um gut 13 % gegenüber 2013 an.

3. Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft beeinflussen.

4. Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Hinsichtlich des Parkhauses Büchel sind weitere neue Entwicklungen aufgetaucht: Aus der Presse war zu entnehmen, dass die STRABAG beabsichtigt, das Gelände weiter zu veräußern oder dies sogar bereits getan hat. Ein formaler Kaufvertrag liegt nach dem Kenntnisstand der Geschäftsführung noch nicht vor, aber entsprechende Kaufoptionen. Ein Abriss in 2015 erscheint derzeit unwahrscheinlich, da gemäß Presseberichterstattung zuvor noch Architektenwettbewerbe initiiert werden sollen. Konkrete Aussagen durch die STRABAG liegen derzeit der APAG jedoch noch nicht vor. Im Hinblick auf die rechtliche Prüfung des Vertragswerkes mit der STRABAG zum Parkhaus Büchel hat ergeben, dass frühestens mit dem tatsächlichen Verkauf des Objekts rechtliche Möglichkeiten für die APAG bestehen könnten.

Beim Projekt des Parkhauses Tivoli haben sich nach den Wertberichtigungen im Geschäftsjahr 2012 die positiven Tendenzen des Geschäftsjahres 2013 in 2014 fortgesetzt. Zum einen wurde das Parkhaus inzwischen aus der Insolvenzmasse erworben. Zum anderen kommen zusätzlich zu den Dauermietverträgen mit Unternehmen weitere Einnahmen aus der regionalen Messe „Euregiowirtschaftsschau“ hinzu und auch der Einzug des Spielkasinos Aachen in das Stadion erscheint sehr wahrscheinlich und wird zusätzlichen Publikumsverkehr generieren. Mit der Alemannia Aachen GmbH, die ihr Insolvenzverfahren beendet hat, besteht ein Mietvertrag, der in der 4. Liga zumindest eine Grundmiete für die APAG sichert und Chancen bei einem Wiederaufstieg bietet. Der derzeitige sportliche Erfolg sorgt zumindest für Einnahmen oberhalb der Erwartungen – wenn auch auf niedrigem Niveau. Maßgeblich für die APAG im Hinblick auf die Mieteinnahmen bleibt hier der sportliche Erfolg der Alemannia Aachen GmbH. Aus der Insolvenzmasse sind Zahlungen in geringem Umfang erfolgt.

Neben der Absicht der Geschäftsführung, auch in Zukunft weitere Projekte zu gewinnen, beobachtet die APAG städtische Projekte, wie die geplante Neugestaltung des Bushofes und den Bau des Einkaufszentrums Aquis Plaza, mit erhöhter Aufmerksamkeit, da hierdurch Eingriffe in die bisherigen Verkehrsströme und Kaufverhalten erfolgen werden, deren Auswirkungen auf das Parkverhalten in Aachen zurzeit noch nicht absehbar sind. Die seitens der Stadt Aachen geplante Wiedereinführung der Stadtbahn ist hingegen im Rahmen eines Ratsbürgerbescheids abgelehnt worden, so dass hieraus keine Veränderungen auf Verkehrsströme mehr zu erwarten sind.

Ergänzend zu den reinen Parkhausprojekten hat die APAG im Geschäftsjahr 2013 damit begonnen, ihren modernen Videoleitstand auch für die technische Gebäudesicherung einzusetzen. Die im Geschäftsjahr 2012 ins Leben gerufene lose Partnerschaft mit einer Sicherheitsfirma und einem Anbieter von Sicherheitstechnik hat 2013 zu ersten Abschlüssen geführt, die im Geschäftsjahr 2014 zum Tragen kommen. Trotz fehlender weiterer Abschlüsse in 2014 bleibt das Geschäftsfeld interessant für die APAG. Nächste Projektabschlüsse werden für das 1. Halbjahr 2015 erwartet.

Nach den erheblichen Investitionen im Geschäftsjahr 2014 sind für das Geschäftsjahr 2015 derzeit lediglich Investitionen von ca. 0,3 Mio. EUR im Wirtschaftsplan enthalten. Sollte es noch in 2015 gelingen, ein weiteres Großprojekt zu gewinnen und umzusetzen, könnte die Summe entsprechend steigen. Grundsätzliche Finanzierungsmöglichkeiten wurden, losgelöst von konkreten Projekten, mit der zuständigen Abteilung der Konzernholding, der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft Aachen (E.V.A), geklärt.

Auch im Geschäftsjahr 2014 hat die APAG mit Hilfe eines adäquaten Risikomanagementsystems und basierend auf dem im gesamten E.V.A.-Konzern gültigen Risiko-Handbuch eine Risikoinventur zur Identifizierung der Risiken durchgeführt und die Ergebnisse dokumentiert. Hierbei sind insbesondere die Risiken von Bedeutung, die sich aus den Verpflichtungen im Zusammenhang mit langfristigen Pachtverträgen ergeben. Dies können neben den vertraglichen Pachtzahlungen insbesondere auch Instandhaltungsverpflichtungen bzw. Reinvestitionsverpflichtungen sein, die mit zunehmendem Alter der angepachteten Objekte tendenziell ansteigen. Im Rahmen der Risikoinventur zum 31. Dezember 2013 wurde ein Risiko im Zusammenhang mit der Insolvenz der Alemannia Aachen GmbH aufgenommen. Dieses Risiko ist mit der Annahme des Insolvenzplans der Alemannia Aachen GmbH im Januar 2014 durch die Gläubigerversammlung nunmehr nicht mehr relevant. Den Fortbestand der APAG gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Der Wirtschaftsplan für 2015 sieht Umsatzerlöse von 11.794 TEUR und ein Ergebnis in Höhe von 2.238 TEUR vor. Der Wirtschaftsplan beinhaltet dabei Risikoabschläge gegenüber 2014, da das Geschäftsjahr 2014 sehr gut gelaufen ist und im Jahr 2015 mit Aquis Plaza, Maut und Umweltzone kaum kalkulierbare Veränderungen eintreten werden. Die Mittelfristplanung geht davon aus, dass langfristig ein Ergebnis von leicht über 2,0 Mio. EUR pro Jahr erreicht werden kann. Diese Entwicklung wird u.a. auch aus der Realisierung von neuen Projekten gestützt. Als wesentliche Risiken, die sich auf den Wirtschaftsplan 2015 auswirken können, sind die veränderten Verkehrsströme, insbesondere aus dem Projekt Aquis Plaza, der Maut und einer Umweltzone zu nennen. Die beiden Letztgenannten können gerade auf die Besucher aus Belgien und den Niederlanden negative Auswirkungen haben.

5. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

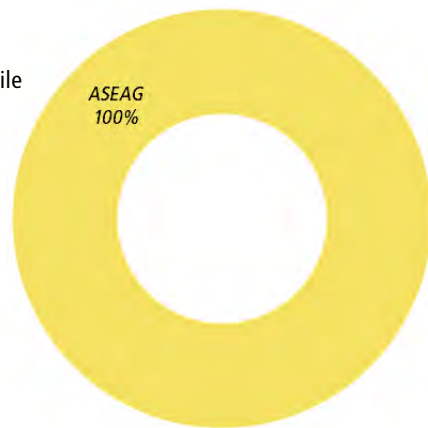
Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen und der Aufsichtsbehörde der Stadt Aachen angezeigten öffentlichen Zweck "Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkplätzen" im Berichtsjahr voll erfüllt.

Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH

Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH	Gesellschafter
Sitz	Bourscheidtstr. 9, 52249 Eschweiler	
Rechtsform	GmbH	
Gründungsjahr	2000 (Jahr des Erwerbs der Geschäftsanteile der Horst Taeter Verkehrsunternehmen GmbH Durch die ASEAG) 2003 Umfirmierung in ESBUS	
Geschäftsführer	Hermann Paetz Bernhard Breuer	
Gremien	Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	25.600,00 EUR	
Mitarbeiter	97,2 (Vorjahr 50,2) (Durchschnitt)	



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens zur Personenbeförderung im öffentlichen Linienverkehr und alle damit verbundenen Dienstleistungen. Die Geschäftstätigkeit betrifft ausschließlich die Vermietung von Bussen und die Personalgestaltung an die Muttergesellschaft ASEAG. Die Dienstleistungen wurden auf den der ASEAG konzessionierten Linien erbracht. Wegen der eingeschränkten geschäftlichen Tätigkeit der Gesellschaft ist ein Branchenvergleich nicht möglich.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Hermann Paetz, Bernhard Breuer

Gesellschafterversammlung

Alleinige Gesellschafterin ist die Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs - AG (ASEAG)

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2012	2013	2014
A. Anlagevermögen	126 36%	78 31%	57 22%
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0 0%	0 0%	0 0%
II. Sachanlagen	126 36%	78 31%	57 22%
B. Umlaufvermögen	193 55%	171 68%	200 78%
I. Vorräte	0 0%	0 0%	0 0%
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	193 55%	171 68%	200 78%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	32 9%	3 1%	0 0%
Bilanzsumme Aktiva	352	252	257
A. Eigenkapital	26 7%	26 10%	26 10%
I. Gezeichnetes Kapital	26 7%	26 10%	26 10%
B. Rückstellungen	30 9%	75 30%	100 39%
C. Verbindlichkeiten	296 84%	152 60%	132 51%
Bilanzsumme Passiva	352	252	257

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	1.599	2.410	4.243
sonstige betriebliche Erträge	26	273	264
Betriebsleistung	1.625	2.683	4.508
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	525	494	467
Personalaufwand	854	1.822	3.647
Abschreibungen	47	33	14
Sonstige betriebliche Aufwendungen	242	265	326
Betriebserfolg	-44	69	54
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	4	4
Finanzergebnis	-6	-4	-4
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-49	65	50
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahme (+)/ abgeführter Gewinn (-)	49	-65	-50
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über Ergebnisübernahmeverträge innerhalb des E.V.A. - Konzerns und eine entsprechende Ausschüttung der E.V.A. an die Stadt Aachen betroffen.

Lagebericht

1. Grundlage des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens zur Personenbeförderung im öffentlichen Linienverkehr und aller damit verbundenen Dienstleistungen. Die Geschäftstätigkeit betrifft die Personenbeförderung im Auftrag der Muttergesellschaft Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft (ASEAG), Aachen, auf deren konzessionierten Linien, überwiegend im Raum Eschweiler. Ab dem Geschäftsjahr 2012 wurde damit begonnen, Leistungen, die durch Fahrpersonalabgänge bei der ASEAG frei wurden, durch bei ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler, neu eingestellte Mitarbeiter zu erbringen. Die entsprechenden Dienste wurden aus der Dienstmasse der ASEAG zu ESBUS verlagert.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Wegen der eingeschränkten geschäftlichen Tätigkeit der Gesellschaft ist ein Branchenvergleich nicht möglich.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft weist einen Gewinn vor Gewinnabführung von 50 T€ aus. Das bedeutet eine Verschlechterung um 15 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Nutz-km
- Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Die Planabweichung beim Jahresergebnis resultiert maßgeblich aus a-periodischen Erträgen aus dem Verkauf von einem Bus in Höhe von 44 T€.

Wie aus der Tabelle ersichtlich erreichten sowohl die Betriebsleistung mit 454 TNutz-km als auch die abgestellten Fahrer fast genau den Planansatz.

(in Tausend)	Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	+/-
<i>Nutz-km</i>	453	454	1
Umsatzerlöse eigene Fahrleistung	1.209	1.262	53
<i>abgestellte Fahrer (Jahresdurchschnitt)</i>	82	81	-1
Umsatzerlöse Fahrerabstellung	2.917	2.982	65
Sonstige betriebliche Erträge	127	263	136
Betriebsleistung	4.253	4.507	254
Materialaufwand	-480	-467	13
Personalaufwand eigene Fahrer	-1.161	-1.146	15
Personalaufwand abgestellte Fahrer	-2.403	-2.500	-97
Abschreibungen	-28	-14	14
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-290	-326	-36
Zinsaufwendungen	-4	-4	0
Jahresergebnis	-113	50	163

Ertragslage

Ergebnisbeeinflussend waren ungeplante a-periodische Erträge aus Anlagenabgängen in Höhe von 44 T€ infolge des Verkaufs eines Busses.

Die periodischen Erlöse aus Personenbeförderungen sanken gegenüber dem Vorjahr um 46 T€ auf 1.256 T€. Dabei reduzierte sich die Fahrleistung um weitere 39 Tkm auf 454 Tkm (Vorjahr 493 Tkm). Der durchschnittliche Vergütungssatz belief sich im Geschäftsjahr auf 2,76 € (Vorjahr 2,64 €, exklusive a-periodische Erlöse).

Seit Mai 2012 werden Personalkosten für abgestellte Busfahrer in voller Höhe an die ASEAG weiterberechnet. Grundlage hierfür ist die zwischen ASEAG und Gewerkschaft geschlossene Beschäftigungssicherungsvereinbarung aus der hervorgeht, dass solange die Anzahl der eigenen Busfahrer der ASEAG 325 nicht unterschreitet, Mitarbeiter bei ESBUS eingestellt werden müssen. Solange steigt die Anzahl der ESBUS-Fahrer stetig an. Im Berichtsjahr wurden demzufolge für durchschnittlich 81 Mitarbeiter (Vorjahr: 33 Mitarbeiter) Erlöse in Höhe von 2.982 T€ (Vorjahr 1.107 T€) erzielt.

Die Materialaufwendungen reduzierten sich insgesamt um 28 T€ auf 467 T€. Dabei sanken die Treibstoffkosten (219 T€) um 48 T€ und die Instandhaltungskosten (21 T€) um 25 T€. Die Kosten für Fahrzeuganmietungen stiegen infolge der Fahrzeugverkäufe um 42 T€ auf 203 T€.

Von den durchschnittlich 97,2 Mitarbeiteräquivalenten (Vorjahr 50,2) waren 16,5 (Vorjahr 17,5) zur Erbringung der eigenen Fahrleistung erforderlich. Die restlichen Mitarbeiter betreffen Busfahrer, die an die ASEAG abgestellt werden. Zum Jahresende waren insgesamt 105,1 Mitarbeiteräquivalente beschäftigt. Die Vergütungen werden aufgrund eines mit ver.di abgeschlossenen Haustarifvertrages gewährt.

Die Abschreibungen wurden ausschließlich für Fahrzeuge aufgewendet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Wesentlichen aufgrund gestiegener Verwaltungskosten um insgesamt 61 T€ auf 326 T€.

Aufwendungen, die das abgestellte ASEAG-Fahrerpersonal betreffen, werden an die ASEAG weiterberechnet und unter den sonstigen Erträgen ausgewiesen. Diese stiegen deshalb gegenüber dem Vorjahr entsprechend.

Aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages wird der Gewinn an die ASEAG abgeführt.

Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2014 standen der Gesellschaft für die Personenbeförderung durchschnittlich ein (Vorjahr vier) eigener Bus und sechs (Vorjahr fünf) Dauerleihgaben der ASEAG zur Verfügung.

Aufgrund der Neuanschaffung eines Busses im Jahr 2010 wurde mit der ASEAG ein Investitionskredit in Höhe von 150 T€ mit einer Laufzeit von neun Jahren abgeschlossen. Die Tilgung erfolgt in neun gleichbleibenden Jahresraten.

Die Gesellschaft ist in das Cash-Pooling des EVA-Konzerns eingebunden und hat daher keine eigenen flüssigen Mittel sondern weist entsprechende Forderungen gegen verbundenen Unternehmen aus.

Die Rückstellungen resultieren überwiegend aus Personalverpflichtungen.

Im Umfeld des gemeinsamen Betriebes der ESBUS mit der ASEAG entwickelt sich die strategisch geplante Stärkung der Geschäftstätigkeit der ESBUS im Sinne einer deutlichen Ausweitung der Fahrgestellung für die ASEAG sehr positiv. Der eingeschlagene Weg mit einer Vergrößerung der Fahrerschaft bei ESBUS durch Neueinstellungen wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

4. Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Neben der Fahrleistungserbringung für die Muttergesellschaft ASEAG ist die Aufgabe von ESBUS auch weiterhin eine strategische. Das heißt, bei einer eventuellen Ausschreibung von Linienkonzessionen oder aber auch im Rahmen des Genehmigungswettbewerbs bestehen über ESBUS mit marktorientierten Kostensätzen gute Chancen, Leistungen zu erwerben und im E.V.A.-Konzern zu halten.

Es wurde die Möglichkeit geschaffen, neue Mitarbeiter für den Fahrdienst und die Leistungserstellung auf ASEAG konzessionierten Linien künftig bei ESBUS unter günstigen Bedingungen einzustellen. Gleichzeitig wird die ESBUS in ihrer Position und am Markt gestärkt.

ESBUS wird als kommunales Tochterunternehmen stärker in den Fokus von wirtschaftlich zu betreibender ÖPNV-Leistung gestellt und wird helfen, die Kosten für die Leistungserstellung im Konzern niedrig zu halten.

Es wurde juristisch bestätigt, dass ein „gemeinsamer Betrieb“ zwischen ASEAG und ESBUS vorliegt. Grund hierfür sind gemeinsame betriebliche Strukturen (Personalleitung, gemeinsamer Betriebsrat, gemeinsame Verwendung von Betriebsmitteln u.s.w.) und eine wachsende Leistungserbringung für die ASEAG (bei der ASEAG ausscheidende Mitarbeiter werden durch Einstellungen bei ESBUS ersetzt). Weiterhin wird ESBUS „schlank“ geführt und die notwendigen Leistungen werden über Dienstleistungsverträge bei Dritten oder im E.V.A.-Konzern eingekauft.

Im Herbst des Jahres 2014 wurde ein Wirtschaftsplan erstellt, der unter der damaligen Annahme der zukünftigen Vergütungssätze für das Geschäftsjahr 2015 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 90 T€ prognostizierte. Dabei wurde von einer stagnierenden Betriebsleistung von rund 459 tausend Nutz-km und von einer weiter steigenden Personalabstellung von durchschnittlich 106 Mitarbeitern ausgegangen. Zwischenzeitlich wurden die Vergütungssätze bereits angepasst, so dass ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet wird.

Die ESBUS hat im Geschäftsjahr 2014 mit Hilfe eines adäquaten Risikomanagementsystems und basierend auf dem im gesamten E.V.A.-Konzern gültigen Risiko-Handbuch eine Risikoinventur zur Identifizierung der Risiken durchgeführt und die Ergebnisse dokumentiert. Den Fortbestand der ESBUS gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.



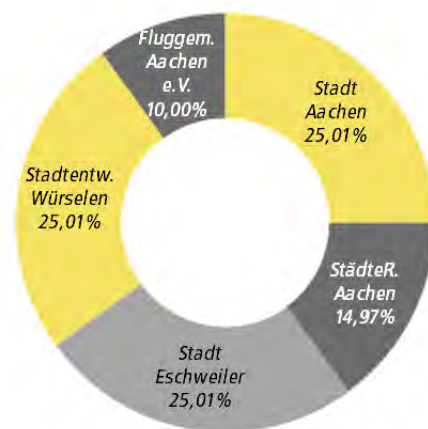
Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH

Würselen

Allgemeine Angaben

Firma	Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH
Sitz	Merzbrück 216, 52146 Würselen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1995
Geschäftsführer	Uwe Zink
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	57.000,00 EUR
Mitarbeiter	14 (Vorjahr 15) (Durchschnitt)
Internet	www.flugplatz-aachen.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Aufgabe des Unternehmens ist es, den Verkehrslandeplatz und das Segelfluggelände Aachen-Merzbrück zu betreiben, zu unterhalten und auszubauen. Dabei sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die „Verordnung über die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebes mit Leichtflugzeugen und Motorseglern und Landeplätzen“ vom 5. Januar 1999 zu beachten. Der Flugplatz dient der Allgemeinen Luftfahrt und Luftfahrzeugen bis 5,7 t Höchstabfluggewicht. Er steht ferner der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und Fachhochschule Aachen für wissenschaftliche und Forschungszwecke zur Verfügung.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Uwe Zink

Aufsichtsrat:

Vorsitzender
stv. Vors.

Arno Nelles
Annekathrin Grehling
Alexander Gilson (CDU)
Hermann Gödde
Nadine Leonhardt
Manfred Zitzen
Josefine Lohmann
Prof. Dr. Rudolf Mathar

Bürgermeister Würselen
Stadtdirektorin
Ratsmitglied
Eschweiler
Eschweiler
Geschäftsführer SEW
StädteRegion
Fluggemeinschaft Aachen e.V.

beratend:

vakant
Monika Frohn

(Vorsitzender Lärmschutzbeirat)
IHK Aachen



Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Der Geschäftsführer wird von der Gesellschafterversammlung bestellt.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, dessen Mitglieder von den Gesellschaftern wie folgt entsandt werden: Stadt AC 2 Mitgl., Stadt Eschweiler 2 Mitgl., Stadtentwicklung Würselen 2 Mitgl., FGA 1 Mitgl., StädteRegion AC 1 Mitgl.. Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist von dem entsendenden Gesellschafter ein Vertreter zu bestimmen. Die von den Gesellschaftern entsandten Mitglieder können von dem Gesellschafter, der sie entsandt hat, jeder Zeit abberufen und durch andere Personen ersetzt werden. Der AR wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Zum Vorsitzenden des AR soll der jeweilige Bürgermeister der Stadt Würselen gewählt werden, zum stellvertretenden Vorsitzenden soll eines der beiden Aufsichtsratsmitglieder der Stadt Aachen gewählt werden.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012	2013	2014
A.	Anlagevermögen	1.628 80%	1.685 81%	1.679 79%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	6 0%	5 0%	4 0%
II.	Sachanlagen	1.622 79%	1.680 80%	1.676 79%
B.	Umlaufvermögen	417 20%	405 19%	454 21%
I.	Vorräte	1 0%	2 0%	1 0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	84 4%	61 3%	92 4%
III.	Wertpapiere	0 0%	0 0%	0 0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	332 16%	342 16%	361 17%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Aktiva		2.045	2.090	2.133
A.	Eigenkapital	249 12%	338 16%	439 21%
I.	Gezeichnetes Kapital	57 3%	57 3%	57 3%
II.	Kapitalrücklage	114 6%	156 7%	200 9%
III.	Gewinnrücklagen	0 0%	0 0%	0 0%
IV.	Gewinn-/ Verlustvortrag	31 2%	78 4%	125 6%
V.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	48 2%	47 2%	57 3%
B.	Sonderposten für Zuschüsse und Zulaugen	1 0%	0 0%	0 0%
C.	Rückstellungen	33 2%	33 2%	34 2%
D.	Verbindlichkeiten	1.718 84%	1.684 81%	1.630 76%
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	45 2%	35 2%	30 1%
Bilanzsumme Passiva		2.045	2.090	2.133



Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	212	233	276
sonstige betriebliche Erträge	92	80	193
Betriebsleistung	304	314	470
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	3	3	3
Personalaufwand	165	184	203
Abschreibungen	25	14	15
Sonstige betriebliche Aufwendungen	97	100	225
Betriebserfolg	14	12	23
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	70	68	66
Finanzergebnis	-69	-67	-65
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-56	-55	-43
Erträge aus Zuschüssen der Gesellschafter	104	102	100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	48	47	57

Verbindungen zum städtischen Haushalt

An der von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Ergebnisverwendung ist die Stadt Aachen entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt. Die Gesellschafterversammlung hat den Vortrag des Ergebnisses auf neue Rechnung beschlossen. Die Stadt zahlte einen Pachtkostenzuschuss in Höhe von 7,2 TEUR. Darüber hinaus beteiligte sich die Stadt Aachen mit 29,3 TEUR am Kapitaldienst für Grunderwerbs- und Planungskosten.

Lagebericht

Im Geschäftsjahr 2014 haben der Aufsichtsrat dreimal und die Gesellschafterversammlung zweimal getagt. Das Jahresergebnis 2013, die Entlastung des Geschäftsführers und die Entlastung des Aufsichtsrates wurden in der 74. Sitzung des Aufsichtsrates bzw. in der 52. Gesellschafterversammlung am 01.07.2014 beschlossen.

Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Darstellung der Geschäftsentwicklung 2014

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Im zurückliegenden Jahr konnten die Umsatzerlöse durch die neue Entgeltordnung und die hervorragenden Witterungsverhältnisse, die zu über 45.784 Flugbewegungen gegenüber 2013 mit knapp 40.000 Bewegungen führten von 229.306 € auf 271.769 € (+42.463 €) gesteigert werden.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen gab es auf Grund der Feier zum 100-jährigen Bestehen des Platzes eine Steigerung von 80.269 € auf 193.429 € (+113.160 €). Dem gegenüber stehen bei den sonstigem betrieblichen Aufwendungen 224.603 € nach 99.746 € im Vorjahr (+124.857 €).

Die Personalkosten sind bedingt durch die Festeinstellung der Mitarbeiterin der Buchhaltung von 148.130 € auf 163.721 € gestiegen (+15.591 €).



Insgesamt ergab sich ein Überschuss von 57.185 € gegenüber 46.507 € in 2013 (+10.678 €).

2. Planfeststellungsverfahren

Nach Rücksprache mit der Luftaufsicht Düsseldorf wird derzeit an der Formulierung der Themen des Planfeststellungsbeschlusses gearbeitet. Der Planfeststellungsbeschluss wird frühestens Ende Sommer 2015 erwartet.

3. Zuschüsse

In einem weiteren Jahr hat die FAM nunmehr einen Überschuss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit - unter Berücksichtigung des Pachtzuschusses - erwirtschaftet.

4. Flugbewegungen I Entgeltordnung

Zum 01.04.2013 wurde die Entgeltordnung nach 14 Jahren an die Preisentwicklung angepasst. Die FAM verfolgt mit der neuen Entgeltordnung das Ziel, dass Flugzeuge mit einer höheren Lärmemission stärker an den Kosten beteiligt werden und dass für die Vorhaltung der Infrastruktur eine Nutzungsgebühr gezahlt werden muss. Ebenfalls wurden neue Regelungen eingebracht, die zum einen der Nachwuchsförderung im Bereich des Segelflugverkehrs zum anderen der Sicherheit des Flugbetriebes dienen. Die mit der Änderung der Entgeltordnung erhofften positiven höheren Einnahmen für das Jahr 2014 haben sich bestätigt.

Die Entgeltordnung wird in 2015 redaktionell überarbeitet.

Flugbewegungen:

	Flugbewegungen insgesamt	Flugbewegungen gewerblich	Segelflug	UL
2013	39.778	16.828	1.260	2.736
2014	45.784	23.922	1.327	3.601

Die Flugbewegungen lagen 2014 insgesamt um 6.006 über den Flugbewegungen aus 2013. Witterungsbedingt war 2014 ein hervorragendes Jahr. Bei den gewerblichen Flugbewegungen spielte das gute Wetter sicherlich auch eine große Rolle. Der Segelflug stagniert weiterhin auf niedrigem Niveau.

5. Personalentwicklung

In 2014 wurde die Stelle des Platzwartes neu besetzt. Seit Anfang 2015 ist die Stelle jedoch wieder vakant. Im Zuge einer Umstrukturierung, verbunden mit einer Optimierung im Betriebsablauf, soll die Stelle nunmehr mit einem Flugleiter, der über einen Flugschein und somit auch über ein Funk-sprechzeugnis verfügt, besetzt werden. Mit dieser Ausbildung ist diese Person dann in der Lage, künftig den Einsatzleiter zu vertreten. Die Stelle sollte – sofern möglich - mit einer jüngeren Nachwuchskraft besetzt werden.

6. Zusammenarbeit der FAM mit Schule und Wissenschaft

Seit Bestehen der Flughafen Aachen-Merzbrück GmbH werden für Kitas und Schulen Führungen angeboten. Im Jahr 2014 haben rd. 300 Kinder und Jugendliche eine Einführung in die Abläufe des Verkehrslandeplatzes im Rahmen der Bildungszugabe erhalten.

Die Kontakte zur FH und RWTH, als auch zum BK Alsdorf, die die Einrichtungen und Möglichkeiten des Platzes nutzen, wurden vertieft. Die Geschäftsführung setzt den eingeschlagenen Weg zu einem Campus für Luft- und Raumfahrttechnik fort. Hierbei wird die FAM von den Unternehmen am Platz tatkräftig unterstützt und kann somit ein qualifiziertes und abgerundetes Bild vom Flugbetrieb liefern.

7. Inbetriebnahme Euregiobahn und Haltepunkt Merzbrück

Die Eisenbahntrasse am Verkehrslandeplatz Merzbrück wird zurzeit ausgebaut. Die beabsichtigte Elektrifizierung der Strecke und die Beleuchtung des Haltepunktes sind nicht planfestgestellt und führen zur Kollision mit dem bestehenden und planfestgestellten Lichtraumprofil der Start- und Landebahn.



Die geplante Schwenkung der Start- und Landebahn stellt eine einvernehmliche Lösung für beide Seiten dar. Die Euregiobahn könnte danach problemlos betrieben werden. Zur Zeit werden erste Gespräche mit der NVR und der EVS zum weiteren Verfahren geführt.

8. Veranstaltung 100 Jahre Merzbrück

Am 30. - 31.08.2014 fand die Veranstaltung 100 Jahre Merzbrück statt. Trotz des eher durchwachsenen Wetters fand die Feier einen guten Zuspruch und auch in der Bevölkerung eine positive Anerkennung. Die rege Unterstützung der Sponsoren zeigte die gute Einbindung der Fliegerei und auch der FAM in die Aachener Region und ermöglichte die Veranstaltung.

Insgesamt waren ca. 10.000 Besucher an beiden Tagen vor Ort. Besonders die kostenlosen Spielgeräte und Attraktionen für die Kinder, sowie das breit gefächerte Rahmenprogramm u.a. mit der Hazienda Arche Noah, den Oldtimerfahrzeugen, den Teilnehmern der FH, der RWTH und den vor Ort ansässigen Vereinen und Firmen wurden positiv angenommen. Die einzelnen Flugdarbietungen sowie die Möglichkeiten verschiedener Rundflüge wurden ebenfalls begeistert aufgenommen.

Für die Veranstaltung 100 Jahre Merzbrück wurde das Genehmigungsverfahren nach Erlasslage beantragt, um dadurch Informationen und Hinweise für die Durchführung weiterer Veranstaltungen zu erhalten und als Ergebnis den Weg für größere Veranstaltungen auf Merzbrück zu ebnen. Hierzu wurde bereits in der neuen Entgeltordnung die Möglichkeit verankert, dass bis zu 5 Tage pro Kalenderjahr der Platz für Veranstaltungen genutzt werden kann. Der Entwurf des neuen Gesellschaftervertrages sieht die hierzu notwendige Erweiterung des Gesellschaftszwecks vor.

9. Änderung des Gesellschaftervertrages

Mit dem geänderten Gesellschaftsvertrag kommt die FAM dem Wunsch nach verschiedenen Änderungen nach. Auf der Grundlage eines bereits anderen durch die Bezirksregierung genehmigten Vertrages, in Zusammenarbeit mit einem Wirtschaftsprüfer wurde dieser überarbeitet und den Notwendigkeiten angepasst. Der derzeitige Entwurf wurde dem Rechnungsprüfungsamt der StädteRegion Aachen vorgelegt sowie mit allen Gesellschaftern abgestimmt. Aufgrund der Ausweitung des Gesellschaftszwecks liegt der Entwurf seit Februar 2015 der Bezirksregierung Köln zur Prüfung vor.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

In 2015 wird eine weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung erwartet.

Impulse werden in den kommenden Jahren durch die Ansiedlung von Betrieben im Gewerbegebiet Merzbrück gesetzt, die vor allem durch die geplante Einrichtung eines RWTH Aachen Campus-Clusters "Luftfahrt" auch der Verkehrslandeplatz Aachen Merzbrück profitieren wird.

Für das zukünftige wirtschaftliche Ergebnis ist aber auch eine Konsolidierung der Finanzen durch die Übernahme und Bewirtschaftung der Hangars und weitere konsequente Betreuung der Flugplatznutzer durch die FAM sinnvoll.

AVV - ZV Aachener Verkehrsverbund Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Zweckverband Aachener Verkehrsverbund
Sitz	Aachen
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsjahr	1994
Verb.vorsteher	Marcel Philipp
Gremien	Verbandsversammlung
Stammkapital	Zweckverband verfügt lt. Satzung über keine Stammeinlage
Mitarbeiter	-
Internet	www.avv.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

- 1) Der Zweckverband hat im Verbundraum folgende Aufgaben:
 1. Beschlussfassung über allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr unter Beachtung der Planungen des "Zweckverband Nahverkehr - SPNV & Infrastruktur - Rheinland" (ZV NVR),
 2. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die vom Zweckverband gegründete Aachener Verkehrsverbund GmbH (Verbundgesellschaft) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbandes in ihrem Einflussbereich umsetzen,
 3. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und Qualitätsstandards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der Verbundgesellschaft in ihren Planungen beachten und die Verbundgesellschaft als Träger öffentlicher Belange anerkennen,
 4. Aufstellung von Rahmenvorgaben für die Betrauung von Verbundverkehrsunternehmen (Verbundverkehrsunternehmen sind ASEAG, DKB und west) durch die Verbandsmitglieder mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen sowie Abschluss von gesonderten Kooperationsverträgen mit anderen Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) gemäß § 11.
 5. Finanzierung der Ausgleichszahlungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen unter Beachtung des Gemeinschafts- und nationalen Rechts,
 6. Förderung des ÖPNV im Rahmen der vom Land NRW gewährten Mittel gemäß § 11a und § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW sowie zur Förderung des Sozialtickets als eigene Aufgabe nach näherer Maßgabe von § 13 dieser Satzung. Hierzu übertragen die Verbandsmitglieder die Aufgabenwahrnehmung gemäß § 11a und § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW sowie gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen (Richtlinien Sozialticket 2011) in der jeweils geltenden Fassung auf den Zweckverband. Der Zweckverband

leitet die ihm gewährten Mittel an die im Verbundraum tätigen öffentlichen oder privaten Verkehrsunternehmen, Verbandsmitglieder, Gemeinden, Zweckverbände oder sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts, die Zwecke des ÖPNV verfolgen, weiter oder verwendet sie im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben selbst.

7. Wahrnehmung der Aufgaben eines Trägers öffentlicher Belange (TöB) in seinem Zuständigkeitsbereich.
- 2) Der Zweckverband bildet gemeinsam mit dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg den "Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland" (ZV NVR) gemäß § 5 Abs. 1 Buchst. b) ÖPNVG NRW. Dem ZV NVR obliegen die in § 5 Abs. 3 ÖPNVG NRW festgelegten Aufgaben. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die SPNV-Planung und -Finanzierung und die pauschalierte Investitionsförderung. Näheres regelt die Satzung des ZV NVR.
- 3) Der Zweckverband hat unter Beachtung der sich aus dem ÖPNVG NRW ergebenden Rechte und Pflichten folgende weitere Aufgaben:
 1. Umsetzung von Aufgaben des ZV NVR nach Maßgabe der Satzung des ZV NVR.
 2. Koordinierung des SPNV-Nahverkehrsplans des ZV NVR mit den lokalen Nahverkehrsplänen der Verbandsmitglieder unter deren Mitwirkung und Mitwirkung der nach dem ÖPNVG NRW zu beteiligenden Verkehrsunternehmen.
 3. Vorschlag von verbundraumbezogenen Investitionsmaßnahmen zum jährlichen Katalog des ZV NVR gemäß § 12 Abs. 5 ÖPNVG NRW.
 4. Hinwirkung auf eine integrierte Verkehrsgestaltung im ÖPNV und auf die Bildung von landesweiten Tarif- und landeseinheitlichen Beförderungsbedingungen sowie die Bildung kooperationsraumübergreifender Tarife mit dem Ziel eines landesweiten Tarifs.
 5. Hinwirkung auf die Anwendung des Verbundtarifs und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen (im Verbundraum tätige Verkehrsunternehmen sind Verbundverkehrsunternehmen und Verkehrsunternehmen sowie Eisenbahnverkehrsunternehmen, die durch einen gesonderten Kooperationsvertrag in den Aachener Verkehrsverbund eingebunden sind) sowie auf die Schaffung von Übergangstarifen bei starken überregionalen Verkehrsverflechtungen bzw. auf die Fortschreibung bestehender Übergangstarife.
 6. Entscheidung über die Fortschreibung des Verbundtarifs, der Übergangstarife und der dazu gehörenden Beförderungsbedingungen. Gemeinsame Entscheidung mit den übrigen Zuständigen in NRW über die Fortschreibung des landesweiten Tarifs (NRW-Tarif).
 7. Wahrnehmung der Aufgabe „Tarif“ unter dem Aspekt „Gemeinschaftstarif“ nach den jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften (derzeit als Aufgabenträger gemäß § 8 Abs. 3 PBefG und als zuständige Behörde nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007).
- 4) Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen, unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern.
- 5) Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen im Rahmen von Kooperationsverträgen.
- 6) Als Teilregion der EUREGIO Maas-Rhein verfolgt der Zweckverband das Ziel, in enger Kooperation mit der niederländischen und der belgischen Grenzregion den grenzüberschreitenden Bus- und Bahnverkehr bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und auf ein integratives Bus- und Bahnsystem in der EUREGIO Maas-Rhein hinzuwirken.
- 7) Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der in öffentlichem Interesse liegenden ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft nach näherer Maßgabe des Gesellschaftsvertrages der Verbundgesellschaft. Er bedient sich ihrer wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter.
- 8) Die Verbandsmitglieder wirken gegenüber den von ihnen getragenen Verbundverkehrsunternehmen darauf hin, dass auch diese die vorgenannten Ziele verfolgen, mit der Ver-

bundgesellschaft auf vertraglicher Basis zur Umsetzung von Vorgaben der Verbandsmitglieder und des Zweckverbandes kooperieren und die Möglichkeiten zur Rationalisierung ausschöpfen, insbesondere sparsam wirtschaften.

- 9) Der Zweckverband kann im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung Richtlinien erlassen oder der Verbundgesellschaft vorgeben, solche zu erlassen.

Organe des Unternehmens

Verbandsvorsteher Marcel Philipp

Verbandsversammlung:

Vorsitzender	Jörg Hamel	Kreis Düren
Stellvertreter	Michael Janßen	StädteRegion
Stellvertreter	Norbert Reyans	Kreis Heinsberg
	Stadt Aachen	
	Holger Brantin (CDU)	Ratsmitglied
	Wilfried Fischer (Grüne)	Ratsmitglied
	Jörg Lindemann (CDU)	Ratsmitglied
	Marcel Philipp (CDU)	Oberbürgermeister
	Ye-One Rhie (SPD)	Ratsmitglied
	StädteRegion Aachen	
	Helmut Etschenberg	
	Michael Janßen	
	Gerhard Neitzke	
	Marc Peters	
	Axel Wirtz	
	Kreis Düren	
	Erich Cremer	
	Franz Josef Fiedler	
	Jörg Hamel	
	Hans Martin Steins	
	Bruno Voß	
	Kreis Heinsberg	
	Ralf Derichs	
	Ulrich Horst	
	Josef Nießen	
	Wilhelm Paffen	
	Norbert Reyans	

Zusammensetzung der Organe

Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher.

Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamtes, gewählt. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen und an den Sitzungen gebildeter Ausschüsse teilzunehmen.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften des Verbandsmitglieds gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen. Jedes Verbandsmitglied entsendet fünf Vertreter in die Verbandsversammlung, darunter seinen Hauptverwaltungsbeamten oder einen von diesem benannten Bediensteten.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012	2013	2014
A.	Anlagevermögen	153 1%	153 1%	153 1%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0 0%	0 0%	0 0%
II.	Sachanlagen	0 0%	0 0%	0 0%
III.	Finanzanlagen	153 1%	153 1%	153 1%
B.	Umlaufvermögen	6.802 26%	9.471 32%	7.815 28%
I.	Vorräte	0 0%	0 0%	0 0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0 0%	30 0%	0 0%
III.	Wertpapiere	0 0%	0 0%	0 0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	6.802 26%	9.441 32%	7.815 28%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	19.218 73%	19.598 67%	19.685 71%
Bilanzsumme Aktiva		26.173	29.221	27.652
A.	Eigenkapital	517 2%	518 2%	519 2%
	Allgemeine Rücklagen	505 2%	517 2%	517 2%
	Ausgleichsrücklage	0 0%	0 0%	1 0%
	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	12 0%	1 0%	1 0%
B.	Rückstellungen	7 0%	13 0%	7 0%
C.	Verbindlichkeiten	6.385 24%	9.092 31%	7.442 27%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	19.264 74%	19.598 67%	19.685 71%
Bilanzsumme Passiva		26.173	29.221	27.652

Ergebnisrechnung (TEUR)		2012	2013	2014
Zuwendungen und allgemeine Umlagen		18.389	18.710	18.620
sonstige ordentliche Erträge		4	0	0
Ordentliche Erträge		18.393	18.710	18.620
Personalaufwendungen		112	0	0
Bilanzielle Abschreibung		0	0	0
Transferaufwendungen		18.209	18.679	18.587
sonstige ordentliche Aufwendungen		69	31	32
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit		4	0	0
Finanzerträge		8	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0	0
Finanzergebnis		8	1	1
Ordentliches Jahresergebnis		12	1	1
außerordentliches Ergebnis		0	0	0
Jahresergebnis		12	1	1

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine direkte Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht.

Lagebericht

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „**Neue Kommunale Finanzmanagement**“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2014.

Im Haushaltsjahr 2014 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 4.564.061,98 € als ÖPNV-Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 2.014,87 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Zinseinnahmen aus den Mitteln der ÖPNV-Pauschale, die im Kalenderjahr 2014 und 2013 erwirtschaftet wurden. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 4.566.076,85 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 666.099,72 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Jahr 2014 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2014 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 3.899.977,13 € im ersten Halbjahr des Jahres 2015 zweckentsprechend verwendet worden.

Darüber hinaus hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 10.873.121,34 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Ein Anteil in Höhe von 9.548.318,88 € ist im Jahr 2014 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW ausgezahlt worden. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2012 wurden darüber hinaus 1.267.920,12 € an Verkehrsunternehmen ausgeschüttet. Die restlichen Mittel in Höhe von 56.882,34 € sowie die im Kalenderjahr 2014 aus der Bewirtschaftung der Ausbildungsverkehr-Pauschale entstandenen Zinserträge in Höhe von 2.270,30 € sind im ersten Halbjahr 2015 zweckentsprechend verwendet worden.

Zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den Richtlinien Sozialticket 2011 in Höhe von 1.790.402,34 € erhalten, welche im Rahmen einer Nachzahlung auf insgesamt 2.797.701,32 € aufgestockt wurde. Darüber hinaus standen aus dem Jahr 2013 Restmittel in Höhe von 263.143,80 € zur Verwendung im Berichtsjahr zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 1.978.966,12 € ist den Verkehrsunternehmen im Jahr 2014 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV ausgezahlt worden. Weitere Mittel in Höhe von 810.105,15 € wurden im Rahmen einer Nachzahlung an die Verkehrsunternehmen im ersten Halbjahr 2015 zweckentsprechend ausgezahlt. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2012 hat der ZV AVV darüber hinaus 8.423,22 € seitens der Verkehrsunternehmen zurück erhalten, was zu einer entsprechenden Erhöhung bei den Verbindlichkeiten aus Transfermitteln führte. Die restlichen Mittel in Höhe von 280.197,07 € wurden im Jahr 2015 zweckentsprechend verwendet.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 153.000,00 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH, deren alleiniger Gesellschafter der Zweckverband AVV ist.

Der ZV AVV finanzierte seinen Eigenaufwand durch die seitens des ZV NVR bereitgestellte ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Insgesamt führte das Haushaltsjahr zu dem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 988,97 €.

Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandsmitgliedern durchgeführt. Der Mittelfluss zwischen den Verbandsmitgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert.

Seit dem 01.01.2013 wird die Funktion der Geschäftsstelle des ZV AVV in vollem Umfang durch die Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH) wahrgenommen. Durch den hiermit verbundenen

Übergang der Mitarbeiter der Geschäftsstelle des ZV AVV an die AVV GmbH entfällt der beim ZV AVV bis zum 31.12.2012 angefallene Personalaufwand seit dem Geschäftsjahr 2013.

Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko bezüglich der notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann.

Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV NVR, dessen Verbandsmitglied der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV NVR ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist.

Die vorgenannten Mittel sind in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen.

Für die Zukunft werden darüber hinaus keinerlei Risiken gesehen. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Wirtschaftsplans für das Haushaltsjahr 2016.

Aachener Verkehrsverbund GmbH Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Aachener Verkehrsverbund GmbH
Sitz	Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1994
Gesellschafter	Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV)
Geschäftsführer	Hans-Peter Geulen Heiko Sedlaczek
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	25.600,00 EUR
Mitarbeiter	16 (Vorjahr 14) (Durchschnitt)
Internet	www.avv.de

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft fördert das vom ZV AVV verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Bus- und Bahnangebot zu erbringen und die Marktchancen im Aachener Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Maßnahmen und Investitionen zu verbessern. Sie unterstützt den ZV AVV bei seiner Aufgabenerfüllung und unterstützt die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen in dem Bemühen, sparsam zu wirtschaften und alle Möglichkeiten zur Rationalisierung auszuschöpfen. Die Gesellschaft kann weitere, dem Gesellschaftszweck dienende Aufgaben übernehmen, insbesondere zur Ausschöpfung von Marktchancen, Rationalisierungspotentialen und der technischen Vereinheitlichung der Verkehrssysteme.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Hans-Peter Geulen
Heiko Sedlaczek

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Willi Paffen	Kreis Heinsberg
1. Stellvertreter	N.N.	
2. Stellvertreter	Bruno Voß	Kreis Düren
	Stadt Aachen	
	Ye-One Rhie (SPD)	Ratsmitglied
	Michael Carmincke	Vorstand ASEAG
	Jörg Lindemann (CDU)	Ratsmitglied
	Marcel Philipp (CDU)	Oberbürgermeister
	StädteRegion Aachen	
	Gerhard Neitzke	
	Peter Strauch	
	Volker Wiegand-Majewsky	
	Michael Janßen	
	Kreis Düren	
	Bernd Böhnke	
	Hans Martin Steins	
	Ulrich Titz	
	Kreis Heinsberg	
	Stephan Pusch	
	Ralf Derichs	
	Udo Winkens	

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung einberufen, soweit es die Geschäftslage erfordert, oder auf Weisung des Vorstandsvorstehers des ZV AVV. Alleiniger Gesellschafter ist der ZV AVV.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 und höchstens 16 stimmberechtigten Mitgliedern. Der ZV AVV bestellt je Verbandsmitglied drei stimmberechtigte Mitglieder. Auf Wunsch eines Verbandsmitgliedes bestellt er ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied, das nicht der Verwaltung oder der Vertretungskörperschaft eines Verbandsmitgliedes angehört und über besondere Sachkunde auf dem Gebiet des ÖPNV verfügt. Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist ein Stellvertreter zu wählen. Der Vorstandsvorsteher des ZV AVV ist, sofern er nicht von der Verbandsversammlung als Mitglied des Aufsichtsrates bestellt wird, beratendes Mitglied des Aufsichtsrates.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2012	2013	2014
A. Anlagevermögen	110 10%	143 7%	224 10%
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	60 5%	73 4%	165 7%
II. Sachanlagen	50 5%	70 4%	60 3%
B. Umlaufvermögen	986 90%	1.845 93%	2.071 90%
I. Vorräte	0 0%	0 0%	0 0%
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	201 18%	488 24%	961 42%
III. Wertpapiere	0 0%	0 0%	0 0%
IV. Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	785 72%	1.357 68%	1.110 48%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1 0%	6 0%	7 0%
Bilanzsumme Aktiva	1.097	1.993	2.303
A. Eigenkapital	572 52%	1.136 57%	1.179 51%
I. Gezeichnetes Kapital	26 2%	26 1%	26 1%
II. Kapitalrücklage	57 5%	57 3%	57 2%
III. Bilanzgewinn	489 45%	1.053 53%	1.097 48%
B. Rückstellungen	379 35%	447 22%	546 24%
C. Verbindlichkeiten	146 13%	396 20%	577 25%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	14 1%	0 0%
Bilanzsumme Passiva	1.097	1.993	2.303

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	504	956	1.034
sonstige betriebliche Erträge	1.446	1.599	1.908
Betriebsleistung	1.950	2.555	2.942
Materialaufwand/ Aufw. F. bezogene Leistungen	0	0	0
Personalaufwand	925	1.167	1.500
Abschreibungen	55	64	63
Sonstige betriebliche Aufwendungen	578	744	1.317
Betriebserfolg	392	580	63
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14	15	16
Finanzergebnis	-12	-13	-15
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	380	567	48
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	1	3	4
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	379	564	43
Gewinnvortrag	110	489	1.053
Bilanzgewinn	489	1.053	1.097

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine direkte Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht.

Lagebericht

Die Gesellschaft dient ausschließlich Zwecken des öffentlichen Personennahverkehrs und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die im Gesellschaftsvertrag der AVV GmbH aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination wahr.

Darstellung der Ertragslage

Die Finanzierung der Aufwendungen der AVV GmbH erfolgte im Geschäftsjahr 2014 im Wesentlichen durch die Verwendung der seitens des Landes NRW über den Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) anteilig zur Verfügung gestellten ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) und durch Kooperationsverträge vereinbarte Zuschüsse der Verkehrsunternehmen im AVV. Des Weiteren wurden seitens des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) im Jahr 2014 erneut Mittel aus der Zuwendung gemäß § 11 a ÖPNVG NRW zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Fortentwicklung von Tarif- und Verkehrsangeboten sowie der Verbesserung der Qualität im Ausbildungsverkehr dienen, oder für die mit der Abwicklung der Pauschale verbundenen Aufwendungen, in Höhe von rd. 163 T€ gewährt. Darüber hinaus wurden für bestimmte Projekte und Marketingmaßnahmen Erlöse aus der anteiligen Weiterberechnung der entstandenen Aufwendungen an die jeweiligen Projektpartner erzielt.

Hinsichtlich der ÖPNV-Pauschale wurden der AVV GmbH 1.077 T€ zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus erzielte Erträge resultieren aus INTERREG-Mitteln für in der Euregio Maas-Rhein umzusetzende Projekte wie "M³ - Mobilität ohne Grenzen in der Euregio Maas-Rhein", "RoCK- Regions of Connected Knowledge" und "Citizens' Rail".

Die erzielten Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus vertraglich vereinbarten Beteiligungen der Verkehrsunternehmen im AVV an den Aufwendungen der Verbundgesellschaft. Diese vertraglichen Vereinbarungen wurden in 2009 mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen infolge neuer bzw. modifizierter Kooperationsverträge abgeschlossen.

Ergänzend zu den bereits genannten Kooperationsverträgen wurde ein weiterer gemeinsamer Vertrag (Verbundbeteiligungsvertrag) mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen geschlossen, der zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit der AVV GmbH beiträgt und seit dem Jahr 2013 gültig ist. Als Bemessungsgrundlage für diesen finanziellen Betrag in Höhe von 0,5%, den jedes im Verbundraum tätige Verkehrsunternehmen zahlt, dient die endgültige Einnahmenaufteilungsrechnung im AVV eines jeden Jahres.

Darüber hinaus erhält die Verbundgesellschaft zur Beteiligung an ihrem Aufwand seit dem Jahr 2013 von den vier Verbandsmitgliedern des ZV AVV jährlich Mittel in Höhe von jeweils 25 T€, die über den ZV AVV ausgezahlt werden.

Weitere Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus der Kostenbeteiligung einzelner Partner an Marketingmaßnahmen.

Die Aufwendungen der Verbundgesellschaft bestehen im Wesentlichen aus Personalaufwendungen einschließlich Sozialabgaben und Altersvorsorge in Höhe von rd. 1.500 T€ und liegen damit über Vorjahresniveau. Grund hierfür ist neben der allgemeinen Anpassung im Rahmen des TVöD die erstmals ganzjährige Wirkung der im Vorjahr erfolgten Einstellung weiterer Personale, die zur Sicherung der Aufgabenwahrnehmung der Verbundgesellschaft und infolge der Ausweitung des Aufgabenspektrums, wie bspw. der Einführung eines e-Ticketings im AVV, erforderlich war. Darüber hinaus wurde ab dem Berichtsjahr eine Stelle zur Beratung der Geschäftsführung bzw. die Abwicklung von Sonderaufgaben eingerichtet, die durch den zum Anfang des Berichtsjahres ausgeschiedenen Geschäftsführer wahrgenommen wird.

Die betrieblichen Aufwendungen der Verbundgesellschaft liegen deutlich über dem Vorjahresniveau, was insbesondere durch einen Anstieg im Bereich der Aufwendungen für Gutachten, Prüfung und Beratung resultiert, welcher nicht zuletzt auf den zunehmenden Umfang und die hohe Komplexität der bearbeiteten Themenfelder (z.B. Einführung der Tarifkooperation AVV/ VRS, Anpassung der Verbundvertragswerke, Untersuchung zum Lückenschluss Aachen-Richterich – Kerkrade/

Avantis) zurückzuführen ist. Die Aufwendungen für Werbung, Inserate und Drucksachen sind gegenüber dem Vorjahr moderat erhöht. Es sei darauf hingewiesen, dass die ausgewiesenen Aufwendungen weitgehend von Dritten refinanziert wurden. Die diesbezüglichen Auswirkungen finden sich in den entsprechenden Ertragspositionen wieder.

Die Finanz- und Personalverwaltung wird seit Bestehen der AVV GmbH extern über Geschäftsbesorgungsverträge erledigt und erfolgt über die E.V.A. (Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen).

Insgesamt konnte das Geschäftsjahr mit einem positiven Jahresergebnis von rd. 43 T€ beendet werden, was im Rahmen der Budgetplanung liegt.

Ausblick

Im Hinblick auf die anteilige Verwendung der ÖPNV-Pauschale für die Finanzierung von Regiekosten gilt auch weiterhin § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW, wonach die Mittel u. a. für Zwecke des ÖPNV verwendet werden können.

Der Personalaufwand der AVV GmbH wird infolge einer erweiterten Aufgabenwahrnehmung durch die Verbundgesellschaft und die dadurch bedingte Einstellung von weiterem Personal in 2015 steigen.

Für das Jahr 2015 wird die Verbundgesellschaft erneut Mittel aus der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von rd. 163 T€ erhalten.

Hinsichtlich der INTERREG-Mittelläufe das Projekt "M3 - Mobilität ohne Grenzen in der Euregio Maas-Rhein" im Jahr 2015 aus. Sowohl die Erträge als auch die Aufwendungen für die beiden anderen Projekte werden vom Niveau für 2015 moderat steigen. Darüber hinaus wird die Verbundgesellschaft auch weiterhin bemüht sein, Zuschüsse von dritter Seite für verbundweit greifende und euregionale Maßnahmen zu erhalten.

Für das Geschäftsjahr 2015 sind bei der AVV GmbH selbst keine bestandsgefährdenden Risiken gegeben.

Bereiche

Tourismus,
Wirtschaft, Wohnen

Aachener Gesellschaft für Innovation und Techno- logietransfer mbH

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Aachener Gesellschaft für Innovation Und Technologietransfer mbH
Sitz	Technologiezentrum am Europaplatz Dennewartstr. 25-27, 52068 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1983
Geschäftsführer	Dr. Helmut Greif
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	3.253.000,00 EUR
Mitarbeiter	30(Vorjahr 30) (Durchschnitt)
Internet	www.agit.de

Gesellschafter:

Stadt Aachen 29,86%
Städteregion Aachen 15,38%
WFG StädteRegion Aachen 1,60%
Kreis Düren 8,54%
Kreis Heinsberg 4,27%
Kreis Euskirchen 4,27%
IHK 12,95%
HWK 4,27%
Sparkassen Aachener Region 18,76%
FH Aachen 0,10%

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist es Innovation und Technologietransfer zu fördern, Technologiezentren zu errichten und zu betreiben, Beratungs- und andere Dienstleistungen anzubieten, Vorhaben der angewandten Forschung und Entwicklung durchzuführen, Urheberrechte und Know how zu vermitteln und zu verwerten, sowie Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung und Standortwerbung für die Region im In- und Ausland.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Dr. Helmut Greif

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Prof. Dr. Johannes Gartzen	FH Aachen
stv. Vors.	Prof. Dr. Manfred Sicking	Stadt Aachen
stv. Vors.	Leo Pontzen	StädteRegion
stv. Vors.	Günter Rosenke	Landrat Kreis Euskirchen
stv. Vors.	Prof. Dr. Christopher Schlick	IHK Aachen
	Simon Adenauer (CDU)	Ratsmitglied
	Rolf Kitt (CDU)	Ratsmitglied
	Lars Lübben (Grüne)	sachkundiger Bürger
	Karl Schultheis (SPD)	Ratsmitglied
	Helmut Etschenberg	Städtereionsrat
	Dr. Axel Thomas	WFG StädteRegion Aachen
	Georg Beyß	Kreisdirektor Kreis Düren
	Stephan Pusch	Landrat Kreis Heinsberg
	Michael F. Bayer	IHK Aachen
	Peter Deckers	Handwerkskammer Aachen
	Hubert Herpers	Sparkasse Aachen
	Thomas Pennartz	Sparkasse Heinsberg

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Geschäftsführer werden durch den Aufsichtsrat bestellt, angestellt und abberufen.

Aufsichtsrat

Die Stadt Aachen ist mit 5 Mitgliedern vertreten. Die Mitglieder aus dem Bereich der kommunalen Gebietskörperschaften werden für die Dauer einer Wahlzeit der Kommunalvertretungen in den Aufsichtsrat entsandt. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entscheidung eines Nachfolgers im Amt. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012	2013	2014
A.	Anlagevermögen	7.945 83%	7.085 81%	6.211 84%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	2 0%	0 0%	9 0%
II.	Sachanlagen	7.892 82%	7.035 81%	6.153 83%
III.	Finanzanlagen	51 1%	49 1%	49 1%
B.	Umlaufvermögen	1.671 17%	1.628 19%	1.216 16%
I.	Vorräte	0 0%	0 0%	0 0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.540 16%	1.356 16%	877 12%
III.	Wertpapiere	0 0%	0 0%	0 0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	131 1%	273 3%	338 5%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	2 0%	0 0%
Bilanzsumme Aktiva		9.617	8.715	7.427
A.	Eigenkapital	1.150 12%	1.160 13%	1.161 16%
I.	Gezeichnetes Kapital	3.253	3.253	3.253
II.	Gewinn-/ Verlustvortrag	-2.150	-2.103	-2.093
III.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	47	10	2
B.	Sonderposten für Zuschüsse und Zulaugen	3.551 37%	2.901 33%	2.256 30%
C.	Rückstellungen	139 1%	175 2%	93 1%
D.	Verbindlichkeiten	4.773 50%	4.480 51%	3.917 53%
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	5 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Passiva		9.617	8.715	7.427

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)		2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen		3.369	3.697	3.535
sonstige betriebliche Erträge		3.866	2.280	2.413
Betriebsleistung		7.234	5.977	5.947
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen		0	0	0
Personalaufwand		2.397	1.664	1.623
Abschreibungen		914	902	900
Sonstige betriebliche Aufwendungen		3.615	3.147	3.081
Betriebserfolg		309	264	342
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		157	148	113
Finanzergebnis		-156	-148	-113
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		153	116	230
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	0	0
sonstige Steuern		106	106	228
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag		47	10	2

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Die Zuschüsse teilen sich die Gesellschafter Stadt Aachen, Kreis Aachen, Kreis Düren, Kreis Euskirchen und Kreis Heinsberg im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander. Der Zuschuss der Stadt Aachen für das Jahr 2014 betrug rd. 493 TEUR incl. TZA II und ZBMT.

Lagebericht

Vorbemerkung zum Jahr 2014

Das Jahr 2014 war das Jahr 2 der AGITneu nach dem Restrukturierungsprozess der Region Aachen. Die AGIT hat sich von einem Teil ihrer Aufgaben getrennt und sich ihrem Auftrag gemäß neu aufgestellt. Die nach den Prinzipien des Profit Center zu führenden Geschäftsbereiche „Technologiezentrummanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ haben zu einer Veränderung der finanziellen Bewertung beider Bereiche geführt. Bei der Darstellung der AGIT-Leistungen wird auf diese Aufteilung so weit wie möglich Bezug genommen.

Dadurch ist das Jahr 2013 geprägt durch diese Aufgabenverteilung zwischen Zweckverband (ZV) der Region Aachen und der AGITneu bzw. AGIT 2.0. Mitarbeiter wurden vom ZV übernommen oder haben das Unternehmen verlassen; Aufgaben und Projekte wurden übergeben oder aufgrund vertraglicher Vereinbarungen weitergeführt. 2014 wurde dieser Prozess weitgehend abgeschlossen.

Mit dieser neuen Aufgabenteilung zwischen ZV und AGIT hat sich auch die AGIT einer strategischen Neuausrichtung unterworfen. Die sogenannte AGITneu oder AGIT 2.0 hat ihre Linie einer verstärkten Konzentration auf ihre klassischen Aufgaben konsequent weitergeführt und weiterentwickelt und den weltweit in Bewegung geratenen Umfeldbedingungen angepasst: der technologieorientierten Beratung, der Betreuung von Ansiedlungen, der Innovationsförderung und dem Business Development Support, aber auch dem klassischen Technologietransfer sowohl im regionalen als auch im überregionalen, grenzüberschreitenden Kontext einen großen Platz eingeräumt. Durch diese Arbeitsteilung mit dem ZV und der Fokussierung auf ihre Kernkompetenzen hat die AGIT ihr Personal deutlich in 2013 gegenüber 2012 reduziert, jedoch in 2014 konnte das 2013er Niveau beibehalten werden.

Entsprechend diesem neuen Aufgabenprofil hat sich die AGIT in 2013 eine neue Organisationsstruktur mit den Geschäftsbereichen „Technologiezentrummanagement“ und „technologieorientierte Wirtschaftsförderung“ gegeben, das in 2014 stabilisiert wurde. Beide Bereiche arbeiten finanziell streng getrennt als Profit Center. Der vorliegende Bericht nimmt deswegen weitgehend Bezug auf diese Geschäftsbereichsaufteilung.

Gleichzeitig konnte im Rahmen dieser Neuausrichtung die FH Aachen als neuer Gesellschafter hinzugewonnen werden, so dass damit die regionalen Hochschulen erstmals als Gesellschafter in der AGIT vertreten sind. Dies bedeutet einen neuen Meilenstein in der Entwicklung der AGIT und eine verstärkte Hinwendung zu den klassischen Aufgaben der AGIT, dem Technologie- und Wissenstransfer sowie der Innovationsförderung. Die FH Aachen verfügt über einen Sitz im Aufsichtsrat. Die Anzahl der Aufsichtsratsitze wurde damit wieder auf den ursprünglichen Stand von 17 heraufgesetzt. In 2014 gab es im Gesellschafterkreis und im Aufsichtsrat keine Veränderung. Bei den Beteiligungen gab es eine Veränderung, denn die Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH wurde verkauft; die aus dem Verkauf erzielte Einnahme (vollständige Rückerstattung des Gesellschafteranteils) wird als Sonderertrag jedoch erst 2015 bilanziell wirksam werden.

Betonen sollte man nochmals, dass sowohl inhaltliche als auch finanzielle Vergleiche zum Jahr 2012 wg. der Aufteilung der AGIT in AGITneu und Zweckverband Region Aachen (ZV) ab dem Jahre 2013 nur mit Einschränkungen möglich sind.

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist eine Agentur für Innovation und Technologietransfer, die eine technologieorientierte Wirtschaftsförderung betreibt. Gegenstand des Unternehmens sind laut Satzung die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüber-

schreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Entsprechend diesem Aufgabenprofil hat die AGIT ab 2013 zwei finanziell streng voneinander geteilte Geschäftsbereiche:

- Der Geschäftsbereich „Technologiezentrummanagement“ betreibt das TZA BA I, das sich im Eigentum der AGIT befindet, und das TZA BA II, das nach Auslauf des Leasingvertrages 7/2019 von der AGIT erworben wird. Das MTZ und das ZBMT werden von der AGIT als DL-Auftrag für die Stadt Aachen betrieben.
- Der Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ ist unterteilt in die Geschäftsfelder „Beratung technologieorientierter Unternehmen“ (BTOU), „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) sowie „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS).

2. Forschung und Entwicklung

Die AGIT hat keine eigene F+E-Abteilung. Neue Dienstleistungen werden in Abstimmung mit der Region Aachen und den Stake- und Shareholdern der AGIT in Form von Pilotprojekten erarbeitet, die meist öffentlich gefördert und durch Eigenanteile der Gesellschafter hinterlegt sind. Nach dieser Pilot- und Testphase wird über die Einführung dieser Dienstleistung durch die AGIT und die Finanzierung der Dienstleistung entschieden. Auch in 2014 wurden neue Produkte und Dienstleistungen im Rahmen von Projekten entwickelt (z. B. TeTRRA, The Locator), die bereits als neue Dienstleistungen seitens der AGIT unseren Kunden angeboten werden.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Natürlich wirken sich die europäische Wirtschaftskrise und die Weltwirtschaftskrise auf das Nachfrageverhalten bei Ansiedlungen aus, in den letzten Jahren aber deutlich weniger als in der Phase nach dem 11. September 2001. Genau genommen ist sogar ein gegenläufiger Trend zu beobachten, denn Deutschland ist wirtschaftlich erstaunlich robust und damit für Investoren interessanter als andere vergleichbare europäische Länder.

Die gute Konjunktur in Deutschland und die hervorragenden beruflichen Chancen für Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen und technischen Disziplinen führen in ganz Deutschland zu einem Rückgang von innovativen und technologieorientierten Gründungen. Auch hier bildet die Region Aachen, zumindest was die Gründungsfirmen angeht, die die AGIT betreut, eine Ausnahme.

Im Bereich der Aufträge konnte die AGIT ihre Position in 2014 halten. In der öffentlichen Projektförderung ergeben sich in 2014 jedoch deutliche Einschränkungen, denn die Ziel-2-Programme und Interreg-Programme liefen in 2013 aus. Es wurden nur noch die laufenden Projekte bearbeitet, die jedoch wegen Projektverlängerungen noch in das Jahr 2014, teilweise in das Jahr 2015 hineinreichen. Die neue Programmperiode begann zwar offiziell in 2014, jedoch sind die Durchführungsbestimmungen zurzeit nur für die EFRE-Programme bekannt, jedoch noch nicht für die Interreg-Programme und viele Ausschreibungen stehen noch aus. Neue Projekte kommen somit nur verzögert zur Anwendung und deshalb fand ein deutlicher Rückgang dieser Projektaktivitäten in 2014 statt, da viele Projekte in der zweiten Jahreshälfte ausliefen. Erste Neuanträge in 2015 laufen gerade an. Zudem sind auch heute noch nicht nach aktuellem Stand die konkreten Zuwendungsbedingungen (z. B. Förderungsanteile) in vielen Details bekannt, so dass nicht gewährleistet ist, ob die AGIT-Gesellschafter ggf. diese deutlich höheren, jedoch notwendigen Eigenleistungsanteile aufbringen wollen und werden.

2. Geschäftsverlauf

Die zwei Geschäftsbereiche der AGIT „Technologiezentrumsmanagement“ und „technologieorientierte Wirtschaftsförderung“ werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die konkreten Projekte und Aufträge werden inhaltlich nur summarisch dargestellt. Sie sind im Jahresbericht aufgeführt und können auch auf der Internetseite der AGIT eingesehen werden.

Das Jahr 2014 war weiterhin geprägt von der Neuorientierung der AGIT und den Maßnahmen, die für diese Entwicklung notwendig waren. Da zum 31.12.2012 viele Projekte ausgelaufen sind bzw. Projekte an den ZV überführt wurden, hat sich die Mitarbeiterzahl von ca. 40 Personen in 2012 auf ca. 28 Personen in 2014 reduziert. In 2015 wird sich der Personalbestand ein weiteres Mal möglicherweise reduzieren, weil dann alle Projekte endgültig auslaufen und die neuen Projektanträge noch nicht genehmigt sind.

Geschäftsbereich I: Technologiezentrumsmanagement (TZM)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen und Technologieunternehmen nach Mietflächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2014 in den drei von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA, MTZ und ZBMT fort.

Die Auslastung des Technologiezentrums am Europaplatz konnte bezogen auf das gesamte Jahr wieder auf einem hohen Niveau von fast 100 % beibehalten werden, nachdem Mitte des Jahres 2013 der größte Mieter des TZA über 10 % der Fläche freigemacht hat. Der dadurch erwartete Erlösrückgang trat in 2014 nicht ein, im Gegenteil sind die realisierten Umsätze und das Ergebnis in Summe für das TZA positiv und deutlich besser als 2013. Das MTZ war in 2014 wie in den letzten Jahren mit 100 % wieder voll ausgelastet und erzielte vor Umlage zentraler Dienste ein leicht negatives Ergebnis. Erfreulicherweise konnte auch das im Sommer 2011 in Betrieb genommene ZBMT in 2014 am Ende des Jahres Vollausslastung vermelden. Hier muss jedoch angemerkt werden, dass wegen erheblicher technischer Mängel am Gebäude Mietminderungen entstanden sind. Trotzdem ist das Ergebnis um 58 T€ besser als 2013, so dass der Verlustausgleich durch die Stadt Aachen in 2014 mit -133 T€ deutlich geringer ausfällt.

Mehr als erfreulich entwickelt sich der Bereich Seminarraum- und Kongressraumvermietung im TZA. Mit über 45.000 Personen in 2014 (ca. 40.000 Personen in 2013) wurde nochmals eine Steigerung auf die bisher größte Teilnehmerzahl erreicht und der bisher höchste Umsatz erzielt.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a. Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld I)

Die betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt seitens der AGIT lag in 2014 qualitativ und quantitativ noch deutlich über dem hohen Niveau der Vorjahre und erreichte den bisher höchsten Wert. Die 47 (Vorjahr 27) neu gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 121 Arbeitsplätze (Vorjahr 67) schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 15,5 Mio. € (Vorjahr 4,4 Mio. €). Die Region Aachen bleibt damit bei den technologieorientierten Gründungen stabil, wogegen deutschlandweit ein deutlicher Rückgang der Gründer zu verzeichnen ist.

Im Auftrag der Stadt Aachen, der StädteRegion Aachen und der Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg wurde in 2014 zum zweiten Mal das neue Konzept des Innovationspreis Region Aachen in Kooperation mit den AC²-Gründungs- und Wachstumswettbewerben durchgeführt.

b. Investorenberatung (Geschäftsfeld II)

Im Jahr 2014 betreute die AGIT 68 potenzielle Investoren (Vorjahr 60). Insgesamt 5 Unternehmen (Vorjahr 13), die von der AGIT oder den regionalen Partnern begleitet wurden, entschieden sich für eine Investition in der Technologieregion Aachen. Bei 9 Unternehmen (Vorjahr 4) handelt es sich um Unternehmen, die bereits in der Region Aachen ansässig waren und sich bei der kreisübergreifenden Suche nach einem neuen Standort an die AGIT gewandt haben.

Die Technologieregion Aachen beteiligt sich seit 2011 an der Marketingkampagne des Landes NRW, die von NRW.INVEST GmbH verantwortet wird und die mit dem Slogan „Germany at its best“ wirbt, auch im Jahr 2014. In Kooperation mit NRW.INVEST wurden Investorenseminare in Russland,

der Türkei und in China sowie Korea durchgeführt. 2014 besuchten 17 Delegationen (Vorjahr 14) aus dem In- und Ausland die AGIT.

c. Technologietransfer & Business Development Support (Geschäftsfeld III)

Neben der Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen in der Region Aachen stellt die Betreuung der bereits hier ansässigen, insbesondere technologieorientierten, kleinen und mittleren Unternehmen für die AGIT eine wichtige Aufgabe dar. Dabei geht es einerseits um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen regionaler Hochschul- bzw. Forschungslandschaft und Wirtschaft (Science to Business – S2B), andererseits um die Förderung der Kooperation von Unternehmen untereinander (Business to Business – B2B).

Im Bereich S2B stehen Aktivitäten des Technologietransfers im Vordergrund. Im Jahr 2014 sind hier insbesondere die zahlreichen Unterstützungsleistungen im Rahmen des Projektes TeTRRA hervorzuheben, das die Zusammenarbeit zwischen mittelständischem Gewerbe und Hochschulen intensiv in der gesamten Region Aachen unterstützt. Dieses Projekt wurde bis Mitte 2015 als B-Projekt verlängert. Ebenfalls zu nennen sind die Aktivitäten in Wegberg-Wildenrath (GALILEO), die demselben Ziel dienen und die Chancen, die durch das europäische Satellitensystem möglich werden, in den Vordergrund der Aktivitäten rücken.

Nachdem die AGIT in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Business-Netzwerke in den technologischen Stärkefeldern der Region Aachen mit gegründet und unterstützt hat, die nunmehr eigene Strukturen und Aktivitäten entfalten, konzentrieren wir uns nunmehr im Bereich B2B vor allem auf die neuen Herausforderungen, die sich im erweiterten grenzüberschreitenden Umfeld stellen. Hier geht es insbesondere darum, die besonderen Stärken der „Hochtechnologie-Hot-Spots“ im gesamten Raum zwischen Eindhoven (NL), Leuven (B) und Aachen (D) noch deutlich stärker für die Wirtschaft zu erschließen. Mit zwei grenzüberschreitenden Modellprojekten, TTC und GCS, konnten hier in 2014 markante Zeichen gesetzt werden, in dem über zwanzig KMU-getriebene Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von rd. 15 Mio. € über die Grenzen hinweg stimuliert und begleitet werden konnten. Das Projekt GCS erhielt den europäischen Preis für eine vorbildliche europäische Zusammenarbeit (Sail of Papenburg). Die mit der südlomburgischen Industriebank LIOF (NL) in 2013 geschlossene strategische Partnerschaft wurde in 2014 konkretisiert und sie stärkt insbesondere die euregionale Zusammenarbeit deutlich.

Sowohl für Technologietransfer als auch Business Development Support relevant waren darüber hinaus die Aktivitäten im Rahmen des „Industrie-Dialogs Region Aachen“, die gemeinsam mit anderen Akteuren aus der gesamten Region initiiert worden sind, um die Bedürfnisse der Unternehmen aus dem produzierenden und verarbeitenden Gewerbe in den Mittelpunkt neuer Aktivitäten zu stellen.

Diese Aufgaben werden in wesentlichen Teilen mittels Dienstleistungsauftrag oder über Projekte durchgeführt. Dabei greift die AGIT auf die nordrhein-westfälisch-europäische Struktur fondsförderung und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel-2-Programm 2007-2013 (EFRE) bzw. auf die Interreg-Förderung zu, die ebenfalls von NRW kofinanziert wird. Die fehlende Implementierung dieser für die AGIT so wichtigen Förderprogramme, die beide ab 2014 in Kraft treten sollten – und es zurzeit immer noch nicht bzw. erst in ersten Ansätzen sind – haben dazu geführt, dass die AGIT über keine direkten Anschlussprojekte verfügt und deshalb in 2015 viele befristete Verträge nicht verlängern kann und damit Personal abbauen muss.

Unternehmenskommunikation

Im Rahmen ihrer Unternehmenskommunikation wurde wegen der regionalen Strukturreform das Magazin Region Aachen 46 letztmalig 2013 mit dem neuen ZV der Region Aachen herausgegeben. Der im Mai 2012 neu gestaltete Internetauftritt wurde auf die AGIT 2.0 angepasst. Um den Standort Region Aachen sowie die Dienstleistungen der AGIT in den Medien bekannter zu machen, wurden im Jahr 2013 im Rahmen der Pressearbeit insgesamt 40 (Vorjahr 37) Pressemitteilungen, redaktionelle Artikel und Fernseh- und Radioberichte verbreitet und lanciert. Hieraus entstanden 144 (Vorjahr 176) Veröffentlichungen. In Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern der Region Aachen konnten bis 2014 insgesamt 53 Firmen für die Standortwerbekampagne „Wussten Sie schon, dass...?“ gewonnen werden, davon 12 in 2014. Für diese Kampagne wurde die AGIT in 2013 – wie bereits berichtet - mit dem zweiten „Platz des Aachener Marketingpreises“ ausgezeichnet.

3. Lage

a) Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2014 brachte wiederum wie in 2013 eine deutliche Reduzierung des Projektvolumens, was mit der Strukturreform zusammenhängt. AGIT 2.0 wurde um wesentliche Aufgabenbereiche, wie etwa die „Regionalagentur“ (RA) oder die Projekte „Frau und Beruf“, „SAG AN“, „Region Aachen Innovativ“, „Region Aachen vis-à-vis“, „Region Aachen.think“ sowie die „Landesinitiative zur Fachkräftesicherung“ etc. reduziert. Hierdurch ergaben sich natürlich entsprechend reduzierte Projekteinnahmen in 2013, die durch das Auslaufen vieler Projekte in 2014 nochmals erheblich rückläufig waren.

Die Umsatzerlöse nahmen deutlich gegenüber 2013 mit einem Wert von -162 T€ (Vorjahr 328 T€) auf jetzt 3.535 T€ (Vorjahr 3.697 T€) ab, was primär mit dem Auslaufen großer Projekte Mitte 2014 zusammenhängt, obwohl die Mieteinnahmen aufgrund der hohen Auslastung gegenüber 2013 und mit der Seminarraumvermietung im TZA, die in 2014 ihren bisher größten Umsatz erzielte, deutlich gestiegen sind. Für das ZBMT war 2014 das dritte volle Geschäftsjahr und die Auslastung stieg auf 100 % an. Die Umsatzerlöse im ZBMT stiegen leicht um 20 T€ gegenüber dem Jahr 2013 an und gleichzeitig stiegen die Mietaufwendungen nur leicht. Die Umsatzerlöse werden insbesondere im Bereich des Technologiezentrumsmanagement erwirtschaftet. Das Ergebnis für das TZM liegt bei 107 T€ (Vorjahr 41 T€), die nachrichtlich in die Instandhaltungsrücklage überführt wird. Dieser Wert ist deutlich besser als der Planwert für 2014, was mit der sehr guten Entwicklung der Umsatzerlöse im TZA in 2014 und geringeren Instandhaltungsaufwendungen in 2014 als in 2013 zusammenhängt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 133 T€ auf nunmehr 2.412 T€ (Vorjahr 2.280 T€). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Zuschüssen der Gesellschafter in Höhe von 1.056 T€ (Vorjahr 1.241 T€), Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen in Höhe von 647 T€ (Vorjahr 650 T€) sowie Zuschüssen aus dem Bundes- und Landeshaushalt in Höhe von 650 T€ (Vorjahr 308 T€) zusammen. Die Gesellschafterzuschüsse in der Grundfinanzierung der AGIT in 2014 konnten somit gegenüber 2013 deutlich reduziert werden. Gesellschafterzuschüsse und Projekterlöse werden primär im Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ verausgabt.

Das Gesamtergebnis 2014 muss betrachtet werden unter der Prämisse der strikten Trennung der Geschäftsbereiche „TZM“ und „Wirtschaftsförderung“, die als jeweils eigene Profit Center fungieren. In dem Ergebnis laut GuV von knapp 2 T€ (Vorjahr 10 T€) hat die AGIT ihr Wirtschaftsziel in 2014 weitgehend erreicht, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass hierin das negative Ergebnis des TZA BA II in Höhe von -191 T€ (Vorjahr -286 T€) bereits enthalten ist. Hingewiesen werden sollte zudem noch auf die Tatsache, dass die jährlich steigende Leasingrate mit ihrem hohen Tilgungsanteil von 344 T€ (Vorjahr 310 T€) erheblich zur Reduzierung der Darlehensschuld des TZA BA II beiträgt, so dass 2019 der Rückkaufswert von 1.800 T€ erreicht werden kann. Das Ergebnis hätte deutlich besser ausfallen können, wenn in 2014 eine Umsatzsteuersonderprüfung nicht zu einer Rückerstattung an das Finanzamt in 2014 in Höhe von 65 T€ für die Jahre 2009-2013 geführt hätte.

Nach Berücksichtigung der laufenden Zuschüsse der Gesellschafter für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresüberschuss in Höhe von 2 T€ (Vorjahr 10 T€). Dieser Wert liegt im erwarteten Bereich und er fällt nicht besser aus, da die AGIT in 2014 noch einige Projekte abschließen musste aufgrund der vertraglichen Bindungen, die von den Gesellschaftern jedoch nicht wie in 2013 mit den entsprechenden Eigenanteilen unterlegt wurden, sondern von der AGIT aus den laufenden Geschäften aufgebracht werden mussten.

Die sehr gute Leistung der AGIT drückt deshalb eher die Zahl für das „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ in der Gewinn- und Verlustrechnung aus, das gegenüber 2013 um 114 T€ auf 230 T€ gestiegen ist, sich somit fast verdoppelt hat.

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Trotz der hohen Instandhaltungsaufwendungen und des Auszugs des größten AGIT-Mieters im TZA BA II in 2013 sowie der Neuregelungen im Profit-Center-Bereich „TZM“ mit der Verrechnung des negativen Ergebnisses vom TZA BA II mit dem Überschuss aus dem TZA BA I konnte ein Überschuss von insgesamt 107 T€ (Vorjahr 41 T€) erzielt werden; dieser Überschuss wird vertragsgemäß nachrichtlich in eine außerbilanzielle Instandhaltungsrücklage überführt. Das Geschäftsbereichsergebnis ist umso erfreulicher, als mit dem Auszug des größten Mieters des TZA in 2013 eine Fläche von über 10 % freigemacht wurde. Diese Lücke konnte jedoch noch in 2013 weitgehend durch eine

schnelle Neuvermietung weitgehend geschlossen werden und hatte damit keine Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2014; durch eine nochmalige Steigerung der Seminarraum- und Kongressraumvermietung in 2014 kam dieses solide Ergebnis zustanden. Positiv wirkte sich zudem die Tatsache aus, dass verschiedene Darlehen ausliefen und neu verhandelt wurden, so ein Darlehen für das TZA I und das Darlehen für den Leasingvertrag für das TZA II in 2013. Letzteres führte zu deutlich besseren Finanzierungskonditionen (ca. 45 T€) in 2013 und für die folgenden Jahre. Die notwendigen und geplanten Instandhaltungsmaßnahmen wurden alle durchgeführt, wobei die Planungskosten mit den üblichen Abweichungen nach oben und unten eingehalten wurden.

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten und der Umlage der Zentralen Dienste für das TZA BA I einen Überschuss in Höhe von 298 T€ (Vorjahr 327 T€) erzielt. Die Gründe für diesen relativ geringen Überschuss gegenüber 2013 liegen eindeutig in den erhöhten Instandhaltungsaufwendungen vom 35 T€ gegenüber 2013, die zur Ertüchtigung des über 21 Jahre alten TZA BA I jetzt jedes Jahr notwendig sind und von den Gesellschaftern auch so gewünscht und beschlossen wurden. Auch in 2014 wurde die Dachsanierung im TZA BA I weiter durchgeführt. Im TZA BA II entstand ein Verlust von rund -191 T€ (Vorjahr -286 T€), der deutlich geringer als in 2013 ausfiel und zu dem besseren Ergebnis in 2014 beiträgt. Gründe hierfür sind die gestiegenen Erlöse von 41 T€ und die um 48 T€ geringeren Instandhaltungsaufwendungen gegenüber 2013. Da durch die AGIT-Neuregelung die Zuschussregelung durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen für das negative Ergebnis des TZA BA II (2012 = -98 T€) nicht mehr angewendet, sondern durch die neue Regelung der Ergebnisverrechnung mit dem TZA BA I ersetzt wird, ergibt sich hier ein positives Ergebnis, das für die Instandhaltungsrücklage verwendet werden kann. Hierbei sollte zumindest erwähnt werden, dass der Tilgungsanteil der Leasingrate in 2014 immerhin 344 T€ für das TZA BA II betrug und dem Ergebnis hinzugeschlagen muss.

Im MTZ, das in 2014 wiederum zu 100 % ausgelastet war, lag das Ergebnis vor Verlustübernahme bei knapp -21 T€ (Vorjahr -9 T€). Das negative Ergebnis, das gegenüber 2013 etwas schlechter ist, ergibt sich aus der Tatsache, dass trotz einer leichten Zunahme der Umsatzerlöse um 4 T€ in 2014 bei den Kosten die Leistungen der AGIT und GEWOG aus dem Jahr 2015 mit einbezogen werden müssen, da das MTZ zum 31.12.2014 an die GEGRA zurückgegeben bzw. an das UKA übergeben wurde. Die Nebenkostenabrechnung für das MTZ für das Jahr 2014 erfolgt erst in 2015, die entstehenden Verwaltungskosten müssen jedoch im letzten Jahresabschluss (2014) berücksichtigt werden. Der Fehlbetrag wird von der Stadt, Aachen wegen der Vereinbarung über eine Verlustabdeckung, ausgeglichen.

In 2011 wurde das ZBMT sukzessiv ab Juli in Betrieb genommen. Durch zahlreiche Baumängel (Heizung, Lüftung, Aufzug) konnte eine Vermietung nicht entlang der vorgesehenen Zeitachse erfolgen, was damit zu erheblichen Mietminderungen geführt hat. Auch in 2014 konnten nicht alle diese Mängel beseitigt werden, so dass weiterhin Mietminderungen entstanden sind, die das Ergebnis negativ beeinflussen. Ebenso mussten weiterhin wie in 2013 Forderungsverluste im Bereich der Nebenkosten eingeplant werden. Das Ergebnis von ca. -133 T€ vor Verlustübernahme durch die Stadt Aachen (Vorjahr -191 T€) ist jedoch deutlich besser als 2013, insbesondere auch weil ein leichtes Umsatzplus gegenüber 2013 erzielt werden konnte. Das Ergebnis ist noch nicht zufriedenstellend, wir erwarten aber 2015 deutlich geringere Aufwendungen, so dass auch hier eine akzeptable Verlusthöhe - ähnlich dem MTZ - eintreten wird. Es belastet die AGIT jedoch nicht, da über eine Verlustabdeckungsvereinbarung mit der Stadt Aachen dieser Verlust ausgeglichen wird. Erfreulich ist die Tatsache, dass ab 2013 trotz immer noch erheblicher Mietmängel im ZBMT der Vermietungsstand bei 100 % liegt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Der Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ konnte kein ausgeglichenes Ergebnis vorweisen, also ein Ergebnis, das dem Planergebnis entspricht. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Projekte aus AGITalt bzw. aus den Vorjahren zwar erfolgreich durchgeführt und die Zuwendungen fast vollständig realisiert werden konnten, jedoch oft verlängert werden mussten, was die Frage des Eigenanteils aufwirft. In 2014 haben die Gesellschafter nicht mehr den Eigenanteil für die Projekte übernommen, wie noch in 2013 mit 169 T€. Die Projekte, die oft zeitlich verlängert werden, müssen aber aufgrund vertraglicher Bindungen zu Ende gebracht werden. Forderungsverluste bei den Projekten, die an den Zweckverband weitergeben wurden, halten sich bisher im Rahmen, allerdings liegt in manchen Fällen noch keine offizielle Stellungnahme vor. 2014 haben die Gesellschafter nur noch die finanzielle Grundausstattung der AGIT in Höhe von 866 T€ (Vorjahr 845 T€) getragen, jedoch nicht die laut Zuwendungsbescheid aufzubringenden Eigenanteile für die auslaufenden Projekte, die im Vorjahr 169 T€ betrug. Die AGIT musste in 2014 diesen Anteil selbst aufbringen. Bei einer Gesamtzuwendung seitens der AGIT-Gesellschafter in Höhe von 866 T€ (Vorjahr 1.014 T€) und bei einem Gesamtkostenblock für den Bereich „Wirtschaftsförderung“, einschließlich der durchgeführten Projekte, in Höhe von 1.569 T€ (Vorjahr 1.565 T€), wären

höhere Gesellschafterzuschüsse erforderlich gewesen für den zu leistenden Eigenanteil im Rahmen der Projektabwicklung. Laut Gesellschaftervertrag sind diese Mittel von den Gesellschaftern aufzubringen. Insgesamt zeigt sich, dass die von den Gesellschaftern bereitgestellten Mittel für die Kernaufgaben der AGIT auskömmlich waren, jedoch nicht für die Projektaufgaben (Eigenanteile), die vertraglich zu Ende geführt werden mussten. Durch Transferleistungen aus dem anderen AGIT-Bereich konnte jedoch ein insgesamt ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden.

b) Finanzlage

Auf Grund des Rückgangs der Projekte und der Projektförderung, die in der Vergangenheit zu hohen bis sehr hohen Außenstände geführt haben, und eines systematischen Forderungs- und Kostenmanagements in 2014 hat sich eine deutliche Verbesserung der Liquiditätssituation für die AGIT ergeben. Der Kontokorrentkredit in Höhe von 850 T€ musste in 2014 selten mit mehr als 400 T€ in Anspruch genommen werden. Wenn man berücksichtigt, dass die durchgeführten Projekte meistens vorfinanziert werden müssen (die Forderungen aus Projekten zum Stichtag 31.12.2014 betragen 581 T€), so ist die Liquidität der AGIT für ihre Kernaufgaben ausgesprochen gut. Die daraus resultierende Zinsbelastung war mit ca. 10 T€ jedoch auf Grund des niedrigen Zinsniveaus überschaubar und lag noch unter dem Wert des Vorjahres (ca. 12 T€ in 2013). Insgesamt konnte die Zinsbelastung jedoch auch in 2014 deutlich reduziert werden, da ein Darlehen in 2013 für das TZA BA I neu verhandelt wurde; ebenso wurde der Leasingvertrag für das TZA BA II in 2013 neu verhandelt mit dem Ergebnis deutlich besserer Konditionen. An der oben angeführten immer noch zu niedrigen Liquidität hatten in 2014 auch zugestandene Mietminderungen im ZBMT und verminderte Nebenkostenzahlungen seitens der Mieter im ZBMT einen erheblichen Anteil.

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Liquiditätsmäßig ergeben sich im TZA und MTZ keinerlei Probleme. Lediglich machen sich die baulichen Mängel im ZBMT noch negativ bemerkbar, denn die NK-Abrechnung für 2013 konnte noch nicht vollständig abgeschlossen werden. In 2014 konnte aber die NK-Vorauszahlung den Ist-Kosten angepasst werden. Teilweise bestehen noch Nebenkostenforderungen aus 2012 und 2013, jedoch nur noch in geringem Umfang in 2014, und belasten die Liquidität der Gesellschaft. Im Umfang von 156 T€ (Vorjahr 153 T€) wurden Darlehen für das TZA BA I zurückgezahlt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Im Bereich der Wirtschaftsförderung führt die AGIT öffentlich geförderte Projekte durch, meist mit Mitarbeitern, die über Zeitverträge vertraglich gebunden sind. Durch die späte und verzögerte Auszahlung der Zuwendungen in dem geförderten Projektbereich wurde die Liquiditätssituation der AGIT in 2014 immer noch stark belastet. Die Projektbearbeitung erfolgt nach dem Kostendeckungsprinzip. Jedoch müssen die Projekte größtenteils immer noch vorfinanziert werden, da die Projektabrechnung nach dem Kostenerstattungsprinzip sehr zeitverzögert stattfindet und Auszahlungen oft erst 1,5 Jahre nach erbrachter Leistung erfolgen; zudem gibt es keine Projektvorschüsse. Die Forderungen im Projektbereich haben sich gegenüber 2013 durch den Rückgang der Projekte jedoch deutlich entspannt; sie liegen zum Stichtag 31.12.2014 aber immer noch bei 581 T€ (Vorjahr 973 T€).

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (Anlagevermögen / Gesamtvermögen) von 84 % (Vorjahr 81 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen durch die Abschreibung des Gebäudes rückläufig.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich deutlich von 68 T€ in 2013 auf 14 T€ in 2014. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen verringerten sich deutlich aufgrund reduzierter Außenstände bei den zugesagten Fördermitteln auf 581 T€ (Vorjahr 973 T€); sie sind aber immer noch sehr hoch und belasten die Liquidität der Gesellschaft erheblich. Diese Entwicklung korrespondiert mit der Reduzierung bzw. der Beendigung vieler Projekte in 2014. Da sich der Bestand an liquiden Mitteln verglichen mit dem Vorjahr deutlich erhöht hat, war unterjährig nur noch etwa die hälftige Inanspruchnahme des Euribor-Kredites notwendig.

Das positive Ergebnis 2014 laut GuV hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das Eigenkapital nicht weiter aufgebraucht wird. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 15,6 % (Vorjahr 13 %). Unter Berücksichtigung des Sonderpostens ergibt sich eine Eigenkapitalquote

von 46 % (Vorjahr 47 %). Der Sonderposten wird entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst. Im Berichtsjahr ist der Sonderposten um 644 T€ gesunken.

Die „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ in Höhe von 2.904 T€ in 2014 haben sich deutlich um 606 T€ gegenüber 2013 reduziert; ebenso reduziert haben sich die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ um 88 T€ (der Wert in 2014 betrug 243 T€), wogegen sich die „Sons-tigen Verbindlichkeiten“ um 132 T€ auf den Wert von 630 T€ erhöht haben, was steuerliche Grün-de hatte.

Unter strategischen Gesichtspunkten hält die AGIT acht Beteiligungen an Betreibergesellschaften für TGZ (Technologie- und Gründerzentren) und Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Weitere wesentliche Sachverhalte zu diesen Beteiligungen als die beiden unten angeführten gibt es nicht zu berichten.

- Bei der Beteiligung an der TAE GmbH - Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen, ist die AGIT nachschusspflichtig. Aufgrund der negativen Geschäftsentwicklung hat die Gesell-schaferversammlung der TAE GmbH die Abdeckung des Verlustes durch zu leistende Nachschüsse beschlossen. Die AGIT hat im abgelaufenen Jahr daher einen Nachschuss zur Verlustabdeckung von rd. 3,7 T€ (Vorjahr 1,8 T€) geleistet.
- Die Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH in Alsdorf wurde in 2014 verkauft. Die AGIT erhält ihre Einlage vollständig zurück, jedoch wird der Zufluss dieses Sonderertrags erst in 2015 wirksam.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die AGIT arbeitet in jedem Geschäftsfeld mit Leistungsindikatoren, die anforderungsgerecht mo-natlich, vierteljährlich oder halbjährlich erhoben und bewertet werden. Nach unserem QM-System steht der jeweilige „Kunde“ und Auftraggeber (AG) und dessen Zufriedenheit mit dem Ergebnis im Vordergrund. Folgende Kennzahlen werden, für jeden Geschäftsbereich (GB) spezifiziert, ver-wandt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als finanzieller Leistungsindikator für den GB „TZM“ wird das Ergebnis herangezogen. Ein „positi-ves Ergebnis“ wird unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Maßnahmen für die Werterhal-tung des TZA durchgeführt werden, als Zielerreichung akzeptiert. In 2014 wurde dieses Ziel unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen (Stadt Aachen) in Höhe von 154 T€ (Vorjahr 200 T€) erreicht. Das TZA erwirtschaftete einen Überschuss von 107 T€, der in die Instandhal-tungsrücklage nachrichtlich überführt wurde. Weiter wird die Anlagenintensität zur finanziellen Bewertung der AGIT hinzugezogen. Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität 84 % (Vorjahr 81 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Ge-bäudes rückläufig.

Für den GB „Wirtschaftsförderung“ wird als finanzieller Leistungsindikator die Budgeteinhaltung bzw. Kostendeckung als Kriterium festgelegt. Dies wird auf die einzelnen Aufgabenfelder (BTOU, A&I, TT&BDS) heruntergebrochen. Auch hier wurde in 2014 wie in 2013 das Ziel der Budgeteinhal-tung erreicht.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

GB „Technologiezentrisches Management“ (TZM)

Nach den Leistungsindikatoren „Auslastung“ sowie „Einzüge/Auszüge“ erfüllt die AGIT ihr Soll, denn alle Zentren sind mit 100 % voll ausgelastet (95 % gilt als „Vollauslastung“) und der Einzug von neuen Firmen mit 12 Einzügen (Vorjahr 12 Einzüge) bei einem durchschnittlichen Jahresbe-stand von 88 Firmen bzw. korrespondierend mit dem Auszug von etablierten Firmen liegt ebenfalls im Soll (► 12,5 % pro Jahr).

GB „Wirtschaftsförderung“

Nach dem Leistungsindikator „Gründung“ von Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Bera-tung technologieorientierter Unternehmen“ (BTOU) liegt die AGIT mit 47 technologieorientierten Gründungen in 2014 deutlich über dem Durchschnitt und Soll der letzten Jahre. Das Jahr 2014 war ein Rekordjahr.

Nach dem Leistungsindikator „Angesiedelte Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) ist in 2014 erwartungsgemäß deutlich zurückgegangen, nachdem 2013 das bisher beste Ergebnis seit 10 Jahren festzustellen war. Bezogen auf die geschaffenen Arbeitsplätze war 2014 ein Durchschnittsjahr.

Im Geschäftsfeld „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS) werden insbesondere Aufträge und Projekte bearbeitet. Inhaltlich wird die „Zufriedenheit“ der Auftraggeber (AG) bzw. Zuwendungsgeber als Indikator verwendet. Je nach Auftrag und Projekt wird dies unterschiedlich ermittelt. In 2014 wurde dieses Ziel, bis auf kleine Schwankungen im Projektbereich, erreicht.

Weitere Parameter bzw. Indikatoren, die systematisch beobachtet werden, sind:

- Forecast: Projekte und Aufträge (vierteljährliche Erfassung)
- Liquiditätsplan (monatlich)
- Forderungsmanagement (Forderung aus Projekten / monatlich).

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres wie folgt eingetreten.

Liquidität

Die hohe Anzahl und das Volumen der Projekte haben in den letzten Jahren zu einer angespannten Liquidität der AGIT geführt. In 2014 hat sich gezeigt, dass die getroffenen Maßnahmen einer deutlichen Reduzierung der Projekte, die in großen Teilen zum ZV übergegangen sind, zu einer deutlichen Verringerung der Vorfinanzierungsleistungen und damit auch zu einer deutlichen Verbesserung der Liquidität geführt haben. Der Euribor-Kreditrahmen wird ab 4/2014 nur noch knapp zur Hälfte in Anspruch genommen. Diese Inanspruchnahme resultiert auch weiterhin aus der Vorfinanzierung der Projekte, aber auch aus den NK des ZBMT. Die dargelegte Verbesserung ist auch dadurch eingetreten, dass die Gesellschafter den Eigenanteil der Projekte für 2013 durch zusätzliche Zuschüsse in Höhe von ca. 169 € finanziert haben, so dass sich für 2014 hieraus keine weiteren finanziellen Belastungen ergeben haben. Die Eigenanteile der Projekte in 2014 hat die AGIT selbst erwirtschaftet.

Projektprüfungen

In 2014 haben verschiedene Projektprüfungen im Auftrag der Zuwendungsgeber stattgefunden. Soweit die Ergebnisse der Prüfungen bekannt sind, wurden sie in den Jahresabschluss übernommen. Die Projektprüfungen fanden meist gemeinsam mit dem Zweckverband statt, da viele Projekte ab 2013 vom neu gegründeten Zweckverband mit den früheren AGIT Mitarbeitern übernommen wurden.

IV. Prognosebericht

Liquidität

Wie im Nachtragsbericht ausgeführt, hat sich durch die getroffenen Maßnahmen die Liquidität der AGIT in 2014 deutlich verbessert. Der Euribor-Kreditrahmen wird ab 4/2014 nur noch knapp zur Hälfte in Anspruch genommen. Die Situation hat sich seitdem deshalb deutlich entspannt. Die ZBMT-Problematik mit der NK-Vorauszahlung ist im Klärungsprozess begriffen und Mitte 2015 wird der notwendige Umbau bezüglich der neuen Verbrauchsmesseinrichtungen abgeschlossen sein. Damit werden verbrauchgerechte NK-Abrechnungen möglich. Ab Mitte 2015 dürften sich keinerlei Liquiditätsprobleme mehr für die AGIT ergeben, unter der Voraussetzung einer stabilen Wirtschaftslage.

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Inspektionen am Technologiezentrum am Europaplatz, die nach jeder Winterperiode verstärkt durchgeführt werden, haben ergeben, dass spätestens im Jahr 2012 eine größere Dachsanierung am Gebäude erforderlich wurde. Die ersten Dachsanierungen erfolgten in 2012. Weitere Sanierungen wurden in 2013 und 2014 entsprechend der Planung durchgeführt. Die vom Gutachten ermittelten Instandhaltungsaufwände von ca. 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre sind aus heutiger Sicht realistisch, da sich immer wieder neue Problemlagen auftun. Die hohe Auslastung von 100 % im TZA in 2015 hat die Kostensituation weiter gemildert, so dass in diesem Jahr unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen für das ZBMT (Stadt Aachen) auch mit einem positiven Ergebnis im TZM gerechnet werden kann. Dies gilt bei stabiler Wirtschaftslage auch für die nächsten

Jahre. Auch wenn die Leasingrate im TZA BA II jährlich deutlich ansteigt, kann für die Jahre 2015 bis 6/2019 bei einer hohen Auslastung durchaus ein positives Ergebnis für das gesamte TZA erreicht werden.

Mittels Dienstleistungsvertrag betreut das Technologiezentrumsmanagement der AGIT auch das MTZ und ZBMT. Das MTZ ist vertragsgemäß zum 1.1.2015 an die GEGRA zurück bzw. das UKA übergeben worden. Der Betreuungsvertrag der AGIT mit GEGRA bzw. der Stadt Aachen und dem UKA endet damit. Alle Verträge wurden gekündigt. Ein Risiko besteht nicht mehr. Die AGIT betreut in 2015 noch die Nebenkostenabrechnung für das MTZ. Die hieraus entstehenden Kosten wurden im JA 2014 bereits berücksichtigt.

Obwohl erhebliche bauliche Mängel am ZBMT in 2013 und auch in 2014 zu Mietminderungen geführt haben, belasten diese nicht die AGIT, da die Stadt Aachen die Gesamtverluste mittels einer Verlustausgleichsregelung vollständig ausgleicht. In 2014 sind diese Mängel (Aufzug) inzwischen behoben, jedoch taten sich in 2013 im Zuge der Nebenkostenabrechnung neue Probleme auf. Somit ist in 2014 zwar eine deutliche Ergebnisverbesserung eingetreten, eine endgültige Klärung kann erst in 2015 erfolgen, da für eine verbrauchsgerechte Nebenkostenabrechnung neue Messeinrichtungen in 2015 eingebaut werden. Erst nach dieser Neuberechnung der Nebenkosten können die gesamten Forderungsverluste angemessen bewertet werden. Ende 2015 dürften alle Probleme mit den Mietern, die sich aus der Nebenkostenabrechnung ergeben haben, ausgeräumt sein.

Obwohl in 2014 wiederum 12 neue Mieter - davon 9 Gründerfirmen - in das TZA eingezogen sind, können wir die Nachfrage von Gründern nicht mehr alle befriedigen, da alle Aachener Zentren zu 100 % ausgelastet sind. Hier sollten perspektivisch Erweiterungsmöglichkeiten, ggf. auf dem CAMPUS-Gelände, geprüft werden.

GB „Wirtschaftsförderung“

Das im Jahre 2011 entwickelte Reformkonzept, das zu neuen, verbesserten Strukturen in der Region führen soll, wurde ab dem 1.1.2013 mit der Gründung des Zweckverbandes Region Aachen (ZV) und der AGITneu umgesetzt. Die AGITneu konzentriert sich im Bereich der technologieorientierten Wirtschaftsförderung auf ihre Kernaufgaben und führt deutlich weniger Projekte durch als bisher oder ausschließlich Projekte, die in ihr Kernportfolio passen und die zu 100 % finanziert sind. In 2013 betrug das Auftrags- und Projektvolumen für die AGITneu 1.070 T€ und in 2014 war der Ist-Wert 877 T€. In 2015 werden noch langlaufende Projekte zu Ende geführt. Neue Projekte, auch für die Folgejahre, die von den Gesellschaftern mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen, sind noch keine zugesagt, obwohl schon erste Projekte skizziert und Anträge gestellt wurden. Neue Projekte sind somit erst ab 2016 zu erwarten. Hierzu müssen die Gesellschafter allerdings die Eigenanteile noch beschließen. Dies betrifft insbesondere die Weiterführung von ARIC in Wegberg-Wildenrath, wo der Projektstand sehr stark zurückgegangen ist und erst 2016 mit neuen Aufträgen und Projekten gerechnet werden kann (ein Auftrag über ca. 160 T€ ab der zweiten Jahreshälfte liegt bereits vor). Eine Schließung des Standortes ist nicht mehr auszuschließen, wenn die Gesellschafter hier keine Sonderlösung finden. Hierzu hat die Geschäftsleitung ein Strategiepapier entwickelt, das dem Vorstand des Aufsichtsrates vorgelegt wurde.

In 2015 kann damit gerechnet werden, dass alle Projekte, die die AGIT noch aus 2012 aufgrund rechtlicher Verpflichtungen übernommen hat, vollständig geprüft sind. Erst dann kann definitiv gesagt werden, ob alle Leistungen anerkannt und genehmigt wurden. Die Prüfungen in 2013 und 2014 haben gezeigt, dass dies in dem einen oder anderen Falle eintritt und zu Forderungsverlusten geführt hat und somit können auch in 2015 weitere Forderungsverluste eintreten. Über das Volumen dieser möglichen Verluste können keine Aussagen getroffen werden, da erst die offiziellen Bescheide abgewartet werden müssen. Zudem mussten Projekte aufgrund von Verträgen über den ursprünglichen Zeitraum hinaus weitergeführt werden, die nicht durch Eigenanteile hinterlegt sind. Eindeutig zeichnet sich aber die Tatsache ab, dass durch die Beendigung von Projekten und das Fehlen von Anschlussprojekten der Personalbestand sich deutlich reduzieren wird. Dies bedeutet ein Substanzverlust der AGIT gegenüber früheren Jahren, auch wenn die von den Gesellschaftern finanzierten Kernaufgaben der AGIT auf sehr hohem Niveau fortgeführt werden. Gerade mittels der Projekte konnte die AGIT in der Vergangenheit wichtige Impulse für die regionale Wirtschaft und Industrie leisten.

Für 2015 laufen die Kernaufgaben der AGIT stabil. Die Ergebnisse im Arbeitsfeld BTOU lassen ähnlich hohe Gründerraten erkennen wie in 2014. Das Ansiedlungsgeschäft im ersten Halbjahr 2015 pendelt sich auf dem relativ niedrigen Niveau von 2014 ein, was oft der Fall ist nach einem sehr guten Jahr wie in 2013. Die vorhandenen Aufträge und Projekte werden in 2015 vertraglich zu Ende geführt. Neue Projekte wurden in geringem Umfang eingeworben und sie werden nur dann durchgeführt, wenn sie mit 100 % der Kosten durch Einnahmen gedeckt sind. Das Auftrags- und

Projektvolumen kann aus heutiger Sicht planmäßig abgearbeitet werden. Hinsichtlich der Anerkennung der Projektkosten müssen die Projektprüfungen in 2015 abgewartet werden. Für 2015 lässt sich zurzeit die Prognose stellen, dass die geplanten Ziele und Ergebnisse des Wirtschafts- und Stellenplanes 2015 – verbunden mit dem geplanten Stellenabbau - erreicht werden können.

Gesamtergebnis 2015

Laut Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2015 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet. Nachdem das erste Quartalsergebnis vorliegt, kann diese Einschätzung bestätigt werden.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

In 2014 wurde ein Plan-Auftrags-/Projektvolumen von 876 T€ (Vorjahr 1.070 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2012 sowie 2013 deutlich – wie geplant – unterschritten. Das Projektvolumen wurde seitens der AGIT-Gesellschafter durch entsprechende Eigenanteile in 2013 hinterlegt, so dass nur noch durch nicht anerkannte Projektkosten Risiken entstehen. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich nicht, da Projekt- und Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird.

Mit dem Beschluss der Gesellschafter vom 21.11.2012, den Eigenanteil der Projekte zzgl. Gemeinkosten in 2013 zu genehmigen, hat sich diese Problematik ab 2013 deutlich entschärft. Diese Regelung wurde 2014 jedoch nicht mehr beibehalten und hat damit das Gesamtergebnis 2014 negativ belastet. Die Liquidität ist aber wegen der guten Auslastung des TZA - nach einer begründbaren Übergangszeit in 2013 - ab Mitte 2014 deutlich verbessert, was sich auch in 2015 mehr als deutlich zeigt.

In 2015 liegt das Plan-Projektvolumen in der AGITneu mit etwas über 400 T€ deutlich unter dem Niveau von 2014. Dies reduziert deutlich etwaige Liquiditätsprobleme, da das Vorfinanzierungsvolumen geringer ausfällt. Natürlich können auch für 2015 – wie die Jahre 2013 und 2014 gezeigt haben – leichte Forderungsverluste in Projekten entstehen.

Hauptproblem im Projektbereich sind die fehlenden Projekte ab 7/2015. Sollten sich bis zu diesem Zeitpunkt keine neuen Folgeprojekte ergeben, sind aktuell 5 Arbeitsplätze gefährdet, auch wenn sich aufgrund der befristeten Verträge für die AGIT keine direkten finanziellen Auswirkungen ergeben. Neben diesen arbeitsrechtlichen Fragestellungen hat sich jedoch in 2014 gezeigt, dass ein wesentliches finanzielles Problem darin besteht, dass insbesondere die größeren Projekte in der Regel nicht im Rahmen der Laufzeit komplett abgeschlossen werden können, sondern Nacharbeiten nach Projektende erforderlich sind (Mittelanforderungen, Berichtswesen, Projektaudits), die von dem Projektpersonal bearbeitet werden müssen. Dadurch kann es zu höheren Personalkosten kommen, als im Projektrahmen kalkuliert; es hat sich gezeigt, dass der bürokratische Abwicklungsaufwand deutlich höher ist, als von Zuwendungsgeberseite vorgesehen.

Durch die in der Sitzung im Februar 2013 beschlossene weitergehende Neuregelung der Verlustabdeckung für TZA BA II im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der Stadt Aachen und der Städte-Region Aachen auf der einen Seite sowie den anderen Gesellschaftern auf der anderen Seite, ergeben sich bis 6/2019 (Dauer des Vertrages / Auslauf des Leasingvertrages) unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Risiken für die AGIT. Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich des TZA BA I und BA II wurden auch in 2014 und werden in 2015 durchgeführt. Das in Auftrag gegebene Instandhaltungsgutachten hat einen Finanzierungsrahmen von 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre ermittelt. Diese Werte wurden bereits in die Wirtschaftspläne der nächsten Jahre übernommen.

Zur Verbesserung ihrer Prozessabläufe hat die AGIT im Rahmen der Neuausrichtung in 2013 ein Qualitätsmanagementsystem (QM-System) entwickelt, das als Test in 2014 eingeführt werden sollte. In 2015 wurde ein neues ERP/CRM-System eingeführt, das das QM-System in seinen Prozessstabilität unterstützt. Teil des QM-Systems ist ein Risikomanagementsystem (RM-System), das wesentliche Kennzahlen periodisch verfolgt.

2. Chancenbericht

Auf Grund der vorgesehenen finanziellen Trennung von „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ ergab sich die Notwendigkeit vollständig neuer Wirtschafts- und Stellenpläne ab 2013. In einer Arbeitsgruppe wurden alle Kostengruppen der „Zentralen Dienste“ (ZD)

bewertet und weitgehend den Sparten zugeordnet. Die verbleibenden Kosten der „ZD“ wurden mit unterschiedlichen sachgerechten Schlüsseln auf die Bereiche verteilt. Gegenüber der bisherigen Vorgehensweise der Verteilung der „ZD“ auf die Bereiche nach „Personenanzahl“ (VZÄ) wurde der Schlüssel „Personalkosten“ gewählt, der als sachgerechter für die AGIT neu als der bisherige Schlüssel eingestuft wurde.

Nach der Prüfung der Sparten Gewinnermittlung 2013 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA I / II und das MTZ sowie das ZBMT zeigt sich, dass bei gleich bleibender hoher Auslastung von fast 100 % nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind, dass umgekehrt die Werte aber auch gehalten werden können. Die geplanten Maßnahmen zur Werterhaltung des TZA können damit wie vorgesehen durchgeführt werden. Ein Ankauf des TZA BA II ab 7/2019 durch die AGIT kann dann planmäßig erfolgen.

Im Bereich Personal- und Sachkosten werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind entsprechende Erhöhungen berücksichtigt, die den aktuellen Verhandlungsergebnissen entsprechen. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst.

Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (ARIC), die für Ende 2009 geplant war, musste aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, verzögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen in 2011 in der geplanten Form aufgegeben werden. In 2012 wurden eine Kooperationsvereinbarung mit der RWTH Aachen und ein Zuwendungsvertrag mit dem Kreis Heinsberg erarbeitet, die in 2013 unterzeichnet und in Kraft treten sollen. Dies ist nun in 2015 erfolgt. Der Zuwendungsbescheid wurde vom Kreis Heinsberg ab dem 01.07.2013 vollzogen. Der Kooperationsvertrag mit der RWTH Aachen konnte zwar nicht wie geplant Mitte 2014 unterzeichnet werden, jedoch jetzt Anfang 2015. Diese Vereinbarungen sind die Voraussetzungen für die Weiterführung der AGIT-Aktivitäten im Arbeitsbereich GALILEO vor Ort in Wegberg-Wildenrath, auch wenn hier der Auftragsvorlauf nur bis Mitte 2015 reicht, jedoch bereits Projekte für 2016 und 2017 genehmigt sind.

3. Gesamtaussage

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsfirmen, der Förderung von Innovation und Technologietransfer, der Ansiedlungswerbung und Investorenberatung sowie der Unterstützung des Business Development Supports in der Region Aachen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten Aufgaben. Die weltweite Arbeitsteilung und die Wirtschaftskrise in Europa, die sich in Ansiedlungsveränderungen niederschlagen, und die hohe weltweite Innovationsdynamik, die eine rein regionale Innovationspolitik immer schwieriger macht, führen zu immer anspruchsvolleren Aufgabenstellungen, denen die AGIT begegnen muss. Der Lösungsraum für die Anforderungen wird immer komplexer.

Die Bewältigung dieser Aufgaben ist durch die Neuaufstellung der AGIT in 2013 und die Fokussierung der AGIT auf diese Schwerpunkte deutlich erleichtert und verbessert worden. Das neue Finanzierungsmodell der AGIT ab 2013, das eine konsequente finanzielle Trennung von „Technologiezentrummanagement“ (das quasi als Profit Center arbeitet) und technologieorientierter „Wirtschaftsförderung“ (die rein durch Zuwendungen der Gesellschafter getragen wird) vorsieht, hat sich als richtige Entscheidung und Perspektive für die AGIT herausgestellt. Diese Aussage gilt nicht nur für die finanzielle Situation, sondern auch für die inhaltliche Ausrichtung der Fokussierung auf die Kernkompetenzen der AGIT.

Die Risiken im Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“, die sich noch aus den alten Vertragsbindungen ergeben können, insbesondere aus den Projekten aus dem Jahr 2012, die nicht alle an den ZV übergeben wurden und die in 2013 und 2014 von der AGIT fortgeführt werden mussten, sind überschaubar. Hier können nach erfolgter Projektprüfung durch die Zuwendungsgeber Forderungsverluste entstehen bzw. es sind auch in 2015 noch Eigenleistungen zu erbringen, die sich aus den Verträgen ergeben. Aufgrund der hohen Auslastung und der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland sowie der vertraglich vereinbarten Verlustübernahmeregelungen ergeben sich für den Zeitraum bis Mitte 2019 im GB „Technologiezentrummanagement“ aus heutiger Sicht keine wesentlichen finanziellen Risiken für die AGIT.

Für 2015 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis erreichen kann, sofern keine gravierenden Sondereffekte eintreten. Die strategische Ausrichtung der AGIT 2.0 ist deshalb auf einem guten Weg.

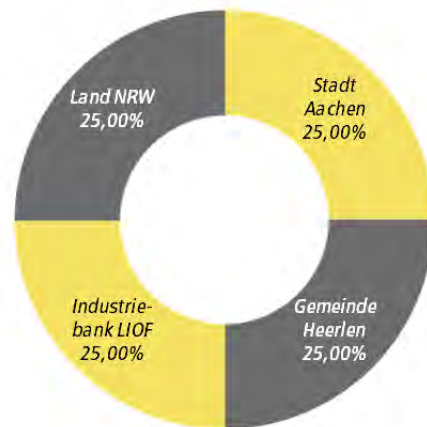
Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Aachen- Heerlen N.V.

Heerlen

Allgemeine Angaben

Firma	Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Aachen-Heerlen N.V.
Sitz	Snellius 8, NL – 6422 RM Heerlen
Rechtsform	AG nach niederländischem Recht
Gründungsjahr	1998
Geschäftsführer	Prof. Dr. Manfred Sicking Herr M.E.E. de Beer
Gremien	Hauptversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	4.991.582,00 EUR
Mitarbeiter	3,4 (Vorjahr 2,3) (Durchschnitt)
Internet	www.avantis.org

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist ein hochwertiges, grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Grenzgebiet Aachen – Heerlen zu realisieren. Mit der Realisierung wird beabsichtigt, der Euregio Maas-Rhein starke wirtschaftliche Impulse durch Investitionen zu geben, die Arbeitsplätze und Erwerbsquellen schaffen. Die Gesellschaft hat ferner die Aufgabe, für ein zuverlässiges und zweckmäßiges Funktionieren der von ihr angebotenen Gewerbegebietseinrichtungen zu sorgen. Der Gesellschaftszweck wird unter anderem durch folgende Maßnahmen erreicht:

- Erwerb von Grundstücken,
- Anlegen infrastruktureller Einrichtungen, wie Straßen, Erschließungswege, Energieversorgung, Telekommunikationseinrichtungen, Entwässerungssysteme, Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs, oder die Beauftragung hierzu,
- Akquirieren von Unternehmen, die sich im Gewerbegebiet niederlassen
- Auftritt als zentrale Dienststelle für sämtliche im Gewerbegebiet ansässige Unternehmen
- Unterhaltung des Gewerbegebietes als Ganzes auf einem hochwertigen Niveau
- Gewährung von Hilfestellungen beim Erlangen aller für die Ansiedlung oder den Betrieb von Unternehmen erforderlichen Genehmigungen sowie möglicher Fördermittel und beim Lösen von damit in Beziehung stehenden Problemen, und zwar mit allen Mitteln, die diesem Zweck im weitesten Sinne förderlich sind, soweit dies mit den Kräften der Gesellschaft möglich ist.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Prof. Dr. Manfred Sicking, Herr M.E.E. de Beer

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Leo Voorpijl Annekathrin Grehling Nico Aarts Michael Bernhart	LIOF Stadtdirektorin Gemeinde Heerlen Land NRW
--------------	------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Die Hauptversammlung legt die Zahl der Vorstandsmitglieder fest. Die Hauptversammlung bestimmt die Mitglieder des Vorstandes. Dem Vorstand obliegt die Leitung der Gesellschaft. Die Hauptversammlung ist befugt, dem Vorstand schriftlich allgemeine Richtlinien für die Unternehmenspolitik zu geben.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus vier Mitgliedern. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Hauptversammlung aufgrund eines bindenden Vorschlags gewählt, der wie folgt unterbreitet wird: das Aufsichtsratsmitglied A von der Stadt Aachen, das Aufsichtsratsmitglied B von der Gemeinde Heerlen, das Aufsichtsratsmitglied C durch die Versammlung der Aktionäre C und das Aufsichtsratsmitglied D durch die Versammlung der Aktionäre D. Die Hauptversammlung bestellt den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und seinen Stellvertreter.

Vertretung der Stadt Aachen in der Hauptversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2012		2013		2014	
Anlagevermögen	3.250	11%	3.244	12%	2.927	11%
Umlaufvermögen	26.241	89%	24.464	88%	23.487	89%
Bilanzsumme Aktiva	29.492		27.708		26.413	
Eigenkapital	1.603	5%	-1.387	-5%	-2.715	-10%
Rückstellungen	172	1%	191	1%	210	1%
Verbindlichkeiten	27.717	94%	28.904	104%	28.918	109%
Bilanzsumme Passiva	29.492		27.708		26.413	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Erträge Verkauf + Vermietung von Stellplätzen	374	2.799	3.111
Änderung Grundstücksbewirtschaftung	-209	-4.148	-2.572
Sonstige Erträge	428	120	127
Kosten im Zusammenhang mit Verkauf	-22	-705	-237
Summe der Betriebserlöse	571	-1.934	429
Infrastrukturkosten	166	116	169
Personalkosten	201	151	177
Abschreibungen	9	7	336
sonstige betriebliche Aufwendungen	392	414	486
Summe Kosten abzgl. erh. Fördermittel	766	688	1.168
Zinsergebnis	-728	-368	-486
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-923	-2.990	-1.226
Steuern	475	0	119
Ergebnis Beteiligung	12	0	17
Ergebnis nach Steuern	-1.386	-2.990	-1.328

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht.

AVANTIS Services N.V.

Heerlen

Allgemeine Angaben

Firma	AVANTIS Services N.V.
Sitz	Snellius 8, NL – 6422 RM Heerlen
Rechtsform	AG nach niederländischem Recht
Gründungsjahr	2002
Geschäftsführer	Prof. Dr. Manfred Sicking, Herr M.E.E. de Beer
Gremien	Hauptversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	300.000,00 EUR
Mitarbeiter	-

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Ihr Zweck ist die Erbringung von Dienstleistungen für im Gewerbegebiet Avantis angesiedelte Unternehmen, kurz: das so genannte Park-Management. Dabei handelt es sich um eine moderne Form der Gewerbegebietsverwaltung, die langfristig eine hochwertige Qualität des Gewerbegebiets gewährleistet. Haupttätigkeitsbereiche sind die Instandhaltung der umfassenden Grünanlagen und die Gewährleistung der Sicherheit der Nutzer des Gewerbegebiets. Ferner gehören die Instandhaltung der (eigenen) Straßen und die Abfallentsorgung zu den Aufgaben der Gesellschaft.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Prof. Dr. Manfred Sicking, Herr M.E.E. de Beer

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Leo Voorpijl Annekathrin Grehling Nico Aarts Michael Bernhart	LIOF Stadtdirektorin Gemeinde Heerlen Land NRW
--------------	------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Die Geschäftsführer werden durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 4 Mitgliedern. Bei der Wahl durch die Hauptversammlung hat die Stadt Aachen ein Vorschlagsrecht für ein Aufsichtsratsmitglied.

Gesellschaftervertreter

Die Hauptversammlung besteht aus jeweils einem Vertreter der Gesellschafter.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2012	2013	2014
Umlaufvermögen	413 100%	498 100%	550 100%
Bilanzsumme Aktiva	413	498	550
Eigenkapital	316 76%	316 64%	366 67%
Verbindlichkeiten	97 24%	182 36%	184 33%
Bilanzsumme Passiva	413	498	550

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Beiträge der Vertragspartner	233	238	243
Beiträge angesiedelter Unternehmen +Dienstleistung Glasfaser	110	120	185
Summe Erlöse	344	358	428
Betriebskosten	127	183	161
Unterhaltskosten	106	111	108
Allgemeine Kosten	78	66	105
Summe Kosten	311	360	374
Zinsergebnis	4	3	2
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	37	1	56
Steuern	0	0	6
Ergebnis nach Steuern	37	1	50

Verbindungen zum städtischen Haushalt

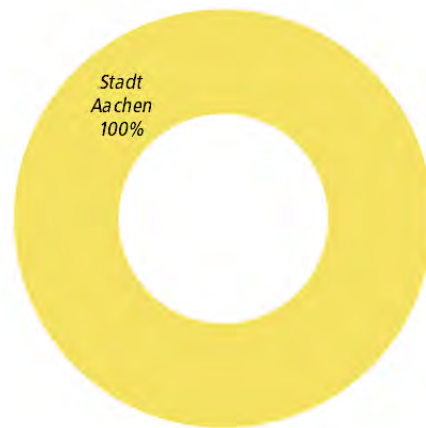
Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht.

Kur- und Badegesellschaft mbH Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Kur- und Badegesellschaft mbH
Sitz	Krefelder Str. 123, 52070 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1932
Geschäftsführer	Werner Schlösser
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	205.000,00 EUR
Mitarbeiter	49 (Vorjahr 48) (Durchschnitt)
Internet	www.bad-aachen.de www.carolus-thermen.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eigener oder fremder Einrichtungen, sowie die Übernahme von Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Kur- und Badewesen, der Förderung des Aachen-Tourismus, sowie der wirtschaftlichen Entwicklung von Bad Aachen stehen. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, eine Freizeit-Therme in Aachen im eigenen Namen und für eigene Rechnung zu errichten, zu erhalten, zu betreiben oder zu verpachten, insbesondere auch durch Erwerb eines Erbbaurechts und durch Beteiligung an einer Betriebsgesellschaft.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Werner Schlösser

Aufsichtsrat:

Vorsitzender
stv. Vors.

Ernst-Rudolf Kühn (CDU)
Rosa Höller-Radtke (SPD)
Michael Bredohl (Die Linke)
Alexander Gilson (CDU)
Annekathrin Grehling
Wilhelm Helg (FDP)
Björn Jansen (SPD)
Rolf Kitt (CDU)
Ursula Palm-Schwarzer
Jonas Paul (Grüne)
Sibylle Reuß (SPD)

Ratsmitglied
Ratsmitglied
sachkundiger Bürger
Ratsmitglied
Stadtdirektorin
Ratsmitglied
Bürgermeister
Ratsmitglied
Arbeitnehmervertreterin
Ratsmitglied
Ratsmitglied

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer sowie die Festsetzung der Dienstbezüge derselben erfolgt durch die Versammlung der Gesellschafter.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern.

Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt. Eines der Mitglieder ist der Oberbürgermeister als geborenes Mitglied oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter der Stadt. Ein Aufsichtsratsmitglied wird von den Arbeitnehmern der Gesellschafterversammlung zur Wahl vorgeschlagen. Das von den Arbeitnehmern vorzuschlagende Aufsichtsratsmitglied wird von diesen in allgemeiner, geheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl bestimmt. Die Aufsichtsratsmitglieder werden jeweils für eine Ratsperiode gewählt. Die Amtsdauer entspricht der Ratsperiode. Nach Ablauf der Ratsperiode bleiben die Aufsichtsratsmitglieder bis zum Vollzug der Neuwahl im Amt.

Ist ein Aufsichtsratsmitglied auch Ratsmitglied und scheidet es als Ratsmitglied vor Ende der Ratsperiode aus, so endet auch sein Amt als Aufsichtsratsmitglied. Das Aufsichtsratsmitglied bleibt jedoch bis zum Vollzug der Neuwahl eines Nachfolgers im Amt.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012	2013	2014
A.	Anlagevermögen	36.728 96%	35.672 97%	34.631 97%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	12 0%	8 0%	10 0%
II.	Sachanlagen	18.663 49%	17.424 47%	16.525 46%
III.	Finanzanlagen	18.052 47%	18.241 50%	18.097 51%
B.	Umlaufvermögen	1.479 4%	1.052 3%	1.094 3%
I.	Vorräte	68 0%	76 0%	77 0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	335 1%	239 1%	221 1%
III.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	1.076 3%	736 2%	796 2%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	5 0%	5 0%	5 0%
Bilanzsumme Aktiva		38.212	36.729	35.731
A.	Eigenkapital	205 1%	205 1%	205 1%
I.	Gezeichnetes Kapital	205 1%	205 1%	205 1%
B.	Rückstellungen	555 1%	376 1%	310 1%
C.	Verbindlichkeiten	36.144 95%	34.762 95%	33.685 94%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	1.308 3%	1.386 4%	1.530 4%
Bilanzsumme Passiva		38.212	36.729	35.731

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	7.639	7.414	7.699
sonstige betriebliche Erträge	445	476	249
Betriebsleistung	8.084	7.890	7.949
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	1.972	2.071	2.057
Personalaufwand	2.068	2.123	2.304
Abschreibungen	1.520	1.275	1.266
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.293	3.172	2.953
Betriebserfolg	-770	-751	-631
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.228	1.073	1.085
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.864	1.628	1.594
Finanzergebnis	-637	-555	-508
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.407	-1.307	-1.140
sonstige Steuern	87	87	87
Erträge aus Verlustübernahme	1.494	1.394	1.227
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Das außerordentliche Ergebnis der Kur- und Badegesellschaft (siehe Gewinn- und Verlustrechnung) entspricht der Verlustübernahme durch die Stadt Aachen.

Lagebericht (Auszug)

A Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Branchenentwicklung und Entwicklung der Gesamtwirtschaft

a) Branchenentwicklung

Die Kur- und Badegesellschaft mbH ist mit ihrer Geschäftstätigkeit keiner klar umrissenen Branche zuzuordnen. Insofern liegen auch keine gesicherten Informationen über Branchenstruktur und -konjunktur vor.

Mit dem wesentlichen Unternehmensteil, den Carolus Thermen Bad Aachen, bewegt sich die Gesellschaft im Bereich der freizeitorientierten Bäder, hier aber im Spezialsegment der freizeitorientierten Thermal- und Mineralbäder.

Da diese freizeitorientierten Thermal- und Mineralbäder teilweise kommunalwirtschaftlich, teilweise aber auch privatwirtschaftlich betrieben werden, gibt es keine verlässlichen Aussagen zur Marktsituation und -entwicklung dieses Bädertyps.

b) Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland hat in seiner Pressemitteilung vom 12.11.2014 folgendes ausgeführt:

„Nach einem überraschend guten Start in das Jahr 2014 hat die deutsche Konjunktur einen deutlichen Dämpfer erhalten. Hierfür dürften die geopolitischen Risiken ebenso eine Rolle gespielt haben wie die ungünstige Entwicklung im Euro-Raum. Über Vertrauenseffekte könnte sich zudem der



bislang von der Bundesregierung eingeschlagene wirtschaftspolitische Kurs negativ bemerkbar gemacht haben. Für das Jahr 2014 erwartet der Sachverständigenrat eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,2 %, für das Jahr 2015 von 1,0 %."

Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. München berichtet in einer Pressemitteilung aus dem Januar 2015 zum Bereich der Dienstleistungen wie folgt:

„Der ifo-Geschäftsklimaindikator für das Dienstleistungsgewerbe Deutschlands ist im Dezember auf 25,6 Saldenpunkte gestiegen von 19,4 im Vormonat. Die sehr gute Lagebeurteilung hat sich weiter verbessert. Die Geschäftserwartungen sind deutlich optimistischer ausgefallen als in den Vormonaten und stiegen auf den höchsten Stand seit Juli 2011. Die Dienstleister, vor allem im Gastgewerbe, planen weiter die Preise zu erhöhen.“

Aus den vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. veröffentlichten Tabellen und Graphiken ist zu entnehmen, dass der ifo-Geschäftsklimaindikator für das Dienstleistungsgewerbe im Jahr 2014 zwar Schwankungen unterworfen war, letztlich aber keine wesentlichen Veränderungen erfahren hat. Der Indikator für den Bereich Touristik ist allerdings im Laufe des Jahres 2014 gesunken.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft sind im vergangenen Jahr um 3,85 % auf 7,699 Mio. Euro gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 47,69 % auf 0,249 Mio. Euro gesunken.

Die Summe aus Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen ist um 0,75 % auf 7,948 Mio. Euro angestiegen.

Insgesamt besuchten im vergangenen Wirtschaftsjahr 357.760 Gäste die Carolus Thermen Bad Aachen. Die Besucherzahlen lagen damit um 4,39 % über dem Vorjahr.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Carolus Thermen Bad Aachen im Jahr 2013 an zwölf Tagen wegen dringend notwendiger Instandhaltungsmaßnahmen geschlossen blieben.

Der Tagesdurchschnitt der Besucher lag im Wirtschaftsjahr 2014 bei 981 Gästen und übersteigt damit das Vorjahresergebnis um 1,03 %.

Das Preissystem der Carolus Thermen Bad Aachen blieb im Jahr 2014 unverändert.

Die Gastronomie verzeichnete eine Umsatzsteigerung von 4,31 % auf 1,313 Mio. Euro.

Die Umsätze aus dem Bereich Kurverwaltung lagen mit 0,574 Mio. Euro um 6,4 % über dem Vorjahresergebnis.

Die Umsätze aus Managementaufgaben stiegen um 9,23 % auf 0,103 Mio. Euro.

3. Investitionen

Die Zugänge im Anlagevermögen betrugen im vergangenen Wirtschaftsjahr insgesamt 369,0 TEUR.

Hiervon entfielen 5,3 TEUR auf immaterielle Wirtschaftsgüter, 48,2 TEUR auf Bauten auf fremden Grundstücken, 180,8 TEUR auf technische Anlagen und Maschinen, 96,8 TEUR auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie 37,9 TEUR auf Anlagen im Bau.

4. Finanzierungsmaßnahmen und -vorhaben

Neue Kredite wurden im Jahr 2014 nicht aufgenommen.

5. Umweltschutz

Die Gesellschaft bemüht sich um aktiven Umweltschutz.

Zur Absicherung dieser Aktivitäten hat sie in den Wirtschaftsjahren 2005/2006 am regionalen Projekt ÖKOPROFIT teilgenommen. In diesem Projekt ging es um konkrete Einsparmaßnahmen für



Energie, Abfall, Wasser und Abwasser sowie um Rechtssicherheit beim Umgang mit Gefahrstoffen und Erfolge im Umweltschutz.

Zum Ende des Jahres 2006 wurde ein spezialisiertes Ingenieurbüro damit beauftragt, gezielt nach weiteren Energieeinsparmöglichkeiten in den Carolus Thermen Bad Aachen zu suchen.

In diesem Zusammenhang ergaben sich erhebliche Einsparungen bei den Energieverbrauchsmengen, die allerdings komplett wieder durch deutliche Steigerungen der Energiepreise aufgefangen wurden.

Im Laufe des Jahres 2014 hat ein größeres Aachener Ingenieurbüro noch einmal die energetische Situation der Carolus Thermen Bad Aachen intensiv untersucht. Dabei wurde nach weiteren Energie-Einsparmöglichkeiten gesucht, die sich gegebenenfalls nur mittelfristig refinanzieren. Die Ergebnisse liegen zwischenzeitlich vor und werden im Zuge der Überlegungen zu einem Masterplan berücksichtigt werden.

Aufgrund der Art ihrer Tätigkeit hat die Gesellschaft keine speziellen umweltrelevanten Problematiken.

6. Personal- und Sozialbereich

a) Angaben zur Belegschaft

Zum Ende des Jahres 2014 setzte sich die Belegschaft der Gesellschaft wie folgt zusammen:

Geschäftsführung und Verwaltung inkl. Geschäftsführer	4
Carolus Thermen Bad Aachen	40
Kurverwaltung Bad Aachen	5
insgesamt	49
davon Auszubildende	1
davon in der Freizeitphase der Altersteilzeit	2

Neun Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind teilzeitbeschäftigt. Die 49 genannten Stellen entsprechen deshalb einem Vollzeit-Äquivalent (39 Std./Woche) von 42,4 Stellen.

Nicht zum Personalbestand der Gesellschaft gehören die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen Personalreserve, Facility-Management, Parkhaus, Gastronomie und Fremdreinigung der Carolus Thermen Bad Aachen. In diesen Bereichen sind ca. 100 weitere Personen regelmäßig in den Carolus Thermen Bad Aachen tätig.

Nicht zum angestellten Personal gehören ebenfalls die im Spa und im Shop der Carolus Thermen Bad Aachen tätigen Personen, da diese Bereiche durch selbstständige Unternehmerinnen geführt werden.

Die Vergütung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Gesellschaft erfolgt nach einem Haustarifvertrag auf der Basis des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Zurzeit ist eine Auszubildende zur Kauffrau für Tourismus und Freizeit bei der Gesellschaft beschäftigt. Weitere Auszubildende sind in der Gastronomie der Carolus Thermen Bad Aachen bei dem verantwortlichen Managementunternehmen tätig.

b) Betriebliche Sozialleistungen

Entsprechend den Regelungen des Tarifvertrages erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kur- und Badegesellschaft mbH eine betriebliche Altersversorgung über die Rheinische Zusatzversorgungskasse. Der Gesamtaufwand hierfür belief sich im vergangenen Wirtschaftsjahr auf 0,126 Mio. Euro.

Darüber hinaus erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf entsprechenden Antrag die tarifvertraglich vorgesehenen Vermögenswirksamen Leistungen. Der Gesamtaufwand hierfür betrug im vergangenen Wirtschaftsjahr 0,002 Mio. Euro.



c) Aus- und Weiterbildung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen regelmäßig die ihnen angebotenen inner- und außerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen zur fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung und zur Verbesserung der Servicequalität.

d) Gesundheits- und Arbeitsschutz

Die Gesellschaft bedient sich eines externen Arbeitsmediziners und einer externen Fachkraft für Arbeitssicherheit, die in regelmäßigen Abständen die Betriebsstellen des Unternehmens besuchen und kontrollieren.

In regelmäßigen Sitzungen mit der verantwortlichen Betriebsleitung werden alle anstehenden Fragen diskutiert und gelöst.

7. Wichtige Ereignisse des Geschäftsjahres

Zur Verbesserung der Sicherheit der Versorgung mit Mineral-Thermalwasser wurde ein kontinuierlicher Zufluss realisiert sowie eine Ultrafiltrationsanlage installiert.

B Darstellung der Unternehmenslage

1. Vermögenslage

Das Anlagevermögen wurde zum 31.12.2014 mit insgesamt 34,631 Mio. Euro bilanziert.

Hiervon entfallen 0,010 Mio. Euro auf immaterielle Vermögensgegenstände.

Der größte Teil des Anlagevermögens (15,437 Mio. Euro) steht in der Position „Grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremdem Boden“ und bezieht sich überwiegend auf die Carolus Thermen Bad Aachen.

Weitere 0,568 Mio. Euro wurden bilanziert für technische Anlagen und Maschinen. 0,475 Mio. Euro stellen den aktuellen Wert der Betriebs- und Geschäftsausstattung dar; 0,044 Mio. Euro resultieren aus Anlagen im Bau.

Unter der Position „Finanzanlagen“ wurden zum 31.12.2014 insgesamt 18,097 Mio. Euro ausgewiesen.

Es handelt sich dabei um die bisher von der Stadt Aachen als alleiniger Gesellschafterin noch nicht eingezahlten Verlustübernahmen der vergangenen Jahre sowie die darauf entfallende Verzinsung (5,5 % per anno).

Das gesamte Umlaufvermögen wurde mit 1,094 Mio. Euro ausgewiesen.

Hiervon entfallen 0,077 Mio. Euro auf Vorräte und 0,796 Mio. Euro auf liquide Mittel.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden bilanziert in einer Höhe von 0,021 Mio. Euro.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände betragen 0,200 Mio. Euro.

Ergänzt um aktivische Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 0,006 Mio. Euro ergibt sich eine Bilanzsumme von 35,731 Mio. Euro.

Auf der Passivseite der Bilanz zeigen sich folgende wesentliche Positionen:

Eigenkapital	0,205 Mio. Euro
Rückstellungen	0,311 Mio. Euro
Verbindlichkeiten	33,685 Mio. Euro
Rechnungsabgrenzungsposten	1,530 Mio. Euro

Der wesentliche Teil der Verbindlichkeiten (33,248 Mio. Euro) resultiert aus langfristigen Bankkrediten zur Finanzierung der Carolus Thermen Bad Aachen.



2. Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war über das gesamte Wirtschaftsjahr 2014 gesichert.

Zum Bilanzstichtag (31.12.2014) beliefen sich die liquiden Mittel auf 0,796 Mio. Euro.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft deckte aus ihren Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen zunächst vollständig den Materialaufwand, den Personalaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Abschreibungen in einer Gesamthöhe von 1,266 Mio. Euro, Zinserträge von 1,085 Mio. Euro und Zinsaufwendungen von 1,594 Mio. Euro führten dann zunächst zu einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von -1,140 Mio. Euro.

Regelmäßig abzudecken sind darüber hinaus sonstige Steuern in Höhe von 0,087 Mio. Euro (Grundsteuern).

Der durch die Stadt Aachen als alleiniger Gesellschafterin übernommene Verlust belief sich daher im Wirtschaftsjahr 2014 auf 1,227 Mio. Euro. Das Bilanzergebnis ist ausgeglichen.

Diese Zahlen dokumentieren, dass die Gesellschaft aus ihrer eigenen Ertragskraft die laufenden Kosten decken kann. Die aus dem Bau der Carolus Thermen Bad Aachen resultierenden Zinsaufwendungen und Abschreibungen führen trotz erheblicher Zinserlöse zu einem negativen Ergebnis, das von der Gesellschafterin vollständig abgedeckt wird.

Insofern ist nicht nur die Liquidität, sondern auch die Bestandskraft des Unternehmens gesichert.

4. Besondere Darstellung zur Entwicklung und Lage des Unternehmens

Die relativ kleinen Geschäftsbereiche Kurverwaltung und Managementaufgaben sind nicht nur kostendeckend, sondern tragen zur Finanzierung der Verwaltungsgemeinkosten bei.

Die Carolus Thermen Bad Aachen erwirtschaften geringfügig mehr als ihre laufenden Betriebs- und Unterhaltungskosten.

In der Liquiditätsbetrachtung können durch die quartalsweise erfolgenden Vorauszahlungen auf die Verlustübernahme durch die Stadt Aachen als alleiniger Gesellschafterin auch die Zins- und Tilgungsleistungen sowie zwingend notwendige Neu- und Ersatzinvestitionen gedeckt werden.

In Anbetracht des sehr niedrigen Eigenkapitals und der dadurch notwendigen 100 %-igen Kreditfinanzierung der Carolus Thermen Bad Aachen entstehen nach wie vor erhebliche Zinsaufwendungen, die aus dem laufenden Betrieb nicht zu erwirtschaften sind. Gleiches gilt für die Abschreibungen, die sich allerdings seit dem Wirtschaftsjahr 2011 deutlich verringert haben.

Der zusammenfassende Blick auf die letzten vierzehn Geschäftsjahre (2001 bis 2014), in denen die Gesellschaft die Carolus Thermen Bad Aachen betrieben hat, zeigt, dass die mittel- und langfristigen Planungen für die Gesellschaft grundsätzlich eingehalten werden.

So stieg das EBITDA in den Jahren bis 2006/2007 zunächst kontinuierlich an, sank dann durch Sondereinflüsse in den Jahren 2008/2009 deutlich ab, lag aber in 2010 mit 0,819 Mio. Euro sogar geringfügig über dem bisher besten Ergebnis aus dem Geschäftsjahr 2006 (0,816 Mio. Euro). Für das Wirtschaftsjahr 2014 berechnet sich das EBITDA auf 0,492 Mio. Euro und verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 0,185 Mio. Euro.

Die Umsatzerlöse lagen in 2014 primär aufgrund der nicht erforderlichen Schließzeit und des schlechten Sommerwetters um 3,85 % über dem Vorjahr. Der Personalaufwand stieg aufgrund einer Änderung im Personalkonzept und der Tarifsteigerungen um 8,48 %.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen um 6,9 % unter den Ergebnissen des Vorjahres. Dies resultiert primär aus dem deutlich niedrigeren Instandhaltungsaufwand.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Gesellschaft seit 2009 ihr Ergebnis vor Verlustübernahme von Jahr zu Jahr verbessert hat. Das Ergebnis 2014 war mit -1,227 Mio. Euro um 0,167 Mio. Euro bzw. 11,98 % besser als das Ergebnis des Vorjahres.



C Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung (Risiko-Bericht)

1. Wirtschaftliche Bestandsgefährdungspotenziale

Grundsätzlich ist der Bestand der Gesellschaft durch die Stadt Aachen als alleiniger Gesellschafterin abgesichert.

Die alleinige Gesellschafterin übernimmt regelmäßig die aufgelaufenen Verluste und garantiert damit ein ausgeglichenes Bilanzergebnis.

Auch wenn die Gesellschaft bis auf weiteres von dieser Absicherung durch die Stadt Aachen abhängig sein wird, zeigen die Geschäftsentwicklungen der vergangenen Jahre, dass sich die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft kontinuierlich verbessert. Dies gilt insbesondere für den überwiegenden Geschäftsbereich, die Carolus Thermen Bad Aachen.

2. Masterplan für die Carolus Thermen Bad Aachen

Im Laufe der Jahre 2012 und 2013 wurde intensiv an einem Masterplan für die Carolus Thermen Bad Aachen gearbeitet, der in den Folgejahren realisiert werden sollte.

Ziel des Masterplans soll es sein, mögliche Besucher- und Umsatzrückgänge durch Abnutzung und Attraktivitätsverlust der Carolus Thermen Bad Aachen zu verhindern sowie Besucherzahlen und Umsätze wieder um rund 10 % steigern zu können.

Bei den planerischen Vorarbeiten zu diesem Masterplan wurde deutlich, dass die Realisierung sowohl Investitionen wie auch zusätzlichen Instandhaltungsaufwand erfordert.

Der zusätzliche Instandhaltungsaufwand sowie die auf Investitionen entfallenden neuen Abschreibungen würden das Ergebnis der Gesellschaft für ca. drei Jahre belasten, bevor die durchgeführten Maßnahmen deutliche Ergebnisverbesserungen erbringen können.

Eine kaufmännische Investitionsrechnung hat deutlich gezeigt, dass sich die Investitionen wie auch der zusätzliche Instandhaltungsaufwand innerhalb von zehn Jahren amortisieren würden. Die Stadt Aachen als alleinige Gesellschafterin sieht sich jedoch nicht in der Lage, die Belastungen des Geschäftsergebnisses in den Jahren der Durchführung zu tragen, so dass die Arbeiten am Masterplan gestoppt werden mussten.

Es steht zu befürchten, dass bei weiterer Verschiebung des Masterplans Besucher- und Umsatzrückgänge bei gleichzeitig steigendem Instandhaltungsaufwand auftreten, was ebenfalls zu einer Verschlechterung der Jahresergebnisse führen würde.

Im Laufe des Jahres 2014 wurde weiter an der Realisierung eines Masterplans für die Carolus Thermen Bad Aachen gearbeitet. Insbesondere wurde im Oktober 2014 eine Bauvoranfrage zur Genehmigungsfähigkeit geplanter Maßnahmen im Außenbereich der Sauna bei der Stadt Aachen eingereicht.

Während des Jahres wurden einige kleinere Maßnahmen aus dem Gesamtkonzept des Masterplans realisiert. Hierzu gehörten beispielhaft Holzfußböden und eine Schrankwand im Foyer mit einer digitalen Informationsanlage, Handwaschbecken in den Umkleidebereichen sowie eine Automatisierung der Eingangstüren.

D Sonstige Angaben (§ 289 Abs. 2 HGB)

Gemäß § 108 Abs. 2 Ziffer 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen ist die Gesellschaft verpflichtet, im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

Mit den Carolus Thermen Bad Aachen hat die Stadt Aachen als staatlich anerkanntes Heilbad einen neuen Schwerpunkt gesetzt. Sie ist damit den Forderungen nach einer grundsätzlichen Umorientierung der staatlich anerkannten Heilbäder nachgekommen. Neben dem stationären Kurwesen wird mit den Carolus Thermen Bad Aachen ein zeitgemäßes Wellness-Angebot breiten Bevölkerungsschichten zur Verfügung gestellt.



Die staatlich anerkannten Heilquellen, die sich im Eigentum der Stadt Aachen befinden, und das daraus gewonnene überaus wertvolle Mineral-Thermalwasser werden in den Carolus Thermen Bad Aachen in einer zeitgemäßen Form genutzt.

Die Angebote der Carolus Thermen Bad Aachen haben insbesondere auch zu einer Entlastung der Krankenkassen geführt, da nunmehr gesundheitsorientierte und gesundheitsfördernde Nutzungen des Mineral-Thermalwassers auf Selbstzahlerbasis erfolgen.

Die Stadt Aachen hat damit ihre fast 2000-jährige Badetradition in einer modernen und zeitgemäßen Form weiterentwickelt und einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung ihrer Heilbad-Anerkennung geleistet.

Nicht zuletzt wurden im Zusammenhang mit Errichtung und Eröffnung der Carolus Thermen Bad Aachen die bisherigen überaus defizitären Thermalbadehäuser Kurbad Quellenhof und Römerbad geschlossen. Beide Immobilien konnten durch die Stadt Aachen als Eigentümerin veräußert werden.

Mit der Tätigkeit der Gesellschaft, insbesondere der Errichtung und dem Betrieb der Carolus Thermen Bad Aachen, erfüllt die Stadt Aachen die öffentliche Zwecksetzung als staatlich anerkanntes Heilbad. Die bisher erreichten Besucherzahlen zeigen eindeutig auch einen hohen Grad der Zweckerreichung.

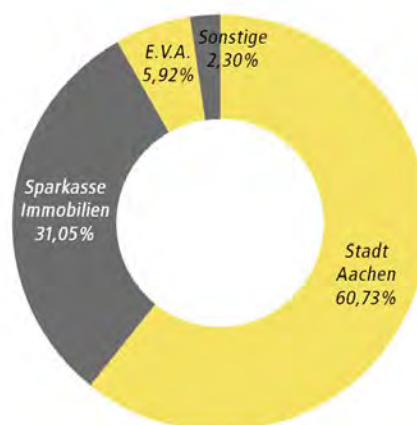
gewoge AG

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	gewoge AG
Sitz	Kleinmarschierstr. 54-58, 52062 Aachen
Rechtsform	AG
Gründungsjahr	1891
Vorstand	Thomas Hübner
Gremien	Hauptversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	12.300.000,00 EUR
Mitarbeiter	56 (Vorjahr 55) (31.12.)
Internet	www.gewoge-aachen.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist eine qualitativen und quantitativen Erfordernissen entsprechende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Dabei werden die sozial und wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungskreise mit besonderem Augenmerk berücksichtigt. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern sie dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind. Die Gesellschaft kann auch Gebäude für öffentliche, soziale und kulturelle Zwecke sowie für gewerbliche Nutzung errichten und bewirtschaften. Zur Erfüllung des Zwecks kann die Gesellschaft Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, veräußern, vermieten, bewirtschaften, betreuen und verwalten. Bei Veräußerung von Wohnungseigentum aus dem Bestand der Gesellschaft wird dem Mieter eine vorrangige Erwerbsmöglichkeit eingeräumt. Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach wirtschaftlichen Grundsätzen.

Organe des Unternehmens

Vorstand: Thomas Hübner

Aufsichtsrat:

Vorsitzender		Ratsmitglied
Manfred Kuckelkorn (SPD)		Ratsmitglied
Sait Başkaya (Piraten)		Vorstand STAWAG
Dr. Christian Becker		Ratsmitglied
Martina Hörmann (Grüne)		Sparkasse
Franz Jansen		Sparkasse
Heinz-Willi Laeven		Sparkasse
Norbert Lauffs		Ratsmitglied
Iris Lürken (CDU)		Arbeitnehmervertreter
Wolfgang Pomp		Arbeitnehmervertreter
René Rademacher		Arbeitnehmervertreter
Ralf Schaffrath		Arbeitnehmervertreter
Wolfgang Scheen		Stadt Aachen
Prof. Dr. Manfred Sicking		Arbeitnehmervertreter
Norbert vom Dorp		Ratsmitglied
Jakob von Thenen (CDU)		

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Vorstandsmitglieder werden durch Beschluss des Aufsichtsrates auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder eine vorzeitige Verlängerung der Amtszeit, die auch mehrfach erfolgen kann, ist jeweils für höchstens fünf Jahre zulässig. Der Aufsichtsrat kann ein Mitglied zum Vorsitzenden des Vorstandes ernennen. Der Vorstand hat die Gesellschaft unter eigener Verantwortung zu leiten. Er hat die ihm obliegenden Pflichten mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung zu erfüllen. Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, so vertritt es die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Personen. Neun Mitglieder werden von der Hauptversammlung gewählt. Dabei dürfen fünf Mitglieder von der Stadt Aachen bzw. von einem an deren Stelle tretenden Aktionär, drei Mitglieder von der Sparkassen Immobilien GmbH bzw. eines an deren Stelle tretenden Aktionärs und ein Mitglied von den sonstigen Aktionären vorgeschlagen werden. Ein Mitglied stellt die Stadt Aachen. Sie entsendet als Mitglied den Oberbürgermeister oder einen von ihm bestellten Beamten oder Angestellten. Die Arbeitnehmervertreter entsenden fünf Mitglieder.

Vertretung der Stadt Aachen in der Hauptversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012	2013	2014
A.	Anlagevermögen	124.878 81%	125.347 81%	124.853 81%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	234 0%	153 0%	74 0%
II.	Sachanlagen	124.640 80%	125.190 81%	124.776 81%
III.	Finanzanlagen	5 0%	4 0%	4 0%
B.	Umlaufvermögen	29.737 19%	28.313 18%	29.235 19%
I.	Vorräte	10.943 7%	11.426 7%	10.916 7%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	659 0%	472 0%	954 1%
III.	Flüssige Mittel und Bausparguthaben	18.135 12%	16.415 11%	17.365 11%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	385 0%	311 0%	325 0%
Bilanzsumme Aktiva		155.001	153.971	154.413
A.	Eigenkapital	39.922 26%	39.922 26%	39.980 26%
I.	Gezeichnetes Kapital	12.300 8%	12.300 8%	12.300 8%
II.	Gewinnrücklagen	23.676 15%	24.321 16%	24.764 16%
III.	Bilanzgewinn	3.946 3%	3.301 2%	2.917 2%
B.	Rückstellungen	4.136 3%	3.568 2%	4.010 3%
C.	Verbindlichkeiten	110.907 72%	110.458 72%	110.410 72%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	37 0%	24 0%	12 0%
Bilanzsumme Passiva		155.001	153.971	154.413

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)		2012	2013	2014
	Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	30.317	31.339	31.405
	sonstige betriebliche Erträge	642	908	886
	Betriebsleistung	30.959	32.248	32.291
	Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	14.024	14.993	14.880
	Personalaufwand	3.174	3.524	3.966
	Abschreibungen	4.221	4.332	5.371
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.470	1.917	1.874
	Betriebserfolg	8.070	7.483	6.198
	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	254	271	291
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.444	2.349	2.299
	Finanzergebnis	-2.190	-2.078	-2.007
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.880	5.404	4.191
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	977	805	434
	sonstige Steuern	901	899	898
	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	4.003	3.701	2.859

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Es erfolgt eine jährliche Dividendenzahlung an Eurogress Aachen (Betrieb gewerblicher Art). 2015 wurden aus dem Geschäftsjahr 2014 der gewoge AG rd. 1,7 Mio. EUR ausgeschüttet.

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Konjunkturelle Entwicklung und Kapitalmarkt

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo hat sich im Sommer 2014 merklich verlangsamt und stieg im Herbst nur in mäßigem Tempo. Die globale Industrieproduktion legte im zweiten und dritten Quartal 2014 nur noch halb so stark zu wie im vorausgegangenen Winterhalbjahr. Diese Entwicklung war vor allem durch eine deutlich nachlassende konjunkturelle Dynamik im Euroraum und in Japan getrieben, während die aggregierte Produktion in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, insbesondere in den USA und in Großbritannien, weiterhin robuste Zuwachsraten verzeichnete. In den Schwellenländern kam es in den zurückliegenden zwei Quartalen sogar zu einer leichten Beschleunigung der aggregierten Wirtschaftsleistung, die aber nicht ausreichte, um die Verlangsamung in den Industrieländern wettzumachen. Dabei entwickelte sich die Konjunktur hier höchst uneinheitlich: In Indien hat sie an Kraft gewonnen, und auch in China verstärkte sich das Expansionstempo im zweiten Quartal. Dort scheint es zuletzt aber wieder nachzugeben. In Russland bleibt die Konjunktur schwach, während Brasilien sogar in eine Rezession gefallen ist.

Die konjunkturelle Grunddynamik im Euroraum ist weiterhin gering. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm im ersten Halbjahr merklich schwächer zu als erwartet. Dies ging zu einem guten Teil auf die größeren Länder des Euroraums zurück. In Frankreich stagnierte die Wirtschaftsleistung und Italien fiel im Frühjahr neuerlich in eine Rezession. Die Prognosen für 2015 gehen jedoch von einer etwas höheren Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts aus.

Der Arbeitsmarkt hat sich im ersten Halbjahr etwas erholt. Seit Jahresbeginn ist die Arbeitslosenquote langsam von 11,8% auf 11,5% (August 2014) gesunken. Die Zahl der Beschäftigten nahm im gleichen Zeitraum um 0,5% zu. Insbesondere in Spanien, Portugal und Irland ging die Arbeitslosenquote spürbar zurück. Allerdings bleibt die Lage am Arbeitsmarkt in diesen Ländern und im Euroraum insgesamt weiterhin schlecht.

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich weiter abgeschwächt. Die Inflation sinkt in der Tendenz bereits seit etwa zweieinhalb Jahren. Zum einen bremsen globale Einflussfaktoren wie die Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelpreise die Inflation. Zum anderen wird der Preisauftrieb weiterhin stark von der schleppenden Konjunktur und den unterausgelasteten Produktionskapazitäten gedämpft. Da die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum auch in diesem Jahr noch immer deutlich unterhalb des Potenzialniveaus liegen dürfte, wird der Preisauftrieb weiterhin gering bleiben.

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich in den Mitgliedsstaaten der Währungsunion im vergangenen Jahr weiter verbessert. Die Defizitquote für den Euroraum insgesamt ging von 3,7% auf 3,0% zurück. Die Schuldenquote ist fast überall außerhalb Deutschlands weiter gestiegen. Trotz höherer Schuldenstände erhöhte sich die Zinsbelastung bisher nicht, da die Zinssätze für Staatsanleihen gesunken sind. Auf lange Sicht dürften die Zinszahlungen aber steigen und die Spielräume der Finanzpolitik reduzieren. Der Rückgang der Budgetdefizite geht auf die Konsolidierungspolitik im Euroraum zurück. Allerdings verfehlten acht Länder – darunter Frankreich, Italien und Spanien – auch im Jahr 2014 die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarte Defizitgrenze von 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Daten Euro-Raum (2014/2015 geschätzt)	2012	2013	2014	2015
Reales Bruttoinlandsprodukt	- 0,7 %	- 0,4 %	+ 0,8 %	+ 1,1 %
Verbraucherpreise	+ 2,5 %	+ 1,3 %	+ 0,5 %	+ 0,7 %
Arbeitslosenquote	11,4 %	11,9 %	11,6 %	11,3 %

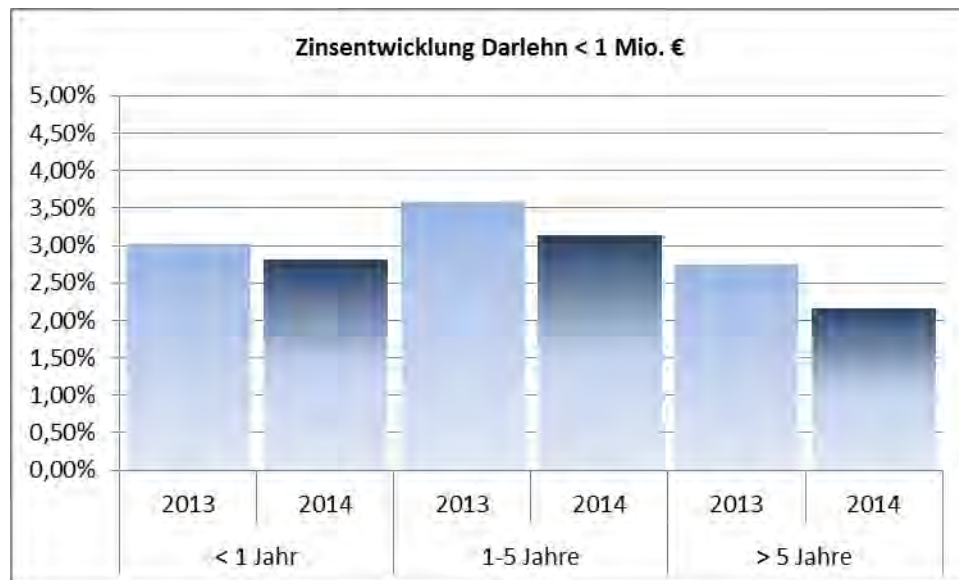
Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen: Um 1,5% war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2%. Die konjunkturelle Lage hatte nach dem schwungvollen Jahresauftakt und der folgenden Stagnation im Sommerhalbjahr zum Jahresende 2014 wieder an Schwung gewonnen. Im Verlauf des kommenden Jahres dürften sich die Auftriebskräfte wieder stärker durchsetzen.

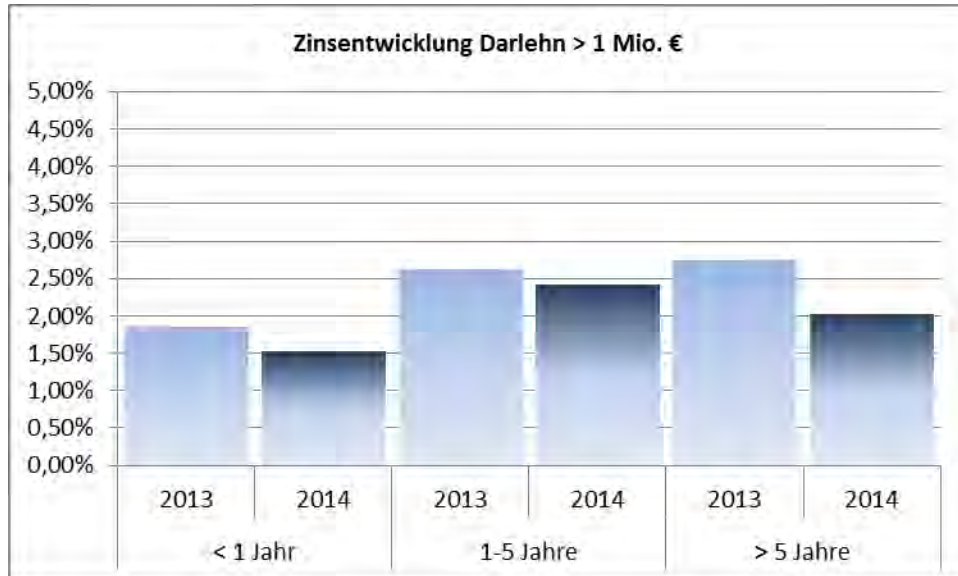
Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum erneut wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,1% (Vorjahr: + 0,9%), die des Staates um 1,0% (Vorjahr: + 0,7%). Auch die Investitionen legten zu: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 3,7% mehr in Ausrüstungen als noch ein Jahr zuvor. Die preisbereinigten Bauinvestitionen erzielten ebenfalls ein kräftiges Plus von 3,4%. Die Sonstigen Anlagen lagen um 1,2 % über dem Vorjahresniveau.

	Ist-Daten (preisbereinigt, verkettet)			Prognose
	2012	2013	2014	2015
Bruttoinlandsprodukt	+0,4%	+0,1%	+1,5%	+1,2%
Private Konsumausgaben	+0,7%	+0,8%	+1,1%	+1,4%
Konsumausgaben des Staates	+1,2%	+0,7%	+1,0%	+1,0%
Ausrüstungsinvestitionen	-3,0%	-2,4%	+3,7%	+4,1%
Bauinvestitionen	+0,6%	-0,1%	+3,4%	+2,1%
Sonstige Anlagen	+3,4%	+3,0%	+1,2%	+3,3%

Quelle: Statistisches Bundesamt (Ist-Daten), Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Prognose)

Der deutsche Außenhandel gewann im Jahresdurchschnitt 2014 trotz eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds etwas an Dynamik. Deutschland exportierte preisbereinigt 3,7% mehr Waren und Dienstleistungen als im Jahr 2013. Die Importe legten aber fast genauso stark zu (+ 3,3%). Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – leistete dadurch einen vergleichsweise geringen Beitrag von + 0,4 Prozentpunkten zum BIP-Wachstum 2014. Auf dem Kapitalmarkt war die Zinsentwicklung zwischen Ende 2013 und Ende 2014 im mittel- und langfristigen Bereich durchweg negativ. In allen Fälligkeitsbereichen gingen die Effektivzinssätze zurück. Die von der deutschen Bundesbank veröffentlichten Effektivzinssätze für Kredite an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften (Neugeschäft) entwickelten sich wie folgt:





Die Situation am Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich weitgehend unabhängig von der Konjunktur anhaltend positiv. Der Beschäftigungstrend bleibt deutlich aufwärtsgerichtet. Die Erwerbstätigkeit und darunter insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind 2014 weiter gestiegen, und zwar stärker als in 2013. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind saisonbereinigt erneut gesunken. Allerdings profitierten Arbeitslose nur teilweise von dem Beschäftigungsaufbau, weil ihre Profile oftmals nur unzureichend zur Arbeitskräftenachfrage passten.

Im Dezember gab es nach vorläufiger Hochrechnung 5,10 Millionen erwerbsfähige Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II. Somit haben im Vergleich zum Vorjahresmonat 32.000 Menschen weniger Lohnersatzleistungen oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für Arbeitsuchende nach dem SGB II erhalten. Die Zahl der Arbeitssuchenden lag im Dezember 2014 bei ca. 2,8 Millionen und damit um 110.000 niedriger als im Dezember des Vorjahres. Dies bedeutete eine Verringerung der Arbeitslosenquote auf 6,4% (2013: 6,7%). Für 2015 gehen die Prognosen von einer Arbeitslosenquote von 6,8% aus.

Im Bereich der Städteregion Aachen sind insgesamt 25.728 Arbeitslose registriert. Dies bedeutet eine Quote von 8,9 % (Stadt Aachen: 9,2 %).

Der Ausblick auf 2015

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Herbstgutachten 2014 davon aus, dass sich in Deutschland die Auftriebskräfte im Verlauf des kommenden Jahres wieder stärker durchsetzen dürften. Vor allem im Hinblick auf die Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen sind belastende Faktoren in den unternehmerischen Dispositionen weitestgehend eingepreist und damit dürften die günstigen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft wieder stärker zur Geltung kommen. Die Geldpolitik wirkt weiter expansiv, das Zinsniveau bleibt auf historisch niedrigem Niveau. Die Finanzierungsbedingungen für neue Unternehmensinvestitionen sind somit weiter äußerst vorteilhaft. Zurzeit schwanken die aktuellen BIP-Prognosen für das kommende Jahr bei Expansionswerten zwischen 1,0% und 1,9%. Ein Viertel Prozentpunkt davon dürfte allein auf den starken Rückgang der Ölpreise zurückzuführen sein.

Risiken für die deutsche Konjunktur resultieren insbesondere daraus, dass die Eurozone immer noch mit erheblichen strukturellen Problemen zu kämpfen hat und die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nach wie vor das Wachstum dämpfen wird.

Der Immobilienmarkt

Auf den deutschen Immobilienmärkten sind 2014 rund 195,3 Mrd. Euro investiert worden. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Anstieg um rund 12 Mrd. Euro bzw. 6,5%. Die Preise auf dem deutschen Immobilienmarkt waren im vierten Quartal 2014 weiter aufwärts gerichtet. Der Immobilienpreisindex für den gesamten deutschen Markt legte 2014 im Jahresdurchschnitt um 4,7% zu. Dabei stiegen die Preise für Wohnimmobilien um 5% (2013: +4%), die für gewerbliche Immobilien um 3,8% (2013 = +4,7%).

Von Januar bis November 2013 wurde in Deutschland der Bau von 259.849 Wohnungen (einschließlich Bestandsmaßnahmen) genehmigt. Das waren 5,3% mehr als im Vorjahreszeitraum. Von den im Zeitraum von Januar bis November 2014 genehmigten Wohnungen waren 229.584 Neubawohnungen und damit 4,3% mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die bauwirtschaftliche Situation

Die Bauwirtschaft legte 2014 nahezu eine Punktlandung hin: Nach Angaben des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie stieg der Umsatz im Gesamtjahr um nominal 4,1 % und übertraf damit leicht die Verbandsprognose. Die Bauunternehmen können mit diesem Ergebnis zwar zufrieden sein, allerdings fehlte der Baukonjunktur nach einem guten Jahresstart letztlich der Schwung zum Jahresende. Im Dezember wurde sogar ein Minus von 1,6 % gemeldet - trotz milder Temperaturen und eines zusätzlichen Arbeitstages.

Der Wohnungsbau war dabei die stärkste Stütze der Baukonjunktur, der Umsatz der Betriebe legte um 7,8% zu, der Auftragseingang stieg um 4,3%. Die Bausparte hat auch im vergangenen Jahr von den niedrigen Zinsen, der guten Arbeitsmarktlage und dem Wunsch von Kapitalanlegern nach einer wertbeständigen Investition profitiert. Zum Jahresende stieg der Umsatz zwar nur leicht (+ 1,4%), die Nachfrage war allerdings ungebrochen und legte um 14,9% zu. Damit war der Wohnungsbau im Dezember die einzige Bausparte mit einem Orderplus.

Den stärksten Rückgang verzeichnete im Dezember der Öffentliche Bau: Die Nachfrage der Gebietskörperschaften brach um 16,1% ein - die Etats waren zum Ende des Jahres leer. Für das Gesamtjahr ergibt sich damit ein Orderrückgang von 3,5%, ein schlechtes Zeichen für die Entwicklung im kommenden Jahr. Demgegenüber legte der Umsatz 2014 um 3,2% zu - er profitierte noch von den hohen Auftragseingängen des Vorjahres. Dies galt aber nicht mehr für das Jahresende: Im Dezember sank die Bauleistung um 1,8%.

Der Wirtschaftsbau konnte sich im Gesamtjahr 2014 gegen die im vergangenen Jahr vorherrschende gesamtwirtschaftliche Unsicherheit behaupten: Der Umsatz legte um 3,7% zu. Aufgrund der schwächeren Auftragslage - der Auftragseingang sank 2014 um 0,2%, im Dezember sogar um 3,6% - meldeten die Baubetriebe zum Jahresende allerdings einen Umsatzrückgang von 2,7%. Der Hauptverband erwartet für 2015 aber eine leichte Erholung. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen der aktuellen DIHK-Umfrage, welche im Vergleich zum Herbst einen leichten Anstieg der Investitionsabsichten der Industrieunternehmen aufgrund einer verbesserten Geschäftserwartung ergab.

Die regionale Situation im Mietwohnungsbereich

Die seit Jahren spürbar erhöhte Nachfrage im Segment der 1-2 Zimmerwohnungen ist auch im Berichtsjahr erkennbar. Interessenten sind dabei vorwiegend Studenten, Berufseinsteiger und Singles. Obwohl die vergangenen Berichtszeiträume zeigen, dass gerade diese Zielgruppe grundsätzlich auch eine hohe Fluktuation auslöst, sind in diesem Wohnungssegment kaum leerstandsbedingte Ausfälle zu verzeichnen. Dies steht in Zusammenhang mit der hohen Wohnungsnachfrage in Aachen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße verringerte sich in den letzten drei Jahren von 1,81 Personen auf 1,75. Die Einpersonenhaushalte stiegen im gleichen Zeitraum von 53,7% auf 56,6% aller Haushaltsformen in Aachen. Die Entwicklung beider Werte bestätigt die Annahmen der Vorjahre hinsichtlich des Trends kleiner werdender Haushalte und einem steigenden Wohnflächenverbrauch pro Kopf und Wohnung.

Weiterhin angespannt ist auch der Wohnungsmarkt für mittlere und große Familien. Interessant wird sein, ob die Neubautätigkeit der Gesellschaft aber auch die anderer Marktteilnehmer zur Entspannung in diesem Segment beitragen wird. Einher gehend muss weiter die konsequente Modernisierung der Bestandsobjekte im Focus stehen. Neben der qualitativen Wohnwertverbesserung steht dabei auch insbesondere die Schaffung neuer und moderner Grundrisse für die Zielgruppe kleinerer und mittlerer Familien im Vordergrund.

1.2 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage solcher Zielgruppen, die die Gesellschaft auch satzungsgemäß in besonderem Maß mit Wohnraum versorgen möchte, führte dazu, dass das in den Planungen kalkulierte Mietausfallrisiko von 2,0% auch in 2014 voll ausgeschöpft wurde. Trotz intensiver Mieterbetreuung und Engagement im sozialen Mieterservice und der Mietschuldnerbera-

tung der Gesellschaft standen dem Ansatz von T€ 626 Miet- und Umlagenausfallwagnis Ausfälle in Höhe von insgesamt T€ 1.021 gegenüber.

Die Vermietungssituation selbst hat sich im Jahr 2014 moderat verändert. Zum Jahresende waren 96,0% des gesamten Wohnungsbestandes vermietet, der Leerstand stieg aufgrund erhöhter Modernisierungstätigkeit stichtagsbezogen um insgesamt 38 Wohneinheiten. Fluktuationsbedingt waren am Jahresende 72 Wohnungen (-12) nicht vermietet. Bei 47 Wohnungen lag allerdings am Stichtag bereits eine Anschlussvermietung vor. Wegen laufender Modernisierung und ähnlicher Gründe waren 74 Wohnungen (+10) zum Stichtag nicht vermietbar. 40 Wohnungen standen dem Markt wegen geplantem Abriss nicht zur Verfügung. Die Erlösschmälerungen ohne Umlagenausfall lagen mit T€ 687 somit 20,5% über dem vergleichbaren Vorjahreswert (T€ 570). Die Fluktuationsrate bewegte sich mit 8,7% auf leicht höherem Niveau als im letzten Jahr (8,0%), wobei die Gründe für die Beendigung der Mietverhältnisse sehr vielfältig waren.

Die Instandhaltungsaufwendungen (ohne an Versicherungen u.a. weiterbelastete Schäden) stiegen in 2014 im Vergleich zum Vorjahr (T€ 4.230) um T€ 557 auf T€ 4.787. Dabei wurden besonders die Modernisierungen und Instandsetzungsarbeiten nach Mieterwechsel intensiviert. Bezogen auf die Gesamtfläche ergaben sich verausgabte Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von € 14,65 pro mfi (Vorjahr € 12,93 pro mfi).

Die Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragsteuern und Fremdkapitalzinsen im Verhältnis zur Bilanzsumme) beträgt 3,6% und liegt 0,9% unter der des Vorjahres. Die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragsteuern im Verhältnis zum Eigenkapital) beträgt 8,2% und liegt 3,1% unter der des Vorjahres. Die durchschnittliche Sollmiete bezogen auf die ermittelte Gesamtfläche nettokalt beträgt € 5,39 (2013: € 5,22) pro Quadratmeter und Monat und liegt damit über dem Durchschnitt (€ 5,15 lt. GdW-Jahresstatistik 2013) vergleichbarer Wohnungsunternehmen im Bundesdurchschnitt.

1.3 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Am Jahresende waren 56 hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt. Den 34 kaufmännischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen standen dabei 13 Technische sowie 9 Gewerbliche gegenüber. Im Jahresdurchschnitt hatte die Gesellschaft drei Auszubildende. Darüber hinaus waren 37 Mitarbeiter nebenberuflich (Minijob) als Hauswarte für die Gesellschaft tätig. 33,3% der hauptamtlichen Mitarbeiter weisen eine Betriebszugehörigkeit von mehr als 15 Jahren auf. 19,3% der Mitarbeiter sind zwischen 19 und 34 Jahren alt, 35,1% zwischen 35 und 49 und 45,6% zwischen 50 und 65 Jahren.

Durch die Teilnahme an ex- und internen Fortbildungsmaßnahmen zu vielfältigen fachspezifischen Themen und zur Optimierung der unternehmensinternen IT-Nutzung konnte die Qualifikation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kontinuierlich verbessert werden, sodass sie den vielfältigen und weiter wachsenden Anforderungen an den jeweiligen Arbeitsplätzen gerecht werden können.

Um die in der EU gesetzten energiepolitischen Ziele für das Jahr 2020 zu erreichen, wurde unter anderem das Smart-City-Partnerschaftsmodell EUGUGLE initiiert. Die Gesellschaft stellt sich den Herausforderungen des Umweltschutzes und nimmt im Rahmen der Partnerschaft mit der Stadt Aachen an diesem Projekt teil.

1.4 Servicestellen

Neben der Hauptverwaltung in der Kleinmarschierstraße betreibt die Gesellschaft in den beiden großen Wohngebieten Gut Kullen und Driescher Hof sowie im Bereich Aachen Nord jeweils eine wirtschaftlich unselbstständige Servicestelle mit regelmäßigen Sprechstunden mit Kundenberatern und Hausmeistern.

2. Darstellung der Lage

2.1 Ertragslage

Die Unternehmensleitung beurteilt den Geschäftsverlauf 2014 als zufrieden stellend. Die Planzahlen wurden abgesehen von Sondereinflüssen weitgehend eingehalten. Das Ergebnis vor Ertragsteuern beträgt T€ 3.293 (Vorjahr T€ 4.506) und setzt sich zusammen aus dem Betriebsergebnis in Höhe von T€ 3.884 (Vorjahr T€ 4.106), dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von T€ 272 (Vorjahr T€ 247) und dem neutralen Ergebnis von T€ - 863 (Vorjahr T€ 153).

Das positive Betriebsergebnis wird im Wesentlichen von dem Leistungsbereich Hausbewirtschaftung getragen. Zum 31. Dezember 2014 weist die Gesellschaft einen Bestand von 4.678 Wohnungen (davon 2.403 öffentlich geförderte bzw. 168 mit Mietpreisbindung), 36 Gewerbeeinheiten und 2.060 Garagen und Stellplätze aus. Den aus der Hausbewirtschaftung erwirtschafteten Erträgen in Höhe von T€ 29.978 (Vorjahr T€ 29.989) stehen Aufwendungen in Höhe von T€ 24.824 (Vorjahr T€ 24.604) gegenüber. Die Ergebnisveränderung von - T€ 231 gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus höheren Instandhaltungskosten (T€ 587), einer Steigerung verrechneter Verwaltungskosten (T€ 118) und Erlösschmälerungen auf Sollmieten und Umlagen (T€ 150) bei höheren Mieterträgen (T€ +618).

Das positive Ergebnis im Leistungsbereich Hausbewirtschaftung (T€ 5.154) wurde durch die Ergebnisse in den Geschäftsbereichen der Bautätigkeit, Verkaufstätigkeit, Betreuungstätigkeit und den sonstigen Geschäftsvorfällen reduziert. Der im Vergleich zum Jahr 2013 um T€ 67 erhöhte Fehlbeitrag aus der Bautätigkeit (T€ -919) besteht aus verrechneten Personal- und Sachaufwendungen, denen geringere aktivierte Eigenleistungen gegenüberstanden. Das Ergebnis im Betreuungsbereich wird vor allem durch höhere Umsatzerlöse aus der Baubetreuung um T€ 68 weniger belastet als im Vorjahr und schließt mit einem negativen Ergebnis von T€ 334 ab. Das negative Ergebnis der Verkaufstätigkeit (T€ -16) ergibt sich im Wesentlichen aus verrechneten Personal- und Sachkosten.

Die Aufwendungen für die Verwaltung beliefen sich insgesamt auf T€ 5.586 (Vorjahr T€ 5.283), wobei hauptsächlich Erhöhungen der Personalaufwendungen zu verzeichnen sind.

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 2.860 ab (Vorjahr T€ 3.701). Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus höheren Personalaufwendungen und Abschreibungen, denen erhöhte Umsatzerlöse für die Hausbewirtschaftung gegenüber stehen. Zum Jahresende werden T€ 300 in andere Gewinnrücklagen und T€ 143 in die gesetzliche Rücklage eingestellt, sodass sich mit dem Gewinnvortrag in Höhe von T€ 500 ein Bilanzgewinn von T€ 2.917 ergibt.

Auch bei der künftigen Entwicklung wird durch das Ausschöpfen von vorliegendem Mietsteigerungspotenzial im Bestand und im Zusammenhang mit durchgeführten Objektmodernisierungen von einer Erhöhung der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung ausgegangen. Im Bauträgergeschäft wird für 2015 nicht mit Ergebnisbeiträgen gerechnet. Preissteigerungen bei den Betriebskosten sowie eine erweiterte Instandsetzungs- und Modernisierungstätigkeit zur nachhaltigen Bestandsentwicklung führen jedoch auch im Aufwandsbereich zu höheren Planwerten. In der Summe wird für 2015 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 3.646 und einem Jahresüberschuss nach Steuern von T€ 3.071 gerechnet.

2.2 Finanzlage

Die langfristigen Vermögenswerte sind durch zur Verfügung stehende langfristige Finanzierungsmittel gedeckt. Darüber hinaus stehen nicht gebundene Mittel von T€ 7.257 zur Verfügung. Sie werden in voller Höhe zur Deckung des Finanzierungsbedarfs im mittelfristigen Bereich eingesetzt. Zum Bilanzstichtag ergibt sich ein Überschuss an kurzfristig realisierbaren Vermögenswerten über die kurzfristig fällig werdenden Verbindlichkeiten von T€ 6.123.

Die mit Grundpfandrechten gesicherten Verbindlichkeiten teilen sich auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 93.075) und Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern (T€ 174). 69,5% der Verbindlichkeiten (T€ 76.762) haben eine Restlaufzeit von über fünf Jahren, 11,7% (T€ 12.881) von ein bis fünf Jahren und 18,8% (T€ 20.767) sind kurzfristig fällig. Der wesentliche Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten besteht aus erhaltenen Anzahlungen für Betriebs- und Heizkosten. Den kurzfristigen Verbindlichkeiten stehen ausreichende kurzfristig verfügbare Mittel gegenüber.

Die Kapitalflussrechnung weist einen Cashflow in Höhe von T€ 8.081 (Vorjahr T€ 7.866) aus und einen Finanzmittelbestand am 31. Dezember 2014 von T€ 16.861. Die Liquidität war über das ganze Jahr gesichert. Die Gesellschaft konnte zu jeder Zeit ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen. Bei der Liquiditätsfortschreibung wird davon ausgegangen, dass bei der Neubau- und Modernisierungstätigkeit keine wesentlichen Kostenüberschreitungen eintreten, die vorgesehenen Fremdmittel wie geplant zufließen sowie die Ansätze im Wirtschaftsplan 2015 eingehalten werden.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme nimmt in 2014 um T€ 442 auf T€ 154.413 zu. Die Veränderung auf der Aktivseite wird im Wesentlichen beim Umlaufvermögen durch Erhöhungen der flüssigen Mittel sowie der sonstigen Vermögensgegenstände bei Verminderungen durch unfertige Leistungen bestimmt. Dagegen steht eine Verminderungen des Anlagevermögens, da den Investitionen höhere Abschreibungen und Anlagenabgänge gegenüber stehen.

Von der Bilanzsumme entfallen zum Bilanzstichtag T€ 125.061 oder 80,9% auf langfristiges Vermögen, hauptsächlich auf bebaute Grundstücke des Anlagevermögens. Das kurz- und mittelfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 29.352 bzw. 19,1% der Bilanzsumme.

Die Kapitalstruktur in der Entwicklung:

	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	37.120	23,9	37.120	24,1	37.180	24,1
Fremdkapital – langfristig	98.457	63,5	98.056	63,7	95.138	61,6
Fremdkapital - mittel- und kurzfristig	19.424	12,6	18.795	12,2	22.095	14,3
Gesamtkapital	155.001	100,0	153.971	100,0	154.413	100,0

Die Vermögensstruktur in der Entwicklung:

	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen - u.a. langfristig	125.222	80,8	125.624	81,6	125.061	80,9
Umlaufvermögen – mittelfristig	1.279	0,8	1.279	0,8	1.279	0,8
Umlaufvermögen – kurzfristig	28.500	18,4	27.068	17,6	28.073	18,3
Gesamtvermögen	155.001	100,0	153.971	100,0	154.413	100,0

Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital stellen die fristengerechte Finanzierung des langfristigen Vermögens sicher. Die in Durchführung und Planung befindlichen Baumaßnahmen des Anlagevermögens werden weitgehend durch Eigenmittel aus Überschüssen oder durch Fremdmittel finanziert.

Die gesamten Investitionen des Jahres 2014 in Höhe von T€ 5.363 verteilen sich auf die Teilaktivierung von Modernisierungskosten von bebauten Grundstücken (T€ 2.327 – 43,4%), die Anschaffung eines neuen Erbbaurechts (T€ 47 – 0,9%), die Modernisierung der Geschäftsstelle (T€ 55 – 1,0%), Anlagen im Bau (T€ 2.443 – 45,6%), Bauvorbereitungskosten (T€ 386 – 7,2%) sowie immaterielle Vermögensgegenstände und Betriebs- und Geschäftsausstattung (T€ 105 – 1,9%).

3. Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres 2014 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung oder weiterer Risikobehaftung ersichtlich geworden.

4. Risikobericht

4.1 Risiken der künftigen Entwicklung

Die abklingende Wirtschaftskrise hatte bisher keine negativen Einflüsse auf das Unternehmen. Akut drohende Entwicklungen sind derzeit nicht erkennbar. Die Marktposition kann bei weiterhin erfolgreicher Geschäftstätigkeit als gefestigt betrachtet werden. Ein eventuell erneutes Aufflammen einer Schulden- und Vertrauenskrise hätte für die gesamte Wirtschaft in Deutschland Folgen, deren Effekte auch für das Unternehmen als mögliches Risiko einer künftigen Entwicklung aufzuführen sind.

Die Gesellschaft beobachtet weiter aufmerksam die externen Veränderungen. Mit der Bankenkrise haben die Kreditgeber mit veränderten Vergaberichtlinien, Risikoaufschlägen und einer zurückhaltenden Darlehnsvergabe reagiert. Auch auf Grund der aktuellen Konditionslage sollen in naher Zukunft vermehrt Volltilger als Finanzierungsinstrument genutzt werden.

Eine angebotsbezogene Risikominimierung bei der Bestandsentwicklung wird durch eine genaue Objektauswahl über ein mehrstufiges Selektionsverfahren sichergestellt. Als Entscheidungsgrundlage dienen dabei die Ergebnisse zukunftsgerichteter Investitionsrechnungen. Daneben unterstützt eine fortlaufende Marktbeobachtung die Einschätzung sich ergebender Potentiale.

Für den hauptsächlichen Geschäftsbereich der Wohnungsbewirtschaftung werden weiterhin die Mietrückstände und das entsprechende Abschreibungserfordernis auf Mietforderungen kritisch beobachtet. Eine Gefährdung des Unternehmens ergibt sich hieraus aber nicht. Im Geschäftsjahr wurde eine leichte Steigerung der Rückstände bei abnehmender Zahlungsmoral beobachtet. Um dieser Entwicklung nachhaltig entgegenzuwirken, erfolgt neben dem eigenen sozialen Management eine enge Zusammenarbeit mit der ARGE, die weiter intensiviert wird. Zusätzlich arbeitet die Gesellschaft mit der SCHUFA Holding AG zusammen, um durch frühzeitige Bonitätsprüfung von Wohnungsinteressenten Problemsituationen für das Unternehmen im Vorfeld auszuschließen oder zu minimieren.

Allen erkennbaren Risiken wurde durch die Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz für die Immobilienbestände und die sonstigen Gefahren aus dem Geschäftsbetrieb wurde weiter optimiert.

Mit der in 2012 erfolgreich abgeschlossen Verjüngung des ERP-Systems wurden die Anforderungen an eine leistungs- und zukunftsfähige IT sichergestellt. Umfangreiche Schulungsmaßnahmen sorgen für eine ständige Optimierung und eine reibungslose Migration der Prozesse in der Datenverarbeitung.

4.2 Chancen der künftigen Entwicklung

Die im mehrjährigen Wirtschaftsplan definierten Ergebnisse werden vorwiegend aus dem Kerngeschäft Wohnungsbewirtschaftung durch Bestandsaufbau, -entwicklung und -pflege erzielt. Ein aktives und strategisches Portfolio-Management trägt zur wertorientierten Bestandsentwicklung bei, wobei eine nachhaltig erzielbare Wirtschaftlichkeit im Fokus der Entwicklung für die Gesellschaft angemessen berücksichtigt werden soll. Zur Verjüngung der Gebäudestruktur sieht die Neubautätigkeit der kommenden Jahre die Neuschaffung von Mietflächen und Ersatzbauten vor.

Neben der traditionell bereits hohen Nachfrage an Kleinstwohnungen im mittleren und unteren Preissegment, wird durch das Projekt RWTH Campus, bei dem auf einer Fläche von rund 800.000 m² etappenweise bis zu 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, künftig auch die Nachfrage nach hochwertigeren Wohnungsangeboten steigen. Durch die Verzahnung von Zielgruppenorientierung und Bestandsentwicklungsplanung innerhalb des bestehenden Portfolio-Managements integriert die Bestandsentwicklung neben technischen, betriebswirtschaftlichen und satzungsgemäßen Belangen vermehrt diese Entwicklungen und wird ständig, zur weiteren Optimierung unseres Bestandes und dessen Marktfähigkeit, aktualisiert und ergänzt.

4.3 Finanzinstrumente

Nach den mehrjährigen Wirtschafts- und Finanzplänen sind Risiken, dass liquide Mittel zur Erfüllung von Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten nicht ausreichend zur Verfügung stehen, ebenso wie Zahlungsstromschwankungen nicht erkennbar.

Geschäfte, die als derivative Finanzinstrumente definiert werden, wurden nicht abgeschlossen. Der Abschluss der entsprechenden Verträge bedarf der Genehmigung durch den Vorstand. Finanzanlagen tätigt das Unternehmen vorwiegend in der Form der klassischen Festgeldanlage.

Der Vorstand beachtet das seit dem 1. Mai 1998 geltende Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) durch ein Risikomanagementsystem. Das systematische Verfahren ermöglicht für die verschiedenen Beobachtungsbereiche und -felder die Darstellung von geschäftlichen Entwicklungen, die eventuell zu einer Risikosituation für das Unternehmen führen können und wird ständig weiter entwickelt. Es sind geeignete Frühwarnziele definiert, damit wirtschaftlich und rechtlich bestandsgefährdende Entwicklungen rechtzeitig erkannt werden können. Zur Absicherung gegen mögliche Liquiditätsrisiken und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wird ein fortlaufender Liquiditätsplan erstellt, der permanent an aktuelle Änderungen angepasst wird und als Basis für die Geldmitteldisposition dient.

5. Prognosebericht

Auch in den kommenden Jahren werden die Aktivitäten der Gesellschaft stark vom Geschäftsfeld der Wohnungsbewirtschaftung geprägt, wobei neben der Betreuung und Verwaltung der Bestände die Schwerpunkte auf der weiteren Bestandspflege, -optimierung und Quartiersentwicklung liegen werden. Vorgesehen ist dabei auch die Bebauung verfügbarer Grundstücke zur Bestandsergänzung und Bestandsentwicklung. Daneben soll auch der Geschäftsbereich Verwaltungsleistung weiter betrieben und ausgebaut werden.

Zurückhaltung zeigen wird die Gesellschaft im Jahr 2015 bei Bauträgergeschäften. Im Segment Gewerbeimmobilien beobachtet die Gesellschaft eine leichte Veränderung auf dem Nachfragemarkt und wird bei zukünftigen Projekten mit entsprechenden Aktivitäten reagieren.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit für 2015 lässt durch den Fortfall der Sondereffekte im Abschreibungsbereich bei einer Intensivierung von Bestandsinvestitionen eine leichte Steigerung erwarten. Für das Jahr 2016 wird ein ähnliches Ergebnis prognostiziert. Aus der Wirtschafts- und Finanzplanung ergeben sich auch in den darauf folgenden Jahren positive Jahresergebnisse.

6. Ergänzende Angaben nach § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW

Nach den Bestimmungen der Satzung hat die Gesellschaft eine qualitativen und quantitativen Erfordernissen entsprechende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum sicherzustellen und dabei mit besonderem Augenmerk die sozial und wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungskreise zu berücksichtigen.

Dieser wichtigen öffentlichen Aufgabe für den Mehrheitsaktionär, die Stadt Aachen, und damit der öffentlichen Zwecksetzung ist die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2014 in vollem Maße nachgekommen. Neben technischen und wirtschaftlichen Betreuungsleistungen für die Stadt Aachen werden in Erfüllung der genannten satzungsmäßigen Aufgabe unverändert Maßnahmen geplant und durchgeführt, die der Pflege des Wohnungsbestandes, der Wohnumfeldverbesserung oder der Energieeinsparung dienen.

7. Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG

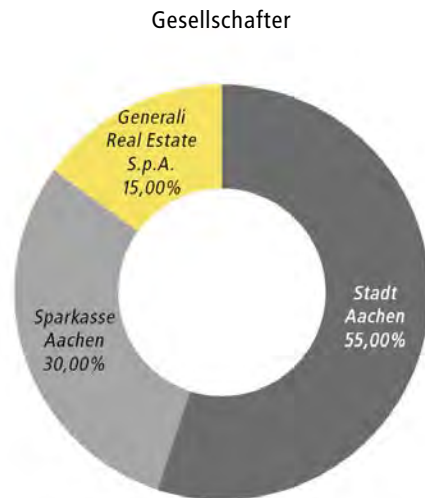
Die Stadt Aachen hält in ihrem Eigenbetrieb „Eurogress“ die Mehrheit der Anteile an der gewoge AG. Der Vorstand hat deshalb einen Abhängigkeitsbericht erstellt und zur Prüfung vorgelegt. Die Schlusserklärung darin lautet:

„Ich erkläre hiermit, dass bei jedem in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäft unsere Gesellschaft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keinerlei Rechtsgeschäfte mit Dritten auf Veranlassung oder im Interesse der Stadt Aachen vorgenommen oder unterlassen worden.“

Gewerbegrundstücks- gesellschaft mbH Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Gewerbegrundstücksgesellschaft mbH
Sitz	Kleinmarschierstr. 54 – 58, 52062 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1990
Geschäftsführer	Prof. Dr. Manfred Sicking Ralf Wagemann
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	1.024.000,00 EUR
Mitarbeiter	1 (Vorjahr 1) (Durchschnitt)



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist es, gewerbliche Flächen zu beschaffen und bereitzustellen, insbesondere durch Erstellung, Vermietung und Verkauf eigener gewerblicher Objekte im Stadtgebiet Aachen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Prof. Dr. Manfred Sicking, Ralf Wagemann

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Ratsmitglied	Ratsmitglied
Markus Schmidt-Ott (CDU)	Manfred Kuckelkorn (SPD)	Annekathrin Grehling
Norbert Laufs	Franz Klecker	
		Stadtdirektorin Sparkasse Generali Deutschland Immobilien GmbH

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Ein Geschäftsführer wird von der Stadt Aachen vorgeschlagen oder gestellt, der andere wird von der Sparkasse Aachen gestellt. Der Geschäftsführung obliegt die Führung der Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze und des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschaft wird durch ihre Geschäftsführer jeweils einzeln vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Die Stadt Aachen stellt drei, die Sparkasse Aachen und die Generali Deutschland Immobilien GmbH je ein Mitglied. Eines der von der Stadt gestellten Mitglieder ist der Oberbürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter. Die übrigen von der Stadt gestellten Mitglieder werden durch den Rat entsandt, die anderen Mitglieder durch die Vorstände bzw. Geschäftsführungen ihrer Körperschaft. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	9.453	94%	9.165	93%	8.882	93%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0%	0	0%	0	0%
II.	Sachanlagen	9.453	94%	9.165	93%	8.882	93%
B.	Umlaufvermögen	656	6%	670	7%	669	7%
I.	Vorräte	0	0%	0	0%	0	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	234	2%	223	2%	218	2%
III.	Wertpapiere	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	422	4%	447	5%	452	5%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme Aktiva		10.109		9.835		9.551	
A.	Eigenkapital	1.086	11%	1.086	11%	1.086	11%
I.	Gezeichnetes Kapital	1.024	10%	1.024	10%	1.024	11%
II.	Kapitalrücklage	0	0%	0	0%	0	0%
III.	Gewinnrücklagen	43	0%	43	0%	43	0%
IV.	Gewinn-/ Verlustvortrag	0	0%	0	0%	0	0%
V.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	19	0%	19	0%	19	0%
B.	Rückstellungen	10	0%	10	0%	11	0%
C.	Verbindlichkeiten	9.013	89%	8.739	89%	8.454	89%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme Passiva		10.109		9.835		9.551	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	712	711	713
sonstige betriebliche Erträge incl. Zuwendungen eines Gesellschafters	130	183	139
Betriebsleistung	843	895	851
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	0	0	0
Personalaufwand	16	19	19
Abschreibungen	291	291	291
Sonstige betriebliche Aufwendungen	122	186	155
Betriebserfolg	413	399	386
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	378	364	351
Finanzergebnis	-377	-363	-350
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	36	36	36
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	16	16	16
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	19	19	19

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine von der Gesellschafterversammlung beschlossene Gewinnausschüttung erfolgt im Verhältnis der Beteiligung der Minderheitsgesellschafter am Stammkapital. Die Stadt ist verpflichtet, alle Aufwendungen auszugleichen, die im Zusammenhang mit Erwerb, Erschließung und Bebauung, Veräußerung, Vermietung einschl. der Personal-, Sach- und Fremdkapitalkosten der Gesellschaft entstehen, soweit sie nicht durch Erlöse und Zuschüsse gedeckt sind. Ferner ist sicherzustellen, dass die Gesellschaft für die eingesetzten Eigenmittel eine Mindestverzinsung von 5,5% jährlich erhält (ab 1.7.2011: 4,17%) und dieser Gewinn durch Beschluss der Gesellschafterversammlung an die Minderheitsgesellschafter auszuschütten ist. Unter anderem zur Sicherstellung der garantierten Gewinnausschüttung hat die GEGRA 2014 einen Zuschuss der Stadt Aachen i.H.v. rd. 59 TEUR erhalten.

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft (GmbH) mit Sitz in Aachen, das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Gesellschafter sind die Stadt Aachen (55%), die Sparkasse Aachen (30%) und die Generali Real Estate S.p.A. (15%). Gegenstand der Gesellschaft ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Beschaffung und die Bereitstellung gewerblicher Flächen, insbesondere durch Erstellung, Vermietung und Verkauf eigener gewerblicher Objekte im Stadtgebiet Aachen.

Die Gesellschaft ist Eigentümerin des 2. BA des Medizintechnischen Zentrums (MTZ) in unmittelbarer Nähe des Klinikums Aachen. Das Gebäude ist für 10 Jahre an die AGIT – Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologie mbH – vermietet. Der 1. BA des MTZ wurde im Jahr 2009 verkauft. Im Mai 2010 wurde mit dem Neubau eines Zentrums für Bio-Medizintechnik als erstes Gebäude des RWTH-Campus begonnen. Das Gebäude wurde im September 2011 fertig gestellt und bezogen.

Die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft ist durch die Mietverträge sowie durch eine vertragliche Vereinbarung mit der Stadt Aachen gesichert, nach der sich diese verpflichtet, die nicht durch

Ertrag gedeckten Aufwendungen der Gesellschaft einschließlich einer Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals der Minderheitsgesellschafter jährlich auszugleichen.

Die gesamtwirtschaftliche Situation

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo hat sich im Sommer 2014 merklich verlangsamt und expandierte im Herbst nur in mäßigem Tempo. Die globale Industrieproduktion legte im zweiten und dritten Quartal 2014 nur noch halb so stark zu wie im vorausgegangenen Winterhalbjahr. Diese Entwicklung war vor allem durch eine deutlich nachlassende konjunkturelle Dynamik im Euroraum und in Japan getrieben, während die aggregierte Produktion in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, insbesondere in den USA und in Großbritannien, weiterhin robuste Zuwachsraten verzeichnete.

Die konjunkturelle Grunddynamik im Euroraum ist weiterhin gering. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm im ersten Halbjahr merklich schwächer zu als erwartet. Dies ging zu einem guten Teil auf die größeren Länder des Euroraums zurück. In Frankreich stagnierte die Wirtschaftsleistung und Italien fiel im Frühjahr neuerlich in eine Rezession. Die Prognosen für 2015 gehen jedoch von einer etwas höheren Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts aus.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen: Um 1,5% war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2%. Die konjunkturelle Lage hatte nach dem schwungvollen Jahresauftakt und der folgenden Stagnation im Sommerhalbjahr zum Jahresende 2014 wieder an Schwung gewonnen. Im Verlauf des kommenden Jahres dürften sich die Auftriebskräfte wieder stärker durchsetzen.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich weitgehend unabhängig von der Konjunktur anhaltend positiv. Der Beschäftigungstrend bleibt deutlich aufwärtsgerichtet. Die Erwerbstätigkeit und darunter insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind 2014 weiter gestiegen, und zwar stärker als in 2013. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind saisonbereinigt erneut gesunken. Allerdings profitierten Arbeitslose nur teilweise von dem Beschäftigungsaufbau, weil ihre Profile oftmals nur unzureichend zur Arbeitskräftenachfrage passten. Die Zahl der Arbeitssuchenden lag im Dezember 2014 bei ca. 2,8 Millionen und damit um 110.000 niedriger als im Dezember des Vorjahres. Dies bedeutete eine Verringerung der Arbeitslosenquote auf 6,4% (2013: 6,7%). Für 2015 gehen die Prognosen von einer Arbeitslosenquote von 6,8% aus.

Die Bauwirtschaft legte 2014 nahezu eine Punktlandung hin: Nach Angaben des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie stieg der Umsatz im Gesamtjahr um nominal 4,1% und übertraf damit leicht die Verbandsprognose. Die Bauunternehmen können mit diesem Ergebnis zwar zufrieden sein, allerdings fehlte der Baukonjunktur nach einem guten Jahresstart letztlich der Schwung zum Jahresende. Im Dezember wurde sogar ein Minus von 1,6 % gemeldet - trotz milder Temperaturen und eines zusätzlichen Arbeitstages.

Auf dem Kapitalmarkt war die Zinsentwicklung zwischen Ende 2013 und Ende 2014 im mittel- und langfristigen Bereich durchweg negativ. In allen Fälligkeitsbereichen gingen die Effektivzinssätze zurück.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Herbstgutachten 2014 davon aus, dass sich in Deutschland die Auftriebskräfte im Verlauf des kommenden Jahres wieder stärker durchsetzen dürften. Vor allem im Hinblick auf die Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen sind belastende Faktoren in den unternehmerischen Dispositionen weitestgehend eingepreist und damit dürften die günstigen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft wieder stärker zur Geltung kommen. Die Geldpolitik wirkt weiter expansiv, das Zinsniveau bleibt auf historisch niedrigem Niveau. Die Finanzierungsbedingungen für neue Unternehmensinvestitionen sind somit weiter äußerst vorteilhaft. Zurzeit schwanken die aktuellen BIP-Prognosen für das kommende Jahr bei Expansionswerten zwischen 1,0% und 1,9%. Ein Viertel Prozentpunkt davon dürfte allein auf den starken Rückgang der Ölpreise zurückzuführen sein.

Geschäftsentwicklung

Die Unternehmensleitung beurteilt den Geschäftsverlauf als grundsätzlich zufrieden stellend. Das Ergebnis 2014 weist keine gravierenden Änderungen zum Plan auf, der geplante Überschuss wurde erreicht.

Vor dem Hintergrund des RWTH Aachen-Zukunftsprogramms der Exzellenzinitiative (Campus-Konzept) hat die Gesellschaft den Neubau eines Zentrums für Bio-Medizintechnik (ZBMT) in unmit-

telbarer Nähe zum Universitätsklinikum im September 2011 fertig gestellt. Im ZBMT werden sowohl Gründerfirmen als auch Campus-Unternehmen angesiedelt. Mit der RWTH Aachen Campus GmbH wurde für einen Großteil der Flächen ein langfristiger Mietzinsgarantievertrag (20 Jahre) abgeschlossen, der mit Bezugsfertigkeit des gesamten Gebäudes wirksam wurde. Die restlichen Flächen sind langfristig an die AGIT vermietet, welche diese an Gründerfirmen untervermietet.

1.2 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragsteuern + Fremdkapitalzinsen im Verhältnis zur Bilanzsumme) beträgt 3,9% (Vorjahr 3,9%). Auch die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragsteuern im Verhältnis zum Eigenkapital) hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert und beträgt 1,8%.

1.3 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Neben zwei Geschäftsführern und einem Prokuristen ist weiter kein eigenes Personal im Unternehmen beschäftigt. Wegen der geringen Größe hat die Gesellschaft keine umfangreiche Organisation ausgebaut. Im Übrigen hat die Gesellschaft der gewoge AG die Führung ihrer Geschäfte im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages übertragen.

2. Darstellung der Lage

2.1 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Jahresüberschuss von T€ 19 erzielt. Das Ergebnis setzt sich zusammen aus dem Betriebsergebnis in Höhe von T€ 45 (Vorjahr T€ 44), dem Finanzergebnis von T€ - 21 (Vorjahr T€ - 25) und dem neutralen Ergebnis von € - 5 (Vorjahr € 0).

Das Betriebsergebnis ist im Wesentlichen beeinflusst durch Erträge aus der Bewirtschaftung des ZBMT und dem MTZ (2. BA.). Das Finanzergebnis resultiert überwiegend aus Aufwendungen für das MTZ 1. BA, denen keine Erträge gegenüber stehen. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 ermöglicht die Ausschüttung einer Dividende an die Minderheitsgesellschafter.

Nach dem Wirtschaftsplan wird für das Jahr 2015 aufgrund des Buchgewinns aus dem Abgang MTZ 2. BA ein voraussichtlicher Jahresüberschuss von T€ 706 erwartet. Aufgrund des Mietvertrages und der Erstattung von Fehlbeträgen durch die Stadt Aachen kann die Ertragslage als gesichert bezeichnet werden.

2.2 Finanzlage

Die langfristigen Vermögenswerte sind in voller Höhe durch zur Verfügung stehende langfristige Finanzierungsmittel gedeckt. Der nicht zur Finanzierung langfristig gebundener Vermögenswerte eingesetzte Betrag in Höhe von T€ 540 entspricht der Stichtagsliquidität.

Die Kapitalflussrechnung weist einen Cashflow in Höhe von T€ 310 (Vorjahr T€ 310) aus und einen Finanzmittelbestand am 31. Dezember 2014 von T€ 452. Die Liquidität war über das ganze Jahr gesichert. Die Gesellschaft konnte zu jeder Zeit ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen. Die Zahlungsbereitschaft ist unter Berücksichtigung der Ausgleichsverpflichtung der Stadt Aachen auch 2015 gewährleistet.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Jahr 2014 um T€ 284 oder 2,89% auf T€ 9.551 vermindert. Die Veränderung auf der Aktivseite wird im Wesentlichen verursacht durch planmäßige Abschreibungen des Sachanlagevermögens (T€ 291) sowie Investitionen von T€ 8. Auf der Passivseite haben sich die langfristigen Fremdmittel, insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, infolge planmäßiger Darlehenstilgungen um T€ 282 verringert. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten haben sich hingegen im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen nicht verändert.

Die Vermögensstruktur weist T€ 8.882 (93,0%) Anlagevermögen und T€ 669 (7,0%) Umlaufvermögen aus.

Die Kapitalstruktur zeigt T€ 8.355 (87,5%) langfristige und T€ 129 (1,3%) kurzfristige Verbindlichkeiten sowie T€ 1.067 (11,2%) Eigenkapital.

Der mehrjährige Vergleich der Kapitalstruktur zeigt folgende Entwicklung:

	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.067	10,5	1.067	10,8	1.067	11,2
Fremdkapital - langfristig	8.908	88,1	8.637	87,8	8.355	87,5
Fremdkapital - mittel- und kurzfristig	134	1,4	131	1,4	129	1,3
Gesamtkapital	10.109	100,0	9.835	100,0	9.551	100,0

Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital stellen die fristengerechte Finanzierung des langfristigen Vermögens sicher. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet.

3. Nachtragsbericht

Mit Ablauf des 31.12.2014 endete der Erbbaurechtsvertrag bezüglich des Grundstücks MTZ 2. BA. Gegen eine einmalige Entschädigungszahlung in Höhe von € 2.329.500,00 ging das dort errichtete Gebäude in das Eigentum des Käufers über. Es ergibt sich ein Buchgewinn von € 781.895,00. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung oder weiterer Risikobehaftung sind nach Ende des Geschäftsjahres 2014 nicht ersichtlich geworden.

4. Risikobericht

In den geschäftlichen Aktivitäten der Gesellschaft werden insbesondere aufgrund der langfristigen Vermietung der Gewerbeflächen an die AGIT als Generalmieter und der Ausgleichsverpflichtung der Stadt Aachen zum jetzigen Zeitpunkt keine Risiken der künftigen Entwicklung gesehen, sofern der Mieter AGIT seinen Verpflichtungen regelmäßig nachkommt. Auch die Bewirtschaftung des ZBMT bedeutet für die Gesellschaft kein erhöhtes Risiko, da für einen Großteil der Flächen ein langfristiger Mietzinsgarantievertrag mit der Campus GmbH abgeschlossen wurde.

Risiken aus Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten existieren nicht. Mögliche negative Auswirkungen aus Zahlungsstromschwankungen sind nicht erkennbar.

Geschäfte, die als derivate Finanzinstrumente definiert werden, wurden nicht abgeschlossen. Finanzanlagen erfolgen vorwiegend durch klassische Festgeldanlagen.

Das Ausfallrisiko der AGIT GmbH und der RWTH-Campus GmbH wird aufgrund der Gesellschafterstrukturen als gering eingeschätzt.

Chancen für die voraussichtliche Entwicklung können sich aus der Neuaufgabe für weitere Gewerbeimmobilien ergeben.

Zum Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) und seinen Auswirkungen hat die Geschäftsführung im Hinblick auf die geringe Größe der Gesellschaft und ihren überschaubaren Geschäftsumfang kein umfassendes Früherkennungssystem aufgebaut. Fehlentwicklungen können aber kurzfristig aufgrund von Quartalsberichten erkannt werden.

5. Prognosebericht

Die voraussichtliche Entwicklung geht von der Fortführung von Vermietung und Bewirtschaftung des ZBMT aus.

Die Gesellschaft betreibt nach wie vor Neuaufgabe für den Gewerbebau. Kurzfristig wird aber nicht mit der Realisierung zukünftiger Baumaßnahmen gerechnet.

6. Ergänzende Angaben nach § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW

Hinsichtlich der öffentlichen Zwecksetzung ist die GEGRA (Gewerbegrundstücksgesellschaft mbH) ihren satzungsgemäßen Aufgaben nachgekommen.

EUROGRESS AACHEN

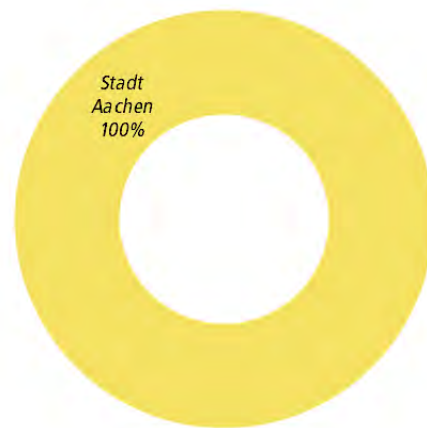
Betriebs-GmbH

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	EUROGRESS AACHEN Betriebs-GmbH
Sitz	Monheimsallee 48, 52062 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	2006
Geschäftsführer	Kristina Wulf
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	25.000,00 EUR
Mitarbeiter	56 (Vorjahr 54) (Durchschnitt)
Internet	www.eurogress-aachen.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Vorbereitung und Durchführung von Tagungen, Konzerten, Ausstellungen und sonstigen gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen, insbesondere im Gebäude des Eigenbetriebs EUROGRESS AACHEN, aber auch außerhalb. Insgesamt soll durch die Gesellschaft eine größere Selbständigkeit und Flexibilität sowie bessere Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Partnern erreicht werden.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführerin: Kristina Wulf

Aufsichtsrat:

Aufsichtsrat:

Vorsitzender stv. Vors.	Klaus-Dieter Jacoby (CDU)	Ratsmitglied
	Aida Beslagic (Grüne)	Ratsmitglied
	Ruth Crumbach-Trommler (FDP))	Ratsmitglied
	Matthias Fischer (Die Linke)	sachkundiger Bürger
	Alexander Gilson (CDU)	Ratsmitglied
	Boris Linden (SPD)	Ratsmitglied
	Hermann Josef Pilgram (Grüne)	Ratsmitglied
	Hildegard Pitz (CDU)	Ratsmitglied
	Karl Schultheis (SPD)	Ratsmitglied
	Prof. Dr. Manfred Sicking	Beigeordneter
	Matthias Achilles (Piraten)	sachk. Bürger
	Wolfgang Boenke (CDU)	sachk. Bürger
	Tom Merkens (SPD)	sachk. Bürger
Franz Plum (CDU)	sachk. Bürger	

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers obliegt der Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Zwischen dem Aufsichtsrat der Gesellschaft und dem Betriebsausschuss des Eigenbetriebs EUROGRESS Aachen soll gem. Gesellschaftsvertrag Personalunion bestehen.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2012	2013	2014
A. Anlagevermögen	14 10%	17 8%	14 9%
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0 0%	0 0%	0 0%
II. Sachanlagen	14 10%	17 8%	14 9%
III. Finanzanlagen	0 0%	0 0%	0 0%
B. Umlaufvermögen	128 90%	203 91%	134 90%
I. Vorräte	0 0%	0 0%	0 0%
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1 1%	28 13%	7 4%
III. Wertpapiere	0 0%	0 0%	0 0%
IV. Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	127 89%	175 79%	127 86%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1 0%	2 1%	1 0%
Bilanzsumme Aktiva	143	222	149
A. Eigenkapital	76 54%	71 32%	86 58%
I. Gezeichnetes Kapital	25 18%	25 11%	25 17%
II. Bilanzgewinn	51 36%	46 21%	61 41%
B. Rückstellungen	28 20%	34 15%	23 15%
C. Verbindlichkeiten	38 27%	116 52%	39 26%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Passiva	143	222	149

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	133	200	332
sonstige betriebliche Erträge	238	312	435
Betriebsleistung	371	512	767
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	13	23	20
Personalaufwand	269	404	596
Abschreibungen	2	6	4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	63	83	123
Betriebserfolg	23	-4	24
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	2	2
Finanzergebnis	0	-1	-2
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23	-6	22
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7	-1	7
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	15	-5	15

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Der Jahresabschluss schließt mit einem Überschuss i.H.v. EUR 14.931,07 EUR ab, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Lagebericht

I. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Vorbereitung und Durchführung von Tagungen, Konzerten, Ausstellungen und sonstigen gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen im Gebäude des Eigenbetriebes EUROGRESS AACHEN, aber auch außerhalb. Die Gesellschaft soll durch eine größere Selbständigkeit und Flexibilität für das EUROGRESS AACHEN eine bessere Kooperationsmöglichkeit mit anderen Partnern erreichen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, brachenbezogene Rahmenbedingungen

Das GCB German Convention Bureau e.V., Frankfurt am Main, stellt im Meeting- & EventBarometer 2015 fest: „Der Veranstaltungsmarkt wächst und deutsche Anbieter sind aufgrund ihres hochwertigen Angebotes und ihres guten Preis-Leistungs-Verhältnisses im internationalen Markt bestens aufgestellt.“ In 2014 haben lt. GCB in Deutschland 3,04 Millionen Kongresse, Tagungen und Events stattgefunden mit 383 Millionen Teilnehmern, das sind 3,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit befindet sich der deutsche Veranstaltungsmarkt weiterhin auf dem Wachstumskurs.

2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2014 schließt bei einem Veranstaltungsvolumen von drei Veranstaltungen mit einem Jahresüberschuss von 15 TEUR ab und liegt damit um 20 TEUR über dem Jahresfehlbetrag des Vorjahres mit 5 TEUR.

Grundsätzlich hat sich das Geschäftsjahr nahezu plangemäß entwickelt. Als besonderes Ereignis wäre hinsichtlich der Vergleichsmöglichkeiten zum Vorjahresabschluss zu berichten, dass die Eurogress Aachen Betriebs-GmbH ab September 2013 das Reinigungsmanagement für die Reinigung

des Gebäudes Eurogress Aachen ingescourt hat und sich durch diese Maßnahme neben der Erhöhung der Umsätze auch die Anzahl der Mitarbeiter deutlich erhöht hat.

Desweiteren ist der Personalbedarf auch aufgrund der verstärkten Personalnachfrage im Eurogress Aachen stark angestiegen, was zu nochmal erhöhten Erlösen aus der Weiterberechnung von Löhnen und gleichzeitig gestiegenen Personalaufwendungen geführt hat.

3. Lage

a. Ertragslage

(Durch Rundungen können in den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.)

Die Ergebnisstruktur stellt sich wie folgt dar:

	2014		2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	332	43,29	200	39,06	132,0	66,0
Sonstige betriebliche Erträge	435	56,71	312	60,94	123,0	39,4
Gesamtleistung	767	100,00	512	100,00	255,0	49,8
Materialaufwand	-20	-2,61	-23	-4,49	3,0	-13,0
Personalaufwand	-596	-77,71	-404	-78,91	-192,0	47,5
Abschreibungen	-4	-0,52	-6	-1,17	2,0	*
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-124	-16,17	-84	-16,41	-40,0	47,6
Betriebsergebnis	23	3,00	-5	-0,98	28,0	*
Finanzergebnis	-1	-0,13	-1	-0,20	0,0	0,0
Ertragssteuern	-7	-0,91	1	0,20	-8,0	*
Jahresüberschuss	15	1,96	-5	-0,98	20,0	*

Differenziert nach Umsatzsparten ergeben sich die nachfolgenden Umsatzerlöse:

	2014 EUR	2013 EUR
Überlassung von Räumen	114.054,50	109.508,30
Überlassung von Dienstleistungen und Technik	17.773,00	16.424,00
Eigenveranstaltungen	0,00	12.003,28
Reinigung	200.113,35	60.319,52
Sonstige Erlöse	200,84	1.982,77
	<u>332.141,69</u>	<u>200.237,87</u>

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten die üblichen Kosten für Geschäftsbesorgung, Energie und Reinigung sowie Rechtsberatung und sonstige Kosten. Im Detail ergibt sich folgende Übersicht:

	2014 EUR	2013 EUR
Geschäftsbesorgungskosten	49.821,25	30.035,68
Kosten für Energie und Reinigung	20.875,20	10.729,29
Werbe- und Reisekosten	522,17	1.317,78
Rechts- und Beratungskosten	14.429,11	9.247,41
Reinigungs- und Hygieneartikel	16.899,63	14.595,65
Sonstige Kosten	20.883,85	17.484,55
	<u>123.431,21</u>	<u>83.410,36</u>

Die Finanzergebnisstruktur setzt sich wie folgt zusammen:

	2014	2013
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Zinsen und ähnliche Erträge	126,19	307,88
Zinsaufwendungen	<u>-2.155,43</u>	<u>-1.705,01</u>
	<u><u>-2.029,24</u></u>	<u><u>-1.397,13</u></u>

b. Finanzlage

Die EUROGRSS AACHEN Betriebs-GmbH führt ein Bankkonto bei der Sparkasse Aachen und ein Tagesgeldkonto bei der GLS Bank. Das Konto bei der Aachener Bank eG wurde unterjährig aufgelöst. Daneben wird eine Barkasse geführt.

Weitere Einzelheiten zur Finanzlage ergeben sich aufgrund der nachfolgenden Kapitalflussrechnung:

	2014	2013
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Periodenergebnis	15	-5
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	4	6
Zu-/Abnahme der Rückstellungen	-11	6
Zu-/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferung und Leistung sowie anderer Aktiva (sofern keine Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	22	-28
Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung sowie anderer Passiva (sofern keine Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	<u>-77</u>	<u>78</u>
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	<u>-47</u>	<u>57</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	<u>-1</u>	<u>-9</u>
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	<u>-1</u>	<u>-9</u>
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>	<u>0</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-48	48
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>175</u>	<u>127</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u><u>127</u></u>	<u><u>175</u></u>

c. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen						
Betriebs- und Geschäftsausstattung	14	9,5	17	7,7	3	-17,65
Umlaufvermögen						
Forderungen aus Lieferungen und Leis- tungen	2	1,3	4	1,8	-2	-50,00
Sonstige inklusive RAP	5	3,4	26	11,7	-21	-80,77
	7	4,7	30	13,5	-23	-76,67
Liquide Mittel	127	85,8	175	78,8	-48	-27,43
	134	90,5	205	92,3	-71	-34,63
Gesamtvermögen	148	100,0	222	100,0	-74	-33,33

Das Kapital setzt sich zusammen aus:

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital	25	16,9	25	11,3	0,0	0,0
Bilanzgewinn	61	41,2	46	20,7	15,0	32,6
Bilanzielles Eigenkapital	86	58,1	71	32,0	15,0	21,1
Fremdkapital						
Rückstellungen						
Steuerrückstellungen	4	2,7	0	0,0	4,0	*
Sonstige Rückstellungen	19	12,8	34	15,3	15,0	-44,1
	23	15,5	34	15,3	11,0	-32,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leis- tungen gegenüber verbundenen Unternehmen	3	2,0	1	0,5	2,0	200,0
gegenüber Gesellschaftern	2	1,4	1	0,5	1,0	100,0
Sonstige	31	21,6	111	50,0	79,0	-71,2
	3	1,4	4	1,7	-1,0	-25,0
	39	26,4	117	52,7	78,0	-66,7
	62	41,9	151	68,0	89,0	-58,9
Gesamtkapital	148	100,0	222	100,0	74,0	-33,3

Die Rückstellungen des laufenden Jahres ergeben sich wie folgt:

	31.12.2014
	<u>EUR</u>
Steuerrückstellungen	
Stand 01.01.2014	0,00
Inanspruchnahme	0,00
Auflösung	<u>0,00</u>
	0,00
Zuführung	<u>4.037,38</u>
Stand 31.12.2014	<u><u>4.037,38</u></u>
Sonstige Rückstellungen	
Stand 01.01.2014	34.391,52
Inanspruchnahme	-34.141,52
Auflösung	<u>-224,00</u>
	26,00
Zuführung	<u>18.906,46</u>
Stand 31.12.2014	<u><u>18.932,46</u></u>

Einzelheiten zur Zusammensetzung und detaillierten Entwicklung der Rückstellungen sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die finanziellen Leistungsindikatoren ergeben sich unmittelbar aus dem Wirtschaftsplan. Die Überprüfung erfolgt unmittelbar durch Soll-Ist-Analyse.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

IV. Prognosebericht

Auch 2015 werden wieder die üblichen Veranstaltungen wie der große Kongress „Aachener Kolloquium Fahrzeug und Motorentechnik“ und das „Neujahrkonzert“ durchgeführt.

V. Chancen und Risikobericht

1. Risikobericht

a. Branchenspezifische Risiken

Das Meeting- & EventBarometer 2015 des GCB German Convention Bureau e.V. und des Europäischen Verbandes der Veranstaltungs-Centren e.V. (EVVC e.V.) sagt für das Jahr 2015 grundsätzlich eine positive Prognose voraus. Aufgrund der sehr hohen Diversifizierung unseres Kundenportfolios sind einzelne Branchenrisiken nicht erkennbar. Grundsätzlich werden Risiken nur gesehen, wenn sich aufgrund von politischen oder wirtschaftlichen Maßnahmen die Kaufkraft unserer Kunden vermindert und allgemeine Sparzwänge zu weniger Veranstaltungen führen.

b. Ertragsorientierte Risiken

Bei weiterer konsequenter Einhaltung des strikten Kostenbewusstseins bei gleichzeitigem Halten des aktuellen Umsatzniveaus ergeben sich keine ertragsorientierten Risiken.

c. Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

2. Chancenbericht

Grundsätzlich bietet der Kongressstandort mit der Anbindung an die sich dynamisch entwickelnde Exzellenz-Universität RWTH ausreichend Möglichkeiten zur Ausweitung der Geschäfte. Gerade für größere Kongresse über 400 Teilnehmern bietet sich in der Stadt nur das Eurogress als Kongresshaus. Einschränkungen ergeben sich aufgrund der begrenzten Kapazität insoweit nur für Veranstaltungen mit über 2.000 Teilnehmern.

3. Gesamtaussage

Die Geschäftsführung hat es als ihre Aufgabe angesehen, Risiken, die sich auf die EUROGRESS AACHEN Betriebs-GmbH auswirken können, zu identifizieren und angemessen zu steuern. Wesentliche Bestandteile des Risikomanagements sind u. a. der jährliche Wirtschaftsplan (insbesondere Erfolgsplan). Dabei werden die wirtschaftlichen Ergebnisse aller Veranstaltungen durch eine entsprechende Nachkalkulation kontrolliert.

Wesentliche Risiken, die den Bestand der GmbH gefährden können, sind derzeit nicht erkennbar.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft nutzt keine gesonderten Finanzinstrumente im Sinne dieser Vorschrift.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

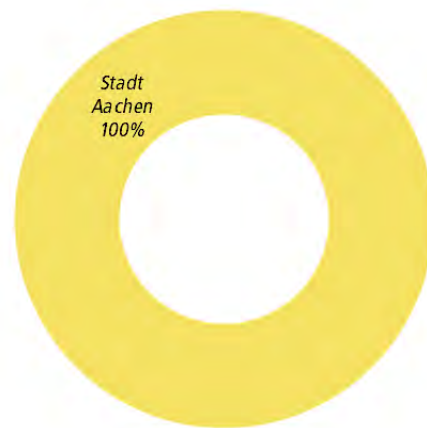
Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Aachener Stadion Beteiligungs GmbH Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Aachener Stadion Beteiligungs GmbH
Sitz	Adalbertsteinweg 59, 52070 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	2012
Geschäftsführer	Dr. Lothar Barth
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	25.000,00 EUR
Mitarbeiter	1 (Vorjahr: 0)

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Alemannia Aachen Stadion GmbH zur Unterstützung des Betriebes eines Stadions im Rahmen der Förderung sozialer und kultureller Betreuung der Einwohner der Stadt Aachen, insbesondere für städtische Veranstaltungen auf dem Gebiet der Jugend- und Sportförderung. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers obliegt der Gesellschafterversammlung.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012*		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	0	0%	0	0%	160	1%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0%	0	0%	0	0%
II.	Sachanlagen	0	0%	0	0%	160	1%
III.	Finanzanlagen	0	0%	0	0%	0	0%
B.	Umlaufvermögen	2.924	14%	6.375	33%	5.779	30%
I.	Vorräte	0	0%	0	0%	0	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.609	12%	8	0%	2	0%
III.	Wertpapiere	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	315	1%	6.366	33%	5.777	30%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	1	0%
D.	Nicht durch Eigenkapital ged. Fehlbetrag	18.292	86%	12.879	67%	13.383	70%
Bilanzsumme Aktiva		21.216		19.254		19.323	
A.	Eigenkapital	0	0%	0	0%	0	0%
I.	Gezeichnetes Kapital	25		25		25	
II.	Kapitalrücklage	3.000		3.000		3.000	
III.	Gewinn-/ Verlustvortrag	0		-21.317		-15.904	
IV.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-21.317		5.412		-504	
V.	Nicht durch Eigenkapital ged. Fehlbetrag	18.292		12.879		13.383	
B.	Rückstellungen	2.044	10%	41	0%	22	0%
C.	Verbindlichkeiten	19.171	90%	19.213	100%	19.301	100%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme Passiva		21.216		19.254		19.323	

*2012 Rumpfgeschäftsjahr

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012*	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	1	0	6
Betriebsleistung	1	0	6
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	0	0	0
Personalaufwand	4	3	24
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	130	215	244
Betriebserfolg	-134	-218	-262
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	256	1	8
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	210	371	367
Finanzergebnis	46	-370	-361
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-88	-588	-623
außerordentliche Erträge	0	6.000	119
außerordentliche Aufwendungen	21.229	0	0
außerordentliches Ergebnis	-21.229	6.000	119
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-21.317	5.412	-504

*2012 Rumpfgeschäftsjahr

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Ab 2015 hat sich der Gesellschafter zunächst für die Jahre 2015 und 2016 zur Zahlung eines Liquiditätszuschusses verpflichtet, der jährlich auf 2 Mio. EUR limitiert ist.

Lagebericht (Auszug)

I. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Aachener Stadion Beteiligungs GmbH wurde im Mai 2012 gegründet, um die Umfinanzierung des Aachener Fußballstadions zu begleiten und zu unterstützen. Der Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Alemannia Aachen Stadion GmbH zur Unterstützung des Betriebes eines Stadions im Rahmen der Förderung sozialer und kultureller Betreuung der Einwohner der Stadt Aachen, insbesondere für städtische Veranstaltungen auf dem Gebiet der Jugend- und Sportförderung.

Zu diesem Zweck hatte die Gesellschaft Anteile an der Alemannia Aachen Stadion GmbH in Höhe von zunächst 8,54 % erworben, unter gleichzeitiger Einräumung eines Sitzes im Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Für die Umfinanzierung der Verbindlichkeiten des Fußballstadions gewährte die Aachener Stadion Beteiligungs GmbH der Alemannia Aachen Stadion GmbH in 2012 ein Darlehen, das durch Grundpfandrechte auf dem Erbpachtgrundstück der Alemannia Aachen Stadion GmbH abgesichert ist.

Die damalige Refinanzierung erfolgte über Gesellschafterdarlehen, sowie über ein Darlehen von einem Kreditinstitut, das in voller Höhe durch eine Bürgschaftserklärung des Gesellschafters gesichert ist.

Das der Alemannia Aachen Stadion GmbH gewährte Darlehen konnte aufgrund der im Dezember 2012 eröffneten Insolvenz nicht bedient werden, woraus das Erfordernis einer Abwertung der Darlehensforderungen und des Beteiligungsansatzes im Geschäftsjahr 2012 entstand. Im aktuellen Geschäftsjahr wurden diese abgewerteten Ansätze nach wie vor beibehalten, weil keine Gründe für eine Wertaufholung gegeben waren.

Das Geschäftsjahr 2014 zeigte sich im Vergleich zu den beiden Vorjahren als eher ruhig und stabil und war im Wesentlichen geprägt von richtungsweisenden Entscheidungen die zukünftige Entwicklung das Aachener Fußballstadion betreffend.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hatte bereits in 2013 alle mit der Abwicklung der Insolvenz der Betreibergesellschaft des Stadions in Verbindung stehenden Geschäftsvorfälle und Verpflichtungen abgewickelt, so dass der Fokus im aktuellen Geschäftsjahr auf den Erwerb des Stadions und die damit verbundenen erforderlichen Maßnahmen gerichtet werden konnte.

Das Geschäftsjahr 2014 war daher einerseits geprägt von der Abwicklung der Insolvenzen des Aachener Fußballvereins und der Betreibergesellschaft des Fußballstadions, andererseits von der langfristigen Sicherstellung der finanziellen Ausstattung der Gesellschaft und den Planungsbemühungen rund um die Neukonzeptionierung der Nutzungsmöglichkeiten des Stadions.

Da kein Erwerber für das Stadion gefunden werden konnte, hat die Gesellschaft die Option eigener Kaufabsichten geprüft. Die hierfür erforderlichen Prüfungs- und Planungsmaßnahmen seitens der Gesellschaft konnten insoweit abgeschlossen werden, als dass der Kauf des Fußballstadions unter Inanspruchnahme weiterer Unterstützung und Förderung durch den Gesellschafter im Januar 2015 erfolgen konnte. Dafür erforderliche Anpassungen der gegebenen Rahmenbedingungen, unter anderem der Erwerb weiterer Anteile an der Alemannia Aachen Stadion GmbH im Dezember 2014 (Erhöhung der Anteilsquote von 8,54% auf 15 %), sowie die Zusicherung des Gesellschafters zur Zahlung laufender Liquiditätszuschüsse im Rahmen einer Patronatserklärung wurden umgesetzt.

2. Lage

(Durch Rundung von Zahlen können innerhalb der folgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.)

a. Ertragslage

Die Ergebnisstruktur des Geschäftsjahres 2014 stellt sich wie folgt dar:

	2014	2013	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Sonstige betriebliche Erträge	6	0	6	*
Personalaufwand	-24	-3	-21	*
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-244	-215	-29	13
Betriebsergebnis	-262	-218	-44	20
Zinserträge	7	1	6	*
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-1	0	-1	*
Zinsaufwand	-367	-371	4	-1
Finanzergebnis	-361	-370	9	-2
Außerordentliche Erträge	119	6.000	-5.881	-98
Außerordentliches Ergebnis	119	6.000	-5.881	-98
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-504	5.412	-5.916	*

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2014 sonstige betriebliche Erträge aus der Auflösung einer Rückstellung.

Die Personalaufwendungen bestehen aus dem Gehalt einer Beschäftigten, den dazugehörigen Sozialabgaben sowie den Beiträgen zur Berufsgenossenschaft.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für Rechtsberatung und Abschlusskosten enthalten.

Das Finanzergebnis beinhaltet insbesondere die anteiligen Zinserträge für ein Festgeld, die Zinsen für die eingeforderte Kapitalrücklage sowie die Zinsaufwendungen für die Darlehen.

In Höhe von T€ 119 hat die Gesellschaft eine Zahlung aus dem Abschluss eines Insolvenzverfahrens erhalten, die im außerordentlichen Ergebnis enthalten ist.

Der Jahresfehlbetrag beträgt T€ 504 und liegt damit um T€ 5.916 unter dem Ergebnis des Vorjahres, das überwiegend durch Einmalzahlung eines Ertragszuschusses in Höhe von 6 Mio. € geprägt war.

b. Finanzlage

Die Gesellschaft verfügt am Bilanzstichtag über Bankguthaben in Höhe von T€ 5.776.

Zur Sicherung der zukünftigen Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft, hat der Gesellschafter einen Rangrücktritt für das gewährte Darlehen erklärt. Daneben hat sich der Gesellschafter aufgrund vertraglicher Vereinbarung im Geschäftsjahr 2013 dazu verpflichtet, der Gesellschaft zur Refinanzierung einen Ertragszuschuss zu leisten.

Im aktuellen Geschäftsjahr wurden die Rahmenbedingungen für eine Patronatserklärung des Gesellschafters geschaffen. Diese Vereinbarungen sind jeweils in die Finanz- und Wirtschaftspläne der Gesellschaft eingegangen. Zwar wird sich das Jahresergebnis der Gesellschaft in den kommenden Jahren voraussichtlich als Fehlbetrag entwickeln, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit wird aber durch den Gesellschafter durch die Zahlung des zahlungswirksamen Verlustes für die nächsten beiden Geschäftsjahre gewährleistet.

Weitere Einzelheiten zu der Finanzlage ergeben sich aufgrund der nachfolgenden Kapitalflussrechnung:

	<u>2014 (TEUR)</u>
Periodenergebnis	-504
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1
+/- Zu- / Abnahme der Rückstellungen	-19
-/+ Zu- / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	5
+/- Zu- / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	205
+/- Zinsaufwendungen / -erträge	360
+/- Aufwendungen / Erträge aus außerordentlichen Posten	-119
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-71
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-160
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1
+ Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	119
+ erhaltene Zinsen	7
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-35
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-117
- Gezahlte Zinsen	-367
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-484
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-590
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	6.366
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5.776

c. Vermögenslage

Das Anlagevermögen besteht aus Anzahlungen auf Anlagen im Bau und der Anteilsaufstockung an der Alemannia Aachen Stadion GmbH nebst Nebenkosten, die erhöht wurde auf 15%.

Das Umlaufvermögen der Gesellschaft setzt sich aus dem beibehaltenen Erinnerungswert einer abgewerteten Forderung gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von 0,50 €, der Rückforderung vorausgezahlter Körperschaftsteuer und abgegrenzten Zinserträgen aus einer Festgeldanlage zusammen. Daneben besteht liquides Vermögen in Höhe von T€ 5.776 und eine Rechnungsabgrenzung mit T€ 1. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist aufgezehrt, der nicht durch das Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt 13,4 Mio. €.

Das Gesamtvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

(TEUR)	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Anlagevermögen			
Sachanlagen			
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	160	0	160
Finanzanlagen			
Beteiligungen	0	0	0
	<u>160</u>	<u>0</u>	<u>160</u>
Umlaufvermögen			
Forderungen und so. Vermögensgegenstände			
Forderungen gegen ein Unternehmen, mit dem ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0
Forderungen gegen den Gesellschafter	0	8	-8
Gesellschafter			
Sonstige Vermögensgegenstände inkl. RAP	3	0	3
Liquide Mittel	5.776	6.366	-590
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	13.384	12.880	504
	<u>19.163</u>	<u>19.254</u>	<u>-91</u>
Gesamtvermögen	<u>19.323</u>	<u>19.254</u>	<u>69</u>

Die Kapitalstruktur setzt sich wie folgt zusammen (TEUR):	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Gezeichnetes Kapital	25	25	0
Rücklagen	3.000	3.000	0
Verlustvortrag	-15.905	-21.317	5.412
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-504	5.412	-5.916
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	<u>13.384</u>	<u>12.880</u>	<u>504</u>
Eigenkapital	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Fremdkapital			
Sonstige Rückstellungen	22	41	-19
Verbindlichkeiten			
gegenüber Kreditinstituten	10.825	10.942	-117
aus Lieferungen und Leistungen	164	84	80
gegenüber verbundenen Unternehmen	6	0	6
gegenüber dem Gesellschafter	8.306	8.186	120
Sonstige	0	1	-1
	<u>19.301</u>	<u>19.213</u>	<u>88</u>
	<u>19.323</u>	<u>19.254</u>	<u>69</u>
Gesamtkapital	<u>19.323</u>	<u>19.254</u>	<u>69</u>

Das Eigenkapital der Gesellschaft ist aufgezehrt.

Das Fremdkapital in Höhe von 19,3 Mio. € besteht aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 10,8 Mio. €, mit T€ 164 aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, mit T€ 6 aus Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie mit 8,3 Mio. € aus Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter. In den Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter enthalten ist mit 7,995 Mio. € ein vom Gesellschafter gewährtes Darlehen sowie die darauf angefallenen Zinsen für die Jahre 2012 bis 2014.

3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die finanziellen Leistungsindikatoren ergeben sich unmittelbar aus dem Wirtschaftsplan. Die Überprüfung erfolgt unmittelbar durch Soll-Ist-Analyse.

III. Nachtragsbericht

Die Gesellschaft hat sich im laufenden Geschäftsjahr im Wesentlichen wie geplant entwickelt. Die Gesellschaft ist in der Lage, die ausstehenden Zahlungsverpflichtungen einzuhalten und wird künftig über die Gewährung von Liquiditätszuschüssen des Gesellschafters dazu in der Lage sein. Im Vorlauf auf den Erwerb des Stadions sind bereits in 2014 Bemühungen um eine Vermarktung der dann zur Verfügung stehenden Flächen gestartet worden.

IV. Prognosebericht

Der Erwerb des Aachener Fußballstadions durch die Gesellschaft im Januar 2015 stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Die Suche nach langfristigen solventen Mietern war bereits insofern erfolgreich, als dass zumindest für die nächsten 5 Jahre Einnahmen aus Vermietungen gesichert sind.

V. Chancen und Risikobericht

1. Risikobericht - branchenspezifische, ertragsorientierte und finanzwirtschaftliche Risiken

Die Entwicklung der Gesellschaft ist im Wesentlichen abhängig von der Zuschussgewährung des Gesellschafters. Wesentliche Risiken, die den Bestand der Aachener Stadion Beteiligungs GmbH gefährden können, sind derzeit insoweit nicht erkennbar, als dass über den Gesellschafter die Zahlungsfähigkeit für die Jahre 2015 und 2016 gewährleistet wird. Darüber hinaus besteht aufgrund vertraglicher Regelungen relativ sicherer Planungshorizont.

2. Chancenbericht

Das Ziel der Gesellschaft ist die dauerhafte Vermietung des Stadions. Langfristig soll eine Veräußerung an einen Investor nicht ausgeschlossen sein.

3. Gesamtaussage

Die Geschäftsführung hat es als ihre Aufgabe angesehen, Risiken, die sich auf die Aachener Stadion Beteiligungs GmbH auswirken können, zu identifizieren und angemessen zu steuern. Wesentliche Bestandteile des Risikomanagements sind u. a. der jährliche Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Vermögensplan), und der 5-jährige Finanzplan. Des Weiteren werden Quartalsabschlüsse erstellt und, sofern vorhanden, Planabweichungen systematisch analysiert und als Grundlage für Steuerungsmechanismen ausgewertet.

Neben dem System der internen Kontrollen bestehen Schnittstellen zu verschiedenen Ämtern der Stadt Aachen (Finanzsteuerung, Beteiligungsverwaltung, Rechnungsprüfungsamt, Rechtsamt), die wesentliche Aufgaben übernehmen und damit die Kontrollsicherheit erhöhen.

Des Weiteren ist für das Geschäftsjahr 2015 die Bildung eines Aufsichtsrats vorgesehen.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft nutzt keine gesonderten Finanzinstrumente im Sinne dieser Vorschrift.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Bereich

Eigenbetriebe

Aachener Stadtbetrieb

Allgemeine Angaben

Firma	Aachener Stadtbetrieb
Sitz	Madriker Ring 20, 52078 Aachen
Rechtsform	eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Gründungsjahr	2003
Betriebsleitung	Thomas Thalau, Peter Maier
Gremien	Betriebsausschuss, Rat der Stadt Aachen
Stammkapital	1.000.000,00 EUR
Mitarbeiter	641 (Vorjahr 639)
Internet	www.aachen.de

Gegenstand des Unternehmens

Zweck und Gegenstand der Einrichtung ist die Durchführung sowie die Gewährleistung der Aufgaben der Abfallwirtschaft, soweit keine Übertragung von Aufgaben hieraus auf den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) erfolgt, der Straßenreinigung und des Winterdienstes, der Grün- und Freiflächenpflege einschließlich der Pflege und Unterhaltung der Sportanlagen und Spielplätze sowie des Friedhofswesens, der Straßen- und Brückenunterhaltung nebst der Bereitstellung der zur Gewährleistung der Aufgabenerfüllung notwendigen Hilfs- und Nebenbetriebe (wie z. B. Gärtnerei, Werkstatt und allgemeiner, betriebsbezogener Fahreinsatz). Darüber hinaus obliegt dem Eigenbetrieb die Verwaltung, Unterhaltung und Beschaffung des gesamten städtischen Fuhr- und Maschinenparks, soweit es sich nicht um Fahrzeuge und Maschinen für die städtische Feuerwehr (FB 37) handelt.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung:

Thomas Thalau, Peter Maier

Betriebsausschuss:

Vorsitzender	Michael Servos (SPD)	Ratsmitglied
Stellv. Vorsitzender	Peter Blum (FDP)	Ratsmitglied
	Friedrich Beckers (CDU)	Ratsmitglied
	Ferdinand Corsten (CDU)	Ratsmitglied
	Lasse Klopstein (Die Linke)	sachk. Bürger
	Tobias Kogel (CDU)	sachk. Bürger
	Christian Krenkel (CDU)	Ratsmitglied
	Jürgen Lang (CDU)	sachk. Bürger
	Thomas Leigsnering (SPD)	sachk. Bürger
	Daniela Lucke (SPD)	Ratsmitglied
	Jochen Luczak (Grüne)	Ratsmitglied
	Harald Schmitz-Reiber (Grüne)	sachk. Bürger
	Alex Thiel (Piraten)	sachk. Bürger

Zusammensetzung der Organe

Betriebsleitung

Die Betriebsleitung besteht aus einem/r Operativen und einem/r Kaufmännischen Betriebsleiter/Betriebsleiterin. Die Vertretung innerhalb der Betriebsleitung nehmen die Betriebsleiter/Betriebsleiterinnen gegenseitig wahr. Die Geschäftsverteilung innerhalb der Betriebsleitung regelt der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin mit der Zustimmung des Betriebsausschusses durch eine Dienstanweisung.

Betriebsausschuss

Der Rat der Stadt bildet auf der Grundlage der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und der Hauptsatzung der Stadt Aachen für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Aachener Stadtbetrieb" einen besonderen "Betriebsausschuss Aachener Stadtbetrieb".

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	23.037	90%	23.042	90%	23.197	93%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0%	32	0%	21	0%
II.	Sachanlagen	23.037	90%	23.010	90%	23.176	93%
III.	Finanzanlagen	0	0%	0	0%	0	0%
B.	Umlaufvermögen	2.488	10%	2.470	10%	1.782	7%
I.	Vorräte	720	3%	702	3%	830	3%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.767	7%	1.767	7%	950	4%
III.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	1	0%	1	0%	1	0%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	20	0%	16	0%	14	0%
Bilanzsumme Aktiva		25.545		25.528		24.993	
A.	Eigenkapital	7.767	30%	7.985	31%	7.605	30%
I.	Gezeichnetes Kapital	1.000	4%	1.000	4%	1.000	4%
II.	Allgemeine Rücklage	5.667	22%	5.667	22%	6.767	27%
III.	Gewinn-/ Verlustvortrag	0	0%	1.100	4%	219	1%
IV.	Jahresüberschuss	1.100	4%	219	1%	-380	-2%
B.	Sonderposten f. Investitionszuschüsse	0	0%	0	0%	26	0%
C.	Rückstellungen	3.891	15%	2.697	11%	3.002	12%
D.	Verbindlichkeiten	13.887	54%	14.846	58%	14.360	57%
Bilanzsumme Passiva		25.545		25.528		24.993	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	58.280	59.760	60.655
sonstige betriebliche Erträge	681	573	365
Betriebsleistung	58.961	60.333	61.020
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	21.044	21.686	21.262
Personalaufwand	28.358	29.928	31.348
Abschreibungen	2.504	2.655	2.712
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.394	5.445	5.579
Betriebserfolg	1.661	619	118
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	495	455	435
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.166	164	-317
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	17	-114	5
sonstige Steuern	49	58	58
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.100	220	-380

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Der wesentliche Anteil der Umsatzerlöse wird aus den Betriebskostenzuschüssen (T€ 57.613) erwirtschaftet, welche die Stadt Aachen dem Aachener Stadtbetrieb zur Erfüllung seiner in § 2 der Betriebssatzung genannten Aufgaben überweist. Diese wurden in den jeweiligen Sparten Friedhof und Krematorium (T€ 6.904), Straßenreinigung/Winterdienst (T€ 6.186), Abfallwirtschaft (T€ 28.472), Straßenunterhaltung (T€ 5.836) sowie Grün- und Freiflächenpflege (T€ 10.215) auf der Position Betriebskostenzuschüsse vereinnahmt. Die tatsächlichen Gebührenentgelte der Sparten Abfallwirtschaft, Friedhofswesen und Straßenreinigung werden nicht vom Aachener Stadtbetrieb, sondern vom Fachbereich Steuern und Kasse der Stadtverwaltung Aachen ertragswirksam gebucht. Unabhängig von diesen Gebühreneinnahmen soll der Aachener Stadtbetrieb seine Betriebskostenzuschüsse zur Deckung seiner Aufwendungen in Höhe des Ansatzes im Wirtschaftsplan erhalten.

Lagebericht (Auszug)

Das den Anforderungen des § 10 EigVO entsprechende Risikomanagement weist darüber hinaus die folgenden (theoretisch möglichen) Risiken aus, welche den Betrieb in seinem Bestand gefährden könnten:

- Kommunalpolitik verfolgt andere Ziele als der Aachener Stadtbetrieb
- Betriebskostenzuschüsse werden gekürzt
- Änderung der für den Stadtbetrieb relevanten Rechtslage
- Liquidität ist nicht ausreichend gesichert

Die Einstufung als Toprisiko ergibt sich aus der Kombination von Höchstschadenswert und Eintrittswahrscheinlichkeit. Die vorgenannten Risiken können in ihrer Maximalausprägung einen wesentlichen Schaden für den Aachener Stadtbetrieb verursachen. Nach aktueller Einschätzung ist eine Bestandsgefährdung des Betriebes nicht gegeben.

Durch den Ausbau und den zielgerichteten Einsatz der IT-Applikationen wird die prozessorientierte Ablauforganisation des Aachener Stadtbetriebes weiter optimiert. Insbesondere durch die Betriebsführungssoftware bfs.dot soll künftig die Arbeits- und Tourenplanung spartenübergreifend zusammengeführt werden. Zudem soll durch die Ausweitung des Einsatzes moderner Technik, hier insbesondere im Fahrzeug und Gerätebereich durch elektrische Antriebsarten, ein Beitrag zur Umwelt und der Unterstützung des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen erreicht werden.

Oberstes Gebot bei allen Maßnahmen bleibt die Erhaltung der qualitativen Aufgabenwahrnehmung unter dem Vorbehalt einer stabilen Planungsgröße für den städtischen Haushalt. Bedingt durch die aktuelle Haushaltslage der Stadt Aachen und die Bedienung der Ansprüche an die Dienstleistungsqualität des Aachener Stadtbetriebes sieht die Betriebsleitung weiterhin die Problemstellung, dass die gewährten Betriebskostenzuschüsse, insbesondere im freiwilligen Bereich, die voraussichtlichen Kosten wie bereits in der Wirtschaftsplanung 2014 nicht vollständig decken.

Nach der Kommunalwahl im Jahr 2014 steht dem Rat der Stadt Aachen eine Mehrheit von CDU und SPD vor. Der von den Mehrheitsfraktionen aufgestellte Koalitionsvertrag unterstreicht auch die besondere Bedeutung des Aachener Stadtbetriebes als Dienstleister für die Stadt Aachen. Eine Privatisierung von Dienstleistungen oder Veräußerung von städtischen Gesellschaften ist nicht vorgesehen. Zudem setzt die Politik eindeutige Schwerpunkte auf die Qualität der Straßen, die Bedeutung von Grünanlagen, das Angebot von Sport- und Spieleinrichtungen sowie die Verlässlichkeit der Entsorgung. Für die Umsetzung dieser Ziele steht insbesondere der Aachener Stadtbetrieb.

Auch soll hiernach die Gebührenstruktur des Stadtbetriebes überarbeitet und stärker an die tatsächlich entstehenden Kosten der jeweiligen Leistungen angelehnt werden, um langfristige Preisstabilität zu gewährleisten. Das Projekt „Sauberes Aachen“ wird gestärkt, wobei die zur Verfügung gestellten Ressourcen gegebenenfalls angepasst werden müssen.

Die Wirtschaftsplanung für das Wirtschaftsjahr 2015 enthält sowohl für das Wirtschaftsjahr 2015 als auch für die Folgejahre jeweils Jahresfehlbeträge von über 1,0 Mio. €.

Gebäudemanagement der Stadt Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Gebäudemanagement der Stadt Aachen
Sitz	Lagerhausstr. 20, 52058 Aachen
Rechtsform	eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Gründungsjahr	2004
Betriebsleitung	Klaus Schavan, Vera Ferber
Gremien	Betriebsausschuss, Rat der Stadt Aachen
Stammkapital	1.000.000,00 EUR
Mitarbeiter	194 (Vorjahr 193)
Internet	www.aachen.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand und Zweck des Gebäudemanagements der Stadt Aachen einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die zentrale Bewirtschaftung von bebauten städtischen Liegenschaften wie Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, Brunnenanlagen, Denkmälern und sonstigen Gebäuden, die der Stadt Aachen zur Erfüllung ihrer Aufgaben dienen, einschließlich dazugehöriger Grünflächen.

Der Betriebszweck umfasst auch den Neubau und die Planung, die An- und vermietung der oben genannten Liegenschaften, die bewirtschaftung von Nebenflächen und Nebennutzungen sowie die sicherstellung der infrastrukturellen Dienste (Zentrales Beschaffungsmanagement, Haus- und Postdienste, Reinigungsmanagement, Logistik) und alle den Betriebszweck fördernden Geschäfte.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung: Klaus Schavan, Vera Ferber

Betriebsausschuss:

Vorsitzender	Heiner Höfken (SPD)	Ratsmitglied
stv. Vors.	Ellen Begolli (Die Linke)	Ratsmitglied
	Uschi Brammert (CDU)	Ratsmitglied
	Martina Hörmann (Grüne)	Ratsmitglied
	Klaus-Dieter Jacoby (CDU)	Ratsmitglied
	Björn Jansen (SPD)	Bürgermeister
	Karl-Heinz Starmanns (CDU)	Ratsmitglied
	Ulrich Gaube (Grüne)	sachk. Bürger/-in
	Tobias Küppers (SPD)	sachk. Bürger/-in
	Kurt-Heinrich Radermacher (CDU)	sachk. Bürger/-in
	Paul Rütgers (CDU)	sachk. Bürger/-in
	Heidi Teuku (Piraten)	sachk. Bürger/-in
	Dr. Klaus Vossen (FDP)	sachk. Bürger/-in

Zusammensetzung der Organe

Betriebsleitung

Die Betriebsleitung besteht aus einem/einer Technischen und einem Kaufmännischen Betriebsleiter/-in. Zusätzlich können ständige Stellvertreter bestellt werden, die im Vertretungsfall die Rechte und Pflichten des vertretenen Betriebsleiters wahrnehmen. Die Bestellung erfolgt auf Vorschlag des jeweiligen Betriebsleiters durch den Rat der Stadt. Die Geschäftsverteilung und Vertretungsregelung innerhalb der Betriebsleitung regelt der Oberbürgermeister mit Zustimmung des Betriebsausschusses durch Dienstanweisung.

Betriebsausschuss

Auf der Grundlage der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und der Hauptsatzung der Stadt Aachen bildet der Rat der Stadt für den Betrieb Gebäudemanagement einen besonderen „Betriebsausschuss Gebäudemanagement“.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	581.516	95%	579.136	96%	578.966	95%
II.	Sachanlagen	581.516	95%	579.136	96%	578.966	95%
B.	Umlaufvermögen	28.050	5%	22.429	4%	33.423	5%
I.	Vorräte	93	0%	67	0%	65	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.957	5%	22.362	4%	33.358	5%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	48	0%	39	0%	39	0%
Bilanzsumme Aktiva		609.614		601.604		612.428	
A.	Eigenkapital	218.083	36%	207.057	34%	195.456	32%
I.	Stammkapital	1.000	0%	1.000	0%	1.000	0%
II.	Kapitalrücklage	272.083	45%	273.097	45%	249.534	41%
III.	Gewinnrücklagen	1.623	0%	1.623	0%	0	0%
IV.	Gewinn-/ Verlustvortrag	-44.765	-7%	-56.623	-9%	-43.444	-7%
V.	Jahresgewinn-/verlust	-11.858	-2%	-12.040	-2%	-11.634	-2%
B.	Sonderposten aus Investitionszuschüssen	95.191	16%	96.817	16%	93.593	15%
C.	Rückstellungen	6.223	1%	4.622	1%	3.244	1%
D.	Verbindlichkeiten	288.044	47%	291.158	48%	318.339	52%
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	2.073	0%	1.950	0%	1.796	0%
Bilanzsumme Passiva		609.614		601.604		612.428	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	57.005	55.479	53.580
sonstige betriebliche Erträge	4.070	8.238	11.479
Betriebsleistung	61.075	63.717	65.059
Aufwendungen für Objektbewirtschaftung	33.674	34.268	36.693
Personalaufwand	9.206	9.377	10.160
Abschreibungen auf Sachanlagen	16.406	19.106	18.930
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.551	1.908	2.173
Betriebserfolg	-762	-942	-2.896
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.095	11.097	8.736
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-11.857	-12.039	-11.633
sonstige Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-11.858	-12.040	-11.634

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Der Jahresabschluss schließt mit einem Jahresverlust i.H.v. EUR 11.633.716,93 EUR ab, der auf eue Rechnung vorgetragen wurde. Ein Zuschuss wurde in Höhe von 38.055.414,52 EUR gezahlt.

Lagebericht (Auszug)

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Nachfolgend soll dargestellt werden, welche:

- Risikomanagementziele die Einrichtung verfolgt,
- Methoden zur Risikobegrenzung/-ausschluss angewendet werden und
- Risiken für den Betrieb tatsächlich gegeben sind.

Risikomanagementziele

Ziel des betrieblichen Risikomanagements ist ein planvoller Umgang mit Risiken.

Risiken sollen frühzeitig und systematisch erkannt, in Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungen bewertet und durch entsprechende Gegenmaßnahmen nach Möglichkeit ausgeschlossen oder – sofern dies nicht möglich ist – zumindest in ihren möglichen negativen Auswirkungen begrenzt werden.

Hinsichtlich des mittlerweile weitestgehend fertiggestellten Risikofrüherkennungssystem wird auf die nachfolgenden Ausführungen verwiesen.

Risiken und Methoden zur Begrenzung / Ausschluss

Vor dem Hintergrund der Rahmenvereinbarung mit dem Oberbürgermeister und dem Rat der Stadt werden einige der nachfolgend genannten Risiken – i. W. die durch den Betrieb nicht beeinflussbaren Faktoren – vom Einrichtungsträger übernommen, siehe dazu die Hinweise auf die Rahmenvereinbarung bei den nachfolgend dargestellten Risiken.

Die Ausgestaltung der Beziehungen zu dem Einrichtungsträger als sog. nahe stehende Person wurde bereits unter 2.2 und 2.3 erläutert. Festzuhalten ist, dass die Vereinbarungen von beiden

Seiten bislang eingehalten wurden und die Zusammenarbeit in diesen Fragen, u.a. mit der städtischen Finanzsteuerung, gut funktioniert.

Die maßgeblichen möglichen Risiken für die Einrichtung stellen sich wie folgt dar:

Preiserhöhungen bzw. Tarifsteigerungen

Erhöhungen, insbesondere im Energiebereich, treten regelmäßig jährlich ein. Vereinbarungsgemäß werden Mehrausgaben aufgrund von Preiserhöhungen der Einrichtung zusätzlich zur Verfügung gestellt. Nichts desto trotz gewinnt ein professionelles Energiemanagement immer mehr an Bedeutung. Auf die Empfehlungen und zwischenzeitlich umgesetzten Maßnahmen im Positionspapier der Betriebsleitung wird verwiesen. Mittlerweile konnte dem durch angemessene Personalaufstockung in diesem Bereich Rechnung getragen werden.

Die tariflich bedingten Steigerungen im Bereich der Personalkosten werden ebenfalls vereinbarungsgemäß der Einrichtung zur Verfügung gestellt.

Im Bereich der Kosten für Baumaßnahmen (Instandhaltung sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbau) ist seit 2010 ein deutlicher Preisanstieg zu verzeichnen gewesen. Im Investitionsbereich (Neu-, Um- und Erweiterungsbau) wurden in Vorjahren im städtischen Haushalt keine Preissteigerungen berücksichtigt. Dies wurde erstmalig für den Haushalt bzw. Wirtschaftsplan 2014 anders gehandhabt: Bei größeren Maßnahmen wurden Preissteigerungen eingeplant, weiterhin auch die absehbaren Mehrausgaben aufgrund der neuen HAOI.

Im Bereich der Instandhaltungsaufwendungen wird der Inflationsausgleich dem Betrieb im Rahmen der Wirtschaftspläne zur Verfügung gestellt.

Folgekosten von Neubauvorhaben und Nutzungsintensivierungen

Neu-, und Erweiterungsbau und Nutzungsintensivierungen, z.B. im Rahmen von Mensenausbau und Ganztagsbeschulung, ziehen höhere Betriebskosten nach sich. Bis zur Umsetzung des Vermieter- Mieter- Modells und Ausweis in den Nutzerbudgets werden diese vereinbarungsgemäß der Einrichtung zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Durch Folgekostenberechnungen im Rahmen der Baubeschluss-Vorlagen werden Folgekosten transparent ausgewiesen. Seit 2010 wird durch politisch beschlossene Planungsanweisungen sichergestellt, dass bauliche Maßnahmen zur Folgekostensenkung im Rahmen von Bauprojekten konsequent umgesetzt werden.

Unterlassene Instandhaltung

Der Instandhaltungsstau an Gebäuden wurde durch die Einrichtung in Vorjahren erfasst und bewertet sowie über Wertkorrekturen beim Anlagevermögen berücksichtigt. Er wird über Programme verwaltungsintern systematisch und schrittweise behoben. Daneben wurden seit der Gründung der Einrichtung die Mittel für die Bauunterhaltung aus Einsparungen deutlich erhöht. Dennoch entsprechen die Mittel für die laufende Instandhaltung nicht dem anerkannten Richtwert der KGSt von 1,2% der Wiederherstellkosten, so dass mit weiterem Instandhaltungsstau in Folgejahren zu rechnen ist. Alle Gebäude werden mindestens einmal jährlich begutachtet und auf einen etwaigen neuen Instandhaltungsstau überprüft.

Vermögensverzehr

Die Anlagen im Bau betragen zum Bilanzstichtag 2014 37,744 Mio. € (u. A. Route Charlemagne). Nach deren Fertigstellung fallen zukünftig erhöhte Abschreibungen an, die den entsprechenden Werteverzehr widerspiegeln.

Rücklagenverzehr

Das Synergie- und Rationalisierungspotential ist ausgeschöpft; die Bildung von angemessenen Rücklagen und Erzielung einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals gemäß § 10 Absatz 3 und 5 EigVO NRW nicht mehr möglich. Die Eigenkapitalausstattung der Einrichtung schmilzt durch die Nicht-Erstattung der Abschreibungen kontinuierlich. So ergeben sich in den Jahren 2008 bis 2014 insgesamt Verluste in Höhe von 80,297 Mio. €.

Langfristig kann diese Entwicklung die angemessene Kapitalausstattung des Betriebes gefährden. Zudem erhöhen sich durch die unterlassene Tilgung der Trägerdarlehen die Zinsaufwendungen bei

gleichzeitiger Neuaufnahme von Darlehen. Diese werden jedoch als Kostenbestandteile dem Eigenbetrieb vollständig erstattet.

Anlagenintensität

Der hohe Anteil von bebauten Grundstücken am Gesamtvermögen, die sog. Anlageintensität, führt zu einer hohen Fixkostenbelastung in Form von Abschreibungen und einer hohen mittel- bis langfristigen Kapitalbindung. Die hohe Fixkostenbelastung wirkt sich besonders negativ bei rückläufiger Beschäftigung (= Umsätze, wie z. B. Haushaltskürzungen), aus. Deshalb ist eine mittel- bis langfristige Unternehmenspolitik erforderlich. Grundlage für die Unternehmenspolitik sollte die langfristige Planung gewünschter Entwicklungen der städtischen Gebäude in Form von Gebäudebedarfsplänen sein. Diese sind durch die Bedarfsträger nach fachlichen Prioritäten und unter Berücksichtigung des demographischen Wandels zu erstellen (z.B. Schulentwicklungsplan). Investitionen an Gebäuden werden vor ihrer Durchführung zur Vermeidung von Fehlallokation mit Blick auf eine mittel- bis langfristig gewährleistete Nutzung mit den Bedarfsträgern abgestimmt. Politik und Verwaltung beschäftigen sich zunehmend mit der Frage nach dem Erhalt bzw. der Aufgabe von nicht mehr benötigten Standorten.

Sach- oder Personenschäden

Auf der Grundlage der Vermögensbewertung wurden bei Gründung die Versicherungswerte der Gebäudeversicherungen überprüft. Risiken aus dem Gebäudebetrieb oder durch Fehlverhalten der Mitarbeiter/innen sind teilweise über Haftpflicht- bzw. Vermögenseigenschadenversicherungen abgedeckt. Risiken aus Sturmschäden wurden auf der Basis einer Risikoabschätzung nur in ausgewählten Objekten versichert. Hier deutet sich u.U. eine Zunahme von Sturmereignissen an; ein Abschluss von Sturmversicherungen für den gesamten Gebäudebestand ist jedoch weiterhin nicht wirtschaftlich. Sach- und Personenschäden sollen vermieden werden durch jährliche Begehungen und Instandhaltungsstrategien, die die Gebäudesicherheit und den Substanzerhalt im Fokus halten.

Zu geringe Personalausstattung

Die Haushaltskonsolidierung machte in Vorjahren einen erheblichen Personalabbau erforderlich.

Der Personalabbau wurde in der Rahmenvereinbarung geregelt: Insgesamt 30 % aller Stellen sollten sozialverträglich abgebaut werden. Dieser Abbau wäre möglich gewesen, ohne die Aufgabenerfüllung zu gefährden, allerdings nur bei gleichbleibendem Aufgabenumfang.

Die in 2007 stattgefundenen überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt hatte ergeben, dass die Einrichtung sich im interkommunalen Vergleich auf einem der Spitzenplätze befindet. Im Bereich Energiemanagement und bei den Bewirtschaftungsausgaben stellte sie den Benchmark, ebenso wird im Bereich Organisation und Steuerung einer der beiden Spitzenwerte (Erfüllungsgrad > 80 %) erreicht. Die Kennzahl im Bereich Personal zeigte, dass die Einrichtung im Vergleich mit Abstand die niedrigsten Personalkosten in der Bewirtschaftung aufweist. Die Personalkennzahl bestätigt aus Sicht der Betriebsleitung die vor dem Hintergrund von gestiegenem Arbeitsvolumen zwischenzeitlich zu geringe Personalausstattung.

Der Aufgabenumfang der Einrichtung hat seit Gründung in 2004 erheblich zugenommen. Seit 2009 bewegt sich das umzusetzende Investitionsvolumen auf einem deutlich erhöhten Niveau im Vergleich zum Volumen bei Betriebsgründung. Weiterhin wird die Planung und Durchführung von Baumaßnahmen insgesamt durch höhere Technisierung, zunehmende Vorschriften- und Verfahrensdichte, energetische Anforderungen und anspruchsvolle Abstimmungsprozesse komplexer. Auch eine gestiegene Erwartungshaltung und Anforderungen von internen und externen Partnern, städtischer Verwaltung und Politik ist zu verzeichnen, unter anderem auch hinsichtlich Beratung, Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen sowie Erstellung von Berichten und Auswertungen.

Ein Betrieb in der Größenordnung der Einrichtung benötigt ein institutionalisiertes Controlling. Dies ist bereits aus Gründen des zwischenzeitlich vorgeschriebenen Risikomanagements auch aus Sicht der Betriebsleitung unerlässlich; eine Stelle wurde demgemäß im August 2013 eingerichtet. Das CAFM-System (i.W. SAP) macht ebenfalls eine personelle Betreuung erforderlich.

Die Personalressourcen – Stellen – waren jedoch nicht mitgewachsen.

Das Instrument der temporären Personalgewinnung wurde zwar seit 2009 intensiv genutzt, erwies sich aber vor dem Hintergrund des anhaltend hohen Arbeitsvolumens und der Tatsache, dass beispielsweise Fachingenieure kaum auf dem Markt verfügbar sind und bei Befristung von Stellen eine Besetzung nahezu unmöglich ist, auf Dauer als nicht sinnvoll.

Es wird auch weiterhin unabdingbar sein, Kapazitätsschwankungen und außergewöhnliche Belastungen durch den Einsatz von befristetem Personal und/oder Personaldienstleistern auffangen zu können.

Der zunehmende Arbeitsaufwand und das anhaltend hohe Umsetzungsvolumen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass das Stellenkontingent der Einrichtung angehoben und an den aktuellen Aufgabenumfang angepasst werden muss.

Aus diesem Grund wurde am 13.05.2014 dem Betriebsausschuss ein Positionspapier der Betriebsleitung vorgestellt, das mindestens 16 zusätzliche Vollzeit-Stellen vorsah und in den Wirtschaftsplanberatungen für das Jahr 2015 Berücksichtigung fand. Mit Beschluss des Rates der Stadt Aachen zum Stellenplan 2015 konnten die Stellen gebildet und in die Besetzung eingestiegen werden.

Fachkräftemangel

Im TVöD wurde insgesamt das Gehaltsniveau bei den Einstiegsgehältern nach unten abgesenkt. Vor dem Hintergrund sich abzeichnender altersbedingter Fluktuation und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels, z.B. im Ingenieur- und im kaufmännischen Bereich, ergeben sich in der Praxis Probleme bei der Gewinnung von qualifiziertem Personal. Verschärft wurde das Problem durch die zeitlichen Befristungen, die aufgrund fehlender Stellenkapazitäten jedoch derzeit angewendet werden mussten. Ab dem Wirtschaftsjahr 2015 konnten auch unbefristete Arbeitsverträge angeboten werden, um die Personalgewinnung zu unterstützen. Dennoch bleibt die Stellenbesetzung schwierig und ist aufgrund der Rahmenbedingungen (Gehaltsniveau öffentlicher Dienst) nur bedingt durch die Einrichtung zu gestalten.

Risiken aus dem Aufgabenspektrum bzw. Gebäudebetrieb

Aus dem Unternehmenszweck der Gebäudewirtschaft erwachsen neben den oben genannten Risiken zahlreiche weitere Risiken. Die Betriebsleitung trägt eine hohe Verantwortung für die Organisation der Einrichtung. Beispielfhaft aufgeführt seien:

- Ausschluss bzw. Minimierung von Betreiberrisiken,
- die Gewährleistung schneller Reaktionszeiten bei Gefahr in Verzug,
- ausreichende Fachlichkeit des Personals,
- frühzeitige Gefahrerkennung und -vermeidung.

Dazu sind unter anderem erforderlich:

- eindeutige Regelungen über Zuständigkeiten, Befugnisse, Abläufe, Informationsflüsse,
- Frühwarnsysteme/ -mechanismen,
- ausreichende DV-Unterstützung,
- Maßnahmen zur Korruptionsprävention,
- ausreichende Personalausstattung,
- Qualifikation des Personals.

Folgende Maßnahmen wurden i.S. eines systematischen Risikomanagements und Optimierung des Internen Kontrollsystems (§ 10 EigVO NRW) umgesetzt:

Eindeutige Regelungen über Zuständigkeiten, Befugnisse, Abläufe, Informationsflüsse

Neben den klassischen und bereits im Einsatz befindlichen Instrumenten (u.a. Berichtswesen, Abteilungsleiter- und Betriebsleiterbesprechungen, monatliche Budgetkontrolle, eindeutige Budget- und Projektverantwortlichkeiten, Benchmarking, Zentrale Störannahme, 24-Stunden-Rufbereitschaft) werden bestehende Regelungen (Dienst- und Handlungsanweisungen etc.) systematisch zusammengeführt, auf Aktualität überprüft und etwaige Regelungslücken geschlossen. Die bereits bestehenden Anweisungen werden aufgrund ihrer Fülle und Komplexität regelmäßig in den Teambesprechungen thematisiert und erläutert. Wichtig hierbei ist es, eine angemessene Relation von Regularien und Sicherungssystemen einerseits und Handlungsfähigkeit und Flexibilität der Einrichtung andererseits zu erhalten.

Frühwarnsysteme / -mechanismen

Das bestehende Risikomanagement wurde im März 2012 durch einen Workshop auf Führungsebene überprüft. Im August 2012 wurde eine neue Stelle aus dem Stellenbestand erstmalig gebildet und personell besetzt, die sich u.a. mit dem Thema Risikomanagement beschäftigt und den weiteren Ausbau und DV-Einsatz forciert. Zwischenzeitlich konnten im Rahmen des Projektes eine Softwarelösung eingeführt, unter Einbezug der Fachabteilungen ein umfassender Risikokatalog erarbeitet und eine Probewertung (Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungen) durchgeführt werden. Bis Ende 2015 wird die Echtbewertung einschließlich systematischer Darstellung der Gegenmaßnahmen abgeschlossen sein. Im Ergebnis wird somit ab 2016 ein flächendeckendes und unterjähriges Risikomanagement incl. Risikomanagementbericht umgesetzt sein.

DV-Unterstützung

Zahlreiche im Einsatz befindliche DV-Lösungen unterstützen die Aufgaben der Objektbewirtschaftung, Instandhaltung incl. Wartungen/Prüfungen und Projektsteuerung, u.a. durch umfangreiche Auswertungsmöglichkeiten sowie die Abrufmöglichkeit aktueller Statusinformationen. Die Entwicklung im Bereich intelligenter DV-gestützter Planungs-, Ausführungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen gilt es zu beobachten.

Korruptionsprävention

Der Korruptionsprävention dienen zahlreiche und umfassende organisatorische, personelle und DV-technische Maßnahmen. Beispielhaft genannt seien das konsequent umgesetzte Vier-Augen-Prinzip, das Prinzip der Funktionstrennung, Regelung von Unterschriftsbefugnissen und Abläufen, Streuung bei der Auftragsvergabe im Bereich der Kleinaufträge und regelmäßige Auswertung/Überwachung der Streuung, konsequente Anwendung von VOL/VOB/VOF sowie Inanspruchnahme von Seminaren und Publikationen zur Korruptionsprävention. Die einschlägigen Regelungen werden jährlich den Mitarbeitern/innen gegen Unterschriftsleistung zur Kenntnis gebracht.

Personalqualifikation

Der Qualifikation der Mitarbeiter/innen wird durch regelmäßige und an den Aufgaben ausgerichtete Fortbildung zu allen für sie relevanten Sach- und Führungsthemen Rechnung getragen.

Empfehlungen der Betriebsleitung an die Entscheidungsgremien zur Risikobegrenzung:

- Erhöhung der für Instandhaltung zur Verfügung stehenden Mittel, da der Wert 1,2 % der Wiederherstellungskosten deutlich unterschritten wird und sich somit weiterer Instandhaltungsstau abzeichnet; zusätzlich:
- Aufgabe von nicht mehr benötigten Liegenschaften bzw. Gebäuden zur Reduzierung von gebäudewirtschaftlichen Aufwendungen und Konzentration der verfügbaren Mittel.
- Überführung aller Gebäude – auch der denkmalgeschützten Sonderbauten – in das Sondervermögen der Einrichtung zur Bündelung aller damit verbundenen Aufgaben in einer Hand.
- Beibehaltung der Reparaturprogramme für schulische und nicht-schulische Gebäude und des Brandschutz-Programms; Aufstockung der jährlich zur Verfügung stehenden Mittel, um den Instandhaltungsstau zügiger abzubauen.
- Angemessene Erhöhung der Einnahmen von externen Mietern/Nutzern; dies setzt u.a. die Intensivierung der Raumnutzung (z.B. durch Untervermietung), Anreizsysteme im Rahmen Vermieter-Mieter-Modell und politische Beschlussfassungen in den Bereichen Entgeltordnungen voraus.
- Abrechnung zukünftiger Gebäudenutzungen auf Basis einer Vollkostenrechnung (Erstattung auch der Abschreibungen in voller Höhe).

Chancenbericht

Die ersten Wirtschaftsjahre der Einrichtung haben vorrangig dazu gedient, die Gebäudewirtschaft zu optimieren und die vereinbarten Einsparungen zu realisieren.

Auch die künftigen Wirtschaftsjahre sollen zur Fortführung der Optimierung der Einrichtung im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses dienen: Weitere Optimierung der Abläufe und Informationsflüsse, Einbezug der Mitarbeiter/innen in Entscheidungsprozesse, Berücksichtigung von Anregungen und Verbesserungsvorschlägen und letztlich ein konstruktivpartnerschaftlicher Dialog werden bewusst gepflegt und auf allen Hierarchieebenen eingefordert.

Der Bereich Energiemanagement wurde aktuell personell aufgestockt, um der wachsenden wirtschaftlichen und ökologischen Bedeutung dieses Bereiches Rechnung zu tragen und die Spitzenstellung im interkommunalen Vergleich weiter auszubauen. Die Betriebsleitung erwartet Einsparungen im Bereich der Energiekosten, durch die letztlich keine Mehrbelastung entsteht.

Seit 2011 steht die durch die Einrichtung entwickelte Software EView im Internet/Intranet zur Verfügung: Gebäudenutzer können sich – zur Vorbereitung auf das Vermieter-Mieter-Modell und die damit verbundene Ressourcenverantwortung – jederzeit zeitnah über die Verbrauchsentwicklung ihrer Gebäude informieren. Aktuell wird EView gemeinsam mit der Regio IT in die Branchenlösung e2watch überführt. Pilotbereich ist die Städteregion, in weiteren Ausbauschritten soll e2watch auch Interessenten auf Landes- oder kommunaler Ebene angeboten werden. Diese Entwicklung wird personell unterstützt, ohne dass die übrigen Themen des Energiemanagements leiden. Die Umstellung des Systems für die Stadt erfolgt aktuell.

Die allgemeine Arbeitszufriedenheit ist aus Sicht der Betriebsleitung weiterhin gut. Nicht zuletzt die gute Zusammenarbeit mit dem Dienststellenpersonalrat ermöglicht es, Konfliktpotential frühzeitig zu erkennen und Lösungen zu finden. Die anhaltend positive Entwicklung des Betriebes ist insbesondere der guten und engagierten Arbeit der Abteilungsleiter/innen und der Mitarbeiter/innen der Einrichtung zu verdanken.

Die Betriebsleitung erhofft sich weiterhin, künftig die Einrichtung noch eindeutiger im Sinne eines Dienstleisters positionieren zu können. Der in den ersten Betriebsjahren aus Gründen der Haushaltsentlastung verfolgte und mit Vorstand und Politik vereinbarte Konsolidierungskurs hat teilweise zu nicht unerheblichen Konflikten zwischen der Einrichtung als „Dienstleister“ und den Wünschen der Kunden bzw. Gebäudenutzern geführt.

Zur Steigerung der Kundenzufriedenheit, aber auch zur Sicherung der Qualität der Fremdreinigung wurden in Vorjahren zwei Stellen für Reinigungskontrolleure durch Umwandlung frei werdender Stellen im Bereich der Eigenreinigung gebildet. Diese kümmern sich mit stichprobenartigen Kontrollen um die Reinigungsqualität vor Ort. Die Erfahrungen mit dem Einsatz von Reinigungskontrolleuren sind ausgesprochen positiv. Die in Vorjahren realisierten Kosteneinsparungen dürfen nicht zu einer Unterschreitung der ausgeschriebenen Qualität führen.

Chancen für die Zukunft werden auch weiterhin in der Umsetzung des Vermieter-Mieter-Modells gesehen, um bei den Gebäudenutzern Einflussmöglichkeiten, Partizipation und Kostenbewusstsein zu stärken und mittel- bis langfristig weitere Einsparungen, u.a. durch intensivere Flächennutzung, Entwicklung von Raumbedarfsplänen und ggfls. Flächenreduzierung, zu erreichen. Zur Umsetzung des Modells besteht noch erheblicher Klärungsbedarf mit der städtischen Finanzsteuerung, u.a. aufgrund der Nicht-Erstattung von Abschreibungen, die jedoch wesentlicher Bestandteil einer Kostenmietberechnung sind, aber auch hinsichtlich der für eine Mietkalkulation anzusetzenden Bodenwertverzinsung.

Der Verkauf nicht betriebsnotwendiger Flächen kann erheblich zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Die bereits in Vorjahren begonnene Veräußerung von nicht mehr benötigten Gebäuden wird weiter verfolgt. So sind auch in Folgejahren weitere Verkäufe vorgesehen, insbesondere im Bereich von nicht mehr für schulische Zwecke benötigten Liegenschaften und Gebäuden. Positiv im Sinne eines aktiven Portfoliomanagements ist die Entwicklung, dass nicht mehr benötigte oder untergeordnete Objekte aufgegeben werden und somit die Anstrengungen zum Erhalt der Vermögenssubstanz der Gebäude, die mittel- bis langfristig im Bestand erhalten bleiben sollen, verstärkt werden können. Positiv zu erwähnen ist insbesondere die seit 2015 stattfindende systematische Zusammenarbeit mit dem Schul- und Jugendbereich im Sinne eines professionellen Portfoliomanagements.

Diese Entwicklung wird jedoch durch zusätzlichen Flächenbedarf (Flächenzugänge durch Neu- und Erweiterungsbau und Anmietungen) kompensiert. So ist seit Betriebsgründung insgesamt ein Flächenzuwachs zu verzeichnen.

Die überörtliche vergleichende Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt hatte in Vorjahren ergeben, dass die Einrichtung im Vergleich der 23 Kommunen einen Spitzenplatz in der Gesamtbewertung einnimmt. Explizit erwähnt wurden durch die GPA die professionelle Organisation und Steuerung,

die hervorragende Datenbasis, ein vorbildliches Berichtswesen und Energiemanagement und die im Vergleich geringsten Bewirtschaftungsausgaben. Der interkommunale Vergleich wurde auf freiwilliger Basis fortgesetzt: so beteiligt sich die Einrichtung seit 2007 an dem IKON-Vergleichsring der KGSt für den Bereich von Schul-, Verwaltungsgebäuden und Kindertagesstätten und seit 2010 auch zum Thema Gebäudereinigung. Ab 2013 nimmt der Betrieb außerdem an drei verschiedenen Vergleichsringen zur Personalbemessung teil: IKON-Vergleichsring, Arbeitskreis Deutscher Städtetag NRW für Gebäudewirtschaft und Arbeitskreis des Verbandes Kommunaler Immobilienbewirtschaftender Gesellschaften (VKIG). Auch aktuelle Ergebnisse der Gemeindeprüfungsanstalt bestätigen dem Betrieb seine gute Organisation, zurzeit das Ergebnis der Prüfung zum Thema Portfoliomanagement.

Aus den Vergleichsringen und dem interkommunalen Erfahrungsaustausch erwachsen Anregungen für weitere Optimierungen, und teilweise ergibt sich neuer Handlungsbedarf. Der Erfahrungsaustausch dient darüber hinaus auch einer regelmäßigen Kontrolle und Sicherung des bereits erreichten Standards im interkommunalen Vergleich.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Finanzierungsmaßnahmen umfassten lediglich die im üblichen Wirtschaftsverkehr vorherrschenden Aktivitäten, wie Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie aus dem Verrechnungsverkehr mit dem Einrichtungsträger zu marktüblichen Bedingungen. Derivative Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt.

Wesentliche Risiken hinsichtlich der Finanzinstrumente sind für die Betriebsleitung nicht ersichtlich.

Forderungen der Einrichtung betreffen in erster Linie die Stadt Aachen. Forderungsausfälle sind in diesem Bereich nicht zu erwarten.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der Zahlungsfristen bezahlt.

Der laufende Zahlungsverkehr wird im Übrigen über ein bei der Stadt verwaltetes Bankkonto abgewickelt.

Durch die gewählte Form der Sonderkasse beim Einrichtungsträger und die Regelungen zum Gesellschafterdarlehen verfügt die Einrichtung bewusst nicht über eigene Liquidität. Die Liquidität der Einrichtung ist allerdings jederzeit durch die Stadtkasse gewährleistet.

Die Finanzierungsmaßnahmen werden kontinuierlich anhand der Daten aus dem Rechnungswesen kontrolliert.

Zur Unterstützung der Liquiditätsplanung des Einrichtungsträgers wurde der unterjährige Abruf von Gesellschafterdarlehen vereinbart, verbunden mit unterjährigen Mitteilungen, welche Investitionsmittel ggf. nicht benötigt werden. Diese Mitteilungen erfolgten vereinbarungsgemäß im Rahmen der Berichterstattung.

Stadttheater und Musikdirektion

Allgemeine Angaben

Firma	Stadttheater und Musikdirektion
Sitz	Hubertusstr. 2 – 8, 52064 Aachen
Rechtsform	eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Gründungsjahr	1992
Betriebsleitung	Michael Schmitz-Aufferbeck, Udo Rüber
Gremien	Betriebsausschuss, Rat der Stadt Aachen
Stammkapital	511.291,88 EUR
Mitarbeiter	351 (Vorjahr 333)
Internet	www.aachen.de

Gegenstand des Unternehmens

Der Betrieb ist integraler Bestandteil des kulturellen Lebens in der Stadt Aachen. Aufgabe des Betriebes ist die Pflege und Förderung des kulturellen Lebens durch eigene Veranstaltungen in den Sparten der darstellenden Künste und der Musik. Das Interesse der Jugend an Musik und Theater soll durch spezielle Veranstaltungen gefördert werden.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung:

Michael Schmitz-Aufferbeck, Udo Rüber

Betriebsausschuss:

Vorsitzender	Josef Hubert Bruynswyck (CDU)	Ratsmitglied
stellv. Vorsitzende	Aida Beslagic (Grüne)	Ratsmitglied
	Manfred Bausch (SPD)	Ratsmitglied
	Hermann Josef Pilgram (Grüne)	Ratsmitglied
	Hildegard Pitz (CDU)	Ratsmitglied
	Sibylle Reuß (SPD)	Ratsmitglied
	Dr. Margarethe Schmeer (CDU)	Ratsmitglied
	Ruth Crumbach-Trommler (FDP)	sachk. Bürgerin
	Matthias Fischer (Die Linke)	sachk. Bürger
	Dr. Peter Maria Quadflieg (CDU)	sachk. Bürger
	Sevgi Sakar (SPD)	sachk. Bürger
	Gunter von Hayn (Piraten)	sachk. Bürger
	Ruth Wilms (CDU)	Ratsmitglied
	Hildegard Bechholds	sachk. Einwohnerin

Zusammensetzung der Organe

Betriebsleitung

Die Betriebsleitung besteht aus bis zu drei Betriebsleitern. Zusätzlich können ständige Stellvertreter bestellt werden, die im Vertretungsfall die Rechte und Pflichten des vertretenen Betriebsleiters wahrnehmen. Die Bestellung erfolgt auf Vorschlag der Betriebsleitung durch den Rat.

Betriebsausschuss

Für den Betrieb Stadttheater und Musikdirektion Aachen bildet der Rat auf der Grundlage der GO NW, der Eigenbetriebsverordnung und der Hauptsatzung der Stadt Aachen einen besonderen „Betriebsausschuss Stadttheater und Volkshochschule“.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		11/12	12/13	13/14
A.	Anlagevermögen	3.292 50%	2.900 40%	2.585 39%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	7 0%	5 0%	24 0%
II.	Sachanlagen	3.286 50%	2.895 40%	2.561 38%
B.	Umlaufvermögen	3.231 49%	4.267 59%	3.891 58%
I.	Vorräte	55 1%	56 1%	42 1%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.171 48%	4.206 58%	3.843 58%
III.	Wertpapiere	0 0%	0 0%	0 0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	5 0%	5 0%	5 0%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	88 1%	91 1%	199 3%
Bilanzsumme Aktiva		6.612	7.257	6.674
A.	Eigenkapital	992 15%	1.713 24%	1.762 26%
I.	Gezeichnetes Kapital	511 8%	511 7%	511 8%
II.	Rücklagen	481 7%	1.202 17%	1.251 19%
B.	Sonderposten f. Investitionszuschüsse	1.820 28%	1.548 21%	1.274 19%
C.	Rückstellungen	2.816 43%	2.798 39%	2.701 40%
D.	Verbindlichkeiten	869 13%	1.051 14%	781 12%
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	115 2%	147 2%	157 2%
Bilanzsumme Passiva		6.612	7.257	6.674

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	11/12	12/13	13/14
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	2.155	2.209	1.930
sonstige betriebliche Erträge	1.045	1.162	1.039
Betriebsleistung	3.200	3.371	2.970
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	1.795	1.935	1.987
Personalaufwand	14.580	15.229	15.909
Abschreibungen	229	221	232
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.796	4.261	3.975
Betriebserfolg	-17.199	-18.275	-19.134
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	2	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	6	6
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-17.181	-18.279	-19.139
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	2	2	1
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag vor Betriebskostenzuschuss	-17.183	-18.282	-19.141

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Der Jahresabschluss der Spielzeit 2013/2014 schließt mit einem Jahresverlust i.H.v. EUR 19.140.519,10 € ab. Es wurden für die Spielzeit 2013/2014 Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 19.204.000,00 € gezahlt.

Lagebericht (Auszug)

Chancen- und Risikobericht

Chancenbericht

Theater Aachen versteht sich als ein Teil Aachens und seiner Region und kooperiert aktiv mit Partnern aus Kultur, Wirtschaft und Politik. Ziel ist es dabei, die Ertragslage derart abzusichern, dass die gewohnt qualitativ hochwertige künstlerische Arbeit möglich bleibt, ohne von den Schwankungen eines städtischen Haushaltes direkt betroffen zu sein.

Konkret bedeutet dies zunächst vor allem immer wieder gezielte Bewerbung unserer Produktionen und Produkte, um sie sowohl für unser Stammpublikum immer wieder aufs Neue, aber auch für potenziell neue Theater- und Konzertgäste besonders interessant zu machen.

Die Gäste einmal ins Haus "gelockt", gilt es ihnen gesellschaftlich, vielleicht auch kulinarisch ein ansprechendes Angebot zu offerieren, das dabei aber - gerade für einkommensschwächere Besucherschichten - auch immer noch bezahlbar sein muss. Neue Strategien zur Service-Verbesserung und zur Modernisierung der Preisgestaltung sind der Betriebsleitung ein wichtiges Anliegen. Intensive Überlegungen zu möglichen Restrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Abonnements sind im Gange. Bereits umgesetzt wurde in diesem Zusammenhang eine deutlich Flexibilisierung und damit eine erheblich kundenfreundlichere Gestaltung der möglichen Zahlungsmodalitäten für die Theater- und Konzertabonnements ab der Spielzeit 2014/15.

Die Betriebsleitung ist weiterhin davon überzeugt, dass projektbezogene Kooperationen mit den Theatern der freien Szene durchaus die Möglichkeit bieten, neue "Geschäftsfelder" und damit neue Besucherschichten zu erschließen. Die Betriebsleitung bekennt sich damit ausdrücklich zur Bereitschaft, Kooperationen insbes. auch mit der so genannten "Freien Szene" einzugehen, da wir überzeugt sind, dass hiermit ein Mehrwert für alle Beteiligten erzielt werden kann. Vermeintlicher Konkurrenz soll hiermit ausdrücklich eine Absage erteilt und entgegengewirkt werden. Erste Ge-

spräche mit verantwortlichen Vertretern der "Freien Szene" bewerten wir als durchaus aussichtsreich.

Daneben widmen wir uns weiterhin ganz gezielt und stetig der Pflege und dem Ausbau geschäftlicher Kontakte innerhalb der Stadt und Region Aachen mit dem Ziel, Kooperationspartner und Sponsoren zu gewinnen. Neben der bewährten Unterstützung durch die Sparkasse Aachen ist hier auch das Porsche-Zentrum Aachen ein verlässlicher Partner. Gleichwohl bleibt die Gewinnung von Sponsoren speziell innerhalb der Aachener Wirtschaft immer noch extrem anspruchsvoll.

Wie gehabt werden diese - in Sachen Erfolgswahrscheinlichkeit letztlich naturgemäß mit einem relativ hohen Maß an Unsicherheit behafteten - Maßnahmen zur Ertragssteigerung flankiert von oft schmerzhaften Sparmaßnahmen auf der Aufwandsseite. Hier steht nach wie vor die vielfach deutlich spürbare Zurückhaltung bei der Nachbesetzung offener Stellen sowie beim Ersatz für Fälle von Langzeiterkrankung im Vordergrund. Die Herausforderung hier ist und bleibt jedoch weiterhin, die jeweils verfügbaren Ressourcen nicht über alle Maße hinaus zu beanspruchen.

Ebenso zurückhaltend und auf das absolut notwendigste beschränkt erfolgt der Mitteleinsatz beim Sachaufwand und den Investitionen, wenngleich hier die von außen herangetragenen Preissteigerungen einerseits sowie der in Folge langjähriger Investitionsstaus steigende Reparaturbedarf oftmals nur sehr bedingt abwendbar sind.

Risikobericht

Die für Theater Aachen relevanten Risiken sowie die laufenden Maßnahmen zur Risiko- bzw. Schadensvermeidung sind umfassend in der Dokumentation zum Risikomanagementsystem des Betriebs dargelegt. Diesbezüglich besonders zu erwähnende Vorgänge oder Vorfälle hat es im Geschäftsjahr 2013/14 nicht gegeben.

Daneben sieht sich der Betrieb weiterhin einem stetig wachsenden Markt alternativer Freizeitangebote und neuer Medien ausgesetzt, mit hartem Wettbewerb um die Gunst, das Interesse und letztlich das Geld der Menschen, das sie bereit sind, in ihrer bzw. für Ihre Freizeitgestaltung auszugeben.

Gleichermaßen hart umkämpft ist der Markt um die stetig sinkenden öffentlichen Finanzmittel insgesamt. Hier nimmt der Wettbewerb teils schon sehr bedenkliche bis skurrile Züge an, spätestens wenn beispielsweise die Kosten des Theaterbetriebs mit fehlenden Kinderbetreuungsplätzen aufgerechnet werden.

Gesamtaussage

Von existenzieller Bedeutung für den Betrieb ist stets die politische wie auch die gesellschaftliche Legitimation. Sie bilden das Fundament für das wichtigste finanzielle Standbein des Betriebs, den Betriebskostenzuschuss des Rechtsträgers.

Seitens der politischen Entscheidungsträger waren aus Sicht der Betriebsleitung im Geschäftsjahr 2013/14 und sind auch aktuell keinerlei "schwindende" Signale oder Tendenzen erkennbar. Zur Akzeptanz des Theaters durch die und in der Gesellschaft geben die an anderer Stelle schon dargestellten Besucherzahlen deutlichen Aufschluss. Beides gilt es nachhaltig zu sichern, vor allem durch eine immer wieder aufs Neue ausgewogene und ansprechende Programmgestaltung - zur Erhaltung des Theater Aachen als eine der wichtigsten Kulturstätten für die Menschen in der Stadt und Region Aachen.

Letztlich müssen das Angebot und der Service im Theater Aachen dazu führen, dass es in einer medial überfütterten Gesellschaft weiterhin "chic" ist, ins Theater zu gehen.

EUROGRESS

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	EUROGRESS AACHEN
Sitz	Monheimsallee 48, 52062 Aachen
Rechtsform	Eigenbetrieb
Gründungsjahr	1979
Betriebsleitung	Kristina Wulf
Gremien	Betriebsausschuss, Rat der Stadt Aachen
Stammkapital	25.564,59 EUR
Mitarbeiter	25 (Vorjahr 24)
Internet	www.aachen.de

Gegenstand des Unternehmens

Die Aufgabe des Betriebes ist die Bereitstellung von Räumen sowie technischen Hilfsmitteln und Dienstleistungen zur Vorbereitung und Durchführung von Tagungen, Konzerten, Ausstellungen und sonstigen gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung:

Kristina Wulf

Betriebsausschuss:

Vorsitzender	Klaus-Dieter Jacoby (CDU)	Ratsmitglied
stellv. Vorsitzende	Aida Beslagic (Grüne)	Ratsmitglied
	Ruth Crumbach-Trommler (FDP)	Ratsmitglied
	Matthias Fischer (Die Linke)	sachk. Bürger
	Alexander Gilson (CDU)	Ratsmitglied
	Boris Linden (SPD)	Ratsmitglied
	Hermann-Josef Pilgram (Grüne)	Ratsmitglied
	Hildegard Pitz (CDU)	Ratsmitglied
	Karl Schultheis (SPD)	Ratsmitglied
	Matthias Achilles (Piraten)	sachk. Bürger
	Wolfgang Boenke (CDU)	sachk. Bürger
	Tom Merkens (SPD)	sachk. Bürger
	Franz Plum (CDU)	sachk. Bürger

Zusammensetzung der Organe

Betriebsleitung

Die Betriebsleitung im Sinne des § 2 EigVO NRW besteht aus dem Betriebsleiter. Zusätzlich wird ein ständiger Stellvertreter bestellt, der im Vertretungsfall die Rechte und Pflichten des Betriebsleiters wahrnimmt. Die Bestellung des Stellvertreters erfolgt auf Vorschlag des Betriebsleiters durch den Rat.

Betriebsausschuss

Für den Betrieb Eurogress bildet der Rat auf der Grundlage der Gemeindeordnung NRW, der Eigenbetriebsverordnung NRW und der Hauptsatzung der Stadt Aachen einen besonderen Betriebsausschuss Eurogress.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	49.715	98%	48.714	98%	49.042	97%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	83	0%	65	0%	48	0%
II.	Sachanlagen	34.062	67%	33.080	66%	33.425	66%
III.	Finanzanlagen	15.569	31%	15.569	31%	15.569	31%
B.	Umlaufvermögen	1.147	2%	1.223	2%	1.511	3%
I.	Vorräte	12	0%	3	0%	2	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.131	2%	1.208	2%	1.505	3%
III.	Wertpapiere	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	4	0%	13	0%	4	0%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	19	0%	15	0%	30	0%
Bilanzsumme Aktiva		50.880		49.953		50.584	
A.	Eigenkapital	18.426	36%	18.278	37%	17.425	34%
I.	Gezeichnetes Kapital	26	0%	26	0%	26	0%
II.	Rücklagen	18.401	36%	18.252	37%	17.400	34%
B.	Empfangene Ertragszuschüsse	19	0%	16	0%	13	0%
C.	Rückstellungen	672	1%	688	1%	237	0%
D.	Verbindlichkeiten	31.763	62%	30.971	62%	32.909	65%
Bilanzsumme Passiva		50.880		49.953		50.584	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	2.661	3.391	3.630
sonstige betriebliche Erträge	34	50	426
Betriebsleistung	2.695	3.441	4.056
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	856	1.385	1.744
Personalaufwand	1.493	1.584	1.633
Abschreibungen	1.432	1.482	1.979
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.327	1.341	1.276
Betriebserfolg	-2.413	-2.350	-2.577
Erträge aus Beteiligungen	1.701	2.247	1.701
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	4	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	924	1.002	957
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.620	-1.101	-1.831
sonstige Steuern	96	99	99
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-1.717	-1.200	-1.930

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Der Jahresabschluss schließt mit einer Unterdeckung i.H.v. 1.930.156,30 EUR ab, die mit dem Rücklagenkapital gemäß Betriebssatzung verrechnet wurde. Es wurde ein Betriebskostenzuschuss i.H.v. 1.077.700,00 EUR gezahlt, der ebenfalls mit dem Rücklagenkapital verrechnet wurde.

Lagebericht (Auszug)

Chancen und Risikobericht

Risikobericht

Branchenspezifische Risiken

Das Meeting- & EventBarometer 2015 des GCB German Convention Bureau e.V. und des Europäischen Verbandes der Veranstaltungs-Centren e.V. (EWC e.V.) sagt für das Jahr 2015 grundsätzlich eine positive Prognose voraus. Aufgrund der sehr hohen Diversifizierung unseres Kundenportfolios sind einzelne Branchenrisiken nicht erkennbar. Grundsätzlich werden Risiken nur gesehen, wenn sich aufgrund von politischen oder wirtschaftlichen Maßnahmen die Kaufkraft unserer Kunden vermindert und allgemeine Sparzwänge zu weniger Veranstaltungen führen.

Darüber hinaus besteht bezüglich des Veranstaltungsgeschäftes grundsätzlich eine Planungssicherheit, da sich die Kundenstruktur aus ca. 80-85% Stammkunden und aus ca. 15-20% wechselnder Kundschaft zusammensetzt. Hier könnte sich allerdings negativ auf Großveranstaltungen auswirken, dass die Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co. KG vollständig die Tätigkeiten im Casino und den anhängenden Räumlichkeiten eingestellt hat, so dass nicht wie in der Vergangenheit gewohnt auf deren Räumlichkeiten zurückgegriffen werden kann.

Mit dem Abschluss des fünfjährigen Mietvertrages für die Räumlichkeiten im Tivoli besteht nun auch eine notwendige Planungssicherheit zum Ausbau der Vermarktungslage. Langfristig denkbar ist eine gute Auslastungs- und Ertragssituation.

Ertragsorientierte Risiken

Das EUROGRESS AACHEN wird auch in Zukunft mit den Zuschüssen seiner Trägerkörperschaft Stadt Aachen rechnen müssen, da der Betrieb auch mit gravierenden Einsparungen und auch unter der Berücksichtigung von Umsatzsteigerungen weiterhin Verluste erwirtschaften wird.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Die Liquiditätslage ist durch die städtische Trägerschaft gesichert. Für die Jahre 2014 und 2015 gibt es mit der Stadt Aachen Stundungsvereinbarungen, die Gesellschafterdarlehen betreffend.

Chancenbericht

Grundsätzlich bietet der Kongressstandort mit der Anbindung an die sich dynamisch entwickelnde Exzellenz-Universität RWTH ausreichend Möglichkeiten zur Ausweitung der Geschäfte. Gerade für größere Kongresse über 400 Teilnehmern bietet sich in der Stadt nur das Eurograss als Kongresshaus an. Einschränkungen ergeben sich aufgrund der begrenzten Kapazität insoweit nur für Veranstaltungen mit über 2.000 Teilnehmern.

Gesamtaussage

Die Betriebsleitung hat es als ihre Aufgabe angesehen, Risiken, die sich auf das EUROGRESS AACHEN auswirken können, zu identifizieren und angemessen zu steuern. Wesentliche Bestandteile des Risikomanagements sind u. a. der jährliche Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Vermögensplan), die Stellenübersicht und der 5-jährige Finanzplan. Des Weiteren werden Quartalsabschlüsse erstellt und, sofern vorhanden, Planabweichungen systematisch analysiert und als Grundlage für Steuerungsmechanismen ausgewertet.

Neben dem System der internen Kontrollen bestehen Schnittstellen zu verschiedenen Ämtern der Stadt Aachen (Beteiligungsverwaltung, Gebäudemanagement, Rechnungsprüfungsamt, Rechtsamt), die wesentliche Aufgaben übernehmen und damit die Kontrollsicherheit erhöhen.

Wesentliche Risiken, die den Bestand des EUROGRESS AACHEN gefährden können, sind derzeit nicht erkennbar.

Volkshochschule Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Volkshochschule Aachen
Sitz	Peterstraße 21 - 25, 52062 Aachen
Rechtsform	eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Gründungsjahr	1997
Betriebsleitung	Dr. Beate Blüggel
Gremien	Betriebsausschuss, Rat der Stadt Aachen
Stammkapital	51.129,19 EUR
Mitarbeiter	81 (Vorjahr 71)
Internet	www.vhs-aachen.de

Gegenstand des Unternehmens

Die Volkshochschule hat die durch das Weiterbildungsgesetz und die Satzung für die Volkshochschule Aachen vorgegebenen Aufgaben zu erfüllen. Sie hat ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Weiterbildungsangebot in allen Sachbereichen des Weiterbildungsgesetzes anzubieten und durchzuführen. Die Volkshochschule hält ein ständig verfügbares und qualitativ hochwertiges Angebot unter Berücksichtigung der orts- und bevölkerungsspezifischen Bildungsbedürfnisse vor. Sie bietet Teilhabemöglichkeit für alle unter zumutbaren Bedingungen, insbesondere für durch Vorbildung und soziale Situation benachteiligte Gruppen. Die Volkshochschule reagiert auf aktuellen Bildungsbedarf und fördert neue Bildungsbedürfnisse.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung: Dr. Beate Blüggel

Betriebsausschuss:

Vorsitzender	Josef Hubert Bruynswyck (CDU)	Ratsmitglied
stellv. Vorsitzende	Aida Beslagic (Grüne)	Ratsmitglied
	Manfred Bausch (SPD)	Ratsmitglied
	Hermann Josef Pilgram (Grüne)	Ratsmitglied
	Hildegard Pitz (CDU)	Ratsmitglied
	Sibylle Reuß (SPD)	Ratsmitglied
	Dr. Margarethe Schmeer (CDU)	Ratsmitglied
	Ruth Crumbach-Trommler (FDP)	sachk. Bürgerin
	Matthias Fischer (Die Linke)	sachk. Bürger
	Dr. Peter Maria Quadflieg (CDU)	sachk. Bürger
	Sevgi Sakar (SPD)	sachk. Bürger
	Gunter von Hayn (Piraten)	sachk. Bürger
	Ruth Wilms (CDU)	Ratsmitglied
	Hildegard Bechholds	sachk. Einwohnerin

Zusammensetzung der Organe

Betriebsleitung

Der Direktor der Volkshochschule ist Betriebsleiter im Sinne des § 2 EigVO NW. Seine mit dieser Stellung verbundenen Sonderrechte ergeben sich abschließend aus dieser Satzung für die Volkshochschule Aachen und aus der Dienstanweisung, die der Oberbürgermeister erlässt.

Leitungsrat

Der LR behandelt laufende Geschäfte, stimmt Entscheidungskriterien ab und klärt Verfahrensfragen. Der LR hat beratende Funktion gegenüber dem Direktor der Volkshochschule. Der LR tagt in der Regel einmal wöchentlich unter der Leitung des Direktors der Volkshochschule. Mitglieder des LR sind der Direktor der Volkshochschule, die beiden Abteilungsleiter, zwei gewählte Vertreter der planerisch tätigen pädagogischen Mitarbeitenden und ein gewählter Vertreter der Verwaltungsmitarbeitenden. Näheres regelt ein Geschäftsverteilungsplan. Weitere Mitarbeitende können hinzugezogen werden.

Mitarbeitendekonferenz

Die Mitarbeitendekonferenz (MK) berät zur Vorbereitung von Entscheidungen des Direktors der Volkshochschule und zur Koordinierung der Arbeit der Volkshochschule alle die Volkshochschule betreffenden Fragen von wesentlicher Bedeutung. Die MK tagt in der Regel alle zwei Wochen unter Vorsitz des Direktors der Volkshochschule. Mitglieder der MK sind die Mitglieder des Leitungsrates, die planerisch tätigen pädagogischen Mitarbeitenden sowie zwei gewählte Vertreter der Verwaltungsmitarbeitenden der Volkshochschule. Weitere Mitarbeitende können hinzugezogen werden.

Betriebsausschuss

Der Rat der Stadt bildet auf der Grundlage der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, des Weiterbildungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und der Hauptsatzung der Stadt Aachen für den Betrieb „Volkshochschule“ einen besonderen „Betriebsausschuss Stadttheater und Volkshochschule“.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012	2013	2014
A.	Anlagevermögen	298 24%	314 33%	284 39%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	6 0%	3 0%	5 1%
II.	Sachanlagen	292 23%	310 32%	279 38%
B.	Umlaufvermögen	821 65%	642 67%	431 59%
I.	Vorräte	0 0%	0 0%	0 0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	819 65%	640 67%	428 58%
III.	Wertpapiere	0 0%	0 0%	0 0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	2 0%	2 0%	2 0%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	140 11%	5 1%	19 3%
Bilanzsumme Aktiva		1.259	961	733
A.	Eigenkapital	65 5%	51 5%	51 7%
I.	Gezeichnetes Kapital	51 4%	51 5%	51 7%
II.	Rücklagen	4.080	4.147	4.075
III.	Jahresfehlbetrag	-4.066	-4.147	-4.075
B.	Rückstellungen	519 41%	475 49%	264 36%
C.	Verbindlichkeiten	330 26%	260 27%	283 39%
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	345 27%	175 18%	135 18%
Bilanzsumme Passiva		1.259	961	733

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)		2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen		6.027	6.046	6.105
sonstige betriebliche Erträge		45	47	102
Betriebsleistung		6.073	6.093	6.207
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen		2.478	2.650	2.592
Personalaufwand		5.767	5.723	5.964
Abschreibungen		45	44	39
Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.847	1.822	1.687
Betriebserfolg		-4.063	-4.146	-4.075
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2	1	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-4.066	-4.146	-4.075
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	0	0
sonstige Steuern		0	0	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag		-4.066	-4.147	-4.075

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Der Jahresabschluss schließt mit einem Jahresverlust i.H.v. EUR 4.075.334,97 EUR ab, der mit dem Rücklagenkapital verrechnet wurde. Es wurde 2014 ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 3.823.800,00 EUR und ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 251.534,97 EUR gezahlt.

Lagebericht (Auszug)

Risikobericht

Branchenspezifische Risiken

Für die Volkshochschule als kommunales Weiterbildungszentrum der Stadt Aachen gilt es, das Programmangebot für alle Bürgerinnen und Bürger vorzuhalten und als Quasi-Eigenbetrieb wirtschaftlich zu handeln. Jedoch ist die Nachfrage von Teilnehmenden einerseits an ein günstiges und bezahlbares Weiterbildungsangebot gekoppelt und andererseits auch abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Stadt. Außerdem sind Ermäßigungsregelungen politisch gewünscht.

Ertragsorientierte Risiken

Der Ansatz bei den Erträgen wurde mit 2,3% geringfügig überschritten, damit ist zum ersten Mal seit einigen Jahren der negative rückläufige Trend bei den Erträgen gestoppt. Die Teilnehmendenentgelte lagen mit 3,9% über dem geplanten Ansatz, ebenfalls wurden die Drittmittel im Ansatz überschritten (2,2%). Dem gegenüber steht eine geringfügige Absenkung der Landesmittel wegen Kürzungen im Bereich der Schulabschlüsse.

Der Projektmarkt unterliegt jedoch immer wieder großen Schwankungen, der einzubringende Eigenanteil bei Projekten ist höher geworden.

Die Aufwendungen stiegen um rd. 2,3%. Dazu gehören die Personalkosten, die mit tariflichen Erhöhungen für die Beschäftigten durch die Volkshochschule aufzufangen waren und zusätzlich durch Übernahme von befristeten Projektmitarbeitenden eines Kooperationspartners stiegen.

Darüber hinaus stiegen die Energiekosten sowie weitergeleitete Drittmittel an Kooperationspartner. Es wird auch im kommenden Jahr 2015 nur mit weiterer Anstrengung möglich sein, das geplante Jahresergebnis zu halten. Im Entwurf des Wirtschaftsplanes für 2015 wird davon ausgegangen, dass die Rücklagen aufgebraucht sind und der Eigenbetrieb durch Drittmittelakquise, Erhöhung von Teilnehmendenentgelten einerseits und Einsparungen durch Verrentung/Pensionierung von Beschäftigten andererseits seine Finanzierung sicherstellt. Letzteres ist nur möglich durch u. a. eine Organisationsentwicklung, die die demografische Entwicklung der Mitarbeitenden berücksichtigt und auch in ein daraus resultierendes Personalentwicklungskonzept mündet.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Wie bereits bei der Kapitalflussrechnung angemerkt, ist die Liquiditätssituation stabil, da die Einnahmen und Ausgaben der Volkshochschule von der Stadt Aachen abgewickelt werden. Hinzuweisen ist jedoch auf die knappe Eigenkapitalausstattung.

Chancenbericht

Die Angebotspalette an Weiterbildungsangeboten ist vielfältig und bietet immer wieder Möglichkeiten der Neu - Ausrichtung und Schwerpunktverlagerung. Durch unser Qualitätsmanagement ist sichergestellt, dass unser Angebot am Weiterbildungsmarkt höchste Ansprüche erfüllt. Unter Beweis gestellt wird das z.B. auch bei den innovativen, drittmittelgeförderten Modellprojekten, die im Anschluss weitergeführt werden bzw. als Vorlage für weitere Beteiligungen dienen.

3. Gesamtaussage

Risiken in der zukünftigen Entwicklung sehen wir weiterhin in dem schwierigen Projektmarkt und den weiteren Konsolidierungsanforderungen für den Haushalt der Stadt Aachen.

Für Erstgenanntes ist eine große interne Flexibilität Voraussetzung, um weitere Drittmittel einzuwerben.

Um den Konsolidierungsanforderungen gerecht zu werden, wird auf die Kommission Volkshochschule verwiesen. Die erarbeiteten Lösungen werden die Volkshochschule für die Zukunft finanziell solide aufstellen. Die demografische Entwicklung wird, neben dem neu justierten Angebot, die Grundlage dafür bieten. Die ausgehandelten Bedingungen dürfen sich jedoch nicht verschlechtern, damit auch die mittelfristige Planung gesichert ist.

Kulturbetrieb der Stadt Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Kulturbetrieb der Stadt Aachen
Sitz	Mozartstr. 2-10, 52064 Aachen
Rechtsform	eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Gründungsjahr	2006
Betriebsleitung	Olaf Müller
Gremien	Betriebsausschuss, Rat der Stadt Aachen
Stammkapital	1,00 EUR
Mitarbeiter	228 (Vorjahr 228)
Internet	www.aachen.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand und Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kulturbetrieb der Stadt Aachen“ ist der Betrieb und die Unterhaltung von Kunst- und Kultureinrichtungen der Stadt und die Mitgestaltung und Förderung des städtischen Kulturlebens.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung:

Olaf Müller

Betriebsausschuss:

Vorsitzende	Dr. Margarete Schmeer (CDU)	Ratsmitglied
Stellv. Vorsitzende	Hermann Josef Pilgram (Grüne)	Ratsmitglied
	Manfred Bausch (SPD)	Ratsmitglied
	Aida Beslagic (Grüne)	Ratsmitglied
	Josef Bruynswyck (CDU)	Ratsmitglied
	Simon Adenauer (CDU)	Ratsmitglied
	Sibylle Reuß (SPD)	Ratsmitglied
	Ursula Epstein (Die Linke)	Ratsmitglied
	Hans Müller (CDU)	Ratsmitglied
	Ruth Crumbach-Trommler (FDP)	sachk. Bürgerin
	Volker Lauven (CDU)	sachk. Bürger
	Stefanie Luczak (Grüne)	sachk. Bürgerin
	Stefan Oppelt (SPD)	sachk. Bürger
	Gunter von Hayn (Piraten)	sachk. Bürger
	Andrea Derichs (CDU)	sachk. Bürgerin
	Lilli Philippen (SPD)	sachk. Bürgerin
	Helga Riedel	sachk. Einwohnerin
	Cengiz Ulug	beratendes Mitglied

Zusammensetzung der Organe

Betriebsleitung

Die Betriebsleitung nach der EigVO NRW nimmt in der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Kulturbetrieb der Stadt Aachen“ der Betriebsleiter wahr. Die Leiterin des Geschäftsbereichs Kulturservice nimmt die ständige Vertretung wahr. Die Bestellung erfolgt auf Vorschlag der Betriebsleitung durch den Rat der Stadt. Die Geschäftsverteilung und Vertretungsregelungen innerhalb der Betriebsleitung regelt der Oberbürgermeister mit Zustimmung des Betriebsausschusses durch Dienstweisung.

Betriebsausschuss

Auf der Grundlage der GO NRW, der EigVO NRW, der Hauptsatzung der Stadt Aachen bildet der Rat der Stadt für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Kulturbetrieb der Stadt Aachen“ den „Betriebsausschuss Kultur“.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)		2012		2013		2014	
A.	Anlagevermögen	83.426	91%	84.095	93%	86.553	90%
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0%	106	0%	853	1%
II.	Sachanlagen	83.420	91%	83.990	93%	85.700	89%
B.	Umlaufvermögen	7.786	9%	6.085	7%	9.273	10%
I.	Vorräte	257	0%	284	0%	368	0%
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.155	2%	2.222	2%	1.934	2%
III.	Wertpapiere	0	0%	0	0%	0	0%
IV.	Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	5.374	6%	3.580	4%	6.971	7%
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	123	0%	124	0%	13	0%
Bilanzsumme Aktiva		91.335		90.305		95.839	
A.	Eigenkapital	80.543	88%	81.160	90%	80.306	84%
I.	Gezeichnetes Kapital	0	0%	0	0%	0	0%
II.	Kapitalrücklage	79.277	87%	79.277	88%	79.322	83%
III.	Gewinnrücklagen	1.088	1%	1.598	2%	892	1%
IV.	Bilanzgewinn	178	0%	285	0%	91	0%
B.	Sonderposten zum Anlagevermögen	3.782	4%	4.491	5%	5.178	5%
C.	Rückstellungen	4.604	5%	3.480	4%	3.118	3%
D.	Verbindlichkeiten	2.254	2%	1.073	1%	7.144	7%
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	152	0%	101	0%	94	0%
Bilanzsumme Passiva		91.335		90.305		95.839	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2012	2013	2014
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	2.373	2.634	4.995
sonstige betriebliche Erträge	16.778	19.078	19.268
Betriebsleistung	19.151	21.712	24.263
Personalaufwand	8.753	9.504	10.017
Abschreibungen	262	233	281
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.908	11.354	14.860
Betriebserfolg	229	620	-894
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	229	622	-894
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	4	6
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	228	618	-900

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Der Jahresabschluss schließt mit einer Überdeckung i.H.v. EUR 91.361,92 ab. Es wurden Betriebskostenzuschüsse i.H.v. 16.254.200,00 EUR gezahlt.

Lagebericht (Auszug)

Risikobericht

Als Risiken sind politische Beschlüsse die nicht im Wirtschaftsplan eingestellt wurden zu betrachten, sowie Personalangelegenheiten.

Ebenso sind fehlende Erträge und wegfallende Spenden und Zuschüsse ein Risiko für den Betrieb.

Teilbudgets müssen eingehalten werden, um ein positives oder neutrales Jahresergebnis zu erzielen.

Zur Überwachung und Früherkennung von Risiken hat der Kulturbetrieb ein Risikomanagementsystem entwickelt und im Einsatz.

Chancenbericht

Vor allem die Sanierung und Verbesserung der räumlichen Lage des Stadtarchivs und der Route Charlemagne stellen insgesamt eine Chance für den Betrieb dar, da hier mit höheren Erträgen und vor allem ansteigenden Besucherzahlen zu rechnen ist.

Gesamtaussage

Sofern der Zuschuss des Rechtsträgers weiterhin an die Gegebenheiten des Kulturbetriebs angepasst wird, wird der Zweck des Betriebs auch zukünftig erfüllt.



Aachen

Beteiligungs- bericht 2015

Stadt Aachen

Der Oberbürgermeister
Beteiligungscontrolling
Hackländerstraße 1, 52064 Aachen
beteiligungen@mail.aachen.de
www.aachen.de/beteiligungen
Fotos: Andreas Herrmann, Bernd Schröder

www.aachen.de